ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

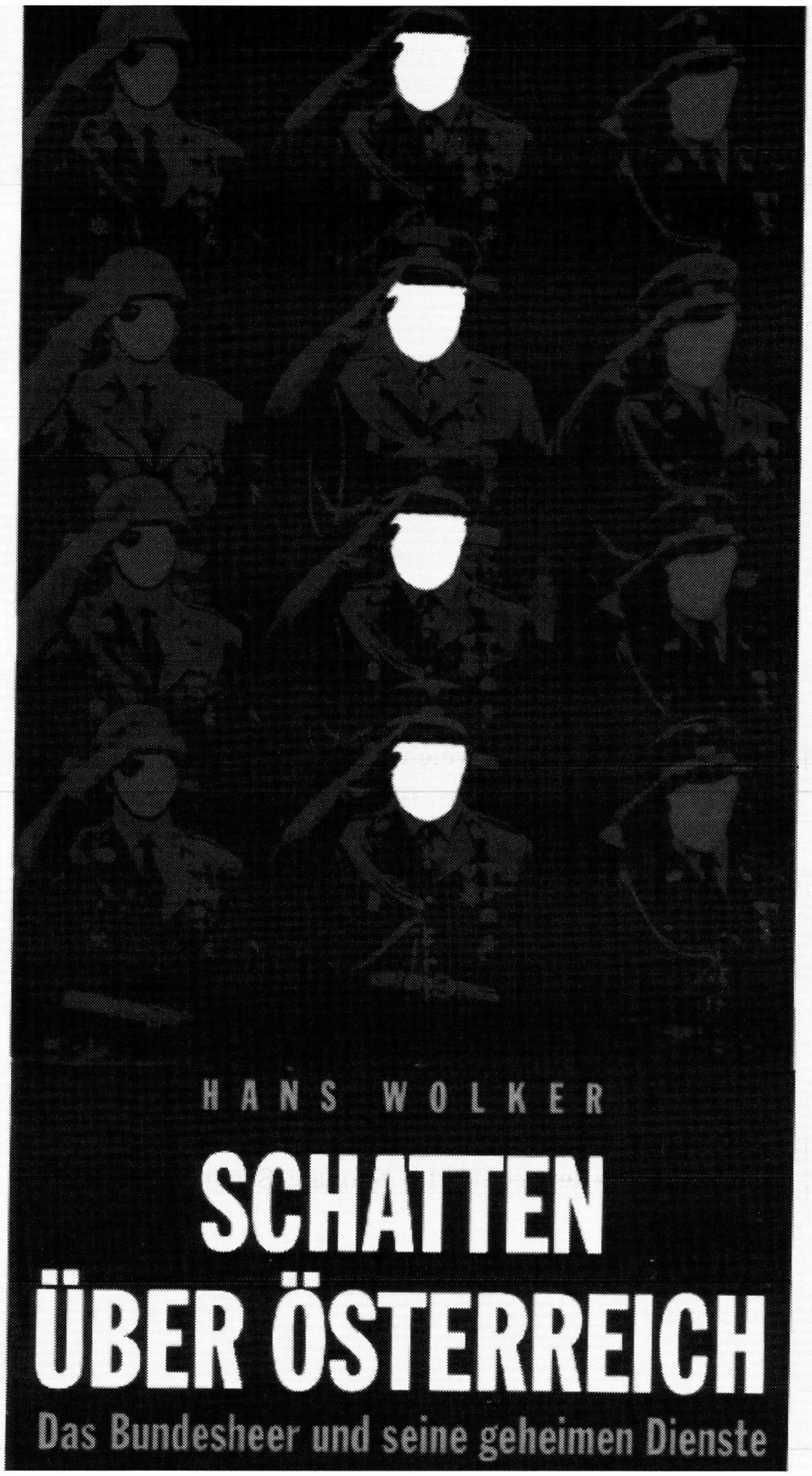
Weg und Ziel

Marxistische Zeitschrift

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

Tendenz rechts

Nr. 4 • 1993 51. Jahrgang Einzelpreis 40 Schilling



Das österreichische Bundesheer als Tummelplatz ausländischer Geheimdienste. So beschreibt Hans Wolker jene Institution, die eigentlich die Neutralität des Landes sichern sollte. Dollarzulagen für Offiziere des Heeresnachrichtenamtes, Vietnam-Veteranen als Schulmeister im „lautlosen Töten" am Truppenübungsplatz, offensive Ost-Spione für deutsche und amerikanische Geheimdienste – seit 40 Jahren haben vielerlei staatsvertragswidrige Praktiken das Bundesheer zur Vorfeldtruppe westlicher Militärinteressen gemacht.
„Top secret"-Dokumente aus geheim Archiven komplettieren die brisanten Enthüllungen des vorliegenden Buches.

SCHATTEN ÜBER ÖSTERREICH
DAS BUNDESHEER UND SEINE GEHEIMEN DIENSTE
HANS WOLKER
PROMEDIA, 1993, 208 Seiten, 198 Schilling

Erhältlich im Buchhandel oder bei der KPÖ: 1020 Wien, Schönngasse 15-17, Tel. 41 7 42/555

Weg und Ziel

Marxistische Zeitschrift

Herausgeber:
Kommunistische Partei Österreichs

Redaktionskomitee:
Dr. Helmuth Fellner
Willi Gaisch
Dr. Winfried Garscha
Dr. Günter Klodner
Gabi Lener
Mag. Julius Mende
Dr. Hans Mikosch
Georg Nowak
Dr. Reinhard Pitsch
Dr. Wolfgang Priglinger
Dr. Rudolf Reiter
Dr. Elke Renner
Helmut Rizy
Herbert Waloschek
Dr. Willi Weinert
Dr. Maria Wölflingseder

Abonnement, Vertrieb und Redaktionsadresse:
Andrea Dampier, KPÖ,
Schönngasse 15 – 17,
Postfach 351, 1020 Wien,
Tel.: 0222/21742/600

Erscheinungsweise:
zweimonatlich

Abonnement-Preise:
6 Hefte 180,- S; 35,- DM

Lay-out:
Michael Baiculescu

Druck:
Druckerei
Gerstmayer Ges.m.b.H.,
Schönnbrunner Straße 215

Die nächste Nummer

erscheint Anfang November.

Themenschwerpunkt:

Menschenrechte

Inhalt

Nr. 4, September 1993, 51. Jahrgang

ÖSTERREICH

Alexandra REININGHAUS: Gestaltung hat mit Gesinnung zu tun 2

MARXISMUS IN DISKUSSION

Klaus RUBASCH: Können historische Ereignisse berechtigt sein? 5

Hans KALT: CSSR 1968 – Die verlorene Chance 9

THEMA: TENDENZ RECHTS

Maria WÖLFLINGSEDER: Einleitung 12

Ute OSTERKAMP: Ist Rassismus individuell austreibbar? 13

Herbert SCHIEDL: „... welcher Linke würde nicht zustimmen?“ 21

Maria WÖLFLINGSEDER: Vereinigtes biologistisches Weltbild 27

Gerold ECKER/Manfred GMEINER: Germanisierung Europas 38

Klaus HEIDEGGER: Krenn mit Haider oder Schüller versus Löschnak? 42

Günter KLODNER: Osmanische Wiedergeburt 45

BÜCHER ZUM THEMA

Wolfgang Purtscheller, Aufbruch der Völkischen. Das braune Netzwerk 50

Michael Schmidt, Heute gehört uns die Straße.
Der Inside-Report aus der Neonazi-Szene 51

Thomas Jahn/Peter Wehling, Ökologie von rechts 53

RUSSLAND

Werner PIRKER: Zwischen Volksfront und Volksgemeinschaft 54

DRITTE WELT IM ABSEITS

Walter SAUER: Neue Weltordnung oder Befreiungstradition beleben? 58

BÜCHER

Samir Amin, Das Reich des Chaos. Der neue Vormarsch der Ersten Welt

Johanna Borek/Birge Krondorfer/Julius Mende (Hrsg.),
Kulturen des Widerstands. Texte zu Antonio Gramsci

Verband der Öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs (Hrsg.),
Öffentliche Wirtschaft und Gemeinwirtschaft in Österreich 60

Leserbriefe 63

Titelfoto: Robert Newald
Grabschändungen am jüdischen Friedhof in Eisenstadt, 1. November 1992

Gestaltung hat mit Gesinnung zu tun*

Margarete Schütte-Lihotzky, Pionierin des Neuen Bauens, Erfinderin der berühmten „Frankfurter Küche“

Alexandra REININGHAUS

Mildes Licht dringt durch die Terrassentür einer jener unauffälligen Wiener Neubauwohnungen der sechziger Jahre, die erst durch ihre Bewohner an Persönlichkeit gewinnen. Sie wirkt praktisch, bequem und scheint nach einem nüchternen Ordnungs- und Lebensprinzip eingerichtet, das darauf zielt, den Blick aufs Wesentliche freizuhalten. Eine Sitzecke mit vertäfelter Holzwand, ein offener Kamin, eine Stehlampe, ein Tisch, zwei Stühle. Nur der im Sommer wild wuchernde kleine Dachgarten scheint sich dem ordnenden Zugriff entzogen zu haben.

Nur wenige Gegenstände in dieser 60 Quadratmeter großen Wohnung weisen auf Stationen im bewegten Leben der 95 Jahre alten Architektin Margarete Schütte-Lihotzky hin, kaum Fotos oder Erinnerungsstücke. Ein Biedermeierschrank und ein Porträt des Großvaters aus der Wohnung der Eltern, ein türkisches Kaffeeservice aus Istanbul, ein handgestickter asiatischer Wandbehang den die Architektin 1932 während ihres Aufenthaltes in Moskau bei einem Altwarenhändler erstand. Im Arbeitsraum, der auch als Schlafraum dient und zum Wohnzimmer hin offen ist, stapeln sich die Manuskriptseiten einer begonnen Autobiografie.

Spätestens wenn die Architektin aus ihrem Leben zu erzählen beginnt, begreift der Zuhörer, daß die spröde, nüchterne Aura, mit der sie sich umgibt, nur Fassade ist. Dahinter verbirgt sich eine Persönlichkeit mit Charisma, mit Sinn für die Kunst und Leidenschaft für den Beruf, in dessen Mittelpunkt stets der Mensch stand. Als Zeitzeugin und Pionierin des sozialen Wohnbaus der zwanziger Jahre in Wien und Frankfurt erhält die Architektin ständig neue Einladungen zu Vorträgen, die sie, wenn es die Gesundheit erlaubt, immer gern annimmt. „Es freut mich natürlich, daß so viele junge Menschen an den Hochschulen und Akademien heute wieder Interesse an der Vergangenheit zeigen und aus ihr lernen wollen“, sagt sie. Das Leben der alten Dame ist eng mit den großen politischen und sozialen Bewegungen der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts verflochten, es spiegelt authentisch ein Stück Architektur- und Zeitgeschichte wider.

Margarete Schütte-Lihotzky, Venedig 1990

Pionierin des Neuen Bauens

Wegen der Verbindung zum „wirklichen Leben“ entschied sich Margarete Lihotzky 1915 für die Baukunst. Sie war die ersten Architekturstudentin der Wiener Kunstgewerbeschule. Dabei handelte sie gegen den Willen ihres Vaters, eines Beamten, der fürchtete, seine Tochter werde in diesem Beruf verhungern, aber auch gegen den Rat des Wiener Jugendstilarchitekten Josef Hoffmann, der damals an der Kunstgewerbeschule lehrte und ihr den Eintritt in seine Architekturklasse mit dem Rat verwehrte, es doch in der Mode- und Keramikklasse zu versuchen.

Der Motor für die Berufswahl der jungen Frau war ein stark ausgeprägtes soziales Engagement: „Hunderttausende von Menschen lebten nach dem Ersten Weltkrieg in Armut und Elend. Während sich meine Generation von Bürgerlich-Intellektuellen als eine außerhalb der Klassen stehende Elite betrachtete, wollte ich einen Beruf ausüben, mit dem ich die Not der Menschen in unserer Gesellschaft lindern helfen konnte.“ Daß sie sich Anfang der zwanziger Jahre, allen Vorurteilen zum Trotz, als Frau in diesem Beruf bewährte, führt sie vor allem auf ihre Lehrer Oskar Strnad (1879 bis 1935) und Heinrich Tessenow (1876 bis 1950) zurück. Strnad war es, der sie in seine Architekturklasse aufnahm und sie in ihrem Interesse für den sozialen Wohnungsbau bestärkte. Der Architekt und Bühnenbildner schickte die junge Studentin in die Arbeiterbezirke Wiens, sie sollte Elend und Wohnungsnot mit eigenen Augen sehen.

„Strnad“, erinnerte sich Margarete Schütte-Lihotzky, „brachte uns Studenten dazu, über Beziehungen zwischen Material und Form, Funktion und Form, über soziale Bezüge und Form, über Schein, Lüge und Wahrhaftigkeit in der Form nachzudenken. Langsam ging mir ein Licht auf, daß Formen nichts Äußerliches sind, das dem Hirn eines einzelnen zufällig entspringt, sonder daß jeder künstlerische Ausdruck, und das ganz besonders in der Architektur, von der Form eines Glases angefangen bis zur Gestaltung einer Stadt, etwas ist, das mit Gesinnung, mit Charakter und mit Weltanschauung zu tun hat. Mit dieser Einsicht ist man sein Leben lang gegen alles Modische, Vorübergehende in der Architektur gefeit.“

1921, nach kurzer Praxis in einem holländischen Architekturbüro, be-

* Der Artikel erschien in der Zeitschrift »ART« 2/1992.

gann sie für die Siedlungsgenossenschaft österreichischer Kriegsinvaliden zu arbeiten. Ihr Vorstellungsgespräch führte sie mit dem Leiter der Genossenschaft zusammen, „einem eleganten Herrn mit feingeschnittenem Profil und silbernem Skizzierstift". Es war Adolf Loos (1870 bis 1933), einer der großen Wegbereiter der modernen Architektur. Gemeinsam mit ihm baute sie an ihrer ersten Siedlung im Wiener Außenbezirk Lainz. „Frl. Lihotzky", bescheinigte ihr Loos in einem Zeugnis vom Mai 1921, „war mir eine wertvolle Hilfskraft. Sie hatte reiche Kenntnisse im Ausland erworben und konnte diese, dank ihrem praktischen Verstande, ausgezeichnet auf österreichische Verhältnisse anwenden. Ich kann Frl. Lihotzky, die auch durch ihren Fleiß und Genauigkeit viele ihrer männlichen Kollegen in den Schatten stellt, auf das Angelegentlichste Jedermann empfehlen."

Abneigung gegen das Kunstgewerbe der oberen Zehntausend

Als ehrenamtliche Beraterin stellte sie sich der Wiener Siedlerbewegung zur Verfügung, die im Kampf gegen die Wohnungsnot aus Brettern, Pappe und sonstigen Bauabfällen wilde „Bretteldörfer" errichtete. Die Stadt Wien griff den Selbsthilfegedanken auf und stellte Baumaterial zur Verfügung, die Betroffenen schlossen sich zu Siedlungsgenossenschaften zusammen. „Loos hat die Bedeutung der Siedlerbewegung, die später in die Arbeiterbewegung mündete, gleich erkannt. Ich stand damals neben ihm und Vertretern aller Wiener Parteien auf einer Tribüne an der Wiener Ringstraße, als die Siedler in Scharen mit ihren auf Transparenten festgehaltenen Forderungen an uns vorbeizogen", erinnert sich Margarete Schütte-Lihotzky.

Mit Loos teilte sie die Abneigung gegen alles „Modische" und das „Kunstgewerbe der oberen Zehntausend" wie sie die Produkte aus den von Josef Hoffmann gegründeten Wiener Werkstätten auch heute noch nennt. Der Künstler-Architekt Hoffmann (1870 bis 1956) überzeugte die kritische junge Architektin erst viel später, als sie das von ihm gebaute Palais Stoclet in Brüssel, ein Hauptwerk der Jugendstil-Architektur, bewundert hatte.

Margarete Schütte-Lihotzkys Weltbild entstammt einer Zeit, in der die ersten serienmäßig produzierten Bauelemente und Möbel das Handwerk zu verdrängen begannen. Darin lag für sie die Zukunft einkommensschwacher Bevölkerungsschichten, „denn Ideen fallen nicht vom Himmel oder entspringen der Phantasie eines Kunstgewerblers. Jede Form hat ihren Inhalt, sie ist mit ihm an die gesellschaftlichen und technischen Entwicklungen der Zeit gebunden und verändert sich deshalb ständig".

Margarete Schütte-Lihotzky entwickelte Prototypen von Wohnungseinrichtungen, Wohnungsgrundrissen und Möbeln. Für den Entwurf und die Ausführung mehrerer Musterhäuser mit Inneneinrichtung, die 1923 auf der Wiener Wohnungsbauausstellung präsentiert wurden, erhielt sie die silberne Ehrenmedaille der Stadt Wien. Im Anschluß daran übernahm sie für ein Jahr eine städtische Beratungsstelle für Wohnungseinrichtung. Die fortschrittliche Wohnbaupolitik der Wiener Sozialdemokratie in der Zwischenkriegszeit verhalf Margarete Schütte-Lihotzky immer wieder zu Projekten: „Ich hatte das Glück, nicht um große Aufträge käpfen zu müssen, ich war an vielen wesentlichen Projekten beteiligt." So baute sie 1924 zusammen mit Peter Behrens, Josef Hoffmann, Josef Frank und Oskar Strnad am Winarsky-Hof, einer der ersten für die damalige Wiener Baupolitik typischen Wohnhausanlagen, die von Kritikern auch „Volkswohnpaläste" genannt wurden. „Das Neuartige an diesem Projekt war die Durchlüftung der vier Höfe zwischen den Wohnblöcken durch offene Tore, nach einer Idee von Oskar Strnad. Viel Spielraum für eine besondere Architektur gab es aber damals nicht, da fast alles der Ersparnis und der Massenproduktion halber von der Gemeinde Wien aus vorgeschrieben wurde."

60 Wohnungen im Winarsky-Hof wurden nach Entwürfen der Architektin ausgeführt. Doch das, was einmal als fortschrittlich galt, empfindet sie heute als „rückschrittlich". Denn, so argumentiert sie, „es sind zu kleine, enge, abgeschlossene Wohneinheiten, ohne Gemeinschaftsräume, die Möglichkeit zur Kommunikation bieten. Damals ging es ja darum, so viele Menschen als möglich unterzubringen, auch an Bäder war gar nicht zu denken."

Zwei Jahre später wurde sie von Ernst May (1886 bis 1970) nach Frankfurt gerufen, um dort an der Siedlung Römerstadt mitzuarbeiten, einem der großen sozialen Wohnbauprojekte dieses Jahrhunderts, das über 30.000 Sozialwohnungen umfaßte. Hier widmete sie sich einer ihrer Lieblingsfragen: Wie kann man der berufstätigen Frau durch Rationalisierung von Wohnbau und Einrichtung Arbeit ersparen? Mit der Stoppuhr in der Hand versuchte sie, die kürzesten Wege zur Verrichtung von Küchenarbeit herauszufinden. Diese Erkenntnisse gehören zu den Voraussetzungen ihrer inzwischen in die Architekturgeschichte eingegangenen „Frankfurter Küche". Von ihr wurden etwa 10.000 Exemplare für zehn Frankfurter Siedlungen angefertigt. Ein nach genauen Angaben der Architektin nachgebautes Exemplar wurde vor einiger Zeit für die Schausammlung des Wiener Museums für angewandte Kunst erstellt. Ganze sechseinhalb Quadratmeter beträgt die Fläche der Küche. Auf kleinstem Raum ist hier alles untergebracht, was dem schnellen Hantieren in der Küche förderlich ist. Vor allem die Details der Küche mit ihren kornblumenblau gestrichenen Holzteilen sind bestechend und genau ausgeklügelt: eine bewegliche Lampe, die in einer an der Decke montierten Schiene läuft, ein drehbarer Hocker macht mobil, eine Metallrinne an der Arbeitsplatte befördert Abfälle direkt in den Mülleimer. Margarete Schütte-Lihotzky entwarf außerdem Wohntypen für die Siedlung Praunheim, typisierte Kleingartenlauben und Häuser, von denen etwa 100 gebaut wurden.

Obwohl es zu ihren Aufgaben gehörte, rationell und funktionsgerecht zu planen, will sie nicht als Funktionalistin gelten: „Ich finde es falsch, daß man uns die Funktionalisten nennt, so, als wäre für uns die Funktion alles gewesen. Ich kenne keinen einzigen Kollegen aus den zwanziger Jahren, dem nicht die künstlerische Gestaltung wichtig war. Denn wenn die Funktion in Ordnung ist, fängt das Künstlerische an. Das gilt für Loos ebenso wie für Walter Gropius."

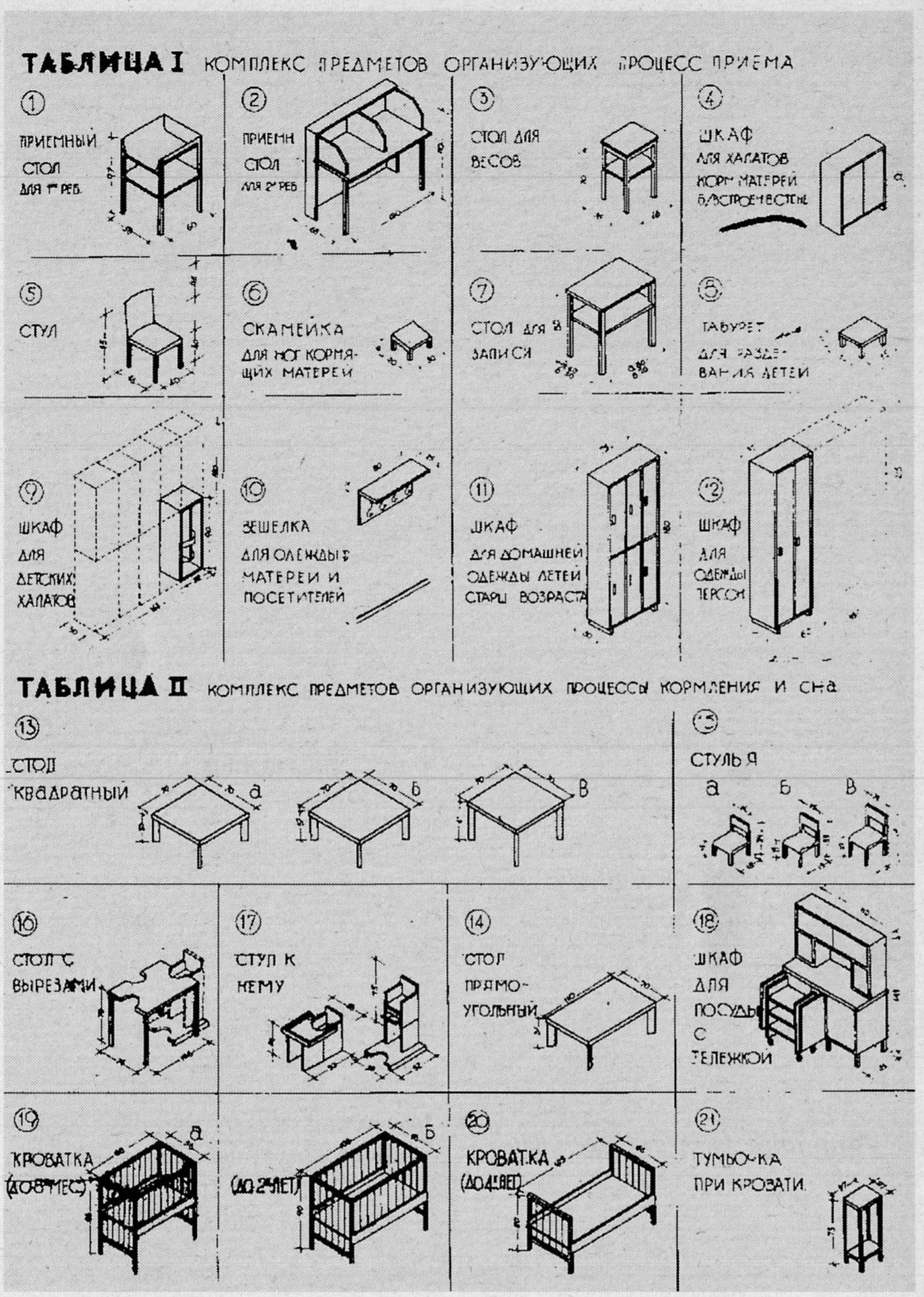
Als Architektin in Wien, Frankfurt und Moskau

Als 1930 der österreichische Architekt Josef Frank in Wien die Werkbundsiedlung plante, eine der wichtigsten noch heute erhaltenen Manifestationen der Moderne in Österreich, lud er neben André Lurçat, Adolf Loos, Josef Hoffmann, Gerrit Riet-

veld und vielen anderen Vertretern des Neuen Bauens auch Margarete Schütte-Lihotzky ein. Sie beteiligte sich an der Mustersiedlung mit zwei Einfamilienhäusern. Im Vordergrund stand dabei nicht die technische Innovation wie bei der Weißenhofsiedlung in Stuttgart, sondern die Demonstration eines reformierten Wohnens in Kleinhäusern mit Garten.

„Der Zweite Weltkrieg hat die kulturelle Entwicklung unterbrochen. Man hat nicht mehr an die zwanziger Jahre geknüpft. Und das, was heute Postmoderne genannt wird, ist ein Chaos", urteilt die debattierfreudige Pionierin. Angesprochen auf die Versuche des Malers Friedensreich Hundertwasser, menschlichere Wohnverhältnisse durch Formen wie vom Zuckerbäcker zu ermöglichen, prophezeit sie Wien eine Zukunft als „Wurstelprater".

Als Anfang der Dreißiger Jahre die zunehmend mächtiger werdende politische Rechte die Frankfurter Siedlungsbauten unter anderem wegen ihrer Flachdächer als „undeutsche Bauten" zu kritisieren begann und in der Presse von „Negerhütten" und „Affenkäfigen" zu lesen war, kehrte Ernst May Frankfurt den Rücken und ging mit einem 17 Mitglieder starken Team, dem auch die Österreicherin angehörte, in die Sowjetunion. Mit dabei war auch der Architekt Wilhelm Schütte, den sie 1927 geheiratet hatte. In Rußland baute sie vor allem Kindergärten und -krippen und entwarf Prototypen für Kindermöbel. Es folgten Studienreisen nach China und Japan, wo sie den nach Kyoto emigrierten Kollegen, Freund und Japan-Bewunderer Bruno Taut (1880 bis 1938) besuchte.



Ein Projekt in der Sowjetunion: Maßtabellen für Kindermöbel in Krippen. 1935 – 1936, für das Institut Mutter und Kind. Aus dem Katalog der Ausstellung im Museum für angewandte Kunst, Wien

Als Professorin in Istanbul, als „Hochverräterin" im Zuchthaus Aichach

1938 wurde sie von der türkischen Regierung an die Kunstakademie nach Istanbul berufen. So entkam die inzwischen der illegalen Kommunistischen Partei Österreichs beigetretene Architektin vorerst den Nationalsozialisten. 1940 reiste die aktive Widerstandskämpferin in lebensgefährlicher Mission nach Wien. In einem Kaffeehaus wurde sie von der Gestapo verhaftet. Der Berliner Volksgerichtshof verurteilte sie zu 15 Jahren Zuchthaus, der Staatsanwalt hatte wegen „Hochverrats" die Todesstrafe beantragt. Nach über vier Jahren Haft, die sie seelisch nur durch die Solidarität ihrer Mitgefangenen überstand, gelangte sie 1945 aus dem Frauenzuchthaus im bayerischen Aichach zurück nach Österreich.

Nach dem Krieg hat sie in Wien nur zwei Kindergärten gebaut und einen Wohnbau geplant: „Als Kommunistin wurde ich in der Zeit des Kalten Krieges von der Stadt Wien boykottiert, was für mich sehr schmerzhaft war." Jahrelang war sie hauptsächlich mit Vortragsreisen und dem Schreiben von Büchern und Drehbüchern beschäftigt. Themen waren die Architektur und die Arbeit im Widerstand.

Neugier und Energie sind Margarete Schütte-Lihotzky nie verlorengegangen, immer noch hat sie Projekte im Kopf. Kritisch und penibel, aber uneitel verfolgte sie den Aufbau eines Schütte-Archivs. Vier Frauen sichteten und ordneten im Auftrag des architekturhistorischen Instituts der Universität Wien alle Erinnerungen und Dokumente wie Fotos, Modelle, Manuskripte. Den österreichischen Staatspreis für Wissenschaft und Kunst, der ihr von Bundespräsident Kurt Waldheim überreicht werden sollte, hat die energische alte Dame abgelehnt: „Dieses bißchen Solidarität war ich meinen im Widerstand arbeitenden und zum Teil hingerichteten Kollegen und Kolleginnen schuldig." ■

Können historische Ereignisse berechtigt sein?

CSSR 1968 und die Parteikrise der KPÖ

Klaus RUBASCH

Die Ereignisse in der CSSR im Jahre 1968 scheinen heute ganz allgemein immer noch ein irritierendes Thema darzustellen und für die KPÖ gilt dies offenkundig in ganz besonderem Maße. Für sie ist die Beendigung der tschechoslowakischen Reformbestrebungen durch die militärische Intervention von fünf Mitgliedern des Warschauer Paktes am 21. August 1968 untrennbar verbunden mit einer tiefgreifenden Auseinandersetzung über die Berechtigung historischer Ereignisse und anderen grundlegenden Fragen, die heute allgemein bekannt ist als die „Parteikrise 1968/1969".

Gekennzeichnet von massiven Streichungen am 20. Parteitag, dem Parteiausschluß von Ernst Fischer, der damals den Begriff „Panzerkommunismus" prägte sowie einer beträchtlichen Anzahl weiterer Parteiausschlüsse bzw. -austritte zählt diese Krise, die ausgehend von der anfänglichen Verurteilung der Intervention als „direkte Verletzung der Normen der Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien und den sozialistischen Ländern"[1] über die Bannung der Gefahr des Revisionismus, der wie es am 21. Parteitag formuliert wurde, eine Führungsgruppe der Partei erfaßt und „um ein Haar dazu geführt hätte, daß die KPÖ zu einem Zentrum revisionistischer Gruppierungen internationalen Ausmaßes wurde",[2] ihren zumindest symbolischen Abschluß schließlich in der Zurücknahme der Verurteilung und Anerkennung des militärischen Eingreifens als „bittere Notwendigkeit" und „große Hilfe" für die KPTsch, „um den Sozialismus in der CSSR, die Sicherheit der sozialistischen Länder und den Weltfrieden zu schützen"[3], fand, gewiß zu den nachhaltigsten Auseinandersetzungen in der Geschichte der Partei.

Wenn dieses Ergebnis offenbar bereits damals nicht ganz zu überzeugen vermochte und die Diskussion über die CSSR auch deshalb beendigt wurde, weil sie „unsere Partei lähmen und von den entscheidenden innenpolitischen Aufgaben ablenken würde"[4], so verdient eine neuerliche Beschäftigung mit dieser Diskussion vielleicht insofern Interesse, als heute zwar einerseits im Fehlen einer wirklichen Analyse der inneren Entwicklung der sozialistischen Länder ein die Kampfbedingungen erschwerender Mangel erblickt wird und die damalige „Ignoranz gegenüber wesentlichen Aspekten der Kritik anderer linker Kräfte am real existierenden Sozialismus und an der Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten in der CSSR" für eindeutig falsch befunden wird[5] und andererseits aber offenbar nach wie vor die Tendenz besteht, diese Thematik genau entlang jener Fragestellungen wiederaufzunehmen, die sich zwar bereits als höchst konfliktträchtig, letztlich aber wenig ergiebig erwiesen haben.

Verlorene Chance oder Gefahr einer Konterrevolution?

Denn so interessant die Frage auch sein mag, ob es sich bei den Reformbestrebungen in der CSSR nun um eine verlorene Chance des Sozialismus oder doch um die akute Gefahr einer Konterrevolution gehandelt hat, so unübersehbar ist doch, daß es genau Fragen dieser Art und jeweils komplementäre Schuldzuweisungen waren, die es in jener Krise verhinderten, zur Behandlung jenes Problems zu gelangen, das auch damals durchaus gesehen wurde: dem sich über die Frage, „ob die Intervention die Folge einer Fehleinschätzung war oder nicht und ob es eine akute konterrevolutionäre Situation gegeben hat oder nicht" hinaus stellenden Problem, eine Diskussion zu beginnen „über die tieferen, weitergehenden Probleme, Ursachen, Lehren und Schlußfolgerungen", über den „politischen und ideologischen Paternalismus" der sozialistischen Länder als einem „Grundproblem einer sozialistischen Demokratie"; kurz eine Diskussion nicht über das „System des Sozialismus an sich" sondern, wie ausdrücklich betont wurde, über die „konkreten Formen seiner gegenwärtigen Verwirklichung"[6].

Mit anderen Worten, wenn für einen einmal festgestellten Fehler ganz allgemein gilt, daß er zwar anscheinend immer einhergehen muß mit irgendeiner Art Schuldbekenntnis bzw. -zuweisung, aber das, was es gestattet, ihn in Zukunft zu vermeiden vielmehr darin besteht, daß er, bzw. das, was ihn ermöglichte, *erkannt* wird, so gilt dies im Falle der Parteikrise, wo die Suche nach Schuldigen offenkundig zu den Bedingungen des Fehlers zu zählen ist, nur umso mehr. Die wesentlich interessantere Frage als die Frage der Schuld wird daher jene nach den Bedingungen des Entstehens und der Reproduktion dieses Fehlers (etwa dem langjährigen Festhalten an den seit der Parteikrise geltenden Auffassungen) sein, die Frage, wie es kommt, daß die Entwicklung in der CSSR zwar zum Thema einer umfangreichen innerparteilichen Auseinandersetzung werden konnte, es dabei aber keineswegs so sehr um eine konkrete Analyse im Hinblick auf eine mögliche politische Praxis ging als vielmehr darum, ob die eine oder andere bereits vergangene politische Praxis zu rechtfertigen oder zu verurteilen sei und welche Urheber dieser Praxis demgemäß richtig/„rechtmäßig" gehandelt hätten und welche bewußt oder unbewußt einen „Fehler" begangen hätten.

Der spezifische Weg zum Sozialismus und das Problem der Glaubwürdigkeit

Der unmittelbare Anlaß dafür, daß die Frage der CSSR zu einem zentralen Thema einer innerparteilichen Diskussion werden konnte, ist zu-

nächst einmal darin zu suchen, daß sich in den später proklamierten tschechoslowakischen Reformvorstellungen unschwer zahlreiche Parallelen finden ließen zu jener Orientierung, die die KPÖ bereits auf ihrem 19. Parteitag im Jahre 1965 beschlossen hatte. Kennzeichen dieser Orientierung war das verstärkte Hervorheben eines spezifisch „österreichischen Weges zum Sozialismus", das nicht zuletzt die Funktion erfüllte, klar zu machen, daß die KPÖ im eigenen Land einen Sozialismus anstrebt, „wie er den Bedürfnissen und Wünschen des eigenen Volkes entspricht" und so jenem Hindernis bei der angestrebten Gewinnung der Massen entgegenzuwirken, das darin ausgemacht wurde, daß die Wirklichkeit der sozialistischen Länder nicht so ganz der Vision „einer sozialistischen Gesellschaft, die mehr Freiheit und Demokratie, größere Chancen der persönlichen Entwicklung, ein inhaltsreicheres Dasein bietet als die kapitalistische Welt" entsprach[7]. Implizierte diese Orientierung gegenüber der sozialistischen Welt, ungeachtet aller Solidarität, auch eine gewisse kritische Distanz, so eröffnete sich mit der Entwicklung in der CSSR und der auch im Aktionsprogramm der KPTsch zu findenden „Grundidee, daß es keinen Weg zum Sozialismus ohne breiteste Entfaltung der Demokratie für die Werktätigen geben kann"[8] nun trotzdem die Möglichkeit, zur Untermauerung der eigenen Vorstellungen auch auf die reale Entwicklung in einem sozialistischen Land zu verweisen. Die Beendigung dieser Entwicklung als eine Aktion zu verurteilen, die „das Ansehen des Kommunismus in der Welt schwer beeinträchtigt, seine Anziehungskraft schwächt und schließlich eine ernste Lage in der kommunistischen Weltbewegung hervorruft",[9] war unter diesen Prämissen nur folgerichtig.

Mögen es nun auch mehr derartige Erwägungen einer unmittelbaren Glaubwürdigkeit sein, die den Anlaß bildeten, sich mit der Entwicklung in der CSSR zu befassen und die militärische Intervention zu verurteilen, so hat die Intensität der daran anknüpfenden Auseinandersetzung offenkundig vielmehr damit zu tun, daß mit der die Intervention begleitenden Qualifizierung des tschechoslowakischen Weges zum Sozialismus als „schleichende Konterrevolution" zugleich auch jene Grundsätze des Marxismus-Leninismus ins Spiel gebracht wurden, dessen richtige Anwendung nach damaliger Auffassung für die wissenschaftliche Grundlage kommunistischer Programmatik und Politik bürgen sollte.

Autonomie versus proletarischer Internationalismus

Für die KPÖ bedeutete die Intervention damit nicht nur den Verlust eines Beispiels zur Untermauerung der eigenen Zielsetzungen, sondern auch die Infragestellung der theoretischen Richtigkeit der bisherigen Erklärungen über einen österreichischen Weg zum Sozialismus. Einander gegenüber standen nun plötzlich zwei Argumentationen, die sich zwar allem Anschein nach beide auf die Anwendung marxistisch-leninistischer Grundprinzipien stützten, infolge einer etwas anderen Gewichtung dieser Prinzipien offenkundig aber in keiner Weise miteinander vereinbar waren. War es im Falle der KPTsch über eine Reihe von umfangreichen wissenschaftlichen Untersuchungen (über die wissenschaftlich-technische Revolution und vieles andere) hinaus vor allem das auch von der KPÖ hervorgehobene Prinzip „Autonomie", demzufolge jede Partei ihre Zielsetzungen aufgrund der spezifischen Bedingungen des betreffenden Landes zu erarbeiten hat, das herangezogen wurde um dem spezifischen Weg zum Sozialimus eine marxistisch-leninistische Begründung zu verleihen, so zeigte sich nun, daß bei stärkerer Betonung eines anderen Prinzips, des Prinzips des „proletarischen Internationalismus", auf dem Wege einer nicht minder marxistisch-leninistischer Argumentation eben dieser Weg zum Sozialimus ebenso zu einem Weg zur Konterrevolution werden kann.

Betrifft dieses andere Prinzip nun auf den ersten Blick auch nicht unmittelbar Fragen des spezifischen Weges zum Sozialismus, sondern den internationalen Klassenkampf – das heißt die „Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus" als zweier in Staaten organisierter Weltsysteme –, so erweist sich gerade seine Natur als ein zugrundeliegendes Prinzip als Ursache dafür, daß sich daraus dennoch Schlußfolgerungen für den Aufbau des Sozialismus in einem einzelnen Land ergeben. Denn es ist klar, wenn die Zielsetzungen einer kommunistischen Partei Ausdruck von Prinzipien sind und der Kampf gegen den Imperialismus eine unerschütterliche „Einheit" dieser Parteien erfordert, sich auch die jeweilige Kombination dieser Prinzipien und folglich die spezifischen Wege zum Sozialismus nicht zu sehr von einander unterscheiden dürfen. Wie bereits aus der Vorstellung eines dem Imperialimus gegenüberstehenden Sozialismus hervorgeht, kann es keinesfalls allein eine Angelegenheit spezifischer Bedingungen sein, die den Aufbau des Sozialismus anleiten, – es werden dabei auch immer „allgemein gültige Gesetzmäßigkeiten" zu berücksichtigen sein. Würden diese Gesetzmäßigkeiten aber zu wenig beachtet, so wird nun argumentiert, so bestünde die Gefahr, daß „auch solche Traditionen und Besonderheiten" als national bezeichnet werden, „die die Klassenherrschaft der Bourgeoisie in dem betreffenden Land kennzeichnen". Und dies, so wird erklärt, eröffne der imperialistischen Globalstrategie, wie man/frau am Beispiel der CSSR beobachten könnte, die Möglichkeit einer „friedlichen Konterrevolution", die zwar versichert, sich nicht gegen den Sozialismus als solchen zu wenden, sondern nur gegen einen „schlechten", dabei aber in Wirklichkeit den „wahren, realen, von den Werktätigen erkämpften Sozialismus" meint, den sie durch einen „rechtsreformistischen ‚demokratischen Sozialismus', der eine Wendung zur bürgerlichen Ordnung hin bedeutet", ersetzen will[10].

Nicht lösbare Debatte über letzte Wahrheiten und Prinzipien

Wenn sich nun im Hinblick auf diese Argumentationen die Krise der Partei auch dahingehend zusammenfassen ließ, „daß nicht klar ist, was mit dem friedlichen Weg zum Sozialismus gemeint ist; wie breit ist dieser Weg, und wo verliert er sich in der bürgerlichen Demokratie?"[11], so wird aus dem Angeführten umgekehrt deutlich, daß es sich dabei ebenso wie bei der sie ergänzenden Frage nach der *Berechtigung* einer Intervention, um eine Fragestellung handelt, die es genaugenommen bereits von vornherein ausschließt, jemals zu einer eindeutigen Antwort zu gelangen. Denn kann auch von den beiden grundlegenden Prinzipien in ihrer allgemeinen Form jederzeit erklärt werden, es handle sich dabei um „zwei gleich wichtige Klassenprinzipien", die „sich gegenseitig bedingen"[12], so wird

es mit ihrer Hilfe, so allgemeingültig sie auch immer sein mögen, doch niemals möglich sein, in einem konkreten Fall zu einer sicheren Antwort darauf zu gelangen, was denn nun die richtige Kombination sei, die einer richtigen Konzeption vom Weg zum Sozialismus zugrunde zu legen sei. Gilt also für diese Prinzipien, insofern sie unabhängig von jeder konkreten Analyse bestehen und auch nichts von einer solchen enthalten, daß sich strenggenommen jede beliebige konkrete Zielsetzung darauf berufen kann, so gilt das gleiche auch für die umgekehrte Frage der Berechtigung (das heißt Zurückführbarkeit auf allgemeine Prinzipien) von konkreten Zielsetzungen oder gar Ereignissen: sie wird letztlich nie zu etwas anderem führen können, als einer theoretisch nicht lösbaren Debatte über letzte, nicht mehr begründbare Wahrheiten und Prinzipien. Dem widerspricht in keiner Weise der Umstand, daß die Auseinandersetzung um die richtige Beurteilung der Entwicklung in der CSSR letztlich doch ein Ende gefunden hat und nach Bannung der revisionistischen Gefahr wieder eine Position gefunden wurde, von der erklärt wurde, sie stünde fest auf dem Boden des Marxismus-Leninismus. Daß nämlich diese Lösung schließlich nicht so sehr auf der Basis einer wissenschaftlichen Analyse gefunden wurde, ist nicht nur bekannt – es geht genaugenommen aus der zugehörigen Argumentation selbst hervor. Ergeben sich doch die Richtlinien für die richtige Anwendung des Prinzips des proletarischen Internationalismus und damit für die beim Aufbau des Sozialismus zu beachtenden allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten letztlich aus nichts anderem als schlicht und einfach aus den „realen Machtverhältnissen“: aus dem Umstand, daß „die Hauptlast im Klassenkampf gegen den Imperialismus“ von der Sowjetunion getragen wird und daher der Kern dieses Prinzips letztlich einzig und allein in der „unzerreißbaren Verbundenheit mit der Sowjetunion“ bestehen könne.[13]

Gesicherte Einsichten, die es bloß zu erweitern, zu konkretisieren gilt?

Wenn damit deutlich wird, daß es nicht unbedingt die Prinzipien des Marxismus-Leninismus sind, die der Politik zugrundeliegen, sondern umgekehrt politische Verhältnisse, die entscheidend sind für die richtige Anwendung dieser Prinzipien[14], so läßt sich nun auch jenes Hindernis präzisieren, das letzlich verantwortlich scheint für die wiederkehrenden Probleme einer „marxistischen“ Analyse von Entwicklungen in den sozialistischen Ländern: es ist die auch sonst sehr verbreitete Vorstellung von den Lauf der Geschichte bestimmenden abstrakten, geistigen Prinzipien („Ideen“), die seit seiner Kodifizierung als eine Sammlung von Prinzipien auch für den „Marxismus-Leninismus“ konstitutiv wurde und der ehemaligen Forderung nach einer Analyse von konkreten Situationen erhebliche Grenzen setzt.

Die Berufung auf „gesicherte Einsichten“, die es bloß „zu erweitern, zu konkretisieren gilt“[15], ermöglicht es zwar immer, auch eventuell anderslautenden Wünschen des Volkes entgegenstehende Maßnahmen als Sachzwang oder „bittere Notwendigkeit“ erscheinen zu lassen, die da auf der Verarbeitung unanfechtbarer Wahrheiten beruhend gewährleisten würden, daß letztlich doch ein jenen Wünschen entsprechender Sozialismus aufgebaut würde; die darin enthaltene Zurückführung allen Geschehens auf Ideen und Intentionen (sei es nun die richtige oder falsche Anwendung des Marxismus-Leninismus oder auch die Absichten der Feinde des Sozialismus) macht es aber gleichzeitig tendenziell unmöglich, je zu einer Analyse der sozialistischen Länder als einem *Gesellschaftssystem* zu gelangen.

Mit anderen Worten: Sobald mehrere konkurrierende, sich auf den Marxismus-Leninismus berufende „konkretisierte Einsichten“ auftauchen, erweist sich die allgemeine Erklärung, daß es „nur durch die volle kritische Aneignung und Weiterentwicklung der in Kämpfen und Siegen bewährten und bewahrheiteten Lehren des Marxismus-Leninismus“ möglich sei, das „was war und ist, zu analysieren, was kommen kann, vorherzusehen und was getan werden muß, zu erreichen“[16] zwar als hervorragend dafür geeignet, nach Art eines Glaubenskampfes wechselseitig Abweichungen vom Marxismus-Leninismus festzustellen, während sie umgekehrt wenig dazu beiträgt, diese konkretisierten Einsichten (Einschätzungen, Beurteilungen) von jenem ungewissen Status zu befreien, der dadurch entsteht, daß es trotz aller beispielsweise für die Begründung der Intervention herangezogenen „heute bekannten Tatsachen“ in letzter Instanz eine allen Tatsachen vorausgehende und für richtig behauptete Definition von Sozialismus ist, die über dessen Gefährdung und darüber was „revisionistisch“ ist, entscheidet. ■

Klaus RUBASCH studiert Geschichte.

Anmerkungen

1 Beschluß des Zentralkomitees der KPÖ vom 22. 8. 1968, in: »Volksstimme« 24. 8. 1968.

2 W. Hollitscher, in: Der 21. Parteitag der KPÖ, Wien 1970, S. 301.

3 Resolution des ZK der KPÖ zur CSSR-Frage vom 11. 3. 1971, in: »Volksstimme« 13. 3. 1971.

4 Beschlüsse des 21. Parteitags, in: Der 21. Parteitag, S. 338ff, hier S. 357.

5 Politische Erklärung der KPÖ (beschlossen am 28. Parteitag der KPÖ, Juni 1991), in: »Aus der Parteitätigkeit« 11/1991, S. 3.

6 Referat von Franz Muhri, in: Protokoll der 33. Plenartagung des ZK der KPÖ am 12. 9. 1968.

7 E. Fischer, Marxismus und Ideologie, in: »Weg und Ziel« 5/1965, S. 353 – 358; vgl. auch Thesen über Perspektiven, in: Der 19. Parteitag der KPÖ, Wien 1965, S. 340 – 356.

8 Vorbemerkung zu: KPÖ (Hrsg.): Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, angenommen auf der Plenartagung des ZK der KPTsch am 5. April 1968, Wien o. J. (April 1968).

9 Beschluß vom 22. 8. 1968.

10 Stefan Doernberg, Proletarischer Internationalismus oder Unterstützung der imperialistischen Globalstrategie, in: »Standpunkte und Dokumente« Nr. 5, Okt./Nov. 1969, S. 34 – 36 (ursprgl. in: »Zeitschrift für Geschichtswissenschaft« 1/2/1969); S. Kowaljow: Von der „friedlichen“ und der unfriedlichen Konterrevolution, in: »Sowjetunion heute« 20/1968 (ursprgl. in: »Prawda« 11. 9. 1968).

11 A. Petrides, in: Der 20. Parteitag der KPÖ, Wien 1969, S. 256.

12 Beschlüsse des 21. Parteitags, S. 355.

13 S. Doernberg, a.a.O.; Hermann Mitteräcker: Das Trojanische Pferd des Antikommunismus. Einleitung, in: »Standpunkte und Dokumente« Nr. 5, Okt./Nov. 1969, S. 1 – 12, S. 11.

14 Vgl. dazu den Aufsatz von Franz Marek, Zur Struktur des Stalin-Mythos, in: »Weg und Ziel« 11/1968, S. 548 – 583, in dem er die These von der Funktion des „Marxismus-Leninismus“ als Staatsräson ausführt, der in der damaligen Situation allerdings hauptsächlich Anlaß zur Führung einer Gänsefüßchen-Diskussion war.

15 Diskussionsbeitrag von W. Hollitscher, in: »Volksstimme« 5. 12. 1968.

16 ebd.

PRAG 68
Letzte Chance für SOZIALISMUS?

Symposium
8. – 9. Oktober 1993
WUK, 1090 Wien, Währingerstr. 59

Referenten:
Ladislaw MNACKO (Prag)
Journalist

Miroslav RANSDORF (Prag)
Soziologe, stellvertr. Vorsitzender der KP Böhmens und Mährens

Ludvik KAVIN (Prag/Wien)
Philosoph und Schauspieler,
ehem. Sekretär des Universitätskomitees der KPC in Brünn

Roy MEDWEDEW (Moskau)
Historiker und Soziologe,
Co-Vorsitzender der Soz. Partei der Werktätigen Rußlands

Thomas ROTHSCHILD (Stuttgart)
Literaturwissenschafter, Univ. Stuttgart

Leopold SPIRA (Wien)
ehem. Herausgeber des »Wiener Tagebuchs«

Gero FISCHER (Wien)
Slawist, Univ. Wien

Hans KALT (Wien)
Ökonom, ehem. Chefredakteur der »Volksstimme«

Leo MACHÉ-SUNIZA (Wien)
freier Journalist und Übersetzer

Franz MUHRI (Wien)
ehem. Vorsitzender der KPÖ

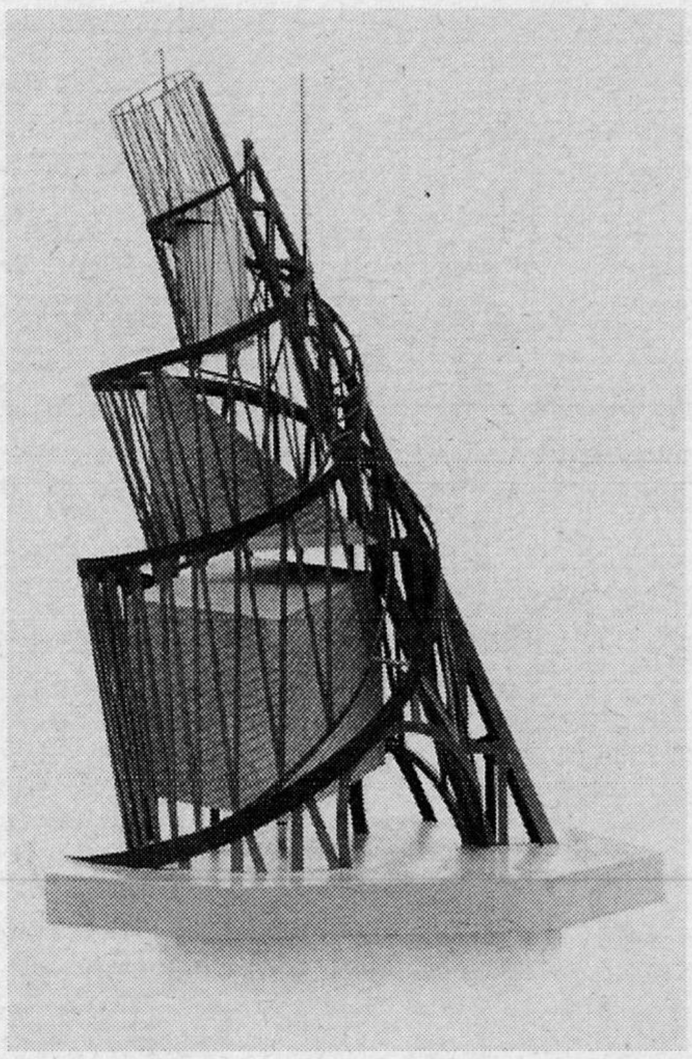
Walter BAIER (Wien)
Bundessekretär der KPÖ

Die Veranstaltungen finden (sofern nicht anders angegeben) im Werkstätten- und Kulturhaus (WUK), 1090 Wien, Währingerstr. 59 statt. Nach den einzelnen Referaten besteht die Möglichkeit zu einer kurzen Diskussion.

Freitag, 8. 10. 1993
14.00 – 18.00
Reale Ereignisse und ihre Bewertung
Miroslav RANSDORF
Ladislaw MNACKO
Roy MEDWEDEW
Ludvik KAVIN

Freitag, 8. 10. 1993, 19.00
Universität Wien, Hörsaal 1, (NIG),
1010 Wien, Liebigg. 5

PRAG 68
Letzte Chance für SOZIALISMUS?
Podiumsdiskussion
Es diskutieren:
Ladislaw MNACKO
Mirsolav RANSDORF
Roy MEDWEDEW
Thomas ROTHSCHILD
Leopold SPIRA
Franz MUHRI
Walter BAIER



Samstag, 9. 10. 1993
9.30 – 12.30
Wirtschaftspolitik
Hans KALT
Leo MACHÉ-SUNIZA
Miroslav RANSDORF
N.N.

14.00 – 16.00
Folgen für die europäische Linke
Franz MUHRI
Roy MEDWEDEW
Walter BAIER
N.N.

16.30 – 18.30
Kulturpolitik
Gero FISCHER
Thomas ROTHSCHILD
Ludvik KAVIN
anschließend Musik und Buffet

OrganisatorInnen:
Vincent Abbrederis (WUK), Andrea Dampier (»Weg und Ziel«), Gero Fischer (Inst. f. Slawistik), Peter Horn (»Aufrisse«), Julius Mende (»Weg und Ziel«), Gerhard Oberschlick (»Forvm«)

Veranstalter:
»Aufrisse«, »Forvm«, »Weg und Ziel«, WUK

Gefördert von:
BMfUK, Kulturamt der Stadt Wien, KPÖ, WUK

CSSR 1968 – Die verlorene Chance

Hans KALT

Die politische Krise 1968 in der CSSR hatte tiefere Ursachen als uns, aber auch den meisten der in der CSSR wie in der UdSSR handelnden politischen Kräfte damals bewußt war.

Die im Mittelpunkt stehende Frage nach dem Stellenwert von Demokratie und Humanismus im sozialistischen Gesellschaftsmodell eskalierte in einem Land, das zum Zeitpunkt der revolutionären Umwälzung 1948 im Vergleich zu den anderen damals sozialistischen Ländern sowohl den höchsten Entwicklungsstand seiner gesellschaftlichen Produktivkräfte als auch demokratischer Traditionen aufgewiesen hat. Dazu kam die geographische Lage der CSSR im Herzen Europas und an der Grenze zur kapitalistischen Welt.

Der Widerspruch kam in Auseinandersetzungen im wesentlichen innerhalb der KPC zum Ausdruck, in der sich 1968 jene Richtung durchsetzte, die für ein anderes Sozialismus-Modell, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz" eintrat. Das war ein grundlegender Unterschied zu den Ereignissen in Ungarn 1956, wo dem Sozialismus feindliche Kräfte von Anfang an im Vordergrund standen, ja einen Frontalangriff auf den Sozialismus überhaupt versuchten.

Schon dieser Unterschied hatte objektive Ursachen, die in den historischen und gesellschaftlichen Bedingungen des Landes lagen. Das Land, das einschließlich seiner Arbeiterbewegung von demokratischen Traditionen bis zurück zu den Hussiten beeinflußt war, dessen Kommunistische Partei aus einer demokratischen Abstimmung der früheren Sozialdemokratischen Partei hervorgegangen war, 1948 ohne militärische Einwirkung von außen die Umwälzung der Machtverhältnisse erreicht hatte, wurde kurz darauf mit der Einführung eines ökonomischen wie gesellschaftspolitischen Sozialismus-Modells konfrontiert, das weitgehend durch die Entwicklungsbedingungen in Russland bestimmt war, unter Einfluß Stalins feudal-byzantinische Züge angenommen hatte und vor allem dadurch schließlich die Fähigkeit verloren hat, sich aus eigenen Kräften weiterentwickeln zu können.

Dramatisch sichtbar war das bei der Justifizierung von Rudolf Slansky und anderen führenden Kommunisten geworden. Hohe KGB-Offiziere waren an der „Aufdeckung" dieser angeblichen Verschwörung beteiligt gewesen. Nur die tiefe Verbundenheit der tschechoslowakischen Arbeiterbewegung mit dem ersten sozialistischen Land und die national motivierten Gefühle der meisten Tschechen und Slowaken dem größten slawischen Volk gegenüber hatten diesen Widerspruch nicht schon früher aufbrechen lassen.

Der bestimmende Hintergrund der Krise lag in der gesellschaftlichen Basis selbst. Das in der Sowjetunion zu dieser Zeit relativ stabile ökonomische Sozialismus-Modell war gekennzeichnet durch administrativ-zentralistische Planung aller wesentlichen Prozesse der Reproduktion. Verbindliche zentrale Weisungen ersetzten objektive ökonomische Gesetzmäßigkeiten, deren Wirken Marx und Engels während des Übergangs zum Sozialismus für unbedingt notwendig gehalten hatten.

Die daraus notwendig erwachsende Tendenz zur Bürokratisierung hatte zu dieser Zeit angesichts der riesigen natürlichen Möglichkeiten der Sowjetunion dort noch nicht in die Phase der sichtbaren Stagnation geführt. Extensive Erweiterung der Produktion war dort noch möglich.

Anders in einem so hochentwikkelten Land wie der CSSR, mit seiner schon vor 1939 stark differenzierten Wirtschaft. Hier war das sowjetische Sozialismus-Modell schon bei seiner Übernahme überholt gewesen und in den sechziger Jahren an Grenzen angelangt, die eine weitere Entwicklung der Produktivkräfte – durch intensive Produktionsausweitung – kaum mehr zuließen. Initiativen, die immer von zentralen Planungsstellen auszugehen hatten, konnten den fehlenden Stimulans objektiv wirkender ökonomischer Interessen an der Basis als Hebel der weiteren Entwicklung nicht ersetzen.

Die wissenschaftlich-technische Revolution

Dies geschah zudem „Aug' in Aug'" mit Ländern wie Österreich und der BRD, wo schon über ein Jahrzehnt die dynamischeste Konjunktur in Gang war, die diese Länder im 20. Jahrhundert gekannt hatten. Überdies erfolgten in den entwickeltesten kapitalistischen Ländern in den sechziger Jahren erste Schritte zur Einführung der Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Revolution in den ökonomischen Reproduktionsprozeß.

Die Diskussion in der CSSR über die Bedeutung dieser Entwicklung für den Sozialismus schon vor 1968 war zwar weit weniger spektakulär, kam aber dem die weitere Entwicklung bestimmenden Problem näher, als jene Diskussionen, die sich auf die Einstellungen im gesellschaftspolitischen Überbau beschränkten. Nur konnte die auch nach dem Tod Stalins und den Enthüllungen Chruschtschows in der Sowjetunion wie in der ganzen kommunistischen Bewegung weiterwirkende Tabuisierung der zur Zeit Stalins entstandenen ökonomischen Basis des dortigen Sozialismus-Modells als der einzig authentisch-„marxistischen" nicht durch die Entwicklung glaubwürdiger alternativer Vorstellungen einer neuen ökonomischen Basis eines solchen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz" überwunden werden.

Schwerpunkt der Krise in der CSSR blieb der gesellschaftspolitische Überbau. Das bestimmte weitgehend die konkreten Zielvorstellungen. Allerdings barg das von Anfang an die größte Gefahr: Allgemein demokratische und humanistische Ideale können – oft im gleichen Wortlaut – auch von Menschen vertreten werden, die nicht einen Sozialismus mit

menschlichem Antlitz, sondern überhaupt keinen Sozialismus wollen. Gerade das hat die Geschichte des Scheiterns dieses Gesellschaftsmodells seither vielfach und tragisch bewiesen.

Man kann heute nicht die Entwicklung von 1968 in der CSSR betrachten, ohne die Erfahrung zu berücksichtigen, die die Menschen in der CSSR aber auch anderswo als Folge der Verwischung dieses wesentlichen Unterschiedes bei Wortführern der Veränderungen in Ost- und Ostmitteleuropa machen mußten. Das rechtfertigt weder, die Wortführer des „Prager Frühlings" subjektiv als Verräter am Sozialismus zu betrachten und die Militärintervention dadurch zu rechtfertigen, noch aber auch, selbst heute noch eine genaue Prüfung zu unterlassen, wer hinter dem Banner von Demokratie und Humanismus ein besseres Sozialismus-Modell anstrebt und wer dahinter nur den Wunsch nach Rückkehr zum Kapitalismus verbirgt.

Wer nur den Maßstab „demokratisch und humanistisch" oder „totalitär" oder auch abstrakt „gut" oder „böse" anlegt, muß heute in Schwierigkeiten kommen: Ist es Beweis von Demokratie, wenn – entgegen dem Willen der Mehrheit in beiden Landesteilen – die Föderation der Tschechen und Slowaken auseinandergebrochen ist? Ist es humanistisch, wenn es wieder Arbeitslose gibt, der Lebensstandard der Arbeitenden innerhalb von drei Jahren drastisch zurückgegangen ist? Ist es ein Beweis von Humanismus, wenn heute für eine Arbeitskraft in Tschechien, in Hartwährung umgerechnet, monatlich 400 DM gezahlt werden muß, während eine solche selbst in Südkorea schon 1300 DM kostet? Die Probleme in der CSSR waren Ausdruck dessen, was US-Präsident Reagan vor einem Jahrzehnt als „Reich des Bösen" bezeichnet hat. Folgt man dieser Sprachregelung, dann hat vor drei Jahren „das Gute" dort triumphiert. Aber um wieviel besser ist dieses „Gute" für die dortigen Menschen?

Militärintervention war nicht gerechtfertigt

Dennoch war die Militärintervention der anderen sozialistischen Staaten im August 1968 in der CSSR nicht gerechtfertigt. Sie erfolgte, weil die Führung der entscheidenden sozialistischen Macht, der Sowjetunion, damals und wie die Geschichte seither bewiesen hat auch 17 Jahre später nicht mehr die Fähigkeit zu einer grundlegenden Umgestaltung ihres Sozialismus-Modells (wofür ja der Begriff „Perestroika" steht) besaß.

Wenn auch noch nicht so deutlich sichtbar, bestanden die Bedingungen, die Veränderungen erforderten, auch in den anderen sozialistischen Staaten. Für die Entscheidung der Sowjetführung zur Intervention maßgebend war die Befürchtung einer Beispielwirkung auf andere sozialistische Staaten und das pragmatische Interesse an der Aufrechterhaltung des machtpolitischen Gleichgewichts in Europa. Letzteres hat sich insofern als berechtigt erwiesen, als alle Voraussagen einer Gefährdung des Friedens rasch durch die Fortschritte der Entspannung nach 1968 in Europa widerlegt wurden.

Tragisch waren die Folgen für die CSSR. Ein Teil der KPC lehnte überhaupt ernste Reformen ab, weil sie eine Gefahr für den Sozialismus darstellen konnten. Sie wurden schon vor der Militärintervention durch die führenden Kräfte der KPdSU unterstützt. Ein Teil der Reformwilligen wieder begann sich – auch wegen der Aussichtslosigkeit der Durchsetzung von Reformen gegen den Willen der KPdSU – auf das Bündnis auch mit Kräften zu orientieren, die den Sozialismus beseitigen wollten. Auch das wäre nur mit ausländischer Hilfe möglich gewesen. Also orientierte sich schließlich auch ein Teil reformwilliger Kommunisten auf das weitere Bündnis mit der Sowjetunion. Erst das machte die militärische Intervention – zum Unterschied von Ungarn 1956 ohne Blutvergießen – überhaupt möglich.

Die Tragik der Situation blieb auch nach der Intervention: Hunderttausende politisch aktive Menschen, die den Sozialismus wollten, dafür schwerste Opfer gebracht hatten, standen einander nahezu unversöhnlich gegenüber. Die einen hatten einen besseren Sozialismus gewollt, waren aber in ein Bündnis mit und in immer stärkere ideologische Abhängigkeit von Gegnern des Sozialismus geraten. Die anderen verteidigten ein Sozialismus-Modell, das wesentlichen Ansprüchen des Sozialismus nicht entsprach und schließlich nur durch ausländische militärische Intervention am Leben erhalten wurde. Viele resignierten, weil sie keinen der beiden Wege gehen wollten.

Das Scheitern dieser Chance zu einer grundlegenden Erneuerung des osteuropäischen Sozialismus antizipierte damit auch schon die Tragik des Scheiterns des zwei Jahrzehnte später erfolgenden Perestroika-Versuchs.

Die Haltung unserer Partei

Aus objektiven wie subjektiven Gründen war die KPÖ stärker als die meisten anderen kommunistischen Parteien im Westen von den Auswirkungen der Krise in der CSSR beeinflußt. Dabei lag es außerhalb unserer Möglichkeiten, den politischen Schaden ernsthaft zu begrenzen, den die bloße Tatsache, daß andere sozialistische Staaten militärisch in die innere Entwicklung eines sozialistischen Staates eingriffen, dem Ansehen unserer Bewegung zugefügt hat.

Schwieriger wurde die Lage dadurch, daß die bewußtseins- und meinungsbildenden Kader unserer Partei um die in der CSSR aufbrechenden Konflikte ebenfalls tief gespalten waren. Dies allerdings in einer Umgebung, in der die Wucht der bürgerlichen Medienmacht und der starke Einfluß der Sozialdemokratie auf die Arbeiterbewegung jede sachliche Auseinandersetzung zusätzlich erschwerten. Unvermeidlich setzten viele österreichische Kommunisten und Kommunistinnen jedes Abgehen von der Solidarität mit der Sowjetunion und der Verteidigung des osteuropäischen Sozialismus mit einem Zurückweichen vor der sozialdemokratischen Ideologie gleich.

Das war auch der Grund, daß die in der Masse der Mitgliedschaft der KPÖ vorherrschende spontane Verbundenheit mit der Sowjetunion die vom ZK ursprünglich eingenommene kritische Haltung zur Militärintervention nur halbherzig mittrug und besonders kritisch auftretende Spitzenfunktionäre in der geheimen Wahl auf dem 20. Parteitag abzuwählen versuchte. Die Wiederholung der Wahl als offene En-bloc-Abstimmung konnte den Riß nicht schließen.

Es fehlte eine wirkliche Analyse der tieferen Ursachen für die Krise in der CSSR. Dies vor allem, da auch unsere Partei – in ihrer engen solidarischen Verbundenheit mit der KPdSU stärker als viele andere kommunistischen Parteien – eine marxistische Analyse der inneren Entwicklung der sozialistischen Ländern, vor allem ihrer Basis, primär als Aufgabe der Par-

teien dieser Länder und ihrer marxistischen Wissenschafter betrachtete. (Daß damals keine Angaben über die wertmäßigen Proportionen des ökonomischen Reproduktionsprozesses der sozialistischen Länder öffentlich zugänglich waren, hätte eine selbständige Analyse der dortigen politischen Ökonomie erschwert, aber ihre Notwendigkeit eigentlich besonders unterstreichen müssen.)

Ob bei Ansätzen zu einer solchen Analyse die Abspaltung meherer angesehener Kommunisten hätte vermieden werden können, ist zu bezweifeln. Wesentlich stärkere kommunistische Parteien, in denen es ernste Ansätze zu kritischer Auseinandersetzung mit den Entwicklungen des realen Sozialismus gab, wie zum Beispiel die italienische, die französische oder die spanische, konnten größere Abspaltungen, ja Spaltungen nicht vermeiden. Allerdings haben alle diese Parteien, bzw. deren marxistische Gruppierungen, heute bessere Ausgangspositionen für die Gewinnung der Arbeiterklasse ihrer Länder. (Das gilt auch für die italienische KP, obwohl deren stärkerer rechter Flügel als PDS jetzt nur jenen Platz einnimmt, der frei wurde, da die traditionelle Sozialdemokratie in der Strukturkrise des dortigen politischen Systems mit untergegangen ist.)

Daß unsere Partei der in ihren Reihen vorherrschenden Stimmung soweit Rechnung trug, daß das ZK schließlich auch die kritische Position von 1968 wieder revidierte, entsprach zwar einer demokratischen Meinungsbildung, gehört aber zu den subjektiven Fehlern, die langfristig unsere Kampfbedingungen erschwerten. Ich fasse dies auch als persönliche Selbstkritik auf, da auch ich zu dieser Zeit schon dem Polbüro, also der engeren Parteiführung angehört habe.

In den darauffolgenden zwei Jahrzehnten konnte die KPÖ trotz großem Einsatz ihrer Mitglieder und Funktionäre in Betrieben, Gemeinden und anderen Positionen für die Interessen der österreichischen Arbeiterklasse und des Landes den Nimbus nicht abstreifen, sich bedingungslos mit der Entwicklung des realen Sozialismus zu identifizieren. Das erweckte den Eindruck einer Art „Bunker-Ideologie", ließ uns neue Vorstellungen, ja Bewegungen vor allem in der jüngeren Generation nicht oder nur verspätet erkennen. Ohne nachträglich Illusionen nähren zu wollen, muß heute festgestellt werden, daß dadurch mögliches Potential zur Bewußtseinsbildung mit gesellschaftsverändernder Zielsetzung nicht oder nur ungenügend wirksam gemacht wurde.

Natürlich hätte selbst eine innerlich geschlossene und erheblich stärkere KPÖ damals keine Möglichkeit gehabt, die Entwicklung in der CSSR, wie auch in den anderen sozialistischen Ländern ernsthaft zu beeinflussen. Aber eine andere, in einiger Beziehung den marxistischen Grundsätzen der Gesellschaftsanalyse besser entsprechende Aufarbeitung der dortigen Entwicklung hätte – wenn auch erst für die spätere Zukunft – die Bedingungen für unseren eigenen politischen Kampf in Österreich verbessern können. ■

Hans KALT ist ehemaliger Sekretär des Zentralkomitees der KPÖ und ehemaliges Mitglied des Politbüros.

AUFRISSE

Die nächste Nummer der Zeitschrift »AUFRISSE«
behandelt den Schwerpunkt „Prag 68"
mit Beiträgen der Referenten beim Symposium
„Prag 68 – letzte Chance für Sozialismus?",
das vom 8. – 9. Oktober 1993 in Wien stattfinden wird.
Das Heft erscheint Ende September.
»AUFRISSE«, Kaiserstr. 91, 1070 Wien

Tendenz rechts

Viele – auch Linksliberale und Sozialdemokraten – sehen Rechtsradikale und Neonazis immer noch als isoliert agierende Randgruppe – Neonazismus als gesellschaftliches Phänomen, das vor allem jugendliche „Modernisierungsverlierer" betrifft. Militantes, international bestorganisiertes Neonazitum wird als Jugendsünde von einzelnen orientierungslosen, arbeits- und wohnungslosen Opfern verharmlost. Offensichtlichste politische und organisatorische Hintergründe wurden bis dato konsequent ignoriert. PolitikerInnen, Medien und SozialwissenschaftlerInnen arbeiten fleißig an der Verschleierung anstatt an der Aufklärung von Tatsachen. Damit sind sie Teil des eklatanten Rechtsrucks, den der politische, wissenschaftliche und mediale Mainstream in den letzten Jahren vollzogen hat.

Alt- und Neonazis jubeln bereits: „Unsere Aufgabe ist es, die Parteien dazu zu drängen, daß sie nach rechts abdriften müssen. Und wir haben es erreicht, denn die CDU und erst recht die CSU stehen mit ihren Aussagen heute so weit rechts wie die NPD – Nationaldemokratische Partei Deutschlands – vor zwanzig Jahren." (Heinz Reisz in: Michael Schmidt, Heute gehört uns die Straße.)

Und Jörg Haider freut sich über die von der Regierung geschaffenen Gesetze, die die Inhalte des Ausländervolksbegehrens der FPÖ vollziehen.

In ganz Europa wird mittels Asyl- und Aufenthaltsgesetzen an der Abschottung gegen Kriegsflüchtlinge, politisch Verfolgte und Arme gearbeitet. Legislative und Exekutive betreiben sie Hand in Hand, damit, wie es zum Beispiel der österreichische Verteidigungsminister Fasslabend formuliert, „... die Österreicher in Ruhe ihren Wohlstand genießen können". Das zu gewährleisten, gehöre zu den neuen Aufgaben des Bundesheeres.

Ecker und Gmeiner schreiben in ihrem Artikel, „‚Rechtswende' bezeichnet heute nichts weniger als die Normalität des Rechtsextremismus." Manche RechtsextremismusexpertInnen glauben immer noch, mit der althergebrachten genauen Differenzierung zwischen konservativ, rechts, rechtsextrem, rechtsradikal, faschistoid und faschistisch die geänderte politische Realität erfassen zu können. Es will nicht wahrgenommen werden, daß eine sogenannte „Integration des rechten Lagers" stattgefunden hat. Rechtsextremismus und Neonazitum, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus, Gewalt und Mord als isolierte Probleme zu betrachten, verkennt die Wirklichkeit. „Seriöse" PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und Medien betreiben seit geraumer Zeit die Aufbereitung des Klimas, im dem all der menschenverachtende antidemokratische, rassistische Wahn bestens gedeihen kann. Biedermänner und Brandstifter.

In einigen Artikeln des Schwerpunkts wird auf die Begriffsbestimmung links/rechts eingegangen. Auch in Pirkers Analyse der russischen Linken steht die Frage im Hintergrund, was ist heute links, was ist rechts? Jedoch nur weil einiges durcheinander geraten ist, was ohnehin noch nie „gestimmt" hat, und weil einiges neu definiert werden muß, hat sich die Differenzierung links/rechts noch lange nicht überholt, wie die Zeitgeister uns zuflüstern. Im Gegenteil, das klare Beziehen von Standpunkten – antikapitalistischen, antirassistischen, antifaschistischen, antipatriarchalischen, demokratischen – ist unabdingbarer denn je.

„Die Linke hat einen kühnen Anspruch an die Intelligenz der Menschen und dann auch noch an ihre Moralität. Und das bringt ihr die Noblesse, aber auch die Ohnmacht. Faschismus setzt einfach auf das Tier. Warum der Faschismus zuerst einmal triumphiert, er hat die Natur auf seiner Seite, das Tier. Wir dagegen erstreben etwas, was es ja noch nie gegeben hat. Was wir betreiben ist ja Prometheus: die Selbst-Ernennung des Menschen. Links ist eine Anstrengung. Lebensgefährlich." (Max Frisch)

Zu einer (Neu)definition von rechts und links gehört beispielsweise auch die Auseinandersetzung mit dem Inhalt der Begriffe wie Volk, Nation(alismus), Regionalismus usw.; um sie geht es im Artikel von Schiedl. Was bedeuten diese in rechtsextremen Ideologien tragenden Begriffe für Linke? Auch eine Diskussion darüber soll mit diesem Schwerpunkt angeregt werden.

Maria Wölflingseder

Ist Rassismus individuell austreibbar?*

Theoretische Zugänge und Abwehrformen psychologischer Analyse des Phänomens Rassismus/Fremdenfeindlichkeit

Ute OSTERKAMP

Die Erkenntnis, daß die personalisierende = psychologisierende Sichtweise das Verständnis rassistischer Phänomene massiv behindert, hat sich in jüngster Zeit mehr und mehr durchgesetzt. Solche Personalisierungen bestehen etwa in der Tendenz, „Rassismus" an den extremen Äußerungsformen festzumachen und eine klare Trennlinie zwischen Rassisten und Nicht-Rassisten zu ziehen: Die einen verkörpern das Böse bzw. die „häßlichen Deutschen", die anderen hingegen die „besseren Deutschen". Die Möglichkeit, daß die „guten Deutschen" etwas mit dem Verhalten der „häßlichen Deutschen" zu tun haben könnten, bleibt in dieser Sicht ausgeschlossen.

Die Handlungsfähigkeit beschränkt sich demgemäß auf die moralische Verurteilung der Rassisten. Je größer der Kreis derer ist, die man verdammt, umso reiner erstrahlt die eigene antirassistische Haltung. Die Frage nach den Ursachen rassistischen Verhaltens wird aus dieser Warte nicht selten als heimliche Sympathie mit den Rassisten gewertet. Nicht die Opfer ihrer Übergriffe – so etwa Birgit Rommelspacher (1991, 1992) –, sondern die deutschen Jugendlichen würden in den sozialwissenschaftlichen Untersuchungen des Rechtsextremismus als die eigentlichen Leidtragenden unserer Gesellschaft erscheinen. Ihnen vor allem würden Anteilnahme und Mitgefühl gelten. Damit würden unversehens die Täter zu Opfern werden.

Aber auch die scheinbar entgegengesetzte Haltung, nämlich die Aussage: „Wir sind alle Rassisten", ist, da auch sie von den realen unterschiedlichen Voraussetzungen und Formen rassistischen Verhaltens abstrahiert, nichts anderes als eine Spielart personalisierender Sichtweise (Harnisch/Wagner, 1992). Die Pseudohaftigkeit bzw. der Abwehrcharakter solch pauschaler Proklamationen eigener rassistischer Denk- und Verhaltensweisen äußert sich nicht zuletzt darin, daß diejenigen, die solche Sprüche im Munde führen, in der Regel höchst empfindlich reagieren, wenn man sie konkret auf rassistische Aspekte ihres Denkens oder Handelns aufmerksam macht.

Die zunehmende Problematisierung personalisierender Sichtweisen in der wissenschaftlichen Diskussion des Rassismus bedeutet keineswegs, daß diese damit schon überwunden wären. Im Gegenteil, hier beginnt erst die eigentliche Arbeit. Es gilt, die vielfältigen Formen und Mechanismen herauszuarbeiten, mit denen wir uns selbst – unter dem Druck der Praxis und in Anleitung durch entsprechende theoretische bzw. ideologische Angebote – immer wieder in personalisierendes Denken verstricken. Die allseits nahegelegte personalisierende Sicht der Dinge zu problematisieren, bedeutet, selbstverständliche Formen auch der eigenen Daseinsbewältigung in Frage zu stellen. Dies schließt eine unmittelbare Verunsicherung ein, die zusätzlich dadurch erhöht wird, daß die Überwindung der personalisierenden Sichtweise automatisch die gesellschaftlichen Verhältnisse in das Blickfeld der Kritik geraten läßt, was in der Regel entsprechende – mehr oder weniger sublime – Sanktionen nach sich zieht.

* Dieser Artikel basiert auf einem Vortrag, den die Autorin im Institut für Sozialforschung Mainz e. V. gehalten halt. Er wurde von genanntem Institut und im »Schulheft« 67/1992 veröffentlicht.

Personalisierende Sichtweise von Rassismus

Die traditionelle Psychologie als Wissenschaft vom menschlichen Erleben und Verhalten ist in besonderer Weise auf die personalisierende Sichtweise festgelegt. Eine solche Konzentration auf das Individuum, die von den objektiven Voraussetzungen des jeweiligen Verhaltens weitgehend absieht, hat zur Folge, daß man die Individuen gemäß den herrschenden Normen bewertet bzw. zu trimmen sucht, ohne diese Normen selbst auf ihre Berechtigung bzw. die dahinterliegenden Interessen zu hinterfragen. Bezogen auf Rassismus bedeutet dies, „extreme", die bestehende Ordnung gefährdende „rassistische Auswüchse" zu bekämpfen und damit zugleich von der gesellschaftlichen Normalität solcher Phänomene abzulenken. Die Konzentration auf das Individuum hat somit unmittelbar anpassende Funktion: sie entzieht den gesellschaftlichen Status quo weitgehend der Kritik und erspart einem selbst die negativen Folgen, die eine solche Kritik für die eigene Praxis und das eigene Fortkommen haben könnte.

Entsprechend diesen gesellschaftlichen Vorgaben, denen zufolge die Probleme in einer Weise zu bewältigen sind, daß die herrschende Ordnung nicht in Frage gestellt ist, wird das Phänomen „Rassismus" im wesentlichen als bloß gefühlsmäßige Einstellung gegenüber „Fremden" oder „Ausländern" verhandelt. Eine solche „Fremdenfeindlichkeit" wird entweder für „natürlich" = angeboren – so etwa bei Eibl-Eibesfeldt (1983) – oder aber als Sozialisationsschaden gesehen. Für Mario Erdmann (1992) ist das Fremde naturgemäß ambivalent, sowohl angsterregend als auch anziehend. Die bedrohlichen Aspekte würden verhaltensbestimmend werden, wenn das Kind Aggressionen, die aus dem Verhältnis zu seinen Bezugspersonen erwachsen und dieses belasten könnten, auf Außenstehende projiziert. Statt das Böse in sich selbst zu erkennen, bekämpfe es dieses fürder-

hin bei den jeweils anderen. Selbst wenn man den in solchen Erklärungen liegenden individualgenetischen Reduktionismus unproblematisiert lassen wollte, stellt sich die Frage, woher solche innerfamilialen Spannungen und Aggressionen kommen und vor allem: warum diese im Familienkreis nicht geäußert bzw. bewältigt werden können oder dürfen.

Auch Margarete Mitscherlich (1983) sieht als Ursache der „Fremdenfeindlichkeit" die Projektion von Haß-, Rache- und Neidaffekten, die ursprünglich den unterdrückenden Vätern oder Erziehern gegolten hätten. Das Ergebnis solcher Projektionen der Haßanteile in den innerfamilialen Beziehungen auf die Außenwelt sei die Idealisierung des Eigenen und die Verteufelung des Fremden. Dabei würden sich diese Minderheiten, gegen die sich solche Aggressionen vornehmlich richten, häufig selbst infolge ihres inneren Zwangs zum Märtyrertum für solche Projektionen anbieten.

Projektionstheorien = Abwehrmechanismus?

Die innere Quelle solcher Projektionen sei, so Mitscherlich, die fehlende Toleranz gegenüber Ambivalenzen, daß heißt unsere mangelnde Fähigkeit zu ertragen, daß wir die Menschen, von denen wir abhängig sind, nicht nur lieben, sondern zugleich auch hassen. Solche Abhängigkeit wird von ihr, wie dies allgemein in der Psychologie der Fall ist, nicht in ihren wirklichen Bezügen, sondern nur als individuelles = emotionales Problem verhandelt. Damit gerät die reale Unterdrückung aus dem Blickfeld; übrig bleibt die individuelle Unfähigkeit, mit der Unterdrückung zu leben. Mit anderen Worten: Die Nötigung, kritische Impulse und Erkenntnisse zu verdrängen, um nicht der „Liebe" bzw. Zuwendungen derer verlustig zu gehen, auf die man existentiell angewiesen ist, wird in die Unfähigkeit uminterpretiert, das Nebeneinander von Liebe und Haß zu ertragen. Oder umgekehrt: Die subjektive Notlage und letztlich menschenunwürdige Situation, die einer solchen Ambivalenz zugrunde liegt – nämlich sich zur eigenen Existenzsicherung dem Willen und den Entscheidungen jener fügen zu müssen, die über die Mittel der Bedürfnisbefriedigung verfügen – wird unter der Hand zur wahrhaft reifen menschlichen Lebensbewältigungsform stilisiert und damit jeder Kritik entzogen.

Die Projektionstheorien enthalten zwar die wichtige Erkenntnis, daß „Fremdenfeindlichkeit" nicht primär den Eigenarten der Fremden, sondern der jeweils eigenen Situation geschuldet ist. Diese Erkenntnis bringt jedoch nicht weiter, wenn die realen Ursachen der Aggressionen sowie die Zusammenhänge, die hinter ihrer Verdrängung und Verschiebung liegen, im Dunkeln bleiben: dies führt zu nichts anderem, als daß nunmehr statt der Ausländer die Einheimischen bzw. große Teile von ihnen diffamiert werden.

Die These, daß „Fremdenfeindlichkeit", das heißt die rassistischen Gewaltakte, nicht eigentlich den „Fremden" gelten, gegen die sie sich richten, sondern Relikte mißglückter familialer Beziehungen sind, entlastet die gegenwärtigen Verhältnisse von der Verantwortung für das Entstehen solcher Aggressionen. Man kann sich damit beruhigen, daß sie nicht den aktuellen Zuständen oder Verletzungen, sondern vergangenen Zurücksetzungen gelten oder vielmehr der Enttäuschung über die eigene Unzulänglichkeit entspringen, die sich darin äußert, daß man es nicht geschafft hat, die bedingungslose Liebe der Eltern für sich zu gewinnen.

„Identifikation mit dem Aggressor"

Die Möglichkeit, daß solche Projektionen bzw. Aggressionsverschiebungen nicht eine Reaktion auf die in der Vergangenheit erfahrene Zurücksetzung und Ohnmacht sind, sondern vielmehr die Funktion haben, die gegenwärtige Ausgeliefertheit und Bedeutungslosigkeit zu kompensieren, gerät bei dieser Familialisierung der gesellschaftlichen Probleme von vornherein nicht in den Blick. Die Frage stellt sich in diesem Zusammenhang, inwieweit die VertreterInnen solcher Projektionstheorien selbst Abwehrmechanismen aufsitzen. Statt der Projektion von der Vergangenheit in die Gegenwart würde es sich um die Projektion in umgekehrter Richtung handeln: Die aus der gegenwärtigen Situation erwachsenen Aggressionen würden in die Vergangenheit verlagert. Auf diese Weise leistet man einen Beitrag zur Verschleierung der gegenwärtigen Ursachen existentieller Verunsicherung und zur Herstellung und Verfestigung des „Unbewußten", nämlich der Verdrängung gesellschaftskritischer Impulse. Damit würde man – wie es für Projektionen typisch ist – die Probleme in einer Weise „bewältigen", daß das Einvernehmen mit den herrschenden Verhältnissen und damit auch die eigene Existenz nicht gefährdet wird.

Statt des Mechanismus der Projektion wäre der ebenfalls psychoanalytische Begriff der „Identifikation mit dem Aggressor" bei der Erklärung rassistischer Probleme weit eher angebracht. Dieser Begriff wird von Margarete Mitscherlich in ihren Erörterungen zum Problem der „Fremdenfeindlichkeit" zwar angeführt, aber um seinen kritischen Gehalt gebracht: Der Sieger, der Gewalttätige, der Angreifer würde idealisiert, zum Vorbild; man übernehme seine Wertvorstellungen, selbst wenn diese gegen die eigene Person oder die eigene Gruppe gerichtet seien. Auch in dieser Definition erscheint das Individuum als bloßes Opfer, das sein Opfertum dermaßen verinnerlicht, daß es sich anscheinend ohne äußere Nötigung jeder Kritik oder gar Gegenwehr gegen die Aggressoren enthält und statt dessen diese ob ihrer Stärke und Überlegenheit bewundert. Der eigentlich peinliche Aspekt an der „Identifikation mit dem Aggressor" bleibt hingegen systematisch ausgeblendet: nämlich daß man sich die Interessen der Herrschenden zu eigen macht, Widerständigkeiten gegen sie keineswegs nur bei sich, sondern auch bei anderen unterdrückt – um die „Kastration", das heißt die Beschneidung zentraler Lebens- und Handlungsmöglichkeiten, zu vermeiden, die man möglicherweise zu erwarten hätte, falls man sich den herrschenden Interessen widersetzt.

Die „Identifikation mit dem Aggressor" ist somit gerade nicht masochistischen Tendenzen geschuldet, wie es in der Auslegung von Mitscherlich erscheint, sondern hat vielmehr die Funktion, die Aggressionen der Mächtigen von sich abzuwenden, indem man sich in ihre Dienste stellt, das heißt ihre Interessen gegenüber anderen durchzusetzen hilft. Die „Dazugehörigkeit" zu denen, die das Sagen haben bzw. über die Mittel der Bedürfnisbefriedigung verfügen, impliziert immer die aktive Abgrenzung gegenüber den „Nichtdazugehörigen" = „Fremden". Dieses ausgrenzende Verhalten drängt sich einerseits unter dem Druck der eigenen Existenzsorge spontan auf, und wird andererseits – auch durch die traditionelle Psychologie – systematisch nahegelegt: als Schutzwall gegen die, die wegen ihres

weitgehenden Ausschlusses von den gesellschaftlichen Lebensmöglichkeiten eine ständige Gefahr für die herrschende Ordnung darstellen.

Ist Rassismus individuell austreibbar?

Die theoretische Gegenüberstellung von Individuum und Gesellschaft entspricht der praktischen Forderung, das Phänomen Rassismus durch die pädagogisch/therapeutische Bearbeitung der Individuen in den Griff zu bekommen, ohne dessen gesellschaftliche Ursachen sichtbar werden zu lassen. Wer dieser Forderung entspricht, hat gute Chancen, sich mit seinen „antirassistischen" Methoden ins Geschäft zu bringen.

Mit anderen Worten: Wenn „Fremdenfeindlichkeit" bzw. Rassismus „in" den Menschen stecken soll, dann liegt es nahe, daß man den Rassismus auch unmittelbar an den Individuen auszutreiben sucht. Hierfür bieten sich mannigfaltige Programme an. Eines der verbreitetsten ist offensichtlich das antirassistische Trainingsprogramm Lida van den Broeks.

Lida van den Broek (1988) leugnet als progressive, politisch aktive Sozialwissenschaftlerin zwar keineswegs die Bedeutung der gesellschaftlichen Verhältnisse für die Entstehung von Rassismus, stellt ihnen jedoch dessen „menschliche Seite" gegenüber, für die sie sich als Psychologin im besonderen Maße zuständig sieht. Diese „menschliche Seite des Rassismus" gewinnt jedoch im Verlauf ihrer weiteren Ausführungen unter der Hand ausschlaggebende Bedeutung: Auch wenn die Hauptursache für die Existenz des Rassismus ökonomischer Natur sei, sei die Ideologie der eigentliche und wesentliche Nährboden für sein Fortbestehen (Broek S. 28). Diese würde sich in der Mentalität der Menschen niederschlagen und zu einer „rassistischen" Persönlichkeitsstruktur verdichten, die dem gesellschaftlichen Fortschritt im Wege stünde, das heißt die Individuen daran hindere, sich den entwikkelteren gesellschaftlichen Bedingungen anzupassen (S. 45). Die Auseinandersetzung mit dem eigenen Rassismus müsse somit am Beginn jeder wirkungsvollen antirassistischen Bewegung stehen (S. 76, S. 107). Hierfür bietet Lida van den Broek ihr antirassistisches Trainingsprogramm an, das sowohl Anleihen bei der Verhaltenstherapie als auch bei der Psychoanalyse macht.

Die rassistische Mentalität gelangt ihrer Auffassung nach per Konditionierung in der frühen Kindheit in die Menschen; diese Konditionierung habe prägenden Charakter und schließe Korrekturen durch spätere antirassistische Informationen weitgehend aus. Um eine solche Fehleinstellung zu veranschaulichen, benutzt Lida van den Broek das Bild einer Druckerpresse: Laufe bei der Papierzufuhr etwas schief, würden Fehldrucke entstehen. Werde der Fehler nicht sofort behoben, sei die Maschine blockiert und das Papier häufe sich an. Erst wenn das Papier beseitigt, die Maschine gereinigt und die Zufuhr korrigiert sei, sei das Übel behoben (S. 62). So könne es auch auf psychischer Ebene infolge unzulänglich verarbeiteter frühkindlicher Erfahrungen zu einem „Stau" kommen, der die Aufnahme neuer Informationen weitgehend behindere. Solange dieser Stau nicht bearbeitet würde, stünden aber die Individuen, wie Lida van den Broek unter Bezugnahme auf Alice Miller bzw. deren Verflachung Freudscher Begriffe meint, unter einem psychischen Wiederholungszwang, durch welche sie die während des Prägungsprozesses erfahrenen seelischen Verletzungen und Ohnmachtsgefühle bewußtlos an jeweils Schwächeren abreagieren würden (z. B. S. 48f).

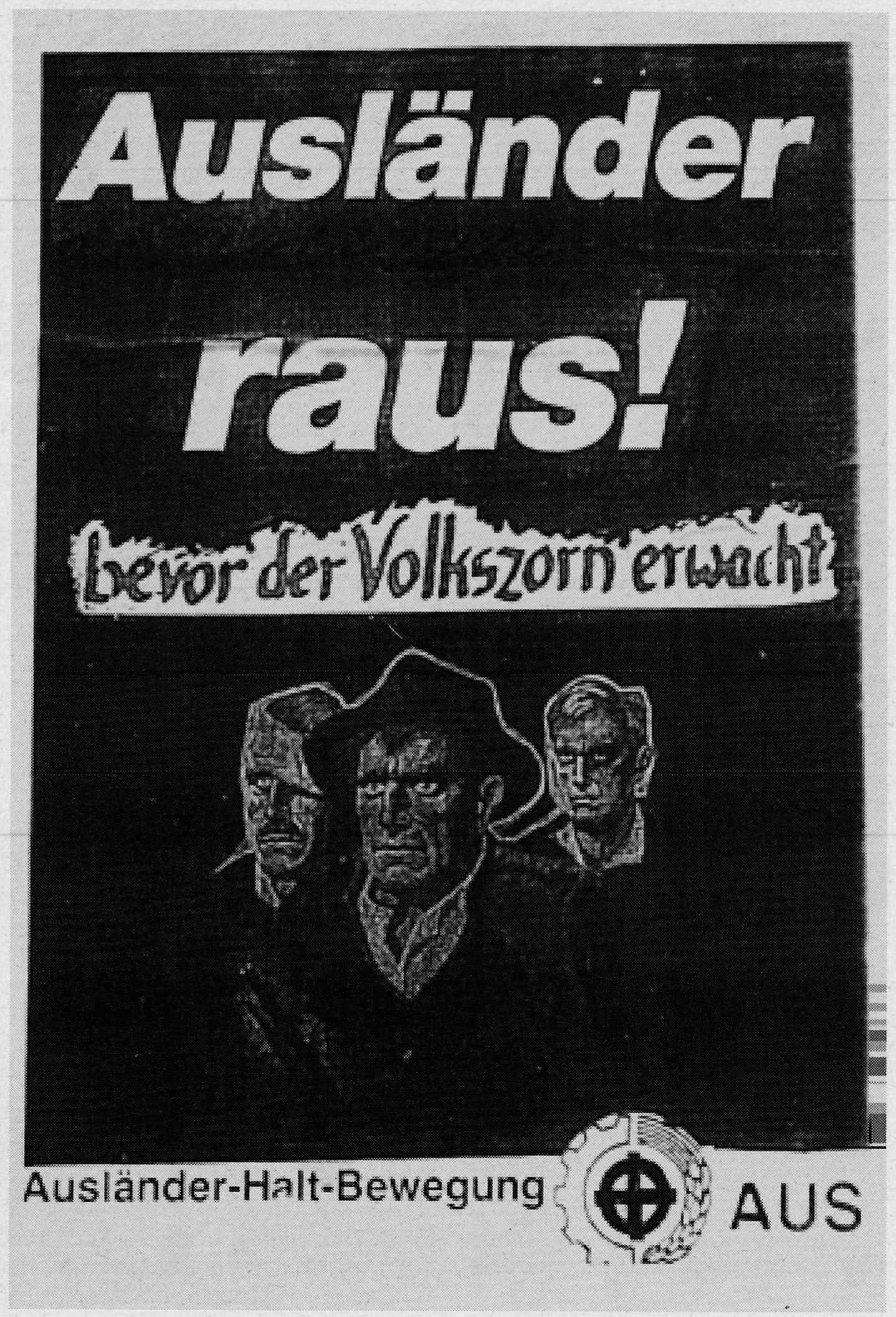


Foto: Robert Newald. Aufkleber in Wien

Antirassistische Trainingsprogramme?

Solche Fehleinstellungen sollen dann in den antirassistischen Trainingsprogrammen „umkonditioniert" werden (S. 105, S. 142): Methoden, die hierbei Anwendung finden, sind unter anderem, über die hohe Kultur der jeweils diskriminierten Völker zu informieren oder aber Schreibübungen, bei denen man in einem ersten Satz die Ängste vor den Fremden thematisiert, um in einem zweiten Satz das genaue Gegenteil dazu zu formulieren. Das wichtigste und offensichtlich attraktivste Moment an solchen antirassistischen Trainingsprogrammen ist aber, sich die Unterdrückung zu vergegenwärtigen, die man selbst in der Kindheit erfahren hat; damit soll unter anderem auch die Identifikation mit den heutigen Opfern des Rassismus und damit zugleich die Solidarisierung mit ihnen erleichtert werden.

Das heißt: Für Lida van den Broek sind auch „Rassisten" Opfer des Rassismus (S. 93f); dies zu erkennen, sei ein wesentlicher Schritt, um solche „Träger des Rassismus" zu erreichen und damit den Rassismus selbst zu bekämpfen. Statt von Schuld sollte man deshalb ihrer Auffassung nach lieber von „Verantwortung" sprechen. Darunter versteht sie, die rassistischen Voreinstellungen in der eigenen Person zu erkennen und an deren Überwindung – zum Beispiel in solch antirassistischen Trainingsprogrammen – zu arbeiten.

Ziel ihres antirassistischen Trainingsprogamms ist es, möglichst viele antirassistisch eingestellte Menschen zu produzieren und damit eine Veränderung des allgemeinen Meinungsklimas zu erreichen. Sich auf wenige „Bekehrte" zu beschränken, würde zwar gewisse Freiräume verschaffen, in denen es sich ganz gut leben lasse; der Nachteil sei jedoch, daß man, sobald man diese Schonräume verließe, erneut dem Rassismus ausgeliefert sei (S. 95).

Sich mit den eigenen antirassistischen Voreingenommenheiten sowie mit den selbst erfahrenen Verletzungen zu beschäftigen, ist sicherlich sinnvoll. Auch der Rekurs auf die Kindheit könnte durchaus eine nützliche Zwischenphase sein, da es einem möglicherweise leichter fällt, über vergangene als über gegenwärtige Kränkungen zu sprechen; dies nicht zuletzt auch deshalb, weil damit keine unmittelbaren Handlungsaufforderungen verbunden sind und man zudem für die Kindheit glaubhafter behaupten kann, wehrlos und bloßes Opfer gewesen zu sein. Problematisch wird es jedoch, wenn man über die in der Kindheit erfahrenen Kränkungen die gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungsbehinderungen aus dem Blick verliert und damit zwangsläufig die Verhältnisse auf dem Kopf stellt: Nicht die Gesellschaft behindert die Entwicklung der Individuen, sondern die Individuen behindern – infolge ihrer mangelnden Anpassungsfähigkeit – den gesellschaftlichen Fortschritt und haben sich deshalb im vorgeblich allgemeinen Interesse entsprechenden Umerziehungsprozeduren zu unterziehen. Theorien, die von den Verhältnissen abstrahieren und sich statt dessen scheinbar voll auf die Individuen einlassen, bedeuten somit letztlich nichts anderes, als diese gemäß den herrschenden Interessen umpolen zu wollen.

Verantwortung für mein Verhalten *und* für die gesellschaftlichen Verhältnisse

Mit anderen Worten: Eine Selbstveränderung, die sich darauf beschränkt, sich gemäß den nunmehr neuen Normen – und seien sie noch so fortschrittlich – zu trimmen, ist genau besehen keine Selbstveränderung, sondern die Fortsetzung der alten Anpassung an nunmehr neue Machtverhältnisse. Wirkliche Selbstveränderung bestünde vielmehr darin, die defensive Haltung zu überwinden, der gemäß man sich den Erwartungen bzw. Vorstellungen jener, die das Sagen haben, anzupassen sucht, um sich auf diese Weise gewisse materielle oder auch ideelle Vorteile zu sichern.

Wie weit Selbstveränderung in diesem Sinne möglich ist, hängt von den Unterstützungen ab, die man in diesem Kampf um die Selbstbestimmung erfährt. Solche Hilfe kann durchaus auch ideeller Art sein, indem man die vielfältigen Behinderungen, die der individuellen Entwicklung unter den gegebenen Bedingungen gesetzt sind, so präzise wie möglich auf den Begriff bringt – als Voraussetzung dafür, um sie gezielt angehen zu können. Die Vielfalt und Spezifik der Behinderungen individueller Entwicklung wird man jedoch nur erfahren und somit begreifen können, wenn man sich bei der Suche nach den Ursachen der Probleme nicht von vornherein auf die Vergangenheit zurückzieht, sondern sich auf die gegenwärtigen Lebens- und Arbeitsbedingungen einläßt bzw. deren konkrete Behinderungen zu überwinden sucht.

Zentrale Ursachen des Leidens sind darüberhinaus keineswegs nur die Kränkungen, die man selbst erfahren hat, wie dies auch die hier genannten Theorien nahelegen, sondern vor allem diejenigen, die man um des eigenen Vorteils willen anderen zufügt oder zugefügt hat. Diese werden dementsprechend auch am meisten verdrängt – und zwar so sehr, daß sie in den gängigen Theorien nicht einmal andeutungsweise Erwähnung finden. Gerade aber die Offenlegung der Kränkungen, die man anderen zufügt, ist im besonderen Maße „gefährlich": Während man sich mit dem selbst erfahrenen Leiden noch arrangieren, das heißt aus dem eigenen Opfer- bzw. Märtyrertum eine besondere Tugend machen und einen gewissen Gewinn ziehen kann, setzt einen das Leiden, das man anderen zufügt, eindeutig ins Unrecht und drängt zur Änderung des Verhaltens – es sei denn, man rechtfertigt die eigenen Aggressionen gegenüber anderen als Notwehr gegen ihnen unterstellte aggressive Absichten oder grenzt diese von vornherein als „Untermenschen" aus.

Verantwortung steht somit nicht im Gegensatz zur Schuld, wie Lida van den Broek nahelegt, sondern ist vielmehr die Konsequenz daraus. Weil ich mich unter den gegebenen Bedingungen immer wieder in einer Weise verhalte, zu der ich nicht stehen kann, also „schuldig" werde, muß ich die Verhältnisse ändern. Die Verantwortung für mein Verhalten und die Verantwortung für die Verhältnisse ist eine Einheit. Ich kann Verantwortung für mein Verhalten nur in dem Maße übernehmen, wie ich Einfluß auf die Verhältnisse habe, die wiederum mein Verhalten beeinflussen, und meine Einflußnahme auf die Verhältnisse bedeutet zugleich, daß ich ebenfalls die Bedingungen für das Handeln der jeweils anderen mitbestimme und also auch für deren Tun und Lassen mitverantwortlich bin.

Lida von den Broek ist also zuzustimmen, daß die Ausgrenzung der „Rassisten" nicht die Lösung des Problems ist – doch „Schuld" an ihrem Verhalten haben sie sehr wohl, aber eben nicht nur sie, sondern alle, die sich damit begnügen, ihnen die individuelle = alleinige Verantwortung für

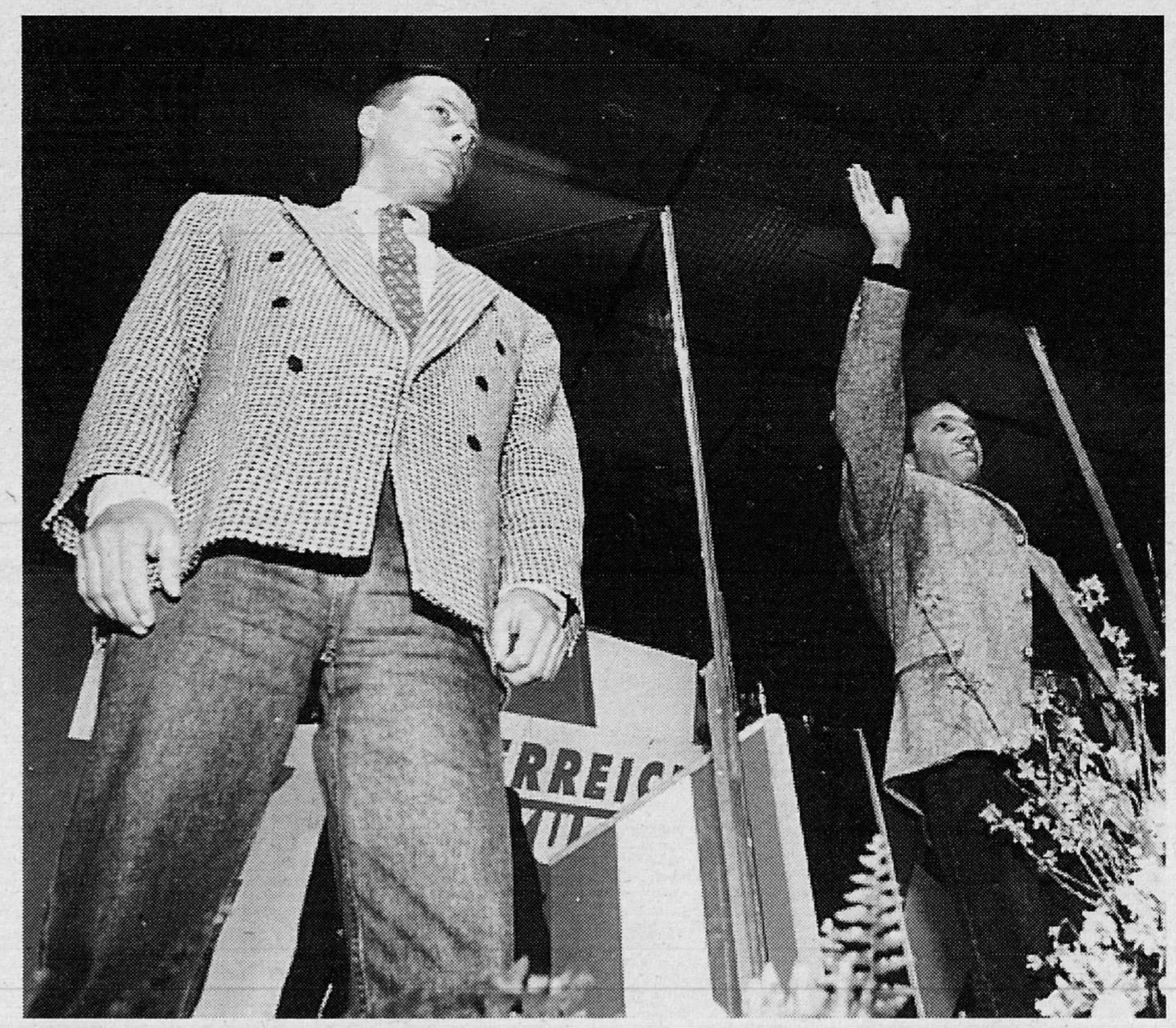


Foto: Jacqueline Godany
FPÖ-Veranstaltung zum „Ausländer-Volksbegehren", Stadthalle Wien

ihr „rassistisches" Handeln aufzuladen. Solange man an den Entstehungsbedingungen ihrer rassistischen Verhaltensweisen nichts ändert, solange kann man – so auch Heitmeyer (1992, S. 678f) – sicher sein, daß sie ihr menschenverachtendes Handeln beibehalten werden, mit dem sie irrtümlicherweise glauben, ihre Situation verbessern zu können.

Wenn man – wie Lida van den Broek – die Verantwortung für das eigene Verhalten bzw. für die eigene Entwicklung unabhängig von den Einflußmöglichkeiten auf die Verhältnisse behauptet, unter denen dieses Verhalten entsteht, bedeutet dies nichts anderes, als daß man es scheinbar in der Hand hat, sich durch Wohlverhalten die Zuwendungen derer, von denen man abhängig ist, zu sichern. Eine solche Verantwortung impliziert immer die Ablehnung der Verantwortung für die Verhältnisse und damit auch für das Verhalten der anderen, und dies ist wiederum gleichbedeutend mit der Akzeptanz der jeweils herrschenden Bedingungen. Dies bringt Perls, der Begründer der Gestalttherapie, besonders klar zum Ausdruck: So nennt er als Voraussetzung der Selbstentwicklung, Verantwortung für jedes Gefühl, für jeden Gedanken, für jede Bewegung, die man selbst hat, zu übernehmen – und die Verantwortung für jeden anderen abzuschütteln, wobei seine Maxime lautet: „Es ist, wie es sein soll, und es soll sein, wie es ist" (1976, S. 79).

Fremdenfeindlichkeit – durch die herrschende Politik vermittelt

Die Hoffnung Lida van den Broeks, über die Aufarbeitung der Kindheit oder mit Hilfe anderer therapeutisch/pädagogischer Maßnahmen könnte sich das allgemeine Meinungsklima so verändern, daß sich der Kampf um die Entwicklungsmöglichkeiten erübrigt und man sich den gegebenen Verhältnissen bedenkenlos einfügen kann, ist verführerisch und entsprechend verbreitet. So wird zum Beispiel auch in der Broschüre der „Beauftragten der Bundesregierung für die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen" mit dem Titel: „Ideen & Handlungshilfen gegen Fremdenfeindlichkeit vor allem in den fünf neuen Bundesländern" (1991) ein Kommunikationsprogramm zur Überwindung von Fremdenfeindlichkeit angeboten, das die Politik „über den Umweg der gestaltenden Beeinflussung des öffentlichen Meinungsklimas ... unterstützen und positiv verstärken" soll (S. 13). Übersehen wird dabei, daß dieses „fremdenfeindliche" Meinungsklima im wesentlichen durch die öffentliche Politik erzeugt wird, und daß die Verbesserung der Situation der Flüchtlinge somit keineswegs bedeuten kann, diese Politik zu unterstützen und positiv zu verstärken, sondern ganz im Gegenteil, sie zu bekämpfen.

Man wird den einzelnen kaum ersparen können, ihr Handeln in seinen gesellschaftlichen Implikationen zu reflektieren und die eigenen Ansichten und Erkenntnisse auch gegenüber Andersdenkenden bzw. der herrschenden Politik vertreten zu lernen. Tut man dies nicht, geht man, wie Freud deutlich macht, zwar den Konflikten mit den Herrschenden aus dem Wege, die man, auf sich allein gestellt, höchstwahrscheinlich nicht bestehen wird. Der Preis für die Aussöhnung mit den herrschenden Verhältnissen ist jedoch die selbsttätige Unterdrükkung aller kritischen Impulse und Erkenntnisse und damit die lebenslange Selbstentfremdung.

Gesellschaftliche Verhältnisse sind bestimmender als persönliche Einstellungen

Es ist offensichtlich eine Illusion, über die Veränderung der individuellen Einstellungen die rassistischen Verhältnisse überwinden zu können. Vielmehr hat sich in unseren Untersuchungen über die Arbeits- und Lebensbedingungen in Flüchtlingswohnheimen immer wieder das Gegenteil bestätigt: die Dominanz der strukturellen Verhältnisse über die persönlichen Einstellungen. Angesichts der widersprüchlichen Situation, mit denen sich die MitarbeiterInnen im Flüchtlingsbereich konfrontiert sehen – nämlich Hilfe unter Bedingungen leisten zu sollen, die diese Hilfe weitgehend ausschließen – geraten unversehens die Flüchtlinge zum Problem, das es kleinzuhalten gilt, damit es einem nicht über den Kopf wächst. Damit hat man aber, unter dem Druck der Situation automatisch die herrschende Abschrekkungspolitik verinnerlicht. Die persönliche Einstellung gegenüber den Flüchtlingen äußert sich dann im wesentlichen nur noch in der unterschiedlichen Art und Weise, wie man sich deren Ansprüche und Proteste, die das eigene Arrangement mit den bestehenden Bedingungen gefährden könnten, vom Halse zu schaffen sucht. Ständiger Anlaß von Ärger in solchen Heimen ist zum Beispiel das Essen bzw. die Klagen der Flüchtlinge über

dieses. Während eher rechte MitarbeiterInnen möglicherweise der Meinung sind, daß die Flüchtlinge ja „wieder abhauen könnten, wenn es ihnen bei uns nicht paßt", versuchen vielleicht andere die Genießbarkeit des Folienfraßes, den man ihnen unter Protest auf den Tisch knallt, dadurch zu beweisen, daß sie ihn demonstrativ selbst essen. „Politisch bewußtere" MitarbeiterInnen stimmen den Beschwerden über das Essen dagegen unter Umständen zu, verweisen aber auf die politisch Verantwortlichen als den eigentlichen Adressaten für solche Proteste, wohlwissend, daß die Flüchtlinge – aus guten Gründen – sich in der Regel an diese nicht wenden werden. Welcher Umgang mit dem Problem für die Flüchtlinge am erträglichsten ist, ist durchaus offen. Ins Unrecht sind sie durch alle drei Methoden gesetzt, durch die „progressive" möglicherweise sogar im besonderen Maße, die ihnen scheinbar einen Ausweg zeigt und ihnen damit die Schuld aufbürdet, wenn sie diesen nicht gehen.

Der Unterschied zwischen progressiven und weniger progressiven MitarbeiterInnen würde, so ein Kollege, häufig nur darin bestehen, daß sich die „progressiven" um die Drecksarbeit drücken können, weil diese von den weniger progressiven übernommen würde. Wäre dem nicht so, müßten sie sich selbst die Finger schmutzig machen und würden es höchstwahrscheinlich auch tun. Es reicht also keineswegs aus, sich selbst „sauber" zu halten, sondern man muß Bedingungen schaffen, unter denen dies für alle möglich ist.

Heitmeyer (1992, S. 676) warnt vor dem inflationären Gebrauch des Begriffs Rassismus, weil er Differenzierungen unmöglich mache. Wenn man jedoch die Alltäglichkeit des Rassismus und die eigene Einbezogenheit in rassistische Strukturen analysiert, dann sind solche Unterscheidungen zwischen unterschiedlichen Ausprägungsgraden von Rassismus möglicherweise eher erkenntnisbehindernd, weil sie die wirklichen Zusammenhänge zwischen den verschiedenen rassistischen Äußerungen, die es im Interesse ihrer Überwindung gerade bewußt zu machen gilt, zu verschleiern helfen. Sie bringen darüberhinaus eine „Wertigkeit" in die Diskussion, die vergessen läßt, daß die extremen Äußerungen des Rassismus nur vor dem Hintergrund seiner „normalen" bzw. „gemäßigten" Formen möglich sind.

Antirassismus per Zertifikat?

Die antirassistischen Trainingsprogramme haben darüberhinaus den Nachteil, daß sie im wesentlichen Leute ansprechen, die in der Regel bereits ein entsprechendes Problembewußtsein haben und ihrer antirassistischen Haltung nur noch den letzten Schliff geben oder sich diese – durch ein entsprechendes Zertifikat – offiziell bestätigen lassen wollen. Die „Rassisten", denen solche Programme eigentlich gelten, wird man damit kaum erreichen. Diese werden zum einen niemals freiwillig kommen, und zum anderen aber auch eine Aufklärung ablehnen, die von ihren realen Problemen absieht und sie damit von vornherein als moralisch minderwertig abqualifiziert. Phil Cohen (1991, S. 329) bezeichnet eine solche Form des Antirassismus, bei dem seine VertreterInnen als Bannerträger von Vernunft und Fortschritt die zurückgebliebenen Massen zu zivilisieren suchen, als eine spezifische Form mittelständischen Rassismus, als einen Diskurs der Macht und eine Strategie der Verhaltensüberwachung sowie Denkkontrolle, die genau das, was sie erreichen will, verhindert.

Wer die – unterschiedlichen – Verhältnisse bei der Entstehung rassistischer Verhaltensweisen außer acht läßt, beschränkt sich – wie Heitmeyer unter Bezug auf Memmi herausstellt (1992, S. 675) – auf einen schwärmerischen Antirassismus, auf bloße moralische Entrüstung. Die Unterschiede zwischen den „häßlichen" und „den anderen" Deutschen würden mit Sicherheit weitgehend schwinden, wenn man die unterschiedlichen Voraussetzungen des jeweiligen Verhaltens berücksichtigen würde; die Abstraktion von den Verhältnissen hat somit immer auch die Funktion, die eigene moralische Überlegenheit zu behaupten. Mit dieser moralischen Selbsterhöhung blockiert man aber, so Heitmeyer (1992, S. 677), die Chance zur Kommunikation mit den „Rassisten" und damit auch die Möglichkeit ihrer Veränderung.

Foto: Robert Newald. Demonstration gegen die Abschiebung von rumänischen Flüchtlingen, Wien, Dezember 1990

In diesem Zusammenhang stellt sich durchaus die Frage, inwieweit die Beliebtheit solcher antirassistischen Trainingsprogramme und ähnlicher Veranstaltungen gerade ihrer relativen Erfolglosigkeit geschuldet ist: man kommt dem antirassistischen Auftrag und Anspruch in einer Weise nach, die die eigenen Handlungsmöglichkeiten nicht überfordert und „außerordentliche" Schwierigkeiten vermeidet, die unter Garantie auf einen zukämen, wenn man das „rassisti-

sche“ Verhalten eben nicht nur an den jeweiligen Menschen wegzutrainieren, sondern im Kontext der konkreten Lebens- und Arbeitsbedingungen zu analysieren sucht.

Irrationale Gefühle?

Die Abstraktion von den gesellschaftlichen Verhältnissen erweist sich stets auch als Abstraktion vom Handeln, das immer auf die gesellschaftlichen Bedingungen verweist. Dies zeigt sich zum Beispiel darin, daß nach Ansicht Lida van den Broeks Rassismus einerseits in den gesellschaftlichen Strukturen und andererseits im individuellen Denken und Fühlen (vgl. 1988, S. 28) verankert sein soll, aber offensichtlich nichts mit dem konkreten Handeln zu tun hat. Indem man aber das Denken und die Gefühle vom Handeln trennt, gerät von vornherein die Möglichkeit aus dem Blick, daß man sich in seinem Verhalten unter dem Druck der Situation gegen die eigenen Gefühle und Erkenntnisse zu verhalten gezwungen sieht; damit entfällt zugleich aber auch die subjektive Notwendigkeit der Veränderung der Verhältnisse.

Gefühl und Vernunft geraten nur unter Bedingungen der Fremdbestimmtheit in Gegensatz zueinander, wenn sich nämlich „Vernunft“ auf Anpassung beschränkt, die darin besteht, alle unbotmäßigen Erkenntnisse und Impulse zu verdrängen: „Vernünftig“ wäre demzufolge, das zu tun, was man tun soll, „unvernünftig“ bzw. „irrational“, dagegen zu opponieren und sich auf diese Weise entsprechende Sanktionen einzuhandeln. Sofern man jedoch von der subjektiven Notwendigkeit der Einflußnahme auf die Verhältnisse ausgeht, wird klar, daß die Gefühle keineswegs als solche im Gegensatz zur Vernunft stehen, sondern selbst eine Form der Erkenntnis darstellen: sie sind die spontane Bewertung der jeweiligen Realität am Maßstab der individuellen Befindlichkeit bzw. am Maßstab der subjektiven Handlungsmöglichkeit dieser Realität gegenüber. Gefühle haben orientierende und handlungsanleitende Funktion. Die Funktion der „Vernunft“ im engeren Sinne besteht dann darin, die spontanen Stellungnahmen zu den jeweiligen Ereignissen, die sich in den Emotionen ausdrücken, zu konkretisieren: das heißt sie auf ihre realen Ursachen zurückzuführen, um entsprechend aktiv werden zu können. Dies würde zum Beispiel im Falle der Angst bedeuten, deren objektive Ursachen auszumachen, um mit diesen auch die Angst zu überwinden.

Gefühle sind also keineswegs von sich aus irrational, sondern die Irrationalität ergibt sich erst aus der gesellschaftlichen Behinderung ihres Ausdrucks: bestimmte „kritische“ Gefühle – wie etwa Angst und Aggression –, die auf die Ungesichertheit individueller Existenz sowie die mangelnde Befriedigung zentraler Lebensansprüche verweisen und damit eine Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen implizieren, werden in ihrem Ausdruck mehr oder weniger direkt eingeschränkt. Dies geschieht nicht zuletzt gerade auch dadurch, daß man ihren Bezug zur Realität abstreitet und sie damit in die Irrealität = Irrationalität drängt oder sie, was letztlich auf das gleiche hinausläuft, als bloß privates Problem behandelt: Angst verweist demzufolge nicht auf reale Bedrohungen, sondern auf die eigene „Überängstlichkeit“ oder Feigheit, die man, um nicht die allgemeine Anerkennung zu riskieren, im Zweifelsfall lieber verbirgt oder therapeutisch in den Griff zu bekommen sucht.

So nennt zum Beispiel Erich Fromm die „Angst vor der Freiheit“ als zentrale Ursache menschlicher Entwicklungsbehinderung, nicht aber die Sanktionen, die jene treffen würden, die, unabhängig von ihrer realen Abhängigkeit, sich die Freiheit nähmen zu sagen und zu tun, was sie denken und fühlen. Die Irrationalisierung der Gefühle bedeutet somit nichts anderes als die Kritik an den Verhältnissen gegen die Individuen zu kehren, die sie üben; sie ist ein Produkt der Unterdrückung, an deren Verschleierung und Festigung man ungewollt mitwirkt, wenn man Gefühle von vornherein in Gegensatz zur Vernunft setzt.

Von der Irrationalität der Angst zu sprechen, bedeutet, so auch Heitmeyer (1992, S. 678), daß man den Ursachen der Angst nicht auf den Grund zu gehen gedenkt. Man läßt sich nicht auf die Probleme der Menschen ein, sondern macht diese selbst zum Problem. Dabei würde die dem Rassismus zugrundeliegende Angst häufig von den gleichen Leuten pathologisiert, die sich – etwa im Zusammenhang mit der Friedensbewegung – gegen die Pathologisierung ihrer eigenen Ängste heftig zur Wehr gesetzt hätten.

Ausländerfeindlichkeit bedeutet vor allem strukturelle Benachteiligung

Die Differenz zwischen „Ausländerfeinden“ und „Ausländerfreunden“ ergibt sich häufig nur aus den unterschiedlichen Vor- und Nachteilen, die man von den Nicht-Deutschen zu erwarten hat. So vertritt zum Beispiel Roland Tichy (1992), stellvertretender Chefredakteur der Wirtschaftszeitschrift »Capital«, auf den von der Arbeitskammer des Saarlandes veranstalteten Aktionstagen gegen Ausländerfeindlichkeit die Meinung, daß „Ausländer“ auch zukünftig für die deutsche Wirtschaft unentbehrlich und zugleich notwendig für das „soziale Wohlbefinden“ der einheimischen Arbeitenden seien: indem sie selbst in der gesellschaftlichen Pyramide die untersten Positionen einnehmen und damit diesen „schon fast automatisch“ den sozialen Aufstieg ermöglichen würden.

Spätestens jedoch in der zweiten Generation beginne der soziale Konkurrenzkampf. Dabei hätten die „Ausländer“ keine schlechten Karten. Die in ihrer Heimat erfahrene Unterdrückung würde sich als beste Vorausaussetzung, als „beste Vorschule für eine kapitalistische Ausbildung“ erweisen, und die erschwerten Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland zusätzlich für eine „Auslese der Tüchtigen“ sorgen (ebd. S. 15). Die, die den sozialen Aufstieg schaffen, würden in der Regel die Tugenden entwickelt haben, die für die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft unmittelbar bereichernd seien: Tüchtigkeit, Aggressivität und Neuerungssucht (ebd. S. 16).

Der Begriff der Ausländerfeindlichkeit ist in vielfacher Weise irreführend: Es ist keineswegs, wie viele Untersuchungen zeigen (z. B. Hoffmann und Even, 1985; Osterkamp, 1990, 1992), nur die individuelle Gemeinheit und Aggressivität einzelner, die Nicht-Deutschen zu schaffen macht, als vielmehr ihre strukturelle Benachteiligung, die von der Mehrheit der Einheimischen widerstandslos akzeptiert wird; „Ausländerfeindlichkeit“ beruht auf dem von fast allen Einheimischen geteilten Konsens, daß die Interessen der Deutschen Vorrang gegenüber denen der „Fremden“ haben müßten. Die allgemeine Entrechtung der hier lebenden Nicht-Deutschen ist aber in dieser Sicht die wesentliche Voraussetzung, die sie als Aggressionsobjekte besonders geeig-

net erscheinen läßt und zugleich ihre Gegenwehr massiv behindert – und nicht ihr „Märtyrertum“ oder ihr angeblicher Masochismus, wie Margarete Mitscherlich meint.

Aber selbst unmittelbar „ausländerfeindliche“ Akte gründen sich weniger in Aggressionen gegenüber Nicht-Deutschen, als vielmehr in der Angst vor gesellschaftlichen Veränderungen, durch die man überrollt und ins Abseits gedrängt zu werden droht. Solche Gefühle allgemeiner Ausgeliefertheit und Ohnmacht werden durch die offizielle Politik systematisch in Bereiche gelenkt, in denen man gewisse Einflußmöglichkeiten zuzugestehen bereit ist. Die Forderung „Ausländer raus“ findet – im Unterschied zu den meisten anderen Forderungen – unmittelbar Gehör. Wenn Politiker, wie Berlins Innensenator Heckelmann, ernsthaft die endliche Lösung des „Asylantenproblems“ fordern und „Scheinasylanten rausschmeißen“ wollen, um mit dem so ersparten Geld die Jugendarbeit in Ostdeutschland zu fördern (Seidel-Pielen, »Freitag« 16. 10. 1992), ist es kein Wunder, wenn Jugendliche auf die Idee kommen, daß „Ausländer“ auf ihre Kosten leben und sich demzufolge berechtigt fühlen, dem notfalls gewaltsam ein Ende zu setzen. „Aber Gewalt darf nicht sein. Erst müssen wirklich alle friedlichen Mittel ausgeschöpft werden“, so die Bundesministerin für Frauen und Jugend, Angela Merkel, im Gespräch mit Skinheads aus Mecklenburg-Vorpommern (»FAZ« 2. 9. 1992).

Politische Einheitsfront gegen „Fremde“

„Fremdenfeindlichkeit“ wird aber auch dadurch gefördert, daß Hilfeleistungen weitgehend unterbunden werden. So zeigten sich zum Beispiel viele Deutsche spontan bereit, Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina privat aufzunehmen, weil die öffentlichen Unterbringungsmöglichkeiten angeblich nicht ausreichten. Zur „Belohnung“ sollten sie dann nicht nur für deren Unterkunft und Verpflegung, sondern auch für alle eventuell entstehenden Krankheitskosten aufkommen.

Der öffentliche Druck in Richtung auf die personalisierende Interpretation der Probleme erweist sich nicht zuletzt auch in den wütenden Reaktionen, mit denen Hinweise auf die politische Verantwortung an den rassistischen Erscheinungen von vornherein als „unsinnig“ = irrational abgetan werden. So unterstellt zum Beispiel Eckhard Fuhr in der »FAZ« (30. 10. 1992) allen, die für Beibehaltung des individuellen Rechts auf Asyl eintreten, „ein gesinnungsethisches Delirium“; ebenso kann er es nur als Ausdruck von „Wahn“ deuten, wenn man „Fremdenfeindlichkeit“ für keine natürliche, sondern für eine politisch erzeugte Einstellung hält.

Argumente werden hier durch Diffamierungen ersetzt. Diese Einschüchterungstaktik kommt in besonders krasser Form in der Anzeigenkampagne der CSU zum Ausdruck, in der unter der Überschrift „Die ewig Gestrigen“ alle SPD- und FDP-PolitikerInnen, die sich gegen eine Asylrechtsänderung ausgesprochen haben, öffentlich genannt und damit zum Angriff freigegeben wurden (»FAZ« 13. 10. 1992).

„Ehrenrührig“ handeln demnach nicht die, die wie Bundeskanzler Kohl vom „Staatsnotstand“ in der Asylpolitik sprechen und damit die gegen alle Nichtdeutschen gerichtete Stimmung weiterhin aufheizen; und „ehrenrührig“ handeln auch nicht die, die, wie große Teile der CDU-/CSU-Fraktion, nach Wegen suchten, um über die Verfassung hinweg das Individualrecht auf Asyl mit einfacher Mehrheit vom Tisch zu bekommen, sondern „ehrenrührig“ handeln, so Kanzleramtsminister Bohl (»FAZ« 5. 11. 1992), vielmehr diejenigen, die solche Bestrebungen offen als das benennen, was sie sind: als Androhung des Verfassungsbruchs.

Mittlerweile ist eine solche Form des Verfassungsbruchs nicht mehr erforderlich, da die SPD weitgehend auf die Linie der CDU/CSU eingeschwenkt ist. Solange es jedoch nicht gelingt, diese politische Einheitsfront gegen „Fremde“ und speziell Asylsuchende zu durchbrechen, werden auch die rassistischen Angriffe gegen alles „Nicht-Deutsche“ kaum zurückgehen. ■

Univ.-Prof. Dr. Ute OSTERKAMP ist Privatdozentin am Psychologischen Institut an der Freien Universität Berlin.

Anmerkungen

Beauftragte der Bundesregierung für die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen, 1991: Ideen und Handlungshilfen gegen Fremdenfeindlichkeit – vor allem in den fünf neuen Bundesländern. Bonn.

Broek, van den, Lida, 1988: Am Ende der Weis(s)heit. Vorurteile Überwinden. Ein Handbuch.

Cohen, Phil, 1991: Wir hassen Menschen, oder: Antirassismus und Antihumanismus. In: Bielefeld, U. (Hg.): Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt? Hamburg, S. 311-335.

Eibl-Eibesfeldt, Irenäus, 1983: Kommunikationsstörung in der Großgesellschaft. Die Anonymität als zentrales zwischenmenschliches Problem unserer Zeit. In: Italiaander, Rolf (Hg.): „Fremde raus?“ Fremdenangst und Ausländerfeindlichkeit. Frankfurt a. M., S. 21-30.

Erdheim, Mario, 1992: Fremdeln. In: »Kursbuch« 107, S. 19-32.

Perls, Frederick. S., 1976: Gestalttherapie in Aktion. Stuttgart.

Harnisch, Sigrid & Petra Wagner, 1992: „Ausländer bleiben – Nazis vertreiben“? Überlegungen zum hilflosen Antirassismus. In: »Forum Wissenschaft«, 1992, 3, S. 17-21.

Heitmeyer, Wilhelm, 1992: Die Gefahren eines „schwärmerischen Antirassismus“. In: »Das Argument« 195, S. 675-683.

Hoffmann, Lutz & Herbert Even, 1985: „Sie beschäftigten uns wie Sklaven“. Erfahrungen von Türken an deutschen Arbeitsplätzen. Abschlußbericht des Projektes OZ 6649 „Wahrnehmung der alltäglichen Ausländerfeindlichkeit in Industriebetrieben durch ausländische Arbeitnehmer“. Materialien des Zentrums für Wissenschaft und Praxis Heft 18, Universität Bielefeld.

Mitscherlich, Margarete, 1983: Müssen wir hassen? Es müssen neue Formen des mitmenschlichen Miteinanders gefunden werden. In: Italiaander, Rolf (Hg.): „Fremde raus?“ Fremdenangst und Ausländerfeindlichkeit. Frankfurt a. M., S. 31-37.

Osterkamp, Ute, 1990: Intersubjektivität und Parteinahme: Probleme subjektwissenschaftlicher Forschung. In: Gekeler, G. & Wetzel K.: Subjektivität und Politik. Bericht der 5. Internationalen Ferien-Universität Kritische Psychologie. Marburg, S. 143-187.

Osterkamp, Ute, 1992: Objektive und subjektive Behinderungen einer antirassistischen Pädagogik. In: Braun, K.-H. & K. Wetzel (Red.): Lernwidersprüche und pädagogisches Handeln. Bericht von der 6. Internationalen Ferien-Universität Kritische Psychologie. Marburg, 257-294.

Rommelspacher, Birgit, 1991: Heile, heile Nazi; es wird schon wieder gut. In: »konkret« 9, S. 52-55.

Rommelspacher, Birgit, 1992: Rechtsextremismus und Dominanzkultur. In: Foitzik, A., Leiprecht, R., Marvakis, A. & Seid, U. (Hg.): Ein Volk von Untertanen. Rassismus – Nationalismus – Sexismus. Duisburg, S. 81-94.

Tichy, Roland, 1992: Warum wir mehr Ausländer brauchen. In: Beiträge der Arbeitskammer des Saarlandes. Bundesrepublik Einwanderungsland?! Dokumentation einer Fachtagung über Migration und Fremdenfeindlichkeit, S. 11-20.

„... welcher Linke würde nicht zustimmen?“

Anmerkungen zur Neuen Rechten

Herbert SCHIEDL

Zur Modernisierung des Faschismus, wie er von den sogenannten Neuen Rechten betrieben wird, ist schon mehr oder weniger Gescheites geschrieben worden.[1] *Hier interessiert hauptsächlich der Rassismus der Neuen Rechten, insbesondere in den Konzepten vom Ethnopluralismus und der kulturellen Identität, wobei ich mich – nach einführenden Überlegungen zum Begriff und zur Philosophie der Neuen Rechten – weitgehend auf die kulturalistischen, neuen Versatzstücke in der rechten Ideologie beschränken werde. (Zu den biologistisch/naturalistischen siehe auch Maria Wölflingseder in diesem Heft). In engem Zusammenhang damit steht der Neue Nationalismus und die (Groß-)Europakonzeption der Neuen Rechten, wie sie sich exemplarisch im Befreiungsnationalismus eines Wolfgang Strauß und im Regionalismus eines Henning Eichberg äußern.*

Brauner Gack mit neuem Lack

Die Verwendung des Begriffes *Neue Rechte* für die mehr und mehr dominierende ideologische Strömung innerhalb des europäischen Faschismus ist problematisch: Handelt es sich hierbei doch um eine Selbstbezeichnung, mit der die AkteurInnen versuchen, die inhaltlichen wie personellen Verbindungen zum Nationalsozialismus nach außen hin zu kappen und „rechtsextremes Gedankengut von Hitler zu befreien“ (Feit, S. 83). Dies geschieht zum einen durch die Bezugnahme auf die *Konservative Revolution*, jener reaktionären Denkschule in der Weimarer Republik, die das ideologische Fundament für den NS-Faschismus lieferte.[2]

Zum anderen wird versucht, rechtsextremen Politikkonzeptionen ein wissenschaftliches Gewand zu verpassen. Auch umgeben sich die Rechten heute mit der Aura des *Neuen*, gar *Revolutionären*, aber betrachtet mensch allein die politischen Biographien dieser *Neurechten*, so treten in der Mehrzahl der Fälle hinter den ideologisch gelifteten Fratzen die alten Kameraden und jungen Nazis hervor.[3] Es drängt sich der Verdacht auf, eine Distanzierung vom Nationalsozialismus bzw. seinen *Entartungen* ist vor allem taktischer Natur und als Teil einer „kosmetische(n) Generalsanierung des Faschismus“ (Purtscheller, S. 117) zu begreifen. Auschwitz wird hier weniger geleugnet als verglichen, nämlich mit den Verbrechen der imperialistischen Mächte, insbesondere der USA.

Ihrer erklärten Absicht entsprechend, *kulturelle Hegemonie* zu erreichen bzw. ein *68 von Rechts* durchzusetzen, konzentrieren sich *neu-rechte Intellektuelle* auf die Ebene der *Metapolitik*, wo um den Preis der Diskursfähigkeit eben vermieden werden muß, ein Auffälligkeitskriterium gegenüber Judikaturen wie AntifaschistInnen zu erfüllen. Insbesondere gegenüber Konservativen gilt es, einen *Neuanfang* in der rechten Ideologiebildung vorzugeben. So verstehen sich die zahlreichen Theorieorgane der *Neuen Rechten*[4] mit zunehmendem Erfolg als *Diskussionsforen*. Dort, in der Braunzone zwischen Konservativismus und Faschismus, wird vorgeblich ein *Pluralismus* der Meinungen gepflegt, in dem offen nazistische Positionen bestenfalls als *Provokationen* verniedlicht werden. Legitimiert und aufgewertet werden diese *neurechten* Diskurse nicht nur durch die Beteiligung konservativer Geister, sondern auch und gerade durch die Beiträge vermeintlich oppositioneller MeinungsträgerInnen linksliberaler oder grüner Provenienz.[5]

Neue Rechte ist also in erster Linie ein strategischer Begriff, der weniger neue Inhalte, als Formen und AdressatInnen meint.

Beispielhaft wurde diese Strategie bereits 1973 in einem Leserbrief an das Blatt des ehemaligen Goebbels-Pressereferenten, Oven, formuliert: „Wir müssen unsere Aussagen so gestalten, daß sie nicht mehr ins Klischee der ‚Ewig-Gestrigen‘ passen. (...) In der Fremdarbeiter-Frage etwa erntet man mit der Argumentation ‚Die sollen doch heimgehen‘ nur verständnisloses Grinsen. Aber welcher Linke würde nicht zustimmen, wenn man fordert: ‚Dem Großkapital muß verboten werden, nur um des Profits willen ganze Völkerscharen in Europa zu verschieben. Der Mensch soll nicht zur Arbeit, sondern die Arbeit zum Menschen gebracht werden.‘ Der Sinn bleibt der gleiche: ‚Fremdarbeiter raus!‘ Die Reaktion der Zuhörer wird aber grundverschieden sein.“ (Zit. nach Purtscheller, S. 116)

Eine unkritische Übernahme des Begriffes *Neue Rechte* muß sich daher den Vorwurf gefallen lassen, zum Aufgehen dieser Strategie beizutragen.

Nominalismus und Differenzlehre

Im Mittelpunkt *neurechter* Philosophie, jenes grandiosen Eklektizismus (vgl. Siegfried, S. 79ff), für den der Begriff *Nominalismus* beansprucht wird, steht die Auffassung, „daß allgemeinen Begriffen außerhalb des Denkens keine Realität zukommt“ (Feit, S. 90). Der Kampf gilt demnach der „metaphysischen Auffassung eines einheitlichen Menschen und einer allgemeinen Wesenhaftigkeit des Menschen“ (Benoist, zit. nach Feit, S. 93). Diese „Auffassung“ stelle den Kern des *universalistischen* Menschenbildes dar, dem im ideengeschichtlich zentralen Konflikt das *nominalistische* oder *realistische* Menschenbild entgegengehalten werde. Im Gegensatz zu den „Menschheitsutopien des Marxismus und Libera-

Foto: Robert Newald. Hans-Jörg Schimanek und Gottfried Küssel

lismus“ (Hatzenbichler 1992, S. 8.), die beide auch als *Egalitarismus* bezeichnet werden, behauptet die *Neue Rechte*, daß es „keinen Fortschritt über die Grenzen des Menschen hinaus gibt“ (ebd.). Selbstredend, könnte mensch nun sagen. Doch meint dies, daß Fortschritt in Richtung sozialer Gleichheit per se nicht möglich ist. Aus der Einsicht in die vorgeblichen „Grenzen des Menschen“, diesem blanken Biologismus, speisten rechte Ideologien schon seit jeher ihren *Pessimismus* und behaupten dort, wo es um die Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse geht, eine Mißachtung *menschlicher Natur*, die all dem entgegenstünde. Ausgehend von einer *Unterschiedlichkeit* in der genetischen Ausstattung wird gegen das Gleichheitspostulat Position bezogen;[6] es heißt, „der Mensch ist wie er ist, ungleich und auch mit negativen Seiten“ (Hatzenbichler 1992, S. 8).

Gleich dem Individualismus, der jedoch als Vorstufe zum Liberalismus abgelehnt wird, wird hier darüber hinaus das Geschäft der Atomisierung menschlicher Verhaltensweisen betrieben, wodurch soziale oder historische Gesetzmäßigkeiten geleugnet werden können. Der Bezugspunkt dieser Anschauung ist aber nicht das einzelne Individuum, wie es ein konsequenter Nominalismus nahelegen würde, sondern das *Volk*. Ein Widerspruch, auf den bereits Feit hingewiesen hat (S. 91), und der zeigt, daß die *Neue Rechte* „sich den Nominalismus so schneidert, wie sie ihn für ihre biologistischen, nationalistischen und völkischen Konzepte braucht“ (Feit, S. 93).

Alter und neuer Rassismus

Der Neo-Rassismus der *Neuen Rechten*, der mit Taguieff als *differentialistischer Rassismus* bezeichnet werden kann, hat als „Rassismus ohne Rassen“ „nicht mehr die biologische Vererbung, sondern die Unaufhebbarkeit der kulturellen Differenzen“ (Balibar, S. 28) zum Gegenstand. Hier wird „nicht mehr die Überlegenheit bestimmter Gruppen oder Völker über andere postuliert, sondern (...) die Schädlichkeit jeder Grenzverwischung und Unvereinbarkeit der Lebensweisen und Traditionen“ (ebd.) behauptet. Tatsächlich beanspruchen *neurechte* TheoretikerInnen, die sich auch gerne als „Pluralisten“ (Ulbrich, S. 310) bezeichnen, für sich das Attribut *antirassistisch*, da ihrem Denken eine Wertung oder Hierarchisierung der *unterschiedlichen Rassen*, bzw. *Kulturen* fremd sei. Vielmehr könne heute „eine Rassentheorie durchaus auf eine Rangordnung der Rassen verzichten“ (Benoist, S. 198). Sie setzt heute auch mehr auf den Begriff der *Kultur*, der *den Begriff Rasse* fast durchgängig zur Bezeichnung von unterschiedlichen Menschengruppen ersetzt hat. Und genau diese klare Unterscheidbarkeit hat der neue Rassismus mit dem alten gemein: beide konstruieren *Eigenes* und *Fremdes*, das voneinander getrennt zu bleiben habe. Was früher unter *rassischer Vielfalt* firmierte, heißt heute *Ethnopluralismus* oder „Multikultur (...) im Kleinen“ (Bauer, S. 145). Doch bevor ich mich diesen Konzepten zur Lösung eines *Ausländerproblems* zuwende, möchte ich skizzieren, was *Kultur* bzw. *Identität* hier meint.

„Einheit in der Vielfalt“

Kultur als Fortsetzung der Biologie, umfasse alles, „was zu der Natur hinzukommt“ (Benoist, S. 208). Mit der Verwendung eines allumfassenden Kulturbegriffes, soll soziales Handeln in seiner Gesamtheit beschrieben werden. Diesem wird dann jede individuelle Ziel- und Zweckorientiertheit abgesprochen, es wird auch nicht mehr durch vorgefundene Bedingungen determiniert, sondern durch *kollektive Identitäten*.

An diesem Punkt, an dem sich die angeblich so *unterschiedlichen* Menschen (s. o.) zu einer *einheitlichen Kultur*, zum *Kollektiv* zusammenfinden, das sich seinerseits wieder von anderen *Kollektiven* unterscheiden

soll, gerät die *Neue Rechte* ins Schleudern. Da wird ein „gemeinsames soziales Wesen" bemüht, durch das die „ungleichen Wesen (...) aneinander gebunden" seien (Mahieu, zit. nach Feit, S. 111). Auch der aristotelische Satz vom Ganzen, das mehr ist als die Summe seiner Teile, wird aufgegriffen: „Für das Volk bedeutet das, daß bei ihm als einem organischen System über die einzelnen Menschen hinaus Neues entsteht" (Kosiek, S. 114).

Will die *Neue Rechte* aber die sozialen Disparitäten in der kapitalistischen Gesellschaft erklären, muß sie wieder auf die *Differenz* zurückgreifen. Daher „gibt es in einem gesunden Volk durchaus eine sehr differenzierte, pluralistische, also nach den unterschiedlichen Neigungen und Fähigkeiten gegliederte Gesellschaft in vielem doch Gleichartiger" (Kosiek, S. 133) – wie könnte auch sonst am System des ungleichen Tausches, des Privateigentums an den Produktionsmitteln festgehalten werden.

Denn bei aller *sozialistischen* Rhetorik, die die *Neue Rechte* zum Teil kultiviert hat, wird auf die herrschaftssichernde Funktion des ideologischen Konstrukts *kulturelle Identität* gesetzt. Gerade in Krisenzeiten ist der Funktionsfähigkeit des Kapitalismus nun mal „eine zeitlich dauernde, stabile, krisenfeste Gruppierung von Menschen" (ebd.) höchst dienlich. Dieses harmonizistisches Konzept der homogenen „Gruppierung", auch *soziale Volksgemeinschaft* genannt, erlaubt nur die Artikulation *gemeinsamer* Interessen, welche aus diversen *Gemeinsamkeiten*, wie eben die *Kultur*, abgeleitet werden.

Ist rational nicht einzusehen bzw. zu argumentieren, warum sich Menschen mit einer *Kultur* identifizieren sollen, kommt die Mystik zum Einsatz: „Identität" wird dann als „Verwurzelung des eigenen bewußten Ich in einer Kultur", als „dieses rational schwer zu beschreibende Gefühl des Bei-sich-seins" (Ulbrich, S. 305) besungen. Ganz außer-sich angesichts der „oberflächlichen Verstandesargumente aufklärerischer Intellektueller" (Kosiek, S. 117), wird SkeptikerInnen eine „Fähigkeit zum Gesamteindruck, das Gefühl für die Wechselwirkungen, das Gespür für natürliche Verbindungen, der ‚Bezug zur Erde'" (ebd., S. 116f) entgegengehalten.

Ist unter zahlreichen Verrenkungen die *eigene kulturelle Identität* hergestellt, wird sie im Diskurs über Migration der *fremden* gegenübergestellt.

„Recht auf Differenz!"

Der offen gewalttätige Rassismus, der „bei den Nationalsozialisten formuliert" sei und als Randphänomen „vor allem in gewissen Kreisen der jugendlichen Subkultur" grassiere (Wolfschlag, S. 47), wird zwar fast durchgängig verurteilt, nicht aber ohne ihn als „natürliches Abneigungsgefühl" oder „Ausschließungsreflex" (ebd.) zu rechtfertigen und als Drohung im Raum stehen zu lassen. Wird das Ermorden und die Deportation von MigrantInnen als *ausschließender* Rassismus festgemacht, wird er durch den „assimilierenden" (Benoist, S. 204) kontrastiert und relativiert: Letzterer und nicht ersterer stelle einen „Völkermord" dar, „indem die eigentümlichen Fundamente ihrer (der „Völker", Anm.) Einrichtungen, ihrer Glaubenshaltungen, ihrer gesellschaftlichen, kulturellen und moralischen Werte erschüttert werden, indem man sie um ihre eigene Identität bringt" (ebd.). Im Unterschied zur *alten*, bezeichnet die *neue Rechte* Migration und Integration als *Mord* weniger der *eigenen* als der *fremden Kultur*. Integration, die *Assimilation* bedeute, sei „in der Praxis das Herauslösen jener neuen Minderheiten aus ihrem kulturellen Kontext (...), um sie, kulturell sterilisiert und damit praktisch vernichtet, in die Gesellschaften des Einwanderungslandes als Mitbürger ohne Beachtung von Ungleichheiten einzubeziehen" (Hatzenbichler 1991, S. 222).

Das von linker Seite bzw. von den MigrantInnenorganisationen (v. a. in Frankreich) formulierte *Recht auf Differenz*, wird bereitwillig aufgegriffen und gegen alle Forderungen nach gesellschaftlicher Emanzipation im bürgerlichen Sinne gestellt. Mit diesem *Recht*, das im Mund der Herrschenden *Pflicht* meint, soll die rassistische Spaltung der Gesellschaft perpetuiert werden. Die *Neue Rechte* spricht daher nicht von sozialen, ökonomischen oder politischen Rechten, vielmehr hält sie diesen das *Recht* auf die *Bewahrung der kulturellen Identität* entgegen. „Wie alle Rechte ist es (das *Recht auf Differenz*, Anm.) aber dafür auch mit Pflichten verbunden: das Recht auf Verschiedenheit zu fordern, schließt die Verpflichtung mit ein, dieses Recht auszuüben" (Benoist, S. 208). Im kulturalistischen Diskurs, in dem gesellschaftliche Ungleichheit mit kultureller übersetzt und legitimiert wird, meint dies vor allem die „Pflicht", für Hungerlöhne zu arbeiten, unter unwürdigen Bedingungen zu leben usw.

Durch eine *Assimilation*, die tatsächlich ja deswegen abgelehnt wird, weil sie die Gewährung gleicher Rechte bedeuten und so der herrschenden Strategie der Spaltung der ArbeiterInnenklasse in In- und AusländerInnen entgegenlaufen würde, drohe „ein neues, ansatzweise revolutionsfähiges Proletariat" (Hatzenbichler 1991, S. 229) zu entstehen. Das soll durch eine „Institutionalisierung der multikulturellen Gesellschaft" (Bauer, S. 147), die nicht zufällig Züge der Apartheid trägt, verhindert werden: „kulturelle und politische Autonomie" für die „nationalen Minderheiten" ist hier vorgesehen, was beispielsweise „eigene Schulen" oder „Minderheitenvertreter" in öffentlichen Körperschaften, – nicht aber „Ausländerwahlrecht"! – bedeuten soll.

Gleichzeitig speist sich die rechtsextreme Ablehnung der Integration aus dem Wunsch nach Abschiebung der MigrantInnen bei Bedarf. So ist die „Forderung ‚Ausländer raus'", die übrigens mit dem „Schrei nach ‚Integration' (...) eines gemeinsam (hat), nämlich daß sie Phrasen sind" (Hatzenbichler 1991, S. 229), also nicht per se verwerflich, sondern nicht mehr so einfach exekutierbar, da viele MigrantInnen schon „kulturell entwurzelt wurden" (ebd.)...

„Nation Europa"

Eine Vielzahl rechtsextremer Medien führt programmatisch *Europa* schon im Namen,[7] und tatsächlich kommt dem Rekurs auf ein *Europa* im neofaschistischen Projekt seit 1945 zentrale Bedeutung zu. Doch auch hierbei wurde nicht bei Null begonnen, sondern beispielsweise die NS-Propaganda von den *multinationalen* Verbänden der Waffen-SS als „Vorkämpfer für das vereinte Europa" und der deutschen Aggression als „Kampf für die Freiheit Europas" (Jörg Haider, zit. nach Scharsach, S. 7f) aufgegriffen. Folgerichtig ist die SS von allen *neurechten* Distanzierungen vom Nationalsozialismus explizit ausgenommen, vielmehr sei in ihrem *Kampf* der *Befreiungsnationalismus* schon angelegt (vgl. Feit, S. 134).

Dieser *Befreiungsnationalismus*, den der *Nationalrevolutionär* Strauß in den rechtsextremen Europadiskurs

Widerstand

W

Die Neue Front

Nr.60 10.Jahrgang Oktober 1992

Was ist denn nur in Deutschland los?

Weiter so, Deutschland

»Jetzt geht's los: Heim ins Reich«

Cottbus keine Stadt des Ausländerhasses

„Heißes" Wochenende im Osten?

1000 Chaoten wollen nach Rostock / Gegen-Demos

Neonazis sind gewaltbereit

„Die Frage der Gewalt:
Die Gesinnungsgemeinschaft der NEUEN FRONT lehnt Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele ab! Wir wollen die NSDAP mit legalen Mitteln zulassen, die Macht mit legalen politischen Aktionen erkämpfen.
Trotzdem haben wir für diese NF ein provokatives und zweideutiges Titelblatt gewählt.
Wir solidarisieren uns mit Menschen, die Widerstand für Deutschland geleistet haben. In einer Zeit, in der Feigheit eine gesellschaftliche Tugend ausmacht. Ohne deren Einsatz hätte sich in Bonn nichts geändert. Sie haben Birne Helmut wachgerüttelt. Erst als eine Bürgerinitiative nichts gebracht hatte wurde der Protest gewalttätig. Das darf man nicht aus den Augen verlieren. Hätte das System gehandelt, hätte es kein Rostock gegeben. Deshalb sagen wir WEITER SO, DEUTSCHLAND. Leistet Widerstand und zwingt das System in die Knie.
Die Ereignisse in Mitteldeutschland beweisen uns, daß wir recht haben! Solche Bestätigungen können uns nur verdeutlichen:
ES KOMMT DER TAG DER RACHE!
Wir werden die Flamme der deutschen Revolution von Rostock, Cottbus und Dresden nach Hamburg, Frankfurt und München tragen.
Deshalb: BLEIBT TREU!
FOLGT DER KONZEPTION MICHAEL KÜHNENS! DAS REICH KOMMT!"
Aus: »Die Neue Front« Nr. 80, Oktober 1992
Bild und Text abgedruckt in: Michael Schmidt, Heute gehört uns die Straße

eingeführt hat, hat sich dort als Version des *völkischen Nationalismus* gegenüber den etatistischen Formen des Nationalismus durchgesetzt und stellt mit dem *Regionalismus* des ebenfalls in *nationalrevolutionärer* Tradition stehenden Eichberg, eine Säule *neurechter* Agitation dar.[8] Im *neuen* oder *völkischen Nationalismus* wird eine „Nationale Frage" „nicht mehr an den Staat, also an den Nationalstaat, sondern an das Volk" gebunden (Müller, S. 727). Heute wird der „Begriff der Nation wieder so (aufgefaßt), wie es deutscher Denkweise entspricht" (Bauer, S. 140). Daß sich gerade die österreichische Abteilung der *Neuen Rechten* für diesen *völkischen Nationalismus* sehr erwärmt,[9] liegt in der Natur der Sache: sind sie doch als *Deutsche* nicht BürgerInnen eines gleichnamigen Staates ...

Hinter dem *befreiungsnationalistischen* Ansatz steht die Behauptung, Europa sei insbesondere *geistig* oder *kulturell kolonialisiert*. Im Gegensatz zu den christlich-abendländischen Europabildern, in denen eine *Bedrohung* aus dem Osten strapaziert wird – nach dem *Kommunismus* die durch den *islamischen Fundamentalismus* –, begann bei den *Neuen Rechten* die „Kolonisation der europäischen Mentalität" (Ulbrich, S. 336), die „Ausschaltung unseres eigenen wilden Denkens" (Eichberg, zit. ebd., S. 337) schon lange davor. Und zwar mit dem *Monotheismus*, auf dessen *semitische Wurzel* zu verweisen man nicht müde wird. Vom Christentum geht es dann schnurstracks zu den Idealen der bürgerlichen Revolution, die als „der Ethnie entfremdeter Emanzipationsideen" (Wolfschlag, S. 48) entlarvt werden. Den „volksfeindlichen Gesellschaftslehren" (Kosiek, S. 111), Liberalismus und Kommunismus, gilt demnach der ganze rechtsextreme Zorn.

Der „Dritte Weg"

Bei der Schaffung einer vorgeblich authentischen europäischen Ordnung ohne ideologischen *Fremdeinfluß* wird ein *Dritter Weg* zwischen den beiden *universalistischen Ideologien* Liberalismus und Kommunismus propagiert. Dieser wendet sich gegen den *Partikularismus* innerhalb eines Volkes, den Klassenkampf, indem er *identitär* an der *sozialen Volksgemeinschaft* zimmert (s. o). Gleich dem erklärten historischen Vorbild des *Strasser-Flügels* wird hier der anti-

monopolistischen Phrase gehuldigt und ein *europäischer, nationaler Sozialismus* gefordert. Gegen Kapitalismus wird nicht angeschrieben aufgrund seines ausbeuterischen Charakters, sondern weil er „kosmopolitisch" sei (Benoist, zit. nach Feit, S. 117).

Der *unüberschaubar* gewordenen Welt, die als *one world* alles nivelliere, wie der angeblichen *Auflösung der Nationalstaaten* in einem zentralistischen EG-Europa, setzt nun der *Regionalismus* eine unmittelbare Heimeligkeit entgegen. Doch bleibt diese boomende Form des *Neuen Nationalismus*, mit der bewußt an alternative, ökologische Diskurse angeknüpft wird, hier nicht stehen, sondern soll als *Nationalismus von unten*, als „erste Keimzelle" (Schulz, zit. nach Feit, S. 137) in der Formation einer *Nation Europa* aufgehen. Die Identifikation mit den kleinen Einheiten, die im neurechten Diskurs oft *organisch* oder *gesund* genannt werden, und die 58 Jahre nach den *Nürnberger Gesetzen* mittels „artgerechter Fortpflanzung" bzw. „Heiratsschranken an den Volksgrenzen" (Kosiek, S. 120) auch als solche erhalten werden sollen, wird bewußt dem Staatsnationalismus entgegengesetzt, der aufgrund seiner partikularistischen (Staats-) Interessen einer *wahren* europäischen Vereinigung entgegenstünde. Manche sehen am Horizont gar schon wieder einen *neuen Menschen* auftauchen, welcher die Qualität dieser Vereinigung auf *ethnopluralistischer* Grundlage personifiziert: „Völker und Volksgruppen werden weiterhin notwendig sein, aber nicht als Selbstzweck, sondern als Mutterboden, aus dem die europäischen Eliten des 21. Jahrhunderts wachsen" (Ulbrich, S. 343).

„... vom Atlantik bis zum Ural"

Wird also nach innen die völkischen Zwangsgemeinschaft verordnet, soll der *Befreiungsnationalismus* nach außen den (europäischen) Zusammenhalt unter den *homogenen Völkern* herstellen. Mit dieser „neu geschaffene(n) Revolutionstheorie" (Feit, S. 125), die sprachliche Anleihen beim Antiimperialismus vor allem maoistischer Prägung nimmt,[10] soll Geschichte neu interpretiert werden: Im *Kulturkampf* trete nun das historische Subjekt *Volk* auf den Plan. Die Verteilungkriege in den ehemals realsozialistischen Ländern werden hier als *nationales Erwachen* gefeiert. In diesem *Nationalismus*, der einem „Territorialtrieb" entspringe und somit eine „anthropologische Grundstruktur" (Eichberg, zit. nach Feit, S. 120) darstelle, bewahrheite sich das *völkische Denken* der *Neuen Rechten*. Die Gemetzel, die aus einer „Urkraft des Volkes" (Kosiek, S. 111) herrührten, werden als „Wiederherstellung" einer „völkischen Identität" (ders., S. 110) gepriesen.

Hier materialisiert sich blutig die *neurechte Biopolitik*, die sich an die *natürlichen Grundlagen* zu halten habe: standen doch die *künstlichen Staatsgebilde* Jugoslawien, Sowjetunion usw., welche eben nicht *organisch gewachsen* waren, im Widerspruch zur *Natur*...

Jetzt, da der Feind im Osten geschlagen, geht es dem eigentlichen Hauptfeind im Westen an den Kragen: Der kulturelle Antiamerikanismus,[11] der seine materielle Grundlage im sich verschärfenden Konkurrenzkampf der imperialistischen Zentren hat,[12] ist das neue Steckenpferd der gleichnamigen Rechten und wird schon mal auch als Trojanisches Pferd für die Linke bezeichnet. Bereits vorm Untergang des Realsozialismus wurden die USA als Hort des Liberalismus bekämpft. Zum einen, weil dieser für den *ungleichen Bruder* des Marxismus gehalten wird (s. o.), zum anderen, weil er sich als unfähig im Zurückdrängen der sowjetischen Sphäre erwiesen habe. Aber vor allem soll nach der deutschen *Wiedervereinigung* nun mit der endgültigen *Dekolonialisierung Europas*, mit dem Rausschmiß der verbliebenen *raumfremden* Macht, implizit natürlich die Vormachtstellung der BRD befördert bzw. zementiert werden.

Entsprechend dem Pragmatismus der *Neuen Rechten* und deren Verbundenheit mit der *Nouvelle Droite*, soll diese Vormachtstellung (noch) mit Frankreich geteilt werden. Mit der Etablierung des deutsch-französischen *Eurocorps* als Kern einer zukünftigen europäischen Armee, können sie sich der Verwirklichung ihres alten Traumes von einem „Europäischen Soldatenbund", von einem „Europa der Frontsoldaten" in der Tradition der Waffen-SS, wie sie in europäischen FaschistInnentreffen Anfang der fünfziger Jahre formuliert wurden (vgl. Feit, S. 174), näher wähnen.

„Kolonie Europa"

Zwar ist die „Geschichte Europas die faszinierende Geschichte einer Überlegenheit" (Krebs, zit. nach Feit, S. 133), doch ist Europa im Ausleben dieser „Überlegenheit" durch die *imperialistische Unterdrückung* stark eingeschränkt.

Imperialismus stellt für die *Neue Rechte* keine ökonomiekritische Kategorie dar, sondern eine kulturelle: darunter firmiert alles, was *gleichmacherisch* und *universalistisch* wirkt. Der *Kulturimperialismus* der USA verwische die *natürlichen Unterschiede* zwischen den Völkern und versuche, eine *one world* durchzusetzen. Diese sei charakterisiert durch eine „cross culture", die für die derart Entwurzelten „Ersatzidentitäten (...), welche von den internationalen Medien und Konzernen angeboten werden" (Wolfschlag, S. 61) bereit halte. Daß diese „Konzerne" natürlich in *jüdischer Hand* sind, denkt sich der alte Nazi bei der Lektüre dazu ...

Die sich derart *antikolonialistisch* gebenden *Neuen Rechten* halten logischerweise die EuropäerInnen für die *Verdammten dieser Erde* und erklären flugs Europa zum Teil der *Dritten Welt*, was sie eben aus der gemeinsamen Frontstellung im *Befreiungsnationalismus* zuerst gegen die beiden (sozial)imperialistischen Zentren, dann gegen den *Kulturimperialismus* ableiten. So ruft Benoist auf, „alle Völker, Rassen und Kulturen, die noch ihrer selbst bewußt sind", müssen „sich gegen ihren einzigen gemeinsamen Feind (...) verbünden: nämlich gegen diejenigen, die sie alle zugrunde richten wollen, um ihnen alle dieselbe Lebensweise, denselben Lebensrhythmus, dasselbe Lebensniveau, dieselbe verarmende und zerstörerische Pseudozivilisation aufzuzwingen" (Benoist, S. 210).

Hier zeigt sich die geschichtskittende Funktion dieser Rhetorik, mit der versucht werden soll, die jahrhundertelange europäische Kolonialpraxis vergessen zu machen, und welche den Aufstieg Europas zur Weltmacht begleitet (vgl. Feit, S. 126). Gleichzeitig erfolgt eine ideologische Festschreibung globaler Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse, wie sie auch in der neurechten Kritik der *Entwicklungshilfe* an Perfidie wohl kaum zu überbieten ist: Diese wird dort grundsätzlich als *missionarisch* und *eurozentristisch* bezeichnet und drohe, den Trikont zu *überfremden*.

Was oben der Ideologie der *Differenz*, sowohl zwischen Individuen, als auch zwischen *Kulturen*, attestiert wurde, nämlich die Aufrechterhaltung eines sexistischen und rassistischen Status quo nach innen, gilt sinngemäß im Weltmaßstab. Denn, wo sich der *Ethnopluralismus* als Ideologie der Herrschenden entpuppt, liegt der Sinn vom Geschwätz der *kulturellen Identitäten*, die in ihrer *Unterschiedlichkeit* als solche zu erhalten seien: Es sei ja unmöglich, „alle Menschen in ihrer Verschiedenheit nach den gleichen Leistungsmaßstäben zu beurteilen, da sie auf zu unterschiedlichen Entwicklungsstufen und Leistungsebenen stehen" (Kosiek, S. 134). Daher seien eben „Unterteilungen" notwendig, welche aber – „nach menschlichen Maßstäben" vorgenommen – zu „größtem Unfrieden führen, da unterschiedliche Wohlstandsniveaus nicht zu vermeiden wären" (ebd.). Somit ist es funktional, die „unterschiedlichen Kulturen" zu strapazieren, denn „nur gegen die natürliche (!) Einteilung der Menschen in Völker, in die man hineingeboren wurde, kann sich niemand beklagen oder vor einem irdischen Tribunal beschweren" (ebd.). Und mit einer, für seinesgleichen untypischen Offenheit gibt Kosiek noch eins drauf und zitiert einen H. Mohr: „Qualitatives Wachstum kann im Ernst nur in Regionen mit weitgehend stationärer Bevölkerung und leistungsfähiger Forschung und Entwicklung eine erfolgsversprechende Überlebensstrategie sein" (ebd.) – welche „Regionen" hier wohl gemeint sind? ■

Herbert SCHIEDL studiert Politologie, Arbeitsschwerpunkt: Rechtsextremismus.

Anmerkungen

1 Herausragend: Feit, Margret: Die „Neue Rechte" in der Bundesrepublik. Organisation – Ideologie – Strategie. Frankfurt/Main, New York 1987. Eine Auseinandersetzung mit dem Thema, die das Spezifische einer *Neuen Rechten* in Österreich zum Gegenstand hat, steht hingegen noch weitgehend aus, wobei hier ein Anfang schon getan ist: Purtscheller, Wolfgang: Aufbruch der Völkischen. Das braune Netzwerk. Wien 1993. Siehe v. a. S. 116ff.

2 Bereits 1950 hat Armin Mohler, ehemaliger Privatsekretär von Ernst Jünger, mit seiner Dissertation „Die Konservative Revolution in Deutschland 1918 – 1932. Grundriß ihrer Weltanschauung" die Richtung vorgegeben: Hier versucht er die Wegbereiter des Nazismus von den Verbrechen desselben freizusprechen, indem er sie als im NS-internen Fraktionskampf unterlegen darstellt (vgl. Kratz, S. 35f).
Zur Verortung der *Konservativen Revolution* in der Geschichte des Nationalsozialismus siehe: Petzold, Joachim: Wegbereiter des deutschen Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik, Köln 1978.

3 So gründete beispielsweise der SS-Sturmbannführer Ehrhardt, Chef der Bandenbekämpfung im Führerhauptquatier, 1951 die *»Monatsschrift im Dienst der europäischen Neuordnung, Nation (und) Europa«*, die heute als eines der führenden *neurechten* Organe gilt. Oder so hat der aufsteigende Stern der heimischen Szene, Jürgen Hatzenbichler, Redakteur der *»Jungen Freiheit«* und Herausgeber der *»Identität«*, eine bewegte Vergangenheit als stellvertretender Führer der Neonazigruppe *Nationale Front* in Kärnten hinter sich. Die *»Identität«* der *Freiheitlichen Studenteninitiative*, herausgegeben vom *Aula-Verlag*, dem vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes eine „wichtige integrative Funktion im rechtsextremen Lager" bescheinigt wird, entpuppt sich übrigens mehr und mehr als österreichischer Trendsetter innerhalb der *Neuen Rechten*: Hier gibt man sich, im Gegensatz zum *freiheitlichen Magazin »Aula«*, betont zeitgeistig-*progressiv*.

4 Siehe: Lange, Astrid: Was die Rechten lesen. Fünfzig rechtsextreme Zeitschriften. Ziele, Inhalte, Taktik. München 1993;
Jäger, Siegfried (Hg): Rechtsdruck. Die Presse der Neuen Rechten. Berlin, Bonn 1988.

5 So schreiben beispielsweise Bischof Krenn, die ÖVPler Görg und Ermarcora, wie der Grüne Renoldner und der Soziologe Girtler in der *»Aula«*, Günther Nenning publizierte schon des öfteren im BRD-Szeneblatt *»MUT«*, das in geradezu exemplarischer Weise vom Sprachrohr der Neonazigruppen *Junge Nationaldemokraten*, *Wikingjugend* und *Bund Heimattreuer Jugend* zu einer der zentralen Postillen der *Neuen Rechten* mutierte. Heute nennt sie gar der deutsche Kanzler Kohl per Leserbrief seine Lektüre.

6 Zum Frauenbild der *Neuen Rechten* bzw. zur Bedeutung der *Differenz* in feministischen Diskursen siehe: Grimm, Sabine: Befreiung zur Weiblichkeit? In: »diskus« 3/92
Hatzenbichler weiß übrigens von der Geschlechterfront zu berichten, daß „sich ein abstrakter Feminismus verrannt (hat) in einem abstrusen Ziel: mit der Frau den besten Mann zu schaffen, den es je gegeben hat." Auch habe er vergessen, „daß Mann und Frau eben nicht gleich sind, daß Freiheit auf Ungleichheit beruht". (»Identität« 1/93, S. 9)

7 *»Nation Europa. Deutsche Monatshefte«*, *»Europa Vorn«*, *»Europa. Nationaleuropäisches Forum«*, *»Europa. Berichte zur Zeitenwende«*.

8 Dieser *nationalrevolutionäre* Flügel, der die *neurechte* Strategie der Übernahme *linker* Begrifflichkeit perfektioniert hat, sammelt sich vor allem um die Zeitschrift *»Wir Selbst«*.

9 In der *»Identität«*, die eine regelmäßige Rubrik „Ethnopluralismus – Berichte von Völkern und Volksgruppen" führt, kommen ausnahmslos Vertreter dieses *völkischen Nationalismus* zu Wort. So hält dort (1/93) Robert Steukers, Mitglied der *neurechten* Kaderschmiede *CRECE*, Paris, ein leidenschaftliches Plädoyer „Für einen neuen Nationalismus" (S. 4).

10 Wobei die Affinitäten über die Sprache hinausgehen: So begrüßt die maoistische KPD 1976 die Integration Europas, die „eine positive Bedeutung annehmen (kann), insoweit, wie (sie) sich gegen den Hegemonismus der beiden Supermächte, insbesondere gegen den sowjetischen Sozialimperialismus richtet". (Zit. nach Rössel, Karl: Die Renaissance des europäischen Imperialismus. In: »konkret« 7/93, S. 38)

11 Wie „dumm" und „lächerlich" dieser ist, hat u. a. Kaspar Maase in einem glänzenden Aufsatz herausgearbeitet: „Antiamerikanismus ist lächerlich, vor allem aber dumm." Über Gramsci, Amerikanisierung von unten und kulturelle Hegemonie. In: Borek, Johanna; Krondorfer, Birge; Mende, Julius (Hg): Kulturen des Widerstandes. Texte zu Antonio Gramsci, Wien 1993.

12 Beispielhaft für die Kapitalinteressen an der *Neuen Rechten* ist die Rolle des BRD-Konzern Siemens, welcher mit seiner *Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung* in München **die** *neurechte* Kaderschmiede im deutschsprachigen Raum erhält (vgl. Kratz, S. 33ff).

Literatur

Bauer, Marcus: Vielfalt gestalten. In: Ulbrich, Stefan (Hg.): Multikultopia. Gedanken zur Multikulturellen Gesellschaft, Vilsbiburg 1991.

Balibar, Etienne: Gibt es einen „Neo-Rassismus"? In: ders., Wallerstein, Immanuel: Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg/Berlin 1990.

Benoist, Alain de: Der Rassismus – Was ist das? In: Ulbrich, a.a.O

Feit, Margret: Die „Neue Rechte" in der Bundesrepublik. Organisation – Ideologie – Strategie, Frankfurt/M./New York 1987.

Hatzenbichler, Jürgen 1991: Kärntens gewachsene Multi-Kultur. In: Ulbrich, a.a.O.

ders., 1992: „Links"-„Rechts" – überholt? In: »Identität« 1/92.

Kosiek, Rolf: Die Wirklichkeit des Volkes in der modernen Welt. In: Ulbrich, a.a.O.

Kratz, Peter: Siemens zum Beispiel ... In: Hethey, Raimund; Kratz, Peter (Hg): In bester Gesellschaft. Antifa-Recherche zwischen Konservatisvismus und Neo-Faschismus, Göttingen 1991.

Müller, Jost: Rassismus und Nationalismus der „Neuen Rechten". In: »Das Argument«, 195/1992.

Purtscheller, Wolfgang: Aufbruch der Völkischen. Das braune Netzwerk, Wien 1993.

Scharsach, Hans-Henning: Haiders Kampf, München 1992.

Siegfried, Hanspeter: Kulturrevolution von rechts? Zur Ideologie der Neuen Rechten. In: »WIDERSPRUCH« 21/91.

Ulbrich, Stefan: Verdammt viele Thesen. In: Ulbrich, a.a.O.

Wolfschlag, Claus: Argus beschaut den Kampf um Multikutopia. In: Ulbrich, a.a.O.

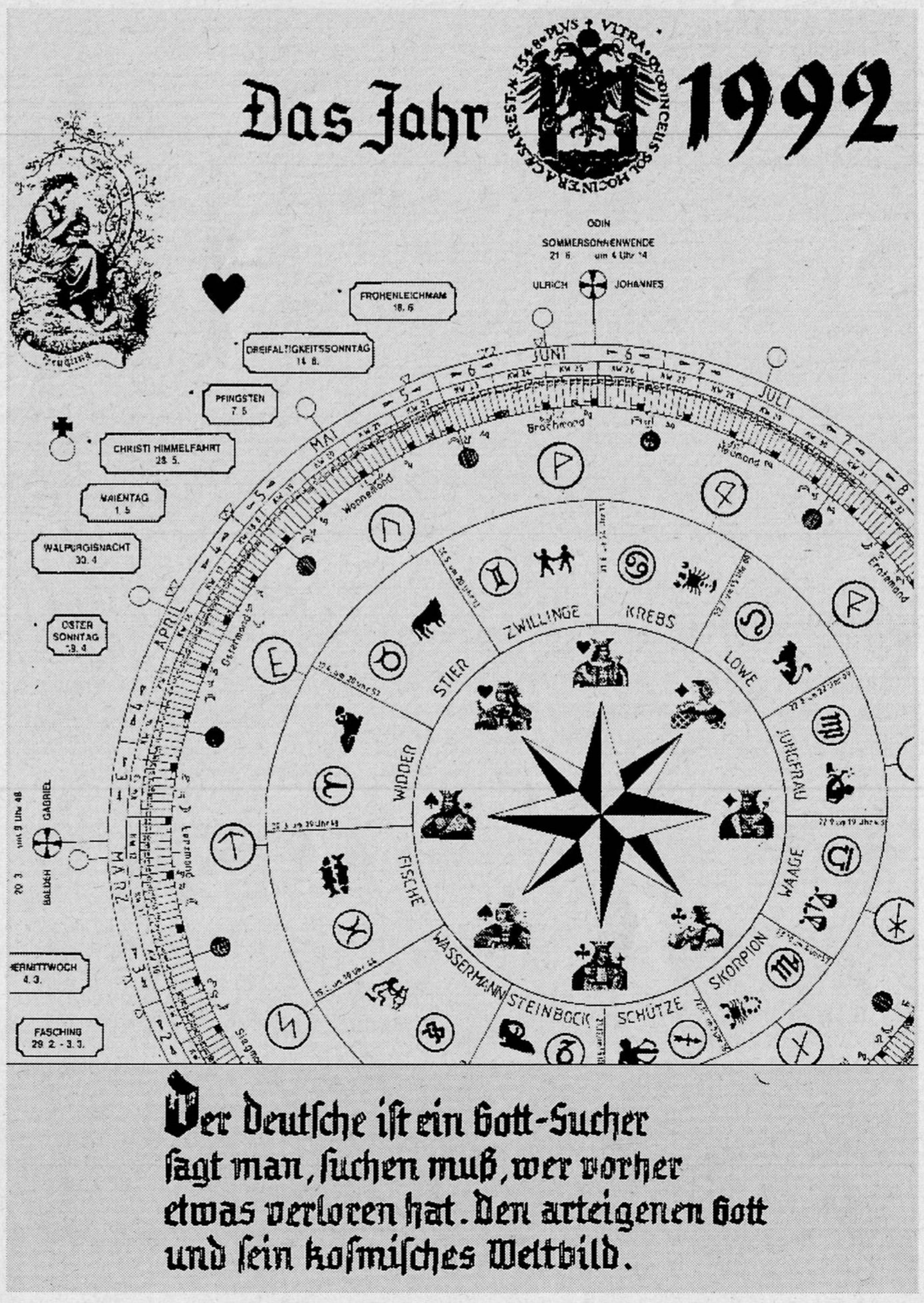
Vereinigtes biologistisches Weltbild

Ideologische Berührungspunkte zwischen New Age und Rechtsextremismus/Faschismus

Maria WÖLFLINGSEDER

„Kein Gedanke verwerflicher als der an ein neues anderes 1933?! Gerade der aber kann uns retten. Die Öko-pax-Bewegung ist die erste deutsche Volksbewegung seit der Nazibewegung."
Rudolf BAHRO

Der „Alte Jahreszeitweiser"[1], umfang- und textreicher, esoterischer Mondkalender mit unverblümten ausländerfeindlichen, deutschnationalen, rassistischen und germanentümelnden Inhalten sowie Gedichten von Gerd Honsik, Lobeshymne auf Rudolf Heß und Empfehlungen von Büchern über die Waffen-SS und solchen von rechtsextremen und Alt- und Neonazi-Autoren ziert in immer mehr Biobauern- und New-Age-Haushalten Küchenwände.



Im Begleitbuch[2] zur ZDF-New-Age-Serie steht neben Farbbildern von SlumbewohnerInnen und Eingeborenendörfern(!) geschrieben: „Überbevölkerung ist nicht nur gegen die Menschlichkeit, sie ist im tiefsten lebensfeindlich. Das eigentliche Umweltproblem ist die Überbevölkerung, (...) weil auf der Erde kein Platz ist für beliebig viele Menschen. Überbevölkerung ist ein Verbrechen gegen die Humanität. Gut erzogene Menschen werden die Umwelt nicht unnötig verschmutzen. Doch wie will man viereinhalb Milliarden Menschen so gut erziehen. Denn von Natur aus ist der Mensch unordentlich und schmutzig. Die meisten der vier Milliarden Menschen (...) erzeugen ihre Nachkommen nicht nach hohen Idealen oder weltpolitischen Interessen, sondern nach dem jeweiligen Stand ihrer Hormonspiegel – und aus Egoismus!"

Der Kärntner „Agathenhof", ein gesundheitsfarmähnliches New-Age-Zentrum, dessen Hochglanzwerbeprospekte auf keiner Wiener Esoterik-Messe fehlen, ist sowohl Ort des Festivals „Visionen des Friedens" mit den New-Age-Granden Professor Arnold Keyserling, Bruder David Steindl-Rast, Zsuzsanna Budapest, Kaye Hoffmann, Penny McLean, Peter Schellenbaum und vielen anderen ist[3] und gleichzeitig Kontaktadresse für Andreas Thierry[4], einem Aktivisten in der Kärntner Neonazi-Szene.

Diese drei Beispiele zeugen von offensichtlichen Gemeinsamkeiten zwischen New-Age- und Esoterik-Bewegung einerseits und rechtsextremen/faschistischen Strömungen andererseits; beide verzeichnen seit Jahren großen Zustrom bzw. Aufschwung. Viele andere Gemeinsamkeiten jedoch springen nicht *so* deutlich ins Auge.

Berührungspunkte bzw. Identisches gibt es nahezu auf allen Ebenen – sowohl auf der ideologischen Ebene, wie auch auf der organisatorischen

---

Alle Abbildungen und Textbeispiele in diesem Artikel aus: »Alter Jahreszeitweiser«, 1992, Kalender herausgegeben von Ewald Friesacher, Maria Saal, Kärnten

und personellen bis hin zu gemeinsamen historischen Wurzeln.

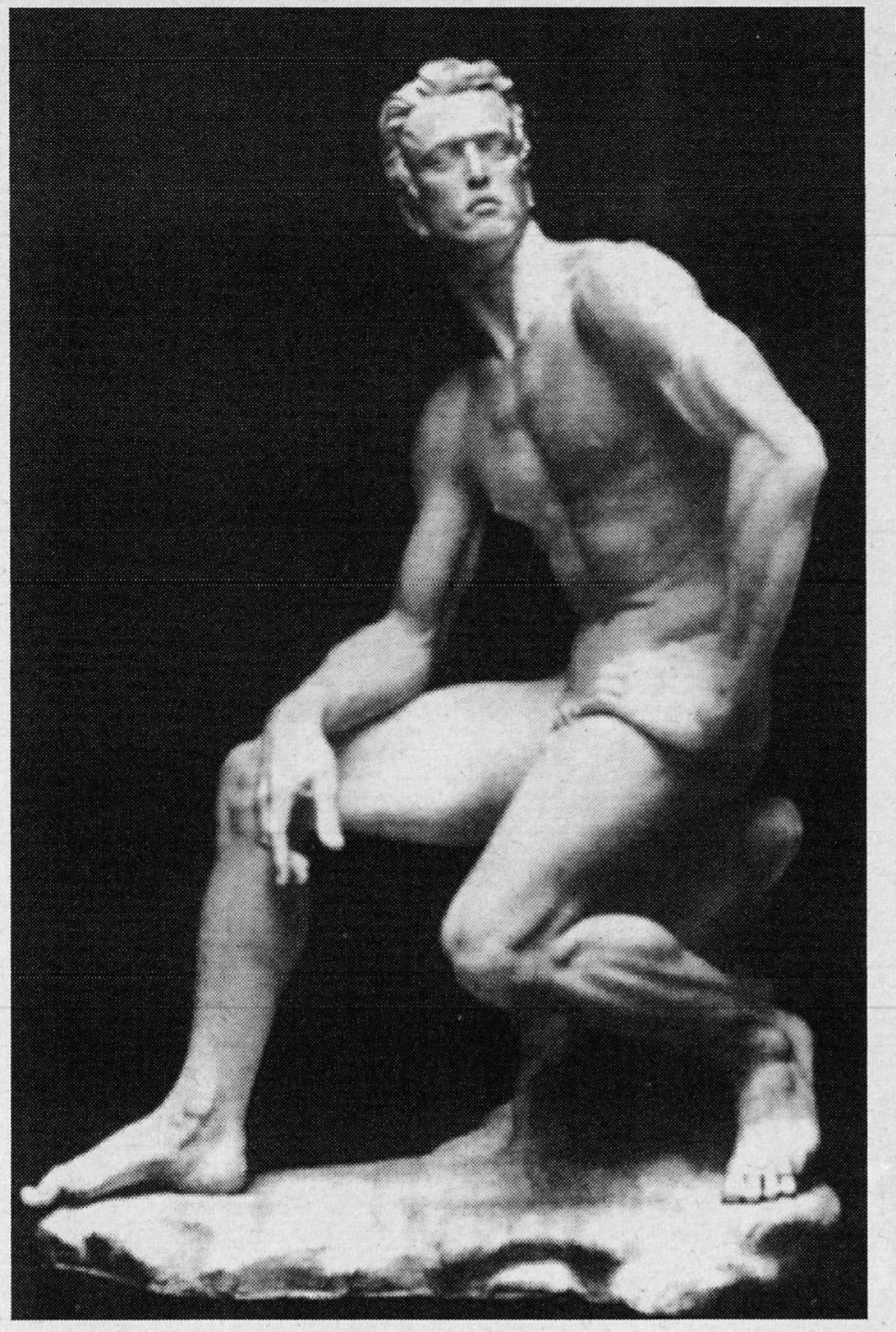
Biologismus

Neben der Abkehr bzw. der Bekämpfung der Ideen der Aufklärung – man will weder wissen noch erkennen, sondern glauben – ist der Biologismus das größte und weitreichendste gemeinsame Merkmal zwischen New-Age-/Esoterik-Bewegung und rechten/rechtsextremen Strömungen. Gemeinsam ist ihnen ein Welt- und Menschenbild, das aus Gesetzen aus der Natur, dem Kosmos oder von „Gott" abgeleitet wird. Das heißt, es werden naturwissenschaftliche (und mythische oder religiöse) Kategorien auf gesellschaftliche Zusammenhänge übertragen. Es handelt sich dabei um biologistisches bzw. naturalistisches Denken – verbunden mit Mythologie.

Biologismus nennt man jene soziologische und geschichtsphilosophische Strömung, die Staat und Gesellschaft analog dem menschlichen Organismus betrachtet und behauptet, daß Staat und Gesellschaft in ihrer Entwicklung vornehmlich biologischen Gesetzen folgen. Der Begriff Biologismus wird auch verwendet, wenn nun Forschungsergebnisse aus der Tier- und Pflanzenwelt auf den Menschen und auf die Gesellschaft übertragen werden bzw. der Begriff Biologismus wird um den Begriff Naturalismus erweitert. Gesellschaft, soziale Ordnung, die ökologische Krise und der Weg aus dieser Krise werden biologistisch/naturalistisch gedeutet: Das Ziel des (politischen) Handelns ist ein von außen – von der Natur, vom Kosmos, vom Universum – fest vorgegebenes, es ist in Naturgegebenheiten, in Naturgesetzen und kosmischen Gesetzen fixiert, die nur erkannt werden müssen und nach denen man sich zu richten habe.

Bemerkenswert ist also die oftmalige enge Verknüpfung von „strenger" Naturwissenschaft – ihre Gesetze werden auch auf die soziale Ordnung angewandt – mit Naturmetaphorik und Mystik, die zum Beispiel bei Fritjof Capra zu einer neuen „Ganzheit" wird.

Dieses bedeutendste gemeinsame Merkmal – Biologismus/Naturalismus – zwischen New-Age-Ideologie und jener von Rechtsextremen wird – auch in New-Age-kritischer Literatur – zu wenig beachtet. Es wird meist nur darauf hingewiesen, man müsse



sich im New Age lediglich von allem rechts- oder faschismuslastigem Gedankengut distanzieren; gesehen wird dabei nicht, daß *die „Rechtslastigkeit" der New-Age-Ideologie immanent* (innewohnend) ist. Deshalb möchte ich darauf besonders ausdrücklich hinweisen.

An konkreten Beispielen soll nun biologistisch/naturalistisches Denken im New Age und im Rechtsextremismus erläutert werden.

Biologistisch/naturalistisches Welt- und Menschenbild im New Age

Die New-Age-Ideologie möchte ich anhand der Thesen des weltberühmten Vordenkers Fritjof Capra verdeutlichen. Capra hat nicht nur wesentlich zur Verbreitung und Etablierung des „neuen Denkens", der „neuen Zeit" (vor allem auch in Wissenschaft, Technik und Management) beigetragen, er ist auch aller Rechtslastigkeit unverdächtig. Viele – auch die österreichischen New-Age-Kritiker Gugenberger und Schweidlenka – bezeichnen Capra als „politisch-emanzipativen Vertreter dieser Richtung" (dem New Age, M. W.), der „dabei auf dem Boden der gesellschaftspolitischen Realität bleibt".[5]

Was die ideologische und wissenschaftliche Einschätzung der New-Age-Bewegung im allgemeinen und Capras im besonderen betrifft, gehe ich mit Gugenberger und Schweidlenka, die zweifelsohne viel Wichtiges aus der New-Age- und Esoterik-Szene ans Licht der Öffentlichkeit gebracht haben[6], nicht konform.

Bei meiner ausführlichen Untersuchung[7] bin ich genau zum gegenteiligen Ergebnis gekommen: Capra ist alles andere als ein „politisch-emanzipativer Vertreter" der New-Age-Bewegung: Capras Weltbild, seine Sicht von geschichtlicher Entwicklung ist geprägt von der evolutionären Zyklentheorie Toynbees und Sorokins, dem I Ging und dem Yin/Yang.

Demnach nehmen „alle Vorgänge, die wir beobachten, an (einem) kosmischen Prozeß" teil und sind „auf diese Weise von Natur aus dynamisch". „Wandel ist nicht die Folge irgendeiner Kraft, sondern eine natürliche Tendenz, die allen Dingen und Situationen von vorneherein innewohnt."

Capra erläutert die Einmaligkeit des Wandlungsprozesses, den wir zur Zeit erleben. Wir dürfen uns ihm „nicht entgegenstellen", wir müssen ihn einfach zulassen; er passiert ganz von selbst, „von innen heraus" – durch „kosmische, evolutionäre, natürliche Tendenzen". Deshalb kann eine „evolutionäre Wandlung solcher Größenordnung durch kurzfristige politische Aktivitäten nicht verhindert werden".[8] Das heißt, *das handelnde Subjekt, die politische Realität, insbesondere herrschende Macht- und Ausbeutungsstrukturen sind irrelevant.* Macht- und Ausbeutungsstrukturen finden in Capras drei

Hauptwerken, die zusammen etwa 1200 Seiten umfassen, keinerlei Beachtung.

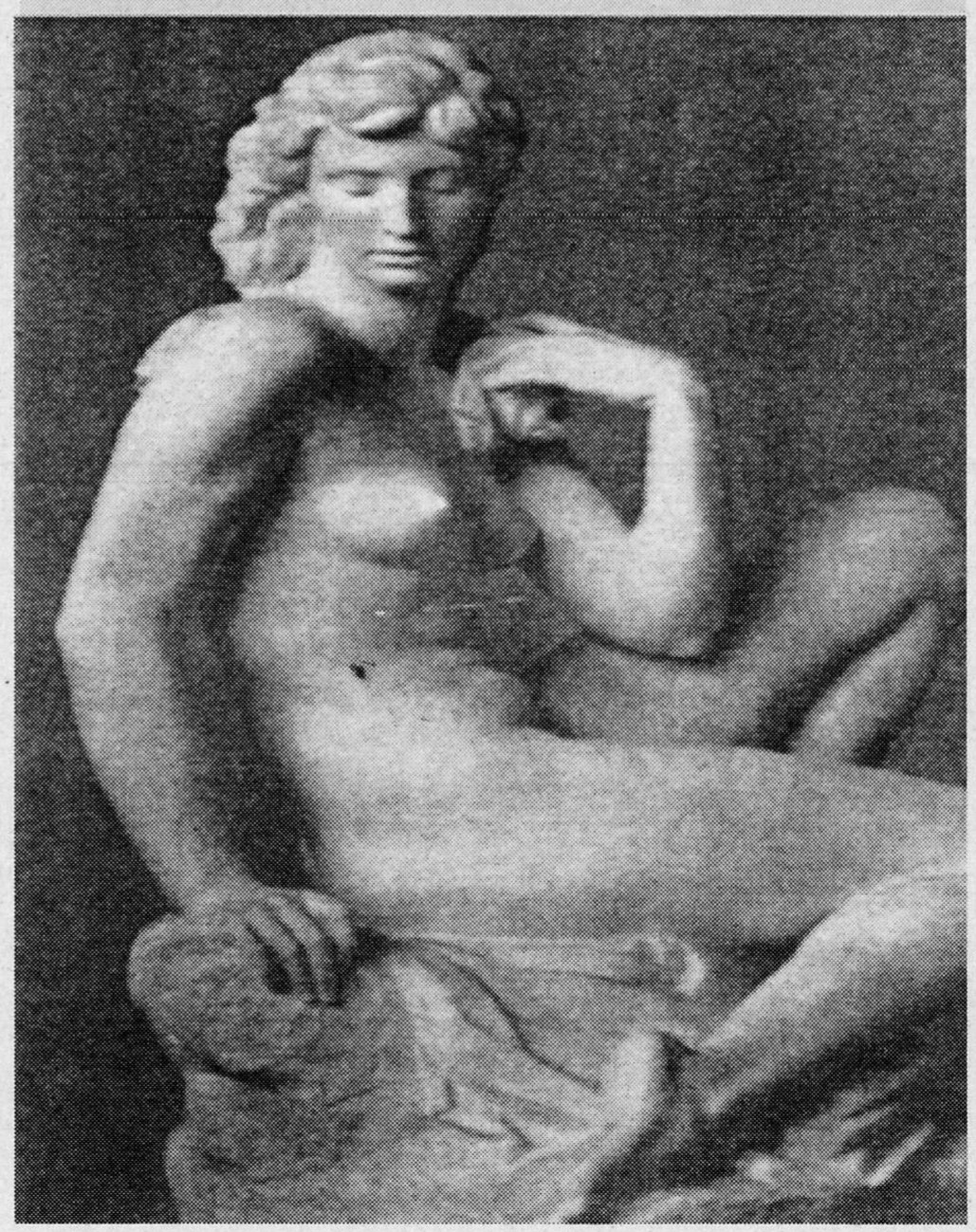
Das Menschenbild, das Capra aus seinem biologistisch/naturalistischen Welt- und Geschichtsbild ableitet, ist geprägt vom „kosmischen Geist", von der „planetarischen Ebene des Bewußtseins" und vom „göttlichen Bewußtsein, das sich als Wesen des Universums" in den Menschen manifestiere.[9] Die Aufgabe des Menschen sei es, sich lediglich hinzugeben, einzufügen und unterzuordnen unter die Gesetzesstrukturen des Universums.

„In sämtlichen modernen Gesellschaftsentwürfen steht der handelnde Mensch im Mittelpunkt. Die Geschichte wird von Menschen gemacht – so lautet die Losung bei Karl Marx, bei Gandhi und auch für den Club of Rome. Bei ihnen – Herr Capra – aber soll sich der Mensch unterordnen unter die mächtigen Gesetzesstrukturen der Natur und des Kosmos." Capra: „Da haben sie mich richtig verstanden."[10]

Capras Ideologie ist wahrlich ein geradezu *klassisches Beispiel* für biologistisch / naturalistisches Denken. Aus seiner Ideologie folgen ganz „logisch", ganz seinem Weltbild immanent folgende weitere Merkmale: Da die tatsächlichen herrschenden Macht- und Ausbeutungsstrukturen keine wesentliche Rolle spielen, gibt es folgedessen auch keine Unterscheidung zwischen Herrschern und Beherrschten, zwischen Mächtigen, zwischen wenigen Entscheidungsträgern, die über das Wohlergehen, über Leben und Tod der Mehrheit der Menschheit befinden und jenen, die „Geiseln" (Paul Blau) der Machthaber sind. Die logische Konsequenz daraus ist ein eminent harmonizistisches Gehabe, das Capra und die New-Age-Bewegung an den Tag legen: Capra betont, daß Konflikte oder Kämpfe in Zeiten des gesellschaftlichen Wandels strikt abzulehnen seien, weil der Wandel einer „natürlichen Dynamik" (der evolutionär-zyklischen Bestimmung) unterliege, und Konflikt und Kampf nicht Quelle dieser Dynamik seien.[11]

Die herrschenden Besitzverhältnisse, Macht- und Entscheidungsstrukturen werden nicht in Frage gestellt – was zweifellos das Austragen von Konflikten und Kämpfen zur Folge hätte. Capras bevorzugtes Gesellschaftsterrain ist hingegen das der TopmanagerInnen und WissenschafterInnen – sie seien die HoffnungsträgerInnen des „neuen Bewußtseins". Das heißt, die Verhältnisse können ruhig so bleiben wie sie sind, das „Rettungskonzept" bestehe einzig und allein darin, daß sich die MachthaberInnen und EntscheidungsträgerInnen vom „kosmischen Wandel" inspirieren lassen und ihr Bewußtsein verändern. Wie das konkret passieren soll (außer durch Capras Seminare mit TopmanagerInnen), wozu das führen soll und wie diese Veränderung operationalisiert und nachgewiesen werden kann, gibt Capra nicht bekannt.

Der ganze Kosmos schwingt
und tönt in wunderbaren Sphärensinfonien.
Auch in der Ästhetik einer schönen Frau
spiegelt sich der Kosmos, deswegen
ist der Mond ein Gestirn der Frau.
Leben im Einklang mit Natur und Kosmos
und die Menschen werden wieder schön
und glücklich werden.



„Uralte Gleichsetzung von Frau und Natur"

Nicht gerade neu oder gar emanzipatorisch macht sich auch das Frauenbild bei Capra aus. Er wird nicht müde, zu betonen, daß der wichtigste der drei Hauptaspekte des kosmischen Wandels – neben dem Ende des Zeitalters der fossilen Brennstoffe und dem Paradigmenwechsel bezüglich kultureller Werte (Paradigma = Muster, Beispiel) – der „Verfall(!) des Patriarchats" sei. Capra sieht, wie Frauen in allen Bereichen die Führung übernommen hätten. „Spiritueller Öko-Feminismus" nennt er die gute yin-betonte Alternative zum yangbetonten, bösen, männlich-kartesianisch-mechanistischen Weltbild, das alle Mißstände verursacht habe.

„Der spirituelle Gehalt der ökologischen Weltanschauung findet seinen idealen Ausdruck in der von der Frauenbewegung befürworteten feministischen Spiritualität – was angesichts der naturgegebenen Verwandtschaft zwischen Feminismus und Ökologie, die in uralter Gleichsetzung von Frau und Natur wurzelt, zu erwarten ist."[12] Capra reduziert die Frauen auf die – alten – weiblichen Werte: Spiritualität, Ganzheitlichkeit, Intuition, das Bewahrende, das Nicht-Aggressive, Demut, Empfänglichkeit, Fürsorge und Friedfertigkeit.

Den Frauen wird Befreiung versprochen, ja sie werden sogar zu den Verantwortlichen des neuen harmonischen, erleuchteten Zeitalters stilisiert, um aber gleichzeitig wieder auf ihre alten „weiblichen Tugenden" und Rollen fixiert zu werden.

Auf hervorragende Weise analysiert Sonja Distler in ihrem Buch „Mütter, Amazonen, dreifältige Göttinnen"[13] die äußerst unterschiedliche – emanzipatorische versus biologistisch-mythologisch-idealistische – Matriarchatsdiskussion. Anstatt einer Gegengeschichte wird eine Gegenmythologie geschaffen.

Die Behauptung Capras, Frauen hätten überall die Führung übernommen, kann nicht verifiziert werden. Und daß die Etablierung dieses Frauenbildes etwas mit Zielen des wirtschaftlichen und politischen Mainstreams, Frauen wieder um bereits *er-*

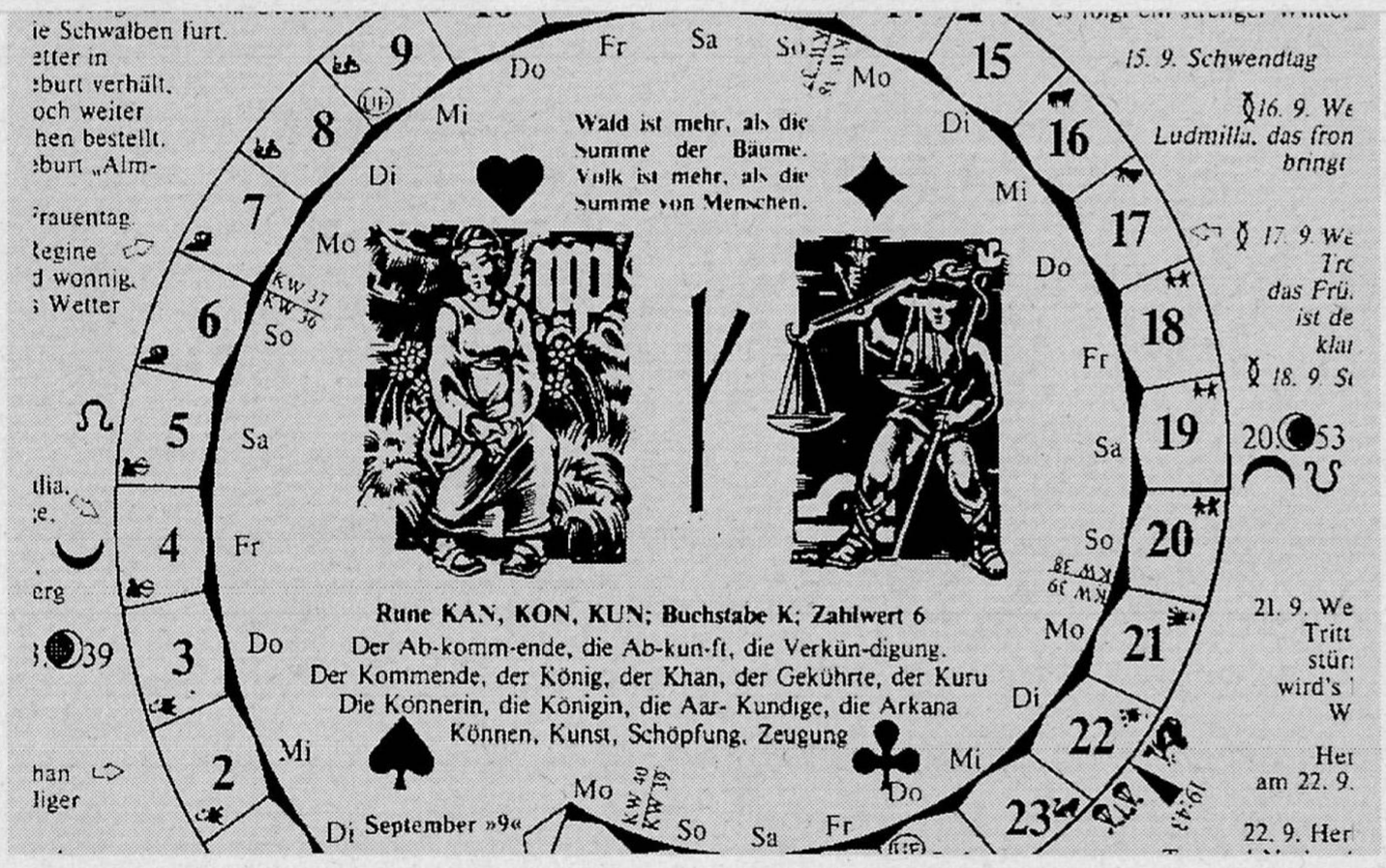
kämpfte Rechte und Positionen zu bringen, zu tun haben könnte – dies erkennen zu können, dazu fehlt Capra das nötige soziale und politische Analysevermögen.

„Klassenübergreifende kulturelle Erneuerungsbewegung"

Abschließend ist zur Darstellung Capras respektive New-Age-Ideologie noch darauf hinzuweisen, daß biologistisch/naturalistische Welt- und Menschenbilder schon immer dazu dienten, herrschende, hierarchische Macht- und Ausbeutungsstrukturen zu rechtfertigen und zu legitimieren. Ich unterstelle Capra nicht die Absicht, dies tun zu wollen, jedoch führt seine realpolitische Kurzsichtigkeit geradewegs dazu. Nicht zufällig sind Capra und die New-Age-Verheißungen gerade auch im Establishment so beliebt. Egon Becker fragt, ob nun „die technokratischen Eliten des globalen Krisenmanagements und die Szene der Ökofreaks eine gemeinsame Philosophie bekommen und die krisengeschüttelten Gesellschaften des Westens eine neue klassenübergreifende kulturelle Erneuerungsbewegung."[14] Und Hans A. Pestalozzi fragt gar, ob New Age nicht „ein superraffinierter Trick jener Kreise" sei, „die ihr möglichstes tun, um die sich anbahnende Rebellion des Volkes zu unterlaufen. Capra, Ferguson und wie sie alle heißen, als Agenten der militärisch-industriellen Mafia? Ist die Vorstellung so absurd?"[15]

Nicht Capra, aber große Teile der New-Age- und Esoterik-Bewegung verknüpfen ihr biologistisch/naturalistisches Denken mit Karma- und Wiedergeburtglauben: Sämtliche individuellen und kollektiven Leid- und Ungerechtigkeitserfahrungen sowie Macht- und Ausbeutungsstrukturen werden mittels Karma und Wiedergeburt gerechtfertigt. Jede/r sei an dem, was er/sie erlebt, selbst schuld, das sei das Karma – die Schuld – das jede/r in seinem/ihrem früheren Leben aufgeladen habe. Es dürfe nicht eingegriffen werden in diese Möglichkeit der Schuldabtragung; Verhungernden, Völkern, die ausgerottet werden, radioaktiv verstrahlten Opfern usw. sollte die Möglichkeit eingeräumt werden, ihre Startchancen für ihr nächstes Leben zu verbessern. Und Kinder suchen sich die Familie selbst aus, in die hineingeboren werden – jenachdem, welche Strafe oder Belohnung sie brauchen.

Alle dargestellten Punkte sind logische Konsequenzen, die biologistisch/naturalistischen Welt- und Menschenbildern *zwangsläufig* entspringen.



Der besseren Verständlichkeit halber möchte ich noch kurz skizzieren, wie eine Alternative zu biologistisch/naturalistischen Welt- und Menschenbildern aussieht: Die Welt wird als eine gesehen, die von *Menschen* gemacht wird und auch nur von diesen verändert werden kann. Als wesentlich werden die gegebenen (materiellen und strukturellen) Verhältnisse erachtet, die geschichtlich entstanden sind und auch nur auf diesem Wege wieder – von den konkreten Menschen – verändert werden können (historisch-materialistisches Welt- und Menschenbild). Bei Capra und der New-Age-Bewegung sind hingegen abstrakte, zeitlose Ideen und Ideale, die aus der Natur und aus dem Kosmos abgeleitet werden, bestimmend (überzeitlich-idealistisch-spirituelles Welt- und Menschenbild).

Gesellschaft kann nicht nur biologistisch/naturalistisch (herrschaftsstabilisierend) betrachtet werden, sondern auch systemkritisch – mit dem Ziel der Emanzipation des Menschen. In diesem Welt- und Menschenbild wird die Mehrheit der Bevölkerung, die Unterdrückten, als jene gesellschaftliche Gruppe betrachtet, von der Veränderung ausgehen kann, anstatt von jenen wenigen Machthabern, die ohnehin keinen Grund zur Veränderung haben, weil sie Gewinne – Profit, Macht und Ansehen – aus den gegebenen Verhältnissen ziehen. Und daß es bei dem Versuch, eine gerechtere, humanere und dem Menschen ökologisch zuträglichere Welt zu schaffen, nicht ohne Konflikte und Kämpfe abgehen wird, solche Illusionen können nur jene vertreten, die sich ihrer Umgebung „als Teil eines gigantischen kosmischen Tanzes bewußt"[16] sind und für die „freier Wille relativ" ist, weil „ich das ganze Universum *bin*" und es so für mich „keine Einflüsse ‚von außen'" mehr gibt.[17]

Biologistisch/naturalistisches Welt- und Menschenbild im Rechtsextremismus

Im folgenden sollen die Versuche der sogenannten Neuen Rechten, von Rechtsextremen und Neofaschisten (zur Begriffsdefinition siehe Artikel von Schiedl in diesem Heft) aufgezeigt werden, Rassismus wissenschaftlich zu begründen; vor allem darin wird ihr biologistisch/naturalistisches Welt- und Menschenbild sichtbar. Biologistisch/naturalistisches Denken ist aber auch Merkmal von öko-konservativen Strömungen (vgl. Thomas Jahn / Peter Wehling, Ökologie von rechts in diesem Heft, S. 53).

Überleiten vom New Age zum Rechtsextremismus möchte ich mit Beispielen sogenannter „Ökologie von rechts", die ein Bindeglied zwischen Teilen der New-Age-, Esoterik-, spiritueller-, ökologischer- und der rechtsextremen Bewegung darstellt. Dazu gehört auch das eingangs zitierte Beispiel aus einem New-Age-Buch von der Überbevölkerung als dem wahren Umweltproblem. Wie noch zu sehen sein wird, geht es dabei konkret, um die „Angst", die Deutschen (die Franzosen, ...) würden von Einwanderern verdrängt bzw., wie es in

rechtsextremer Diktion heißt, „umgevolkt", oder das „deutsche Volk werde abgetrieben".

Ein anderes Beispiel ist die Darstellung der AusländerInnen als das wahre Umweltproblem. Seit den siebziger Jahren haben fast alle rechtsextremen Gruppierungen in der BRD – von der Neuen Rechten bis zur NDP – die Ökologieproblematik in ihre Programme aufgenommen, um über diese Themen an neue Zielgruppen (auch an Grüne und Linke) heranzukommen. Es erfolgte eine sogenannte „ökologische Modernisierung des Rechtsextremismus".[18] Dies geschah nicht bloß aus taktischen Überlegungen, sondern es wurde versucht, mittels Erkenntnissen aus der Evolutions- und Verhaltensforschung und der Genetik Rassismus wissenschaftlich zu erklären.

Die Schweizer „Nationale Aktion – Partei der Schweizer" warb bereits Mitte der achtziger Jahre „für mehr Umweltschutz und weniger Ausländer". Ökologische Probleme dienen in erster Linie als Anlaß, rassistische, nationalistische und antidemokratische Positionen populär zu machen. Wie weit sich diese Positionen etabliert haben – sie reichen bereits weit in den politischen Mainstream, in die Ökologie- und New-Age-Bewegung (es kommt immer mehr zur „Integration des rechten Lagers") – zeigen folgende Beispiele:

Die Wiesbadener Ausländerbehörde weigerte sich, einem Iraner die Aufenthaltsgenehmigung zu verlängern. Sie begründete dies mit folgenden Worten: „Die hohe Bevölkerungsdichte in der BRD und die hieraus resultierenden Umweltbelastungen gebieten es, den Zuzug von Ausländern zu begrenzen." Und das Düsseldorfer Verwaltungsgericht sprach sich unter Berufung auf das Baunutzungsrecht dagegen aus, Asylbewerber in reinen Wohngebieten unterzubringen, da von Asylunterkünften Emissionen ausgingen, gegen die den Anrainern ein nachbarrechtliches Abwehrrecht zusteht.[19]

Es wird also vielerorts programmatisch und politisch an einer wirksamen Verknüpfung von völkisch-konservativem Denken, Rassismus, Nationalismus und Ökologie und – wie noch zu zeigen sein wird – Lebensschutzfundamentalismus und auch Spiritualismus gearbeitet.

Die Neue Rechte ist – wie die New-Age- und Esoterik-Bewegung großteils auch – eine elitäre, intellektuelle Sammelbewegung, der es vorerst nicht um politische Machtergreifung geht, sondern um kulturellen und ideologischen Einfluß.

Die Grundlagen des neurechten Versuchs, Rassismus wissenschaftlich zu begründen, die im folgenden dargestellt werden, – sie kennzeichnen das biologistisch/naturalistische Welt- und Menschenbild der Neuen Rechten – tauchen auch vermehrt in der Ökologie- und New-Age-/Esoterik-Bewegung auf. Dazu haben beispielsweise Personen wie Konrad Lorenz beigetragen – der durch die Benennung des Volksbegehrens nach ihm zur Rettung der Hainburger Au (1985) zu neuen Ehren gelangte – oder wie der öko-rechtsextreme Herbert Gruhl, den Capra wegen seines Beitrags „zur Synthese des ganzheitlich-ökologischen Weltbildes" lobend hervorhebt.[20]

Rassismus wird „wissenschaftlich" begründet

Die Neue Rechte versucht in erster Linie mit der gesamten Entwicklung seit der Französischen Revolution radikal zu brechen. Ihre ideologischen Gegner sind sowohl Christentum und Liberalismus als auch Marxismus und Psychoanalyse sowie Demokratie.

Zur Ideologie der Neuen Rechten gehören vier wesentliche Punkte bzw. diese vier Punkte sind wichtige Grundlage für ihre rassistische, antidemokratische Politik:[21]

1. Der *Grundsatz der Gleichheit der Menschen wird nicht anerkannt.* Sie meinen, der Begriff „Mensch" oder „Menschheit" täusche eine Gleichheit vor, die aus natürlichen und kulturellen Gründen aber nicht gegeben sei. Daher sei der Begriff „Menschheit" im Sinne des Nominalismus als unwissenschaftlich abzulehen. *Nominalismus* ist eine philosophische Lehre, nach der die allgemeinen Begriffe nur Namen – Nomina – sind und nichts Wirkliches.

2. Für die Neue Rechte gibt es also keine „Menschheit", sondern für sie gibt es nur *verschiedene Völker* und *verschiedene Rassen.* Sowohl unter den Angehörigen eines Volkes oder einer Rasse als auch unter den verschiedenen Rassen gibt es eine *natürliche Hierarchie.*

3. Abgeleitet aus dieser natürlichen Hierarchie sieht die Neue Rechte in der *Meritokratie* die beste und sozial gerechteste Herrschaftsform. Die Meritokratie ist eine Herrschaftsform, die auf der Auswahl der Verdienstvollsten beruht. (Wer allerdings diese als solche bestätigt, wird nicht gesagt.) Die Idee von der Meritokratie dürfte jedoch bereits weiter als nur in rechtsextremen Kreisen verbreitet sein. Auch konservative Politiker reden von der geforderten „*Führung der besten Köpfe*".

In diesem Sinne ist oft von Eliten die Rede bzw. von einer speziellen Hochbegabtenförderung an Schulen. Diese Hochbegabtenförderung wird mit der wieder in Mode gekommenen Theorie von der angeborenen Intelligenz untermauert.

Franz Schönhuber von den deutschen Republikanern meint, „was wir brauchen, sind Eliten und keine Gewerkschaftsparlamente". Und Jörg Haider sagt, „eine Gesellschaft ohne Eliten gehe an der geistigen Mittelmäßigkeit zugrunde".[22]

4. Rassismus in jeder Form ist die Grundlage jeder rechtsextremen Ideologie. Mit Hilfe der Aussagen vornehmlich des österreichischen Verhaltensforschers Konrad Lorenz, seines Schülers Irenäus Eibl-Eibesfeldt, des englischen Psychologen Hans Jürgen Eysenck und des amerikanischen Erziehungswissenschaftlers Arthur B. Jensen soll rassistische Politik begründet werden.

Die Verhaltensforschung spielt die größte Rolle im Versuch der Neuen Rechten, Rassismus „wissenschaftlich" zu erklären. Verhaltensforscher sagen, dem Menschen sind in seinem sozialen Verhalten biologische Grenzen gesetzt. Er hat aus dem Tierreich erbbiologisch übernommene Verhaltensweisen, die nur modifiziert, aber nicht aufgehoben werden können. Diese These wird aus dem Tierreich bzw. aus der Beobachtung tierischen Verhaltens abgeleitet.

Verhaltensforschung und Politik

Demnach unterliegt der Mensch sechs fundamentalen Trieben: dem Territorialtrieb, Dominanztrieb, Besitztrieb, Aggressionstrieb, Gemeinschaftstrieb und Sexualtrieb. Jeder dieser Triebe wird mit konkreten politischen und sozialen Aussagen verknüpft:

a) Aufgrund des *Territorialtriebs* beansprucht und verteidigt jeder Mensch und jedes Volk ein bestimmtes Gebiet. Durch die Notwendigkeit, dieses Gebiet gegenüber anderen Völkern zu verteidigen, entsteht eine Volkssolidarität, ein Volkskörper. Daraus folgt, daß die *nationale*

Identität der *biologischen* Identität entspricht. Das heißt, ein Mensch gehört nicht zu jener Nation, in der er oder sie geboren wird oder lebt, sondern zu jener Nation, von der er oder sie abstammt.

Dazu zwei Zitate, in denen die politische Verwertbarkeit dieser aus dem Tierreich abgeleiteten Erkenntnis, die nahtlos auf den Menschen übertragen wird, gezeigt wird: *Die französische Neue Rechte meint*: „Der Mensch ist in der Tat ein territoriales Tier. Die Stärke des territorialen Instinkts gibt es bei vielen Arten einschließlich des Menschen. Diese, Tiere wie Mensch, verteidigen ihr Territorium."[23]

Eibl-Eibesfeldt, Schüler von Konrad Lorenz, Professor und Leiter der Max-Planck-Forschungsstelle für Humanethologie in Andechs in Bayern: „So wie viele höhere Wirbeltiere Revierfremde als Eindringlinge vertreiben, so reagieren auch wir Menschen auf Zuwanderer in ein bereits besetztes Gebiet mit archaischen Abwehrreaktionen."[24]

b) Aufgrund des *Dominanztriebs* ergibt sich eine natürliche Hierarchie – eine natürliche Hierarchie innerhalb der Menschen eines Volkes und innerhalb der verschiedenen Völker. Daß daraus abgeleitet wird, daß die Stärkeren, die Klügeren, die Tüchtigeren – kurz die Verdienstvollsten – die Führung zu übernehmen haben, wurde bereits erwähnt. Wie diese ausgewählt werden, wird nicht gesagt – jedoch geschieht dies sicher nicht auf demokratischem Wege, denn Demokratie wird von den Neuen Rechten abgelehnt, weil es für sie keine „Gleichheit der Menschen" gibt!

c) Der *Besitztrieb* dient der Förderung des „Überlebens der Verdienstvollsten" und trägt zur Stärkung des Volkes im Konkurrenzkampf mit anderen Völkern bei.

d) Der *Aggressionstrieb* dient der Verteidigung des Territoriums eines Volkes.

e) Der *Gemeinsschaftstrieb* dient der Bewahrung des Volkes und der Familie.

f) Der *Sexualtrieb* dient der Förderung der *biologischen Evolution* durch Zeugung von Kindern.

Angst vor „Umvolkung" und der §218

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal auf die Befürchtung der Neuen Rechten hinweisen, daß das deutsche Volk „umgevolkt" werde – um diesen Begriff, der durch Andreas Mölzer kürzlich wieder Berühmtheit erlangte, zu verwenden. Dazu wird Eibl-Eibesfeldt in zahlreichen rechtsextremen Zeitschriften zitiert: Zum Beispiel im »Sieg« meint er, „Menschheit (als abstrakter Begriff) ist eine Erfindung des europäischen Geistes. (...) Die Menschheit als biologische Einheit gibt es nicht. Zwar können sich alle Menschen miteinander kreuzen, aber als natürliche Einheiten sind nun einmal verschiedene, sich voneinander abgrenzende Populationen gegeben."[25] Die Neue Rechte kritisiert die Zeugungsfreudigkeit vornehmlich der Türkinnen und den Geburtenrückgang der deutschen (der französischen,...) Frauen. „Nächstenliebe hört dann auf Nächstenliebe zu sein, wenn wir die Fortpflanzungs-chancen unserer eigenen Enkel dabei gefährden. Und das, was wir einleiten oder was aus gutem Willen eingeleitet wurde, ist unter Umständen ein schwerer Konflikt und auch unter Umständen die Umvolkung von weiten Teilen Europas."[26]

Eibl-Eibesfeldt gehört keiner Partei an, er ist Wissenschaftler und genau *das* macht ihn für die Neue Rechte so attraktiv, denn sie wollen ihre Ideologie wissenschaftlich objektiv beweisen.

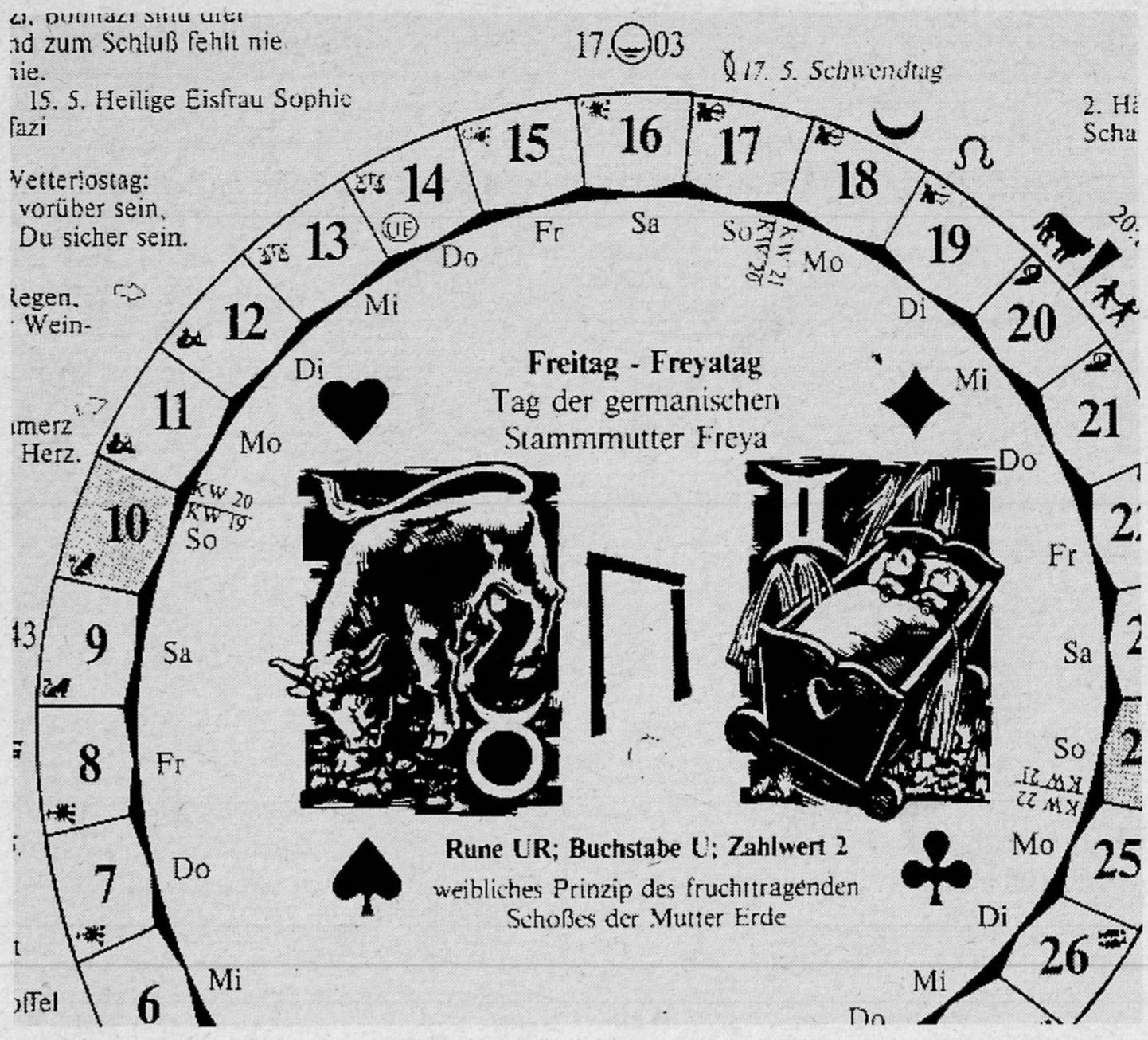
Vom Wiener Journalisten Peter Mitterhuber darauf angesprochen, meint Eibl-Eibesfeldt, er möchte nichts mit extremen Nationalisten zu tun haben. Er arbeite in Österreich sehr gut mit den Sozialisten zusammen und in Deutschland mit der CDU und CSU. Gegen Immigration sei er jedoch aus ökologischen Gründen! Auf Anfrage des „Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands" zu Eibl-Eibesfeldts Verwendung des Begriffs „Umvolkung", meint dieser, er hätte nicht gewußt, daß dieser Begriff belastet sei. Deshalb verwende er nun den Ausdruck „Bevölkerungswandel", weil ihm dieser neutraler erscheine, obgleich er im Grunde das gleiche aussagt.[27]

Ganz so, als ginge es um tierische oder pflanzliche Arterhaltung, stellt Eibl-Eibesfeldt besorgt fest, daß deutsche Frauen im Durchschnitt nur 1,3 Kinder gebären, während türkische Frauen durchschnittlich 3,5 Kinder zur Welt bringen. „Hält dieser Trend an, dann kommt es unausweichlich zur Verdrängung des eigenen biologischen Erbes." Er warnt „den Europäer" davor, durch Einwanderung aus Afrika und aus Asien, „die Fortpflanzungschancen der Kinder und Enkel seiner eigenen Gruppe einzuschränken". Denn so bestehe die Gefahr, „daß wir uns aus der Evolution verabschieden".[28]

Deshalb diene, wie erwähnt, der sechste Trieb des Menschen, der Sexualtrieb, der Förderung der „biologischen Evolution" durch Zeugung von Kindern. Und genau vor diesem Hintergrund wird die neu aufgeflammte internationale Schwangerschaftsunterbrechungsdebatte verständlich. Immer mehr rechtsextreme Gruppierungen formieren sich zu sogenannten „Lebensschützern". Es geht dabei nicht zuletzt um die Rettung des deutschen (des französischen, ...) Volkes! Es geht um die Bannung der „Gefahr" der „Umvolkung" oder des „Bevölkerungswandels" – die Diktion kann man sich aussuchen, sie bedeutet ja das gleiche – wie Eibl-Eibesfeldt betont. Das deutsche Verfassungsgerichtsurteil bezüglich des § 218 vom Mai steht nicht nur zeitlich in engem Zusammenhang mit der Grundgesetzänderung zum Asylrecht. „Zynische Umsetzung einer rassistischen und patriarchalen Bevölkerungspolitik", nennt es Barbara Rit-

4. 5. Floriani
Blüten-, Wasser- und Feuerpatron, Umzüge und Wallfahrten. Florianisingen.

12. 5. Muttertag
2. Sonntag im Mai. Ehrungen der Mütter durch Feiern und Ausflüge. Rudolf Heß, Märthyrer des 20. Jahrhunderts, hat den Ausdruck »werdende Mutter« geprägt, zum Schutze des Lebens von Mutter und Kind.
Vor unseren Augen findet der zweite Kindermord zu Germanien an Ungeborenen in satanisch erschrecklichem Ausmaße statt. Es zeigt die Angst der toten Kräfte vor dem Erbpotential der Germanen, der immer wieder in scheinbar ausweglöser Situation in der Lage ist, hervorragende Persönlichkeiten hervorzubringen. Das Geburtendefizit wird hingegen mit verdächtiger, hastiger Eile mit Asylanten aller Erden Länder aufgefüllt. Ein Ziel der „Frankfurter Schule", die „Multikulturelle Gesellschaft", tatsächlich jedoch die „Hölle auf Erden".



ter. „Die CDU/CSU und die bayrische Landesregierung haben mit Hilfe von organisierten ‚Lebensrechts-Juristen' ihre politische Niederlage vom Juni letzten Jahres endlich in einen Etappensieg umgewandelt. Ihr Zeter- und Mordio-Geschrei wird nicht aufhören. Höchstens vorübergehend werden jene selbsternannten ‚Lebensschützer' zufriedengestellt sein, die den ‚Volkstod der Deutschen' als Folge des ‚Kindermassenmordes' und der ‚Asylantenflut' fürchten."[29]

Dazu noch einige Zitate, die die Problematik verdeutlichen: „Nur eigene Kinder sind die alleinige Grundlage der deutschen und europäischen Zukunft. Gegenüber der zur Erhaltung unseres Volkes notwendigen Zahl von Kindern werden jetzt jährlich kaum mehr als die Hälfte geboren." Dies schreiben die 15 deutschen Professoren im sogenannten Heidelberger Manifest 1981.

Im Programm der Front National von Le Pen heißt es 1985: „Das demographische Überleben des französischen Volkes sichern, das bedeutet, die französische Fruchtbarkeit, nicht die ausländische Fruchtbarkeit zu ermutigen."

Le Pen stellt 1984 fest: „Legalisierung der Abtreibung ist französischer Völkermord."

Und in der »Nationalzeitung« wird 1992 gefragt, ob nun das „deutsche Volk abgetrieben werde".[30]

„Primat der Natur"

Zum Versuch Rassismus wissenschaftlich zu begründen, ist folgende Anmerkung zu machen: Kritiker der Neuen Rechten bezeichnen diesen Versuch, Rassismus wissenschaftlich zu begründen, oftmals als *pseudo*wissenschaftlich, als *un*wissenschaftlich oder als *irrational*. Diese Kritik jedoch stimmt so nicht. Sondern es handelt sich nicht per se um Wissenschaftsfeindlichkeit, sondern vielmehr um „einen besonderen Fall der allgemeinen Tendenz, naturwissenschaftliche Kategorien auf gesellschaftliche Zusammenhänge zu übertragen – und gerade darin liegt ihre gesellschaftliche Brisanz und ‚Anschlußfähigkeit' weit über die Ökologiebewegung hinaus. (...) Auf theoretischer Ebene liegen mögliche Berührungspunkte zwischen ökologischen, konservativen und rechtsextremen Argumentationen zunächst allgemein in einer gemeinsamen Nähe zu und Anfälligkeit für naturalistische oder natur-metaphorische Deutungsmuster von Gesellschaft, sozialer Ordnung und ökologischer Krise. In einer zugespitzten These formuliert Dudek: ‚Rechtsextremen gelingt deshalb der Anschluß an den ökologischen Diskurs so glatt, weil ihre zentralen Deutungsmuster an den Primat der Natur gebunden sind.' Aus diesem Grund auch ist, wie Dudek betont, das rechtsextreme Gesellschafts- und Geschichtsbild keineswegs wissenschaftsfeindlich, sondern basiert auf der Anerkennung des Primats der Naturgesetze'. Überall dort, wo Ökologie als ‚Leitwissenschaft' ausgegeben und ‚Natur als Politik' propagiert wird (Amery: Natur als Politik, 1976), liegt eine strukturelle Nähe zu rechtsökologischen Argumentationsmustern vor – auch wenn damit jeweils ganz verschiedene politische Intentionen verfolgt werden."[31]

Biologismus und Naturalismus berücksichtigen nicht, daß Menschen – im Gegensatz zu Tieren und Pflanzen – fähig sind zur Selbstreflexion, zur Selbstbestimmung und zur Befreiung. Menschen haben einen freien Willen und gewinnen Identität durch Vergegenständlichung, durch Arbeit.

Natur ist in der Grundauffassung der Rechtsextremen ewig, gottgewollt und insofern auch ein nichthintergehbares Regulativ für das menschliche Zusammenleben. Aus dieser Mystifikation der Natur können die wesentlichen politischen Grundannahmen der extremen Rechten gefolgert werden. Natur dient darüber hinaus als theoretischer Kern des antidemokratischen Denkens – indem sie den Primat des Vernunftbegriffs, der Ratio negiert und diese den aus der Natur abgeleiteten, politisch-sozialen Regulativen unterwirft.

Darwinistische Überlebensprinzipien, die Homogenität der Rassen, die Verteidigung territorialer Besitzansprüche, das Führer-Gefolgschafts-Prinzip – dies sind die wesentlichen Naturbeobachtungen, die am Anfang allen rechten Denkens zu „natürlichen", auch für das soziale Leben verbindlichen Leitlinien verklärt werden. Sie konstituieren ein „organisches Denken", das die Entwicklung der Gesellschaft deutet nach den Vorgaben des biologischen Organismus.[32]

Die biologistischen Grundannahmen der Rechtsextremen und ihre Berufung auf das Primat der Naturgesetze sind, wie vorne beschrieben, in der New-Age-Ideologie ebenfalls durchgängiges Prinzip. Ein allgewaltiges Prinzip hält die Welt zusammen, durchdringt und strukturiert sie. In historischen Lebensäußerungen, Verhältnissen und Konflikten offenbart sich immer dieses eine Prinzip. Dieses Prinzip hat den Charakter eines allgemeingültigen Gesetzes. Es gibt keine freien Subjekte, sondern was sich in der Gesellschaft offenbart, ist ein den Subjekten äußerlicher von der „Na-

tur“ bzw. vom Kosmos vorausgesetzter Wille.

Manchmal werden Gesellschaft und Natur so analog gesehen, daß Herrschaftsverhältnisse als natürlich gegeben bezeichnet werden. Das Gesetz von Karma und Wiedergeburt dient darüberhinaus ebenfalls der Rechtfertigung der bestehenden Verhältnisse.

Solch biologistisch/naturalistische Ideologien sind einer logisch-rationalen, kritischen Auseinandersetzung nicht zugänglich; sie werden als Zirkelschlüsse oder Glaubensfragen der Kritik entzogen. Sie sind generell der diskursiven Infragestellung enthoben, weil sie als „natürlich“, als nicht hinterfragbar angesehen werden. Natur erzeugt in dieser Betrachtungsweise eine naturalisierte Totalität.

Historische Parallelen

Ausdrücklich möchte ich noch einmal festhalten: Ich behaupte nicht, AnhängerInnen der New-Age-, Esoterik- oder Öko-Bewegung verfolgen explizit dieselben Ziele wie Rechtsextreme. Jedoch durch ihre ideologische, personelle und organisatorische Nähe zur Neuen Rechten tragen sie wesentlich zur „Normalisierung“ und Etablierung rechtsextremer Ziele bei.

In derselben Weise ist in den dreißiger Jahren die Etablierung des Hitler-Faschismus gelungen: Die Lebensreform- und Esoterik-Bewegung der zwanziger und dreißiger Jahre, die der heutigen nicht unähnlich war, wurd vom Faschismus nicht nur gegen ihren Willen vereinnahmt, sondern sie trug durch ihre „ideologische Verwandtschaft“ mit den dem Faschismus zugrundeliegenden Theorien selbst zu dieser „Vereinnahmung“ bzw. dem – logisch zwangsläufigen – ideologischen, personellen und organisatorischen Aufgehen im Faschismus bei.

Während in der New-Age-Bewegung diese historischen Parallelen kategorisch verschwiegen werden, greift sie zum Beispiel Reinhard Farkas – ehemaliger KPÖ-Sekretär Vorarlbergs – bewußt auf. In seinem von der Steiermärkischen Landesregierung und dem Kulturreferat der Stadt Graz geförderten Buch „Grüne Wurzeln – Ökologische und spirituelle Reform in der Steiermark“ zeichnet er die Lebensformbewegung der zwanziger und dreißiger Jahre nach, ihre „Wirksamkeit, geistige Tiefe und ideologische Vielfalt“, um auch heute wieder wirksam für eine spirituelle „Abwehr von zerstörerischen Einwirkungen der Industrialisierung und Verstädterung“ zu Felde zu ziehen.[33]

Aus der von präfaschistisch-esoterisch-irrationalistischen Denkern erträumten Entindustrialisierung und Zurückführung des Reiches zur Natur wurde, wie wir wissen, nichts. Im Gegenteil, nach der Zerstörung der Vernunft folgte jene der Menschen und die der Natur durch eine industrialisierte Mordlogik.

Nonkonforme, idealistische dritte Kraft

Die Neue Rechte versucht sich genauso wie die New-Age-Bewegung als *die Alternative* zu westlichem Kapitalismus und östlichem Kommunismus/Sozialismus/Marxismus, die beide materialistisch seien, zu präsentieren. Tatsächlich ist aber – wie bereits erläutert – nicht zu erkennen, daß die herrschenden Macht-, Entscheidungs- und Ausbeutungsstrukturen grundsätzlich in Frage gestellt werden. Sie werden lediglich idealistisch zu „transzendieren“ versucht.

Rechtsextreme meinen, es gehe nicht „Arbeit gegen Kapital“, sondern „Imperialismus oder unser Volk“[34], denn „die ‚Arbeiterklasse‘“ teile „mit den anderen ‚Klassen‘ (...) gemeinsame Interessen höherer Natur“ – nämlich nationale und völkische.[35]

In der New-Age- und Öko-Bewegung werden Klassen und Klassenunterschiede – wie bereits gezeigt – kaum angesprochen; sie haben keinerlei Bedeutung in der gesellschaftlichen Veränderungsstrategie des „neuen Zeitalters“.

Beide – New Age und Rechtsextremismus – proklamieren eine idealistische „Transformation“ der herrschenden Gegebenheiten, deren ewig gültige Ziele aus der Natur, aus dem Kosmos abgeleitet werden.

Krisenstimmung schüren, um ein Rettungskonzept zu servieren

„Die *Krise* schwebt sozusagen über all den trüben Wassern des deutschen Rechtsextremismus, spukt in all ihren Reden, Aufrufen, Gedanken wie ein magisches Zentrum (das übrigens in bezeichnender Übereinstimmung mit einer ähnlichen These von Franz Josef Strauß). Die *Krise* soll das Sprungbrett sein ... zu mehr ... Einfluß.“[36]

Auffällige Gemeinsamkeit zwischen New-Age- und rechtsextremer Ideologie ist es, bestimmte gesellschaftliche, soziale, ökologische, politische Krisenstimmungen zu schüren bzw. eine drohende zukünftige Apokalypse heraufzubeschwören; nach dem Motto: „Wenn unsere Heilsbotschaft und unser Rettungskonzept nicht sofort verbreitet und verwirklicht werden, dann ist das Ende nicht mehr weit.“

Abgesehen davon, daß die Rettungskonzepte – vor allem im New Age – lediglich abstrakter Natur – Transformation des Bewußtseins – sind, wird übersehen, daß die Krisen und die Apokalypse längst begonnen haben.

New-Age-Vordenker

Um den Rahmen dieses Beitrags nicht zu sprengen, kann hier nur stellvertretend für viele anhand zweier Personen aufgezeigt werden, warum die New-Age-Bewegung ausgerechnet „mystisch-faschistoide“ – historische oder zeitgenössische – Persönlichkeiten zu ihren Vordenkern auswählt, während Personen, die der emanzipatorisch-kritischen oder der linken Bewegung oder etwa der Theologie der Befreiung angehören, kaum bzw. überhaupt nicht von AnhängerInnen der New-Age- und Esoterik-Bewegung umworben, zu ihren Vorläufern oder ihren MitstreiterInnen gezählt werden.

Zwischen New-Age-, Esoterik-, Grün-, Ökologie- und rechtsextremen Gruppierungen und Organisationen gibt es immer mehr und immer bessere Verbindungen – sowohl ideologischer als auch organisatorischer und personeller Art. Dies kann aus Platzgründen hier nicht behandelt werden – zu umfangreich und weitverzweigt sind die Kontakte mittlerweile. Gut recherchierte Auflistungen und Vorstellungen dieser Gruppierungen gibt es bereits.[37] Hier soll hingegen der Schwerpunkt auf der Analyse von New-Age- und rechtsextremen Phänomenen liegen – auf dem Aufzeigen von ideologischen Hintergründen und Zusammenhängen.

C.-G.-Jung-Boom

C. G. Jung (1875-1961) kommt durch die New-Age-Bewegung, durch die humanistische und transpersonale Psychologie sowie durch rechtsextreme Kreise wieder zu großen Ehren und weiter Verbreitung. Capra – für

ihn ist C. G. Jung einer der wichtigsten Vorläufer des neuen Denkens – meint, „Jung stimme weitgehend mit den Wertvorstellungen der Gegenkultur überein". Der C.-G.-Jung-Boom stellt ein besonders anschauliches Beispiel für die Verankerung mystisch-faschistoiden Gedankenguts in der New-Age-Szene und in der humanistischen und transpersonalen Psychologie dar und führt uns gleichzeitig die Verdrängung und Leugnung der historischen Hintergründe Jungs vor Augen. Capra geht mit keinem einzigen Wort auf die faschistischen Bezüge C. G. Jungs ein. Am Beispiel C. G. Jung könnte wohl am deutlichsten die logische Linie, die Mystizismus, Faschismus und New Age verbindet, aufgezeigt werden.

Jung, der sich lieber „Psychosynthetiker" anstatt Psychoanalytiker nennen hörte'[38] übernahm 1933 bereitwillig den Vorsitz der „Allgemeinen Ärztlichen Gesellschaft für Psychotherapie", den Kretschmer – der übrigens kein Nationalsozialist war, wie oft angenommen wird – aus Protest gegen die Nazis zurücklegte.[39] Jung unterschied dezidiert zwischen jüdischem und arischem Unbewußten.[40] Über Jung, der „im naivem Verständnis ein unpolitischer Mensch war", aber „eine (verhängnisvolle) politische Rolle spielte", gibt es genug Analysen, die seine Verbindung mit dem Nationalsozialismus nachzeichnen.[41]

Es wird auch deutlich, daß Jungs Theorien stark von den Erfahrungen seiner Herkunft aus protestantischem Pfarrhaus geprägt sind. Nach der Trennung von der Psychoanalyse schreibt er: „Ja, jeder krankt in erster Linie daran, daß er das verloren hat, was lebendige Religionen ihren Gläubigen zu allen Zeiten gegeben haben, und keiner ist wirklich geheilt, der seine religiöse Einstellung nicht wieder erreicht."[42] In diesem Zusammenhang ist auch Jungs Sichtweise von Sexualität zu sehen. „Man möchte vermuten, er empfand seine Triebhaftigkeit als so stark, daß er sich ein konfliktfreies Ausleben nur im Rahmen einer Religion vorstellen konnte. Jungs ganzes Lebenswerk stellt im Grunde den Versuch dar, die Sexualität beziehungsweise das ganze Unbewußte zu resakralisieren. Pointiert ausgedrückt könnte man sagen: In dem Ausmaß, in dem Freud als ein Nebenergebnis seiner Forschungen fand, daß das religiöse Bedürfnis letzten Endes kollektiver Ausdruck nicht bewältigter ödipaler Wünsche ist, wollte Jung hauptsächlich zeigen, daß alle Sexualität nur Symbol der Transzendenz ist."[43] Der „frühe" Wilhelm Reich war einer der wenigen, der die herrschende Sexualmoral ähnlich wie Freud kritisch durchleuchtete: Er bezeichnet „mystische Sekten in Amerika, die buddhistische Ideologie Indiens, die verschiedenen theosophischen und anthroposophischen Strömungen etc. als gesellschaftlich bedeutsame Erscheinungen patriarchalischer Sexualökonomie".[44] Jungs Antisemitimus kann in keiner Weise von seiner übrigen Theorie getrennt werden, denn darin „tritt ein zentrales theoretisches Motiv seines Denkens zu Tage: die Ablehnung (von Freuds) Lehre von der Sexualität als der entscheidenden Triebkraft menschlichen Handelns und Verhaltens. Jung identifiziert die Sexualtheorie mit der Sexualität und diese wiederum mit einem als zersetzend charakterisierten ‚Judentum'".[45]

Es wird meist versucht, Jungs Nahverhältnis zum Deutschnationalismus mit den Zwängen der Zeit zu entschuldigen, aber „zwischen Jungs Deutschtümelei und seinem theoretischen Ansatz sucht man vergeblich nach einem Widerspruch. Es gibt keinen. Denn das Jungsche Denken ist rückwärts ins historische Dunkel gerichtet und beinahe durch ein Desinteresse an den paar tausend Jahren menschlicher Zivilisation gekennzeichnet. Dem zufolge lassen sich die Früchte dieser Denkmethode für ein jeweiliges politisches System beliebig verwenden. Jedenfalls kann in diesem Zusammenhang von einem emanzipatorischen Anliegen der Jungschen Theorie keine Rede sein."[46]

8. 11. 1789
Französ. Revolution, die Dunkelmächte ergreifen die Nacht über Europa. Der einzige der aus der Führungsclique die Revolution überlebt ist Amschel Rothschild.

8. 11. 1918
Abdankung des Adels in Deutschland und Österreich und Ausrufung von „demokratischen Republiken".

8. 11. 1938
Der Agent Herschel Grünspan ermordet heimtückisch den Reichsgesandten von Paris, von Rath. Daraufhin ereignet sich am 9. 11. gegen den Willen der Reichsregierung die „Reichskristallnacht"

8. 11. 1939
Anschlag auf den Führer und Reichskanzler im Bürgerbräukeller München. 27 Tote unter meterhohem Schutt.

8. 11. 1989
Sturm auf die Berliner Mauer. Das marxistische Regime in Mitteldeutschland bricht zusammen. Ende der deutschen Teilung seit 1945.

Rudolf Bahro – vom DDR-Dissident zum Prediger eines neuen anderen Faschismus

Es gibt kein besseres Beispiel für die Wandlung eines ehemals Linken zu einem, der nun dazu aufruft, den Faschismus spirituell zu rehabilitieren als Rudolf Bahro. Der ehemalige DDR-Kritiker, Autor des Buches „Die Alternative", 1979 aus der DDR ausgewiesen, bis 1985 bei den Grünen in der BRD aktiv gewesen, hat in seinem Buch „Logik der Rettung"[47] ein Rezept gegen die „Selbstausrottung" ersonnen: Er will die Ökokrise, für ihn das einzig wirklich maßgebliche Problem, ein für allemal aus der Welt schaffen. Die Veränderung soll nicht im Rahmen eines „pluralistisch-demokratischen Systems" stattfinden, dieses habe ausgedient; Parteien, inklusive die der Grünen sowie Parlamente überhaupt seien Teil des selbstausrottenden („exterministischen") Systems und könnten dieses auch nicht überwinden. Den einzigen Ausweg sieht Bahro in der „Rückbesinnung" auf einen „neuen Gottesstaat" (Civitas Dei), der von „erleuchteten Männern und Frauen" zum „Gemeinwohl" aller installiert und geleitet wird. Nur weil die Kirche im Mittelalter versagte, erlauben wir uns ohne

„Oberhaus“ auszukommen, kritisiert Bahro, der statt dem „House of Lords“ lieber ein „House of The Lord“ verwirklicht wissen will. Er fordert einerseits die „Fundamental-Erneuerung“, die pfingstliche Umkehr, andererseits den „Auszug aus dem Industrialismus“. Dieser sowie „Städte, Reformen und toter Geist“ gehören ins Reich der „Todesspirale“.

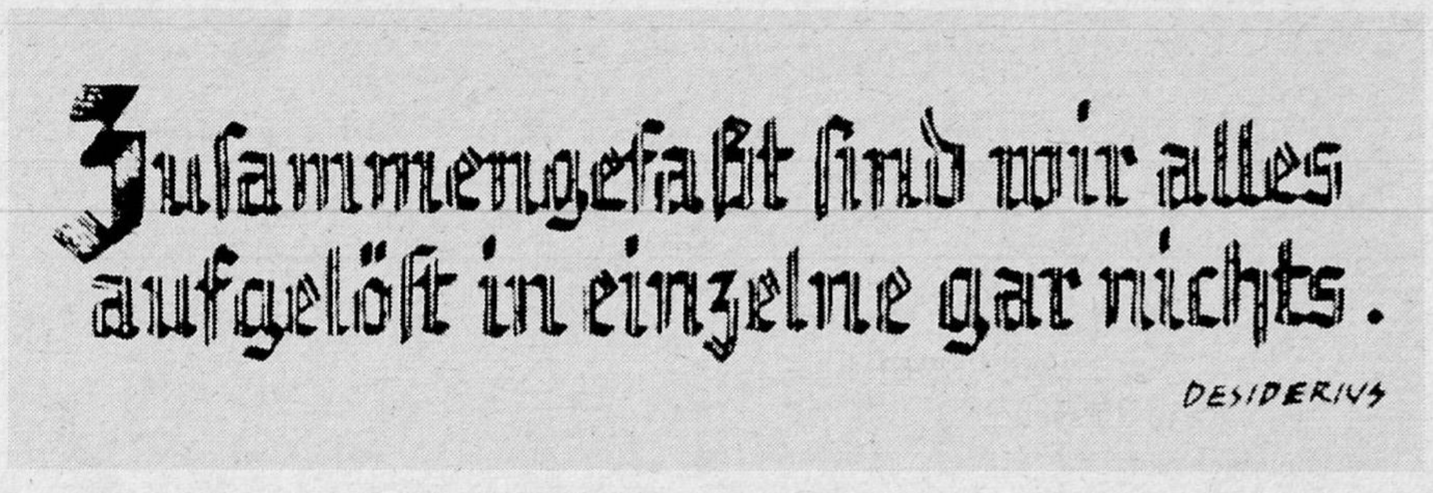
Die materielle Bedingung für diesen radikalen Ausstieg aus der Geschichte ist für Bahro die autarke, selbstgenügsame Agrargesellschaft. Der gegenwärtige Notstand rechtfertigt sogar die Errichtung einer „selektiven Ökodiktatur“. Er setzt besonders auf die *Deutschen* (die Deutschen sind nicht nur im Rechtsextremismus, sondern auch in bestimmten New-Age-Kreisen etwas besonderes; auch Capra als in Kalifornien lebender Österreicher hebt sie als besondere Hoffnungsträger für das „neue Zeitalter“ hervor), denn „trotz aller schlechter Erfahrungen sind die Deutschen ansprechbarer als andere Völker für charismatische Führung geblieben. Sie werden wieder lernen, daß Charisma zunächst eine Kraft jenseits von Gut und Böse ist und uns herausfordert, auf Reinigung zu denken, individuell und kollektiv.“[48] „Kein Gedanke verwerflicher als der an ein neues anderes 1933?! Gerade der kann uns retten. Die Öko-pax-Bewegung ist die erste deutsche Volksbewegung seit der Nazibewegung.“[49] Bahro geht mit Capra konform, indem er genauso vehement wie dieser die „spirituelle Perspektive“, die „Einordnung in den Kosmos fordert“, denn „jede aufs Ökonomische und Politische beschränkte Strategie wird scheitern“.[50]

Mittlerweile veranstaltet Bahro, für den grün und braun zwei Pole einer Bewegung sind, gemeinsam mit dem Alt-68er Rainer Langhans in der „Lernwerkstatt“ in Niederstadtfeld in der Eifel in Deutschland Seminare, in denen „faschistische Selbsterfahrung“ geübt und die spirituelle Rehabilitierung des Hitlerfaschismus propagiert wird, und wo so manche/r TeilnehmerIn meint, „Deutschland hat ohne Führer keine Chance“.[51]

Bahro entleert den Faschismusbegriff völlig und definiert ihn spirituell. Es wird behauptet, Hitler hätte richtige Visionen vertreten, er sei nur an der Verwirklichung gescheitert. Wir müßten die besseren Faschisten werden und die „Vision des neuen Menschen“ besser durchsetzen.

Schaffung des „neuen Menschen“ mittels Gentechnologie

„Der Nationalsozialismus habe sich, nach Bahros Auffassung, nur deswegen so gewalttätig geäußert, weil er als erster spiritueller Aufstand gegen einen übermächtigen Materialismus habe antreten müssen. Im zeitlich davorliegenden materialistischen Denken liege also der Grund für die ‚Vehemenz‘ des Nationalsozialismus auf der äußeren Ebene. Genauso liege die Schuld an der ökologischen Krise heute wieder im materialistischen und rationalen Denken begründet, weshalb wir nicht umhin kommen würden, die spirituellen ‚Tiefenkräfte‘ von damals wiederzurufen, um ‚mit unserem ganzen Potential zur Stelle zu sein‘. (...)



Im Faschismus sieht Langhans den ersten großen Versuch der Durchsetzung des ‚weiblichen‘ Prinzips der Wiedergöttlichung, das heißt des Verschmelzens von Spiritualität und Materie. Der Nationalsozialismus dürfe nicht von ‚außen‘ betrachtet werden, sondern der ihm innewohnende spirituelle Fortschrittsgehalt müsse herausgearbeitet, übernommen und weiterentwickelt werden. (...) Bahro (...) betont, daß der Holocaust nur die pervertierte Version des an sich richtigen Anliegens gewesen sei, den neuen Menschen zu schaffen. Dieser ‚neue Mensch‘ sei die eigentliche (spirituelle) und richtige Utopie, die sowohl hinter dem Rassismus der Nazis, als auch hinter der heutigen Gentechnologie stehe.“[52]

Bahro verkündet seine Ideen nicht nur in seinen Publikationen und in Seminaren für erlauchtes Publikum, sondern auch als Professor an der Berliner Humboldt-Universität in seinen Vorlesungen „Soziale Ökologie“, in zum Bersten gefüllten Hörsälen. Zu Gast in Bahros Vorlesung ist zum Beispiel Dieter Duhm, ein ebenfalls „spirituell gewendeter“ linker Wissenschaftler, der nunmehr in einer „Sekte“, die in der Tradition Otto Mühls steht, „ZEGG, Zentrum für experimentelle Gesellschaftsgestaltung“, unter anderem einen „ökologischen Humanismus“ erforscht und in guter Verbindung mit dem schottischen New-Age-Imperium Findhorn steht.

„Deutscher Irrationalismus“

Für die Anfälligkeit der Deutschen für Irrationalismus und Totalität gibt es bekannte Erklärungen: „Da in Deutschland (und das gleiche gilt mit Einschränkungen auch für Österreich) die bürgerliche Revolution auf halbem Wege stecken blieb, der Feudalismus niemals geistig überwunden wurde, gibt es im deutschen Sprachraum eine im Geistesleben tief verwurzelte Tradition einer irrationalen Romantik. Sie hat auch in der deutschen bürgerlichen Jugendbewegung, in den Kreisen um den ‚Wandervogel‘, eine nicht geringe Bedeutung gehabt, und den Einbruch des Nazifaschismus in das Denken der ‚Jugendbewegten‘ erleichtert.“[53] Als weiteren historischen Grund, warum in „Deutschland – dem Land der Unterwerfungslust – das Wort ‚Zivilcourage‘ ein Fremdwort geblieben und keine Eigenschaft des Sozialcharakters geworden ist“, sieht Gottschalch in der „Selbstbeschneidung des Bürgertums durch die Übermacht Preußens.“[54]

In den letzten Jahren erfolgte eine sogenannte „Integration des rechten Lagers“, in der die New-Age- und Esoterik-Bewegung wohl eine wichtige Rolle als Bindeglied zwischen Alternativ-, Öko- und sogar linker Bewegung einerseits und Neuer Rechter und Rechtsextremer andererseits darstellt. Diese Position nicht wahrzunehmen hat die Ursache wiederum im fehlenden historisch-materialistischen Bewußtsein.

Viele oder sogar die meisten New-Age-bewegten Menschen haben wohl durchaus lautere Absichten, machen sich Sorgen um die Zukunft der Menschheit und der Erde und haben mit faschistoider Ideologie vorder-

gründig absolut nichts zu schaffen, aber ihr fehlendes historisches, kritisches Denken läßt sie die Vereinnahmung durch Rechtsextreme – die aus ihren Inhalten heraus sehr leicht möglich ist – gar nicht bewußt werden.

„Für die Verwirklichung der Ziele der Rechten ist die New-Age-Philosophie, das Wende-Denken, die ‚große Vernetzung' usw. eine willkommene Begleitmusik, ein Terrain, in dem sie ihre ideologischen Vorstellungen ausformen, testen, und wirken lassen kann. Denn die Erringung der kulturellen Hegemonie erscheint der neuen Rechten als wesentlicher Schritt auf dem Wege zur Macht."[55]

Die aktuelle Lage ist also durchaus dazu angetan, darauf hinzuweisen, daß bereits schon einmal „die frö-stelnde deutsche Volksseele das rauhe Klima der Vernunft nicht ertragen konnte – sie wollte zu gerne kochen. Zwölf Jahre später schon war sie zerkocht – auf biologistischer Flamme, in Gaswolken ‚verweht', der Rest in ‚Stahlgewittern' zerfetzt."[56] ■

Dr. Maria WÖLFLINGSEDER hat Pädagogik und Psychologie studiert. Arbeitsschwerpunkt: New-Age-/Esoterik-Kritik, „Ökofaschismus".

Anmerkungen

1 »Alter Jahreszeitweiser« 1992, 1993, Kalender hrsg. von Ewald Friesacher, Maria Saal, Kärnten.
2 Günter Myrell, Walther Schwandt, Jürgen Voigt, Neues Denken – alte Geister, Niederhausen 1987, S. 15ff.
3 Ankündigung in der Broschüre: »Bewußtsein« hrsg. vom Wiener Arbeitskreis für Metaphysik e. V., 91/1993. (Diese monatlich erscheinende Broschüre beinhaltet Veranstaltungshinweise und Anzeigen für esoterisch/spirituelle/astrologische usw. Seminare, Therapien usw. Sie liegt in sämtlichen Bioläden und vielen Buchhandlungen zur Gratisentnahme auf.)
4 Andreas Thierry zeichnete 1991 für den »Alten Jahreszeitweiser« mitverantwortlich. Vgl. auch: Ankündigung eines Runen-Urlaubs (16. 2. bis 1. 3. 1992) und eines Lehrgangs für Stammesfürsten (24. 2. bis 1. 3. 1992) am Agathenhof, in: »Huginn Muninn«, deutschsprachige MIDGART-Zeitung für europäische Religion, Kultur und Mysterien, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stammesverbände Europas.
5 Eduard Gugenberger, Roman Schweidlenka, Mutter Erde – Magie und Politik. Zwischen Faschismus und neuer Gesellschaft, Wien 1987, S. 154.
6 Ebd.
sowie Roman Schweidlenka, Altes blüht aus den Ruinen, Wien 1989.
7 Maria Wölflingseder, Gesellschaftliche Veränderung – Von oben oder von unten? Linz 1992.
8 Fritjof Capra, Wendezeit, Bern/München/Wien 1986, S. 28-39, S. 474
9 Ebd., S. 329f., S. 417.
10 Capra-Interview von Michael Haller, Harald Wieser, Gespräch, in: »Der Spiegel«, 10/1984, S. 187-203.
11 Capra 1986, a.a.O., S. 30f.
12 Ebd., S. 469.
13 Sonja Distler, Mütter, Amazonen, dreifältige Göttinnen, Wien 1989.
14 Egon Becker, Natur als Politik? in: Thomas Kluge (Hrsg.), Grüne Politik, Frankfurt 1984.
15 Hans A. Pestalozzi, Die sanfte Verblödung. Gegen falsche New-Age-Heilslehren und ihre Überbringer, Düsseldorf 1985, S. 56f.
16 Fritjof Capra, Das Tao der Physik, Bern/München/Wien 1984, S. 7.
17 Capra 1986, a.a.O., S. 298f.
18 Hans-Gerd Jaschke, Natur- und „Lebensschutz". Ökologische Positionen des Rechtsextremismus, in: Materialien zur Politischen Bildung, 4/1982, S. 48.
19 Zit. nach: »Die Zeit«, 7. 12. 1990.
20 Capra 1986, a.a.O. S. 481.
21 Vgl. Michael Billig, Die rassistische Internationale, Frankfurt 1981
sowie Iring Fetscher, Die neuen Rechtsdenker, in: »Zukunft« 5/1985.
22 Zit. nach: Manfred Henle u.a., (R)Ausländer aus. Argumente gegen Rechtsextremismus und Rassismus, Köln 1993, S. 69.
23 Ebd., S. 47.
24 Irenäus Eibl-Eibesfeldt, in: Magazin der »Süddeutschen Zeitung« 6/1992.
25 Irenäus Eibl-Eibesfeldt, Der Mensch – das riskierte Wesen, München, 1988, zit. nach: »Sieg« 4/1991, S. 22.
26 Irenäus Eibl-Eibesfeldt, in: »Salzburger Nachrichten«, zit. nach Andreas Mölzer, Österreich als Einwanderungsland? in: »Aula« 11/1991.
27 Peter Mitterhuber, Kampf um deutsche Wiegen, in: »Südwind-Magazin« 5/1993, S. 4-5.
28 Irenäus Eibl-Eibesfeldt, zit. nach: ebd.
29 Barbara Ritter, Karlsruher Pfingstbotschaft, in: »ak« Juni 1993, zit. nach: »Die Alternative« 7/8/1993, S. 34.)
30 Alle Zitate nach: Henle u.a., a.a.O. S. 109, S. 112, S. 122, S. 126.
31 Thomas Jahn, Peter Wehling, Ökologie von rechts, Frankfurt 1991, S. 25
und vgl. Thomas Kluge, Biologistische Tendenzen im New Age – ein neuer Konservatismus? in: Klagenfurter Beiträge zur Technikdiskussion Nr. 31 o. J.
sowie Peter Dudek, Konservatismus, Rechtsextremismus und die „Philosophie der Grünen", in: Kluge (Hrsg.) 1984, a.a.O.
sowie Becker 1984, a.a.O.
32 Hans-Gerd Jaschke, Modernisierung von rechts: Anmerkungen zur historisch-politischen Dynamik des rechten Lagers, in: Jahn, Wehling 1991, a.a.O., S. 167-180.
33 Reinhard Farkas, Grüne Wurzeln. Ökologische und spirituelle Reform in der Steiermark, Fohnsdorf 1992.
34 Henning Eichberg, zit. nach: Margret Feit, Die „Neue Rechte" in der Bundesrepublik, Frankfurt 1987, S. 117.
35 Alain de Benoist, zit. nach: ebd.
36 Ralph Giordano in der Einleitung zu: Michael Schmidt, Heute gehört uns die Straße. Der Inside-Report aus der Nazi-Szene, Düsseldorf, 1993, S. 14.
37 Gugenberger, Schweidlenka 1987, a.a.O.
sowie Jutta Ditfurth, Feuer in die Herzen, Hamburg 1992
sowie Volkmar Woelk, Natur und Mythos. Ökologiekonzeptionen der „Neuen" Rechten im Spannungsfeld zwischen Blut und Boden und New Age, Duisburg 1992.
38 Ernst Bloch, Vom Hasard zur Katastrophe, Frankfurt 1972, S. 202.
39 Vgl. Klaus Ottomeyer, Lebensdrama und Gesellschaft. Szenisch-materialistische Psychologie für soziale Arbeit und politische Kultur, Wien 1987, S. 257
sowie Werner Kienreich, Psychoanalyse in schlechter Gesellschaft. Wege und Abwege zwischen 1933 und 1945, in: Karl Fallend, Werner Kienreich (Hrsg.), Zur Geschichte der Psychoanalyse, Salzburg o. J., S. 39.
40 Ludger M. Hermanns, John F. Rittmeister und C. G. Jung, in: Hans Martin Lohmann (Hrsg.), Psychoanalyse und Nationalsozialismus, Frankfurt 1984, S. 142.
41 Vgl. Ewald H. Englert, Analytische Psychologie, in: Günter Rexilius, Siegfried Grubitzsch (Hrsg.), Handbuch psychologischer Grundbegriffe, Hamburg 1981, S. 38-44.
42 Carl Gustav Jung, zit. nach: ebd., S. 40.
43 Micha Brumlik, C. G. Jung und seine Jünger. Die Renaissance der Gottmenschen, in: Scheinheil und Sinnsuche, Weinheim 1988, S. 144.
44 Wilhelm Reich, Die Massenpsychologie des Faschismus, Frankfurt 1983, S. 135.
45 Brumlik 1988, a.a.O., S. 140.
46 Englert 1981, a.a.O., S. 43.
47 Rudolf Bahro, Logik der Rettung, Stuttgart/München 1987.
48 Ebd., S. 345.
49 Ebd., S. 346f.
50 Ebd., S. 22f.
51 Roman Schweidlenka, Faschistische Selbsterfahrung – ein neuer Hit des Esoterikbooms? in: Ökojournal 6/1990 S. 14.
52 Roger Niederführ, New Age, in: Raimund Hethey, Peter Kratz (Hrsg.), In bester Gesellschaft, Göttingen 1991, S. 141-154.
53 Josef Hindels, Der grüne Irrationalismus. Warum Grüne in der Gesellschaftspolitik versagen, in: »Zukunft« 7/8/1985, S. 26f.
54 Wilfried Gottschalch, Aufrechter Gang und Entfremdung, Berlin 1984, S. 82f.
55 Michael Weingarten, Konservative Naturvorstellung im grünen Gewand? Entwicklungsdenken als ideologisches Kampffeld, in: Johann-Peter Regelmann, Engelmann Schramm (Hrsg.), Wissenschaft in der Wendezeit. Systemtheorie als Alternative? Frankfurt 1986, S. 34.
56 Johann-Peter Regelmann, Systemtheorie und Krise. Betrachtungen über die holistischen Zusammenhänge zwischen Politik, Wissenschaft und der Sinnsucht nach Weltanschauung, in: Regelmann, Schramm (Hrsg.), 1986, a.a.O., S. 73.

Germanisierung Europas

Europäische AusländerInnenpolitik als Gradmesser der „Rechtswende“

Gerold ECKER und
Manfred GMEINER

Drogen, Terror, Bevölkerungsexplosion, Völkerwanderungen und die ökologische Bedrohung gehören als imaginäre Angstvorstellungen zum Alltag des ausgehenden 20. Jahrhunderts. Der mediale Dauerbrenner Sicherheit verdeutlicht und verstärkt diese Entwicklung. Damit wurde von der „Tagesordnung des Nordens“ das Thema Entwicklung, das die Rhetorik der letzten Jahrzehnte bestimmte, durch das Großthema Sicherheit abgelöst.

Sicherheitspolitik wurde zu einem zentralen Inhalt und Motiv für die weitere westeuropäische Integration. Der militärischen und polizeilichen Logik dieses Integrationsprozesses folgend, geht es heute um die weitere Vertiefung der Zusammenarbeit und die Schaffung neuer „gemeinschaftlicher“ Regelungen und Institutionen in eben diesen Bereichen. Die schrittweise Verschärfung und Harmonisierung der verschiedenen nationalen AusländerInnenpolitiken kann als Indikator für eine zumindest westeuropaweite Entwicklung herangezogen werden, die durch den Begriff der „Rechtswende“ nur unzulänglich umrissen wird.

Jenseits der hunderttausendfachen Tragödien, ist es der greifbare, manifeste Ausdruck der Trennung, der Teilung. Hinter den repressiven Gesetzen und Verfahren stehen nationale Konsense, die die nur graduell zu unterscheidenden rassistischen Politiken der west- und teilweise osteuropäischen Nationalstaaten tragen. Auf einer „gesamteuropäischen“ strukturellen Ebene arbeiten Regierungen und Beamtenschaften Hand in Hand mit der EG-Bürokratie und ihren nach- und beigeordneten Gremien. Auf einer innergesellschaftlichen Ebene werden diese Entwicklungen im Wechselspiel zwischen rechtsextremistischem Terror und vermeintlichen Mehrheitsmeinungen legitimiert.

Ob in Frankreich, Deutschland, Italien oder Österreich, es wird von den jeweiligen Regierungen vorgegeben mit einer verschärften Asyl- und Flüchtlingspolitik schlimmeres zu verhindern. Populistischen Führern á la Le Pen, Schönhuber, Bossi oder Haider soll so ihr rechtsextremer Wind aus den Segeln genommen werden. Mit dem angeblichen aufklärerischen Geist der europäischen Integration wird eine Politik begründet, die materiell und wahltaktisch den Anforderungen dieser Gesellschaften entspricht. Daß damit rechtsextreme Politik nicht nur salon-, sondern regierungsfähig wurde, schreckt noch weniger, als die als Voraussetzung und Folge dieser Politik still hingenommenen Opfer.

Dem entspricht die Umdeutung rechtsextremer Politik eines französischen Innenministers Pasqua oder des österreichischen Innenministers Löschnak in bürgerliche Politik und die Reduzierung des Protests auf ohnmächtiges Entzünden von Kerzen angesichts brennender „AusländerInnenunterkünfte“. „Rechtswende“ bezeichnet heute nicht weniger als die Normalität des Rechtsextremismus.

Drastische Einschänkung des Asylrechts

Um die Zuwanderung zu stoppen haben die einzelnen Staaten eine vielzahl von Methoden entwickelt, teilweise auch aus Schengener Richtlinien oder Vorschlägen des „European Roundtable of Industries“ übernommen, die in den einzelnen Staaten in unterschiedlicher Ausprägung angewandt werden. Wichtigstes Element ist die Einschränkung des Asylrechts, insbesondere in jenen Staaten, in denen AsylwerberInnen einen großen Anteil der Einwanderungswilligen ausmachen. In der Theorie wird getrennt zwischen „politischen Flüchtlingen“, denen weiterhin Asyl gewährt werden soll und „Wirtschaftflüchtlingen“, deren Aufnahme je nach wirtschaftlicher Lage begrenzt werden soll. Zu den wichtigsten Bestandteilen der in den einzelnen Ländern entworfenen Asylgesetze gehört die Abkürzung des Verfahrens durch Ablehnung offensichtlich unbegründeter Anträge. Instrumente dazu sind die Regel des sicheren Herkunftslandes und des sicheren Drittlandes. In Deutschland zum Beispiel zählen alle Nachbarstaaten zu den sicheren Drittländern. In diesen Staaten droht dem Flüchtling laut Behörde keine Gefahr und keine Rückschiebung in sein Herkunftsland – er hätte also bereits dort Asyl beantragen können. Die Chance überhaupt einen Asylantrag zu stellen, bleibt auf jene beschränkt, die mit dem Flugzeug einreisen. In Deutschland ist das neue Asylgesetz seit 1. Juli in Kraft und führte bereits zu einer 33prozentigen Reduzierung der Asylwerberzahl. Zweiter genereller Ablehnungsgrund ist das Prinzip des sicheren Herkunftslandes. Für Deutschland fallen in diese Kategorie zum Beispiel Rumänien und Ghana. Diese Regelung macht das Recht auf individuelle Prüfung des Asylbegehrens, wie es in der Genfer Flüchtlingskonvention festgelegt ist, zunichte. Verfolgte Romas und Sinti aus Rumänien haben keine Chance mehr Asyl zu bekommen. Daß diese Regelung auch nichts mit einer generalisierenden Prüfung der Menschenrechtssituation in den einzelnen Ländern zu tun hat, sondern die Beurteilung der Einhaltung der Menschenrechte dem außenpolitischen Kalkül preisgibt, versteht sich von selbst. Noch bevor in Deutschland das neue Asylgesetz beschlossen wurde, stellte der türkische Premierminister Demirel den Antrag an Deutschland, die Türkei als sicheres Herkunftsland anzuerkennen.

Um die legale Zuwanderung auf dem Arbeitsmarkt zu beschränken, werden jene bürokratischen Hürden, die „Ausländern“ schon seit langem

auferlegt werden, nach außen verlagert. Eines der jüngsten „Ausländergesetze“ wurde in Portugal im März dieses Jahres erlassen. Legal einreisen können nur diejenigen, die einen gültigen Arbeitsvertrag, eine Wohnung, 30.000 Escudos Bargeld (etwa 8000 Schilling) und gültige Reisedokumente – was durch Visabestimmungen die Situation für einige StaatsbürgerInnen noch wesentlich erschwert – vorweisen können. Für TouristInnen werden 6.000 Escudos pro Tag des geplanten Aufenthaltes verlangt. Auch der Familiennachzug wird solcherart beschränkt. So wird in Spanien der Nachzug von Familienmitgliedern

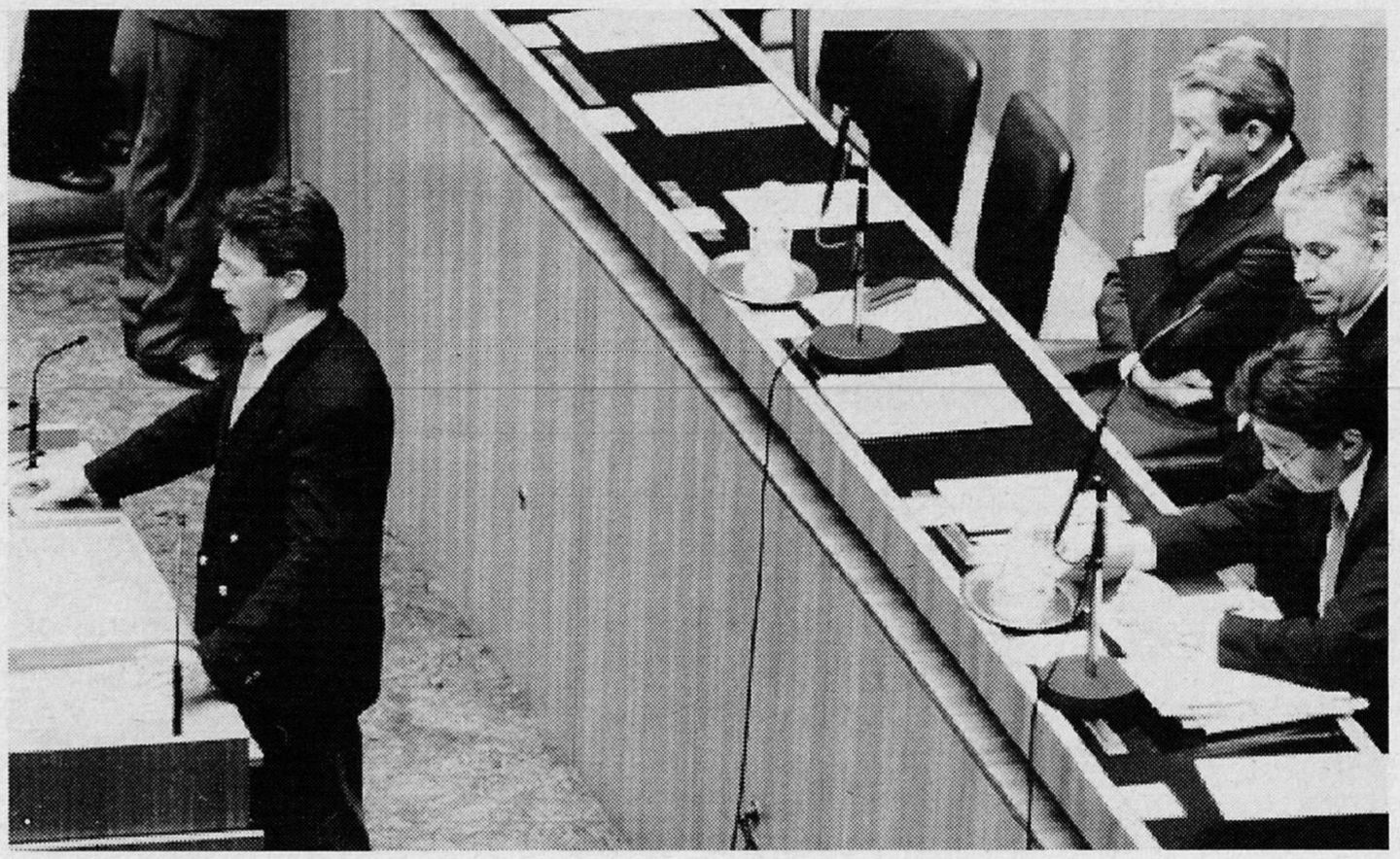


Foto: Robert Newald. Einer spricht, die anderen handeln.

nur dann gewährt, wenn der/die ImmigrantIn eine angemessene Wohnung besitzt. Was als angemessen zu gelten hat, berechnen die Bürokraten wahrscheinlich aus der Größe ihrer eigenen Büros, mit der realen Wohnsituation in spanischen Städten – nicht nur der ImmigrantInnen – hat es jedenfalls nichts zu tun. Eine durchschnittliche Monatsmiete kostet etwa die Hälfte des Durchschnittslohns. Mit einem unter dem Durchschnittslohn liegenden Verdienst ist eine Wohnung unerschwinglich.

Modernes Arbeitssklaventum

Eine besondere Art der Quotenregelung wurde in Spanien im April dieses Jahres eingeführt. Jedes Jahr wird eine Zahl befristeter Arbeitsgenehmigungen vergeben, hauptsächlich an ArbeiterInnen aus den Maghrebstaaten. Läuft die Arbeitsbewilligung aus, müssen die ArbeiterInnen zurück. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Rückkehr ihrer ArbeiterInnen zu sichern. Eine Chance, eine längerfristige Arbeitsbewilligung zu bekommen gibt es nicht. Das Gesetz beruht auf einem Vorschlag des „European Roundtable of Industries“, es mögen Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden, die keine permanente Einwanderung zur Folge haben.

Seit 1945 wurde in Frankreich die „AusländerInnenpolitik“ neunmal verändert. Mit der nunmehr letzten Reform droht – nach der für Herbst geplanten parlamentarischen Verabschiedung – eine bis dato ungekannte Verschärfung. Ein Gesetzesentwurf „zur Steuerung der Einwanderung sowie Einreise, Aufnahme und Aufenthalt von Ausländern in Frankreich“, wurde im Juni von Innenminister Charles Pasqua vorgestellt. „Frankreich war bislang ein Einwanderungsland. Es will dies nicht mehr sein. Unser Ziel ist deshalb, die Einwanderung auf Null zu reduzieren und die illegale Einwanderung abzuschaffen“ – begründete der zum Innenminister ernannte Rechtsaußen Pasqua seine Initiative.

Der Gesetzesentwurf bringt eine Anhäufung von juristischen Kompetenzen beim Innenminister und legalisiert administrative und polizeiliche Repression.

Nach dem neuen Gesetz wird die Wartezeit für Familienzusammenführung von einem auf zwei Jahre verdoppelt, wobei als Voraussetzungen eine angemessene Wohnung und entsprechender Verdienst vorausgesetzt werden. Ein Überbleibsel der durch die französische Revolution erkämpften Rechte, nämlich „Wer in Frankreich zur Welt kommt, ist Franzose“ wird fallen. Eine nicht näher bestimmte „Gefahr für die Öffentlichkeit“ und strafrechtliche Delikte können zur Abschiebung ins Herkunftsland führen. Mittels einer jederzeit verfügbaren „Abschiebungs-Luftflotte“ und „Zurückhaltungslagern“, in denen illegale Einwanderer bis zu drei Monate zwecks Abwicklung ihrer Anträge interniert werden, soll der Vollzug dieses Gesetzes gewährleistet werden. Weiters soll der Zugang zu den Polizeidatenbanken für die Krankenkassen legalisiert und Mischehen künftig der Überprüfung durch die Bürgermeister unterzogen werden.

In der Schweiz wurden mit einem sogenannten „Dringlichen Bundesbeschluß E90“ die AusländerInnen- und Asylgesetzgebung verschärft. Sogenannte „Sichere Länder“ wurden eingeführt, die Asylverfahren verkürzt und das Rechtsmittel der aufschiebenden Wirkung ist entfallen.

Im Juli 1989 brennt eine tamilische Unterkunft im Schweizer Chur. Der rassistische Anschlag wird durch ein Bekennerschreiben begründet: „Dritte und letzte Warnung an Bundesrat Koller, Arbenz und Konsorten: Raus mit dem Asylanten- und Rauschgiftpack aus unseren Dörfern und Städten. Oder wir verheizen das Gesindel bis keiner mehr in unseren Häusern ist!“

Die Politiker reagierten darauf mit indirekter Zustimmung für Wort und Tat. Erklärt wurden die Exzesse mit dem Ansteigen der AsylwerberInnenzahlen.

Aufgrund der verschärften Asylgesetze hat sich die Zahl der Gesuche für das Jahr 1992 im Vergleich zum Vorjahr um gut die Hälfte reduziert. Und die offizielle Schweiz fühlt sich in ihrer nationalen Identität als „Ein Staat – ein Volk – eine Armee – eine Nation“ durch „Überfremdung“ bedroht. Auf diesem sorgsam bereiteten rassistischen Boden soll nun abermals die Asylgesetzgebung verschärft, „Internierungslager“ eingerichtet und ein militärischer Assistenzeinsatz zur Flüchtlingsabwehr eingeführt werden.

Lebensgefahr für „Boat people“

All jenen, die auf der Flucht ihre Hoffnung auf Europa setzen, bleibt nur mehr der Weg der illegalen Einreise. Tausende versuchen jedes Jahr über die „grüne Grenze“ zu kommen. In Küstengebieten kommt zur Gefahr,

aufgegriffen zu werden noch die Gefahr dazu, in den auf offenem Meer nicht tauglichen Booten zu verunglücken. Mindestens 300 Menschen sind letztes Jahr beim Versuch, Spanien zu erreichen, ertrunken. Auch in Schweden nimmt die Einwanderung von „Boat people" zu. Mindestens 600 haben nach offiziellen Angaben von baltischen und russischen Häfen aus Schweden erreicht. Meist sind es Kurden aus dem Irak. Schwedische Militärs schätzen, daß allein in Moskau 40.000 bis 50.000 auf eine Fluchtgelegenheit warten. Der Oberkommandant fordert daher als neue Aufgabe für seine Truppen, spezielle Grenzeinheiten nach finnischem und deutschem Vorbild aufzustellen. Auch in Spanien verstärkte die Guardia Civil die Küstenkontrolle und schickte spezielle exterritoriale Einheiten in den Hafen von Tanger (Marokko), um unliebsame Einwanderer herauszufiltern.

An der „grünen Grenze" zwischen Deutschland und Polen setzt der Bundesgrenzschutz auf High Tech. Mit Infrarotsichtgeräten, im Boden installierten Bewegungsmeldern und Hundestaffeln wird der erst vor kurzem entfernte „Eiserne Vorhang" in den Schatten gestellt. Wer aufgegriffen wird, wird entweder abgeschoben, noch bevor er/sie überhaupt Asyl beantragen kann oder nach einem Schnellverfahren in das sichere Drittland abgeschoben.

Ende Oktober 1991 trafen im Berliner Reichstag Justiz- und Innenminister aus 28 Staaten zusammen. Sie berieten über einen Maßnahmenkatalog bezüglich der illegalen Zuwanderung aus und über Mittel- und Osteuropa. Es ging um die Verschärfung der Asylverfahren, die Illegalisierung von Flüchtlingen, Sanktionen gegen Transportgesellschaften, welche Flüchtlinge ohne die notwendigen Einreisepapiere befördern, bis hin zu Polizeieinsätzen an Grenzen und Flughäfen zur sofortigen Abschiebung und zum Rücktransport in die Kriegs-, Kriesen- und Elendsregionen. Auf Ungarn, Polen und die damalige CSFR wurde und wird erheblicher Druck seitens der EG – vor allem durch die BRD – ausgeübt, ihre Asyl- und Flüchtlingspolitik aufeinander abgestimmt den westeuropäischen Wünschen anzupassen. Für das Wohlverhalten der osteuropäischen Staaten in Sachen Asyl- und Flüchtlingspolitik wird Wirtschaftshilfe und finanzielle Unterstützung in Aussicht gestellt.

Bulgarien hat bereits im November 1991 die EG zur Unterstützung bei der Bewältigung seiner Flüchtlingsprobleme aufgefordert, und zwar zur Stationierung einer EG-Militäreinheit an der Grenze zu Jugoslawien. Bulgarien und Deutschland haben im November ein Abkommen über die Rücknahme von etwa 25.000 bulgarischen Asylwerbern abgeschlossen. Hierfür soll Sofia umgerechnet 17 Millionen US-Dollar erhalten. Auch Rumänien hat ein Abkommen mit Deutschland über die Rücknahme von etwa 136.000 Asylwerbern, 60 Prozent davon Roma und Sinti, abgeschlossen. Bukarest wird umgerechnet 21 Millionen US-Dollar erhalten. Diese Behandlung erinnert frappierend an den Holocaust und die damalige Behandlung von Roma und Sinti.

Im März 1991 unterzeichnete Polen ein Abkommen mit Schengen-Staaten, indem es sich verpflichtet, illegale Zuwanderer zurückzunehmen. Daraufhin haben die Schengen-Länder im April des gleichen Jahres die Visapflicht gegenüber Polen abgeschafft.

Rigoroses Abschieben

Im Mai 1993 unterzeichneten die Innenminister Polens und Deutschlands ein Abkommen, in dem sich Polen zur „Rückübernahme" von über die polnische Grenze nach Deutschland illegal eingereisten Personen verpflichtet. Diese Vereinbarung ließ sich die polnische Regierung um 120 Million Mark Finanzierungshilfe für die Jahre 1993 und 1994 abkaufen, um, wie es heißt, Flüchtlingslager zu modernisieren und Grenzkontrollen zu verstärken. Durch nachfolgende bilaterale Abkommen zwischen osteuropäischen Staaten hat sich die östliche Außengrenze der „Festung Europa" in den äußersten Osten des Kontinents verschoben.

Auch Spanien hat sein Abschiebeabkommen, durch den spanisch-marokkanischen Vertrag für Frieden und Freundschaft von 1990, verbessert. Bisher weigerte sich Marokko, Flüchtlinge aus Drittstaaten zurückzunehmen, auch wenn sie über Marokko eingereist waren. Unter der Bedingung, daß Spanien die anfallenden Kosten übernimmt, erklärte die Regierung sich letztes Jahr dazu bereit. Mehr als 2.000 Menschen wurden 1992 abgeschoben.

Nicht nur jene „Illegalen", die direkt an der Grenze aufgegriffen werden, werden abgeschoben, sondern auch alle, die irgendwo im Land ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung angetroffen werden. Um dies zu erreichen, werden die Kontrollen verschärft, die Abschiebeverfahren verkürzt und Internierungslager errichtet, in denen die Aufgegriffenen bis zur Abschiebung „verwahrt" werden. Fast überall in Europa werden Polizeigesetze erlassen, die Hausdurchsuchungen und Personenkontrollen erleichtern. Damit nicht genug, erprobte die Deutsche Polizei eine neue Methode. Für einige Stunden wurden im März die Autobahnen A13 und A9 für einige Stunden gesperrt. An den Ausfahrten wurde jedes Fahrzeug überprüft. Laut Polizei konnten einige gesuchte Asylsuchende festgenommen werden sowie Haschisch und fahruntaugliche Fahrzeuge beschlagnahmt werden. Laut Innenminister Stoiber waren die Blockaden eine notwendige Maßnahme als Ausgleich der offenen Binnengrenzen der EG und der „sich öffnenden Grenzen" im Osten.

Europa für „Saubere", Reiche und Angepaßte

Mit 1. Jänner 1993 hätten die Binnengrenzen zwischen den EG-Staaten nach Vereinbarungen der zehn Schengenstaaten fallen sollen. Nach einigen Verzögerungen wären ab 1. Juli die Kontrollen an den Landgrenzen und ab 1. Dezember dieses Jahres an den Flughäfen für EG-BürgerInnen entfallen. Doch nun widersetzt sich Frankreich diesen Vereinbarungen. Begründet wird diese Entscheidung mit „dem mangelnden Kampf gegen den Drogenverkehr aus den Niederlanden" und der Unfähigkeit Italiens und Griechenlands ihre Außengrenzen zu kontrollieren. Der französische Europa-Minister Lamassoure beklagt außerdem, daß das „Schengen Informationssystem" (SIS), die gemeinsame Polizeidatenbank der Schengenstaaten, aufgrund technischer Probleme noch nicht funktioniert.

Der „Kampf gegen die illegale Einwanderung" dürfte für Frankreich – einem Land das an sechs Nachbarstaaten grenzt – ein weiterer Grund für diese Umkehr sein. Für den französischen Innenminister Charles Pasqua erleichtert die Grenzöffnung „sowohl den Illegalen als auch den Terroristen die Bewegungsfreiheit".

In Norwegen kommt es immer häufiger vor, daß „Ausländer" für

Monate festgehalten werden, nur weil sie keine gültigen Papiere besitzen. In einem 200 Meter vom Flughafen entfernten, von Stacheldraht umgebenen und privaten Hundestaffeln bewachten Internierungslager warten sie auf den Abschiebungsbefehl der Regierung. Im Februar dieses Jahres beschloß die Regierung, 1200 Kosovo-Albaner, deren Asylantrag abgelehnt wurde, abzuschieben. Trotz zahlreicher Proteste verschiedener Menschenrechtsgruppen bleibt die Regierung hart und beauftragte die Polizei mit der Durchführung der „Operation Kosovo".

In Portugal und Spanien ging den verschärften Abschiebegesetzen eine Phase der Legalisierung Illegaler voraus. Diese Aktionen, von den Regierungen als großer Erfolg bezeichnet, erweisen sich bei näherer Betrachtung eher als Legitimierung der folgenden Abschiebepraxis. Die Legalisierung entspricht einer Forderung der Gewerkschaften. In Spanien wurde sie 1991 durchgeführt, in Portugal Ende 1992. Der große Erfolg (über 90 Prozent positiver Entscheide) wird geschmälert, wenn man realistische Schätzungen über illegal Arbeitende zugrundelegt. Wer gut beraten seine Chancenlosigkeit legalisiert zu werden erkannte, stellte erst gar keinen Antrag. Chancenlos sind viele, da sie die geforderte Aufenthaltsdauer (in Portugal sechs Monate), in der sie über ein ausreichendes Einkommen verfügen nicht nachweisen können, da vor Einführung der Visapflicht keine Einreisestempel eingetragen wurden oder der Lebensunterhalt nicht nachgewiesen werden kann. In Portugal kann zusätzlich jede/r einen legalen Status erreichen, der/die vor 1986 eingereist ist. Auch davon bleiben die meisten ausgeschlossen, da die große Einreisewelle aus den ehemaligen Kolonien erst mit dem Bauboom der späten achtziger Jahre einsetzte. Aber auch wer die Bedingungen erfüllt, läuft Gefahr, durch Verlust der Arbeit die Aufenthaltsberechtigung zu verlieren. Einmal erfaßt ist seine/ihre Abschiebung leichter.

Nur drei Tage nach dem Ende der Legalisierungsmöglichkeit am5. März 1993 trat in Portugal das neue Gesetz zur leichteren Abschiebung Illegaler in Kraft. Wer ohne gültige Papiere angetroffen wird, kann binnen 48 Stunden aufgrund einer administrativen Entscheidung abgewiesen werden. Nur wem es gelingt, eine/n Rechtsanwalt/in zu konsultieren, kann bis zu 40 Tagen auf eine Entscheidung warten. Am Flughafen in Lissabon wurde ein Abschiebelager eingerichtet.

Foto: Robert Newald. Flüchtlingslager Traiskirchen

Begleitmaßnahme Sozialabbau

Die Gesetzesänderungen zur „Absicherung" der Grenzen müssen im Zusammenhang gesehen werden mit Verschärfungen in der Sozialgesetzgebung, die sich auch gegen die Schwächsten der Gesellschaft richten und verschärften Polizeigesetzen, die gesellschaftliche Randgruppen wie zum Beispiel Drogenkranke als sicherheitspolitisches Problem bekämpfen. Auch das jüngste Verfassungsgerichtsurteil zum § 218 in Deutschland ist deutliches Zeichen dieser zunehmend rassistischen, repressiven, Freiheit einschränkenden Ordnungspolitik. „Die CDU/CSU und die bayerische Landesregierung haben mit Hilfe von organisierten ‚Lebensrechts'-Juristen ihre politische Niederlage vom Juni letzten Jahres endlich in einen Etappensieg umgewandelt. Ihr Zeter- und Mordio-Geschrei wird nicht aufhören. Höchstens vorübergehend werden jene selbsternannten ‚Lebensschützer' zufriedengestellt sein, die den ‚Volkstod der Deutschen' als Folge des ‚Kindermassenmordes' und der ‚Asylantenflut' fürchten. Nicht nur in zeitlicher Hinsicht steht dieses Verfassungsgerichtsurteil in engem Zusammenhang mit der Grundgesetzänderung zum Asylrecht: zynische Umsetzung einer rassistischen und patriarchalen Bevölkerungspolitik." (»Die Alternative« 7/8/1993, S. 34) ■

Gerold ECKER ist freier Journalist und Mitarbeiter im Projektteam EG-Kritik sowie Redakteur des »EKG – Europakardiogramm, Zeitung für EG-Kritik«.

Manfred GMEINER studiert Soziologie. Er ist Mitarbeiter in antimilitaristischen Gruppen sowie im Projektteam EG-Kritik und Redakteur des »EKG«, siehe oben.

Krenn mit Haider oder Schüller versus Löschnak?

Von Übereinstimmungen oder Widersprüchen zwischen „rechts"-populistischen Politikstrategien einerseits und Tendenzen in der katholischen Kirche in Österreich andererseits

Klaus HEIDEGGER

Um „rechte" Tendenzen in der katholischen Kirche soll es in diesem Artikel gehen. Dies klingt vordergründig und tendenziös. Es läßt an die von den Massenmedien monatelang aufgeschaukelte Krenn-Debatte denken. Ich will mich hüten, selbst in diese massenmediale Engstirnigkeit zu fallen, in diese idiotische Gleichsetzung von Krenn = Kirche.

Krenn mag gut sein als Symbol für das noch nachzuweisende Faktum rechtslastiger Strömungen in der österreichischen katholischen Kirche – doch mehr Gewicht ihm beizumessen, würde der Kirche (gemeint ist jeweils die katholische) nicht gerecht werden. Der St. Pöltner Diözesanbischof ist nicht repräsentativ für die katholische Kirche in Österreich, sondern lediglich für eine ewiggestrige kleine und laute Randgruppe. Will der österreichische Katholizismus in seiner Buntheit und Weite zur Geltung kommen, so muß dem Krennschen Gewicht zuerst ein anderes Gegengewicht entgegengesetzt werden. Als Symbol fürs Gegengewicht steht Caritas-Direktor Helmut Schüller. Zwei Namen, zwei Pole, zwei Richtungen, welche uns etwas hintergründiger an das Thema heranführen können. Zwei offizielle Vertreter der katholischen Kirche, bei denen sich den MedienkonsumentInnen schon eine erste Antwort auftut auf die Frage, wie Kirche und rechts-populistische Politikstrategien zueinander stehen. Es ist die Gleichzeitigkeit einer Anpassung und Verstärkung vorgestriger Haltungen und Handlungen einerseits und des Widerspruchs und Widerstands andererseits.

Was ist rechts?

Die erste Schwierigkeit bei der Themenstellung liegt nun darin, daß es weder möglich noch gerechtfertigt ist, bestimmte politische Ansichten einfach als „rechts" zu bezeichnen. Die herkömmliche Schubladisierung in rechte und linke Politikansätze taugt nur wenig und ist kaum aussagekräftig. Die Worte „rechts" und „links" eignen gerade noch als Hilfsbegriffe. Noch weniger würde ich etwa eine Politik der ÖVP als „konservativ" bezeichnen – weil sie eine Politik der Zerstörung von Umwelt oder traditioneller Werte ist. Viel passender für bestimmte Vorgänge in Gesellschaft und Kirche sind da schon die Begriffe „reaktionär" oder „fundamentalistisch". Beide Begriffe kennzeichnen etwa die Amtsführung von Kurt Krenn besser als der Terminus „rechts". Kurt Krenn ist „reaktionär", weil er hinter die demokratischen und offeneren Inhalte des Zweiten Vatikanischen Konzils zurück möchte. Er ist zugleich „fundamentalistisch" in der Art, wie er vermeintliche „Glaubenswahrheiten" als unbedingt, unveränderlich und absolut durchpeitscht. Ich möchte im Folgenden den Begriff „rechts-populistisch" verwenden, der „rechte", „reaktionäre" und „fundamentalistische" Tendenzen miteinschließt. Es geht um eine Politik, die zugleich dumpfe Ängste in der Bevölkerung zuerst nährt und dann instrumentalisiert und benützt. Was ich jedoch genau darunter verstehe, läßt sich anhand von vier exemplarischen Politikbereichen darstellen. Freilich ist auch der Terminus „rechts-populistisch" lediglich ein Hilfsbegriff zur Beschreibung komplexerer Phänomene.

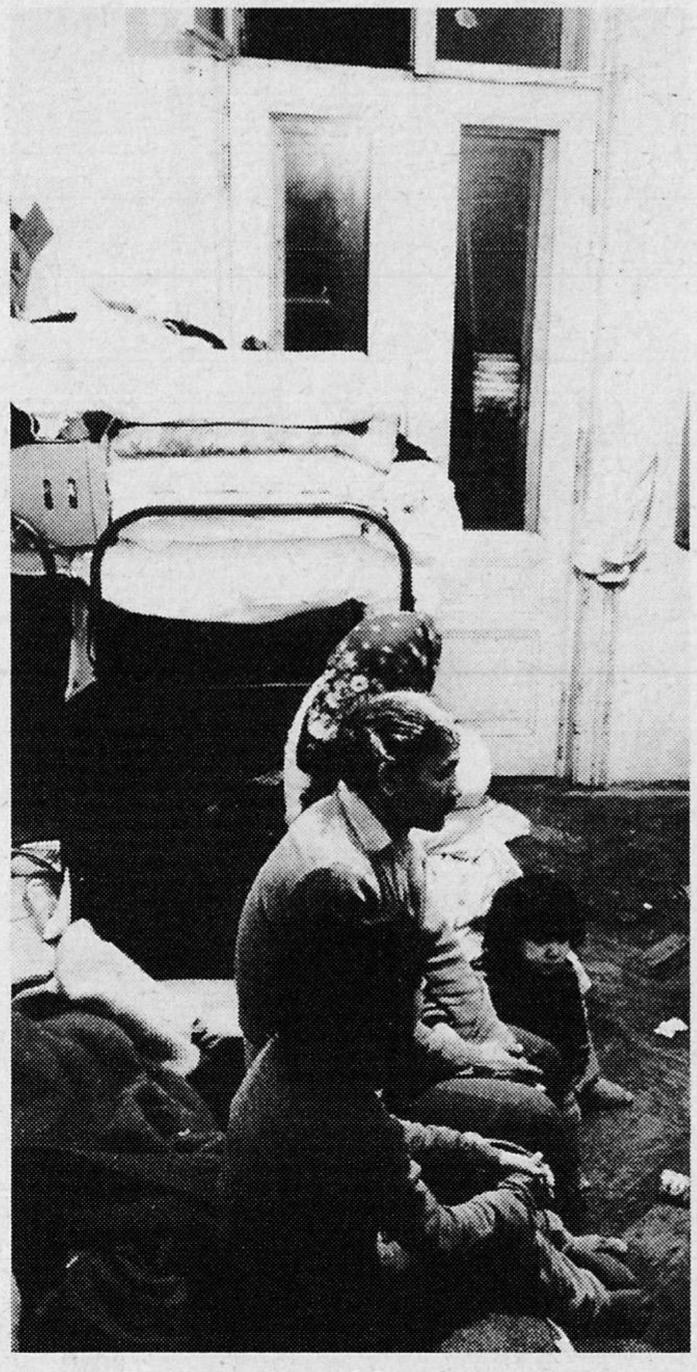


Foto: Robert Newald
Ausländerquartier

Beispiel 1: Asyl- und Migrationspolitik

Rechts-populistische Politik zeigt ihre übelste Fratze wohl in der Einstellung gegenüber ausländischen Mitmenschen. Es würde wiederum der Strategie der Großparteien entsprechen, hier bloß Jörg Haider als den ausländerInnenfeindlichen Paradepolitiker hinzustellen. Rechts-populistische Anti-AusländerInnen-Politik wird im Staate Österreich von den Großparteien verwirklicht: Durch eine rassistische AusländerInnen-Gesetzgebung, durch Behördenwillkür gegen AusländerInnen, durch ein EG-konformes Dichtmachen der Grenzen gegenüber MigrantInnen und Flüchtlingen.

Wenn ein Kurt Krenn sich in dieser Frage hinter einen Jörg Haider

stellen kann, dann grenzt sich selbst ein Bischof aus der eindeutigen und mehrheitlichen Praxis und Rhetorik der katholischen Kirche aus. Mit Genugtuung konnten FPÖ-Funktionäre Aussagen von Kurt Krenn benützen, der in verschlüsselter Weise die „Österreich zuerst"-Intentionen legitimierte.

Wie aber war die eigentliche Stimme der katholischen Kirche? Sie war wohl nicht immer so radikal wie die Stimme des Pfarrers aus Schwechat, Blasche, der in einer Predigt meinte, daß jemand, der das Haider-Volksbegehren unterschreibt, *„sich gewissermaßen selbst exkommuniziert"*. Die Stimme der Kirche war aber dennoch überaus deutlich: Das Engagement der Katholischen Aktion Österreichs – und damit aller offiziellen katholischen Laienbewegungen – in der Plattform SOS-Mitmensch ist bekannt; die permanente Kritik von Helmut Schüller an der Asyl- und Migrationspolitik des Innenministers Franz Löschnak ist ebenfalls bekannt. Im verborgenen, aber umso effektiver, ist das tausendfache Eintreten katholischer Einrichtungen für Flüchtlinge, Vertriebene oder in Österreich ansässige ausländische MitbürgerInnen. Stellvertretend möchte ich das Missionshaus St. Gabriel bei Mödling nennen, welches weit über hundert Bosnien-Flüchtlinge aufgenommen hat, während Löschnak die Grenzen dichtmachte. Es würde zu weit führen, hier seitenweise Geschichten zu erzählen, wo Flüchtlinge in pfarrlichen Einrichtungen eine vorübergehende Bleibe gefunden haben, wo PfarrmitarbeiterInnen fast durchwegs ehrenamtlich Deutschkurse zur Integration von ausländischen Mitmenschen geben und vieles andere mehr. Dazu wieder nur der Hinweis, daß in der Diözese Linz in jeder Pfarre ein/e Flüchtlingsbeauftragte/r arbeiten soll. Unübertrefflich war freilich die Stellungnahme von Helmut Schüller, als er angesichts des Inkrafttretens des Aufenthaltsgesetzes am 1. Juli 1993 auch zu Aktionen des zivilen Ungehorsams ermutigte, wenn dadurch Schlupflöcher im inhumanen AusländerInnengesetz aufgetan werden können. Diese so bedeutsame Aussage muß besonders beachtet werden. Sie ist vielleicht symptomatisch für eine neue Beziehung von Staat und Kirche in einigen Politikbereichen. Das Verhältnis zwischen der österreichischen Staatsführung und den hierarchischen Spitzen der katholischen Kirche war ja bislang stets geprägt von größter gegenseitiger Loyalität und Rücksichtnahme, die Abtreibungsfrage einmal ausgenommen. Aber jetzt, in diesem so sensiblen Politikbereich der Asyl- und Migrationsfragen, verweigern repräsentative Vertreter der Kirche zumindest partiell der Staatsführung die Loyalität. Die katholische Kirche macht die rechts-populistische AusländerInnenpolitik nicht mit, sondern versucht, sich ihr entschieden gegenüberzustellen. Es war vor allem die Kirche oder besser gesagt das „Volk Gottes", vom einfachen Pfarrmitglied bis hin zum Kardinal, die das Anti-AusländerInnen-Volksbegehren zu einem Flop werden ließ. Die Kirche handelte letztlich nicht im eigenen Auftrag oder aus Profilierungs-Bestreben. Hier kommt vielmehr wieder jener jesuanische Impuls zur Geltung, der lautet: „Ich war fremd und obdachlos und ihr habt mich aufgenommen." Die politischen Konsequenzen solcher Worte liegen auf der Hand.

Beispiel 2: Sozialpolitik

Rechts-populistische Politik unter den Vorzeichen ökonomischer Krisen läßt sich in idealtypischer Weise besonders auch in der Frage der Regelung sozialer Angelegenheiten nachweisen. Noch ungenierter wie 1987/1988 propagieren heute vor allem Politiker der ÖVP, FPÖ und des Liberalen Forums einen „Sozialabbau". Die leeren Töpfe für soziale Maßnahmen sollen nicht aus den Pfründen der Höchst- und Vielverdiener gefüllt werden, sondern mit Hilfe von Einsparungen bei jenen, die auf finanzielle Zuwendungen des Staates angewiesen sind. Die Vergabe von Arbeitslosengeldern soll noch strenger gehandhabt werden, das zweite Karenzjahr und das erhöhte Karenzgeld für alleinerziehende Mütter wird von einigen Politikern und Politikerinnen in Frage gestellt und selbst der sozialdemokratische Bürgermeister Wiens möchte die Gratisschulbuchaktion beenden und im Gesundheitswesen den Selbstbehalt forcieren.

Es ist wiederum die katholische Kirche, welche aufgrund ihrer caritativen Arbeit mit Erwerbslosen und Verarmten die Sozialpolitik der Regierenden nicht mittragen will. Von katholischer Seite – wie beispielsweise der Katholischen Sozialakademie Österreichs – werden hingegen sozialrevolutionäre Gegenmodelle, wie das erwerbslose Grundeinkommen, propagiert. Es sind in Österreich weiters vor allem kirchliche Einrichtungen, welche die Folgen von größer gewordenen Löchern im sozialen Netz lindern helfen. Auf tausendfache Weise, im kleinen und unentdeckt von der Öffentlichkeit, geschieht beispielsweise die Arbeit der Pfarrcaritas, werden die Prinzipien „Teilen" und „Solidarität" in einem Land verwirklicht, wo sozialdarwinistische Grundsätze restauriert werden. Just zum Zeitpunkt eines erneuten Sozialabbaus startet die Katholische Aktion Österreichs einen breit angelegten sozialpolitischen Gesprächs-, Studien- und Aktionsvorgang zum Thema „Umverteilung von Arbeit und Einkommen" und konterkariert damit die Antworten von Regierung und Industrie auf die Rezession.

Beispiel 3: Wirtschaftspolitik

Ein dritter Vergleichspunkt ergibt sich, wenn wir die Wirtschaftspolitik der politischen Eliten mit den Zielvorstellungen der katholischen Kirche konfrontieren. Die Schlagworte vieler Politiker lauten: Flexibilisierung der Arbeitszeit und der Lohngestaltung sowie Abschaffung einiger Feiertage. In letzterem Punkt geht die Kirche bestimmt nicht mit. Aber auch in den anderen Wirtschaftsfragen lassen sich katholische Vertreter nicht vor den kapitalistischen Karren von Staatspolitik und Großindustrie spannen. Sie stehen den Gewerkschaftspositionen weit näher als jenen der Regierungsvertreter. Kirchliche Schlagworte – zum Beispiel aus dem Sozialhirtenbrief der katholischen Bischöfe Österreichs – lauten: „Arbeit vor Kapital", „gerechte Verteilung des Wohlstands", „soziale Verpflichtung des Eigentums", „vorrangige Option für die Armen". Freilich hinken katholische Einrichtungen in vielem diesen hehren Zielen weit hinten nach. Aber zumindest hinken sie und wenden sich nicht ab.

Beispiel 4: Demokratiepolitik

„Rechts" steht vielfach auch für autoritär, dogmatisch, hierarchisch und undemokratisch. In der aktuellen österreichischen Tagespolitik paßt zu diesem Verständnis einer „rechten" Weltanschauung die beinahe uneingeschränkte Führerrolle von Jörg Haider innerhalb seiner Partei oder die Diskussion um die Befugnisse des

Bundespräsidenten unter der Regentenschaft des „rechten" Thomas Klestil. Parallelen zur römisch-katholischen Kirche tun sich sofort auf: Da ist die kirchenrechtliche Struktur, welche in vielen Belangen einer absoluten Monarchie entspricht; da sind autoritäre Artikulationsweisen möglich, welche in idealtypischer Form im Kurs von Kurt Krenn abgelesen werden können: Was wahr und richtig ist kommt nicht vom Volk, sondern von der Zentrale. Demokratische Einrichtungen werden von dem in St. Pölten thronenden Bischof übergangen. Doch tun sich zu dieser katholischen Erscheinungsweise wiederum sofort auch die Widersprüche auf, die um vieles bedeutsamer, zahlreicher und zukunftsträchtiger sind, obgleich sie nicht die massenmediale Aufmerksamkeit haben. Da sind die katholischen Jugendbewegungen, deren Strukturen bewußt basisdemokratisch aufgebaut sind; da sind Tausende Pfarrgemeinderäte, die vor Ort ihre Verantwortung als Christenmenschen realisieren und längst aus der Entmündigung herausgetreten sind; da sind die vielen FunktionsträgerInnen der katholischen Kirche, die zwar nicht die Machtfülle eines Bischofs besitzen, aber letztlich in ihren Bereichen so wirken können, daß von unten her eine „Basiskirche" im Dienst der Solidarität und Geschwisterlichkeit entsteht. Da ist immer wieder die Gleichzeitigkeit völlig konträrer Tendenzen auffindbar: Auf der einen Seite wird im Frühsommer des Jahres 1993 so viel über die selbstherrliche und diktatorische Manier des Kurt Krenn berichtet. Zur selben Zeit beginnt in der Diözese Innsbruck unter Bischof Stecher das Diözesanforum, ein länger dauernder Prozeß, wo Laien und Priester, FunktionsträgerInnen und einfache Gemeindemitglieder gemeinsam nach wichtigen Entscheidungen für die Kirche in Tirol suchen.

Unheilige Allianzen des Rechts-Populismus

Und wer sind nun die Vertreter der genannten rechts-populistischen Ansichten? Es ergibt sich hier eine unheilige Allianz von Haider/Dichand/Falk und Krenn. Beispiele aus dem veröffentlichten Vordergrund lassen sich hier viele anführen. „Kronenzeitung" und „täglich alles" verteidigen in ihren Massenblättern den Diözesanbischof von St. Pölten. Bereits genannt wurde die Allianz Krenn-Haider. So benützte Jörg Haider zum Auftakt seines Anti-AusländerInnen-Volksbegehren medienwirksam einen Auftritt mit Kurt Krenn, bei dem sich ebendieser wiederum nicht von den Positionen eines Jörg Haider abgrenzte. Umgekehrt stellte sich der FPÖ-Chef am Höhepunkt der kircheninternen Kritik an Kurt Krenn hinter den umstrittenen Oberhirten aus St. Pölten. Ein besonders raffinierter Schachzug gelang Haider im Juni 1993 mit einer Privataudienz bei Papst Johannes Paul II. Wiederum überließ er es seinen Propagandisten, daraus ein Bild der Eintracht zwischen Kirche und FPÖ zu basteln. Unschwer läßt sich auch eine der Strategien von Haider ablesen. Will er den Stimmenumfang für seine Partei beträchtlich erweitern, dann ist er auch auf traditionell katholische Wählerschichten angewiesen.

Auf noch eine Allianz möchte ich aufmerksam machen, weil sie wiederum die Kleinheit und auch angesichts der Größe der Kirche Unbedeutsamkeit „rechter" Tendenzen in der Kirche veranschaulicht: Blätter aus den finsteren fundamentalistischen Ecken der katholischen Kirche, wie „Die Weiße Rose" oder „Der 13.", die wohlgemerkt keinerlei offizielle Kircheneinbindung haben, stellen sich gegen jene politischen Bewegungen, welche Sand im Getriebe des Kapitalismus sein möchten, und lobhudeln für Bischöfe vom Stile und von der Gesinnung eines Krenn, Küng oder Eder.

Allianzen gegen rechts

Es gibt eine Reihe von kirchlichen Initiativen, welche sich in sozialen Plattformen und Bündnissen gegen „rechts-populistische" Maßnahmen und Gesetze und für anti-rassistische, demokratische und solidarische Politik beteiligen. Genannt sei beispielsweise das ökumenische Projekt „Kairos Europa". Europaweit haben sich in dieser Intiative einige hundert Basisgruppen aus dem kirchlichen Bereich zu einem Netzwerk zusammengeschlossen, die mit den Marginalisierten zusammenarbeiten. Dahinter steht die Vision, daß die vereinte Kraft der Marginalisierten zu einem Aufstand von unten gegen die unheilvolle Dominanz des Kapitals wird. Der im EG-Europa entfesselten freien Marktwirtschaft sollen andere europäische Bündnisse entgegengesetzt werden.

Bei einer Aufzählung von „Allianzen gegen rechts" sollen weiters die Großereignisse der Friedens-, Sozial- oder Antirassismus-Bewegung der vergangenen Jahre in Erinnerung gerufen werden. Kirchliche Vertreter bis hin zu Bischöfen fehlten in keiner der Rednerlisten bei Großkundgebungen – und sie waren jeweils mehr als nur Alibifiguren.

Ein Resümee

Es war wohl nicht geplant, daß ich ein derart positives Bild der katholischen Kirche skizzieren werde. Ich selbst bin zwar jemand, der von kirchlichen Machtträgern nicht wenige Male ausgegrenzt wurde, doch zugleich erlebte und erlebe ich meine Kirche doch mehr in jenem positiven Sinn, den ich hier wiedergegeben habe. Ich bin beseelt von folgender Überzeugung: Die katholische Kirche in Österreich kann und könnte aufgrund ihrer ideellen und materiellen Ressourcen jene Kraft darstellen, welche sich im Bündnis mit „linken" sozialen und politischen Initiativen wirksam gegen rechts-populistische Tendenzen durchsetzt. Gerade im österreichischen Katholizismus gibt es auch die erfreuliche Tendenz, daß sich „rechte" Tendenzen nicht ohne weiteres entfalten können. Dies zeigt das Gedeihen von Medien im kirchlichen Raum, welche sich kritisch mit Rechtstendenzen auseinandersetzen, vor allem »Kirche intern« und das St. Pöltner »O. K.«. Dies zeigt auch der „Gottesvolk-Widerstand" gegen Funktionsträger, welche allzu autoritär auftreten. Das gibt Mut, denn zur positiven Veränderung von sozio-ökonomischen Strukturen und von ungerechten und ungleichen Macht- und Eigentumsverhältnissen ist es nicht hilfreich, in elitäre und heile Subkulturen auszuweichen. Progressive politische Kräfte in Österreich können sich um den Dialog mit Kirchenvertretern nicht herumdrücken, wenn für sie Progressivität mehr als ein Mäntelchen der Eitelkeit und Selbstdarstellung ist. Den Dialog von kirchenfernen revolutionären Geistern und Kirchenvertretern zu ermutigen und die oft noch zu versteckten radikaleren Seiten der Kirche aus dem Schatten zu holen, ist für mich ein Gebot der Stunde. ■

Dr. Klaus HEIDEGGER hat katholische Theologie studiert. Er ist Bildungsreferent von „Pax Christi".

Osmanische Wiedergeburt

Die türkische Rechte und die innenpolitische Entwicklung der letzten Monate

Günter KLODNER

Letzlich entscheidender Ordnungsfaktor der türkischen Politik und zugleich auch die verläßlichste Stütze der Rechten, die sich immer dann in das politische Geschehen eingeschaltet hat, wenn sie elementare Interessen der türkischen Bourgeoisie bedroht meinte, ist allen unbestreitbaren Veränderungen zum Trotz die türkische Armee geblieben.

Entgegen der Entwicklung etwa in den westeuropäischen Ländern, wo die Armeen nach Auflösung der Sowjetunion und den in der Folge eingetretenen Veränderungen des politischen Systems in den ehemaligen sozialistischen Ländern durch den Wegfall ihres bisherigen Hauptgegners an einer allgemeinen Legitimationkrise leiden, gibt es eine solche Entwicklung in der Türkei nicht. Dafür hat schon die türkische Regierung gesorgt, die die Armee und via Medien auch die Öffentlichkeit auf zwei Szenarien systematisch vorbereitete, in denen der Armee eine bedeutende Rolle zukommen sollte: Einerseits auf die verschärfte Bekämpfung der Kurden andererseits auf mögliche militärische Interventionen in den nun politisch gewendeten ehemaligen asiatischen Sowjetrepubliken mit turksprachiger Bevölkerung.

Die Rolle Özals

Der im April verstorbene Staatspräsident Özal war einer der vehementesten Vorreiter einer vorerst wirtschaftlichen, später jedoch auch politischen Allianz mit diesen, von ihm so gerne als Brudervölker bezeichneten turksprachigen Völkern, mit denen die Türkei geschichtlich gesehen einiges verbindet. Es gelang ihm vorerst auch, und zwar in einigen Ländern, wie etwa in dem an die Türkei angrenzenden Aserbaidschan, in Tadschikistan und in Usbekistan, durch massive Investitionen türkischen Kapitals und politischer Unterstützung führender Vertreter der antikommunistischen Opposition, die in diesen Ländern an die Macht gekommen ist, eine wichtige Rolle im politischen Geschehen dieser Länder zu spielen.

Nach Özals Vorstellungen sollte die Türkei Motor einer Wirtschaftszone werden, die vor allem die Region um das Schwarze Meer umfaßte. Mit der Schaffung der Schwarzmeerzone beabsichtigte die Türkei einerseits die Aufrechterhaltung der Handelsbeziehungen mit den ehemaligen sozialistischen Staaten, andererseits den Aufbau von Handelsbeziehungen mit den gewendeten Republiken im ehemaligen Sowjetasien, und zwar unter den neuen, für die Türkei äußerst günstigen Bedingungen, die natürlich auch die politische und wirtschaftliche Unerfahrenheit der gewendeten Republiken ins Kalkül zog. Der sich hier der Türkei anbietende Absatzmarkt hat tatsächlich riesige Dimensionen, birgt allerdings auch infolge der politischen Instabilität nicht unbeträchtliche Risken.

Als Haupterfolg in dieser Richtung konnte Özal eine im Jahr 1992 in Istanbul stattgefundene Konferenz von insgesamt elf Staaten, nämlich sechs Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres, wie der Türkei, Rußland, Ukraine, Bugarien, Georgien und Rumänien und fünf Nachbarstaaten der Türkei, wie Aserbaidschan, Albanien, Armenien, Moldawien und Griechenland, auf seinem Konto verbuchen. Auf dieser Konferenz wurde auch ein Abkommen beschlossen, welches die Gründung eines neuen, die elf genannten Staaten umfassenden, gemeinsamen Wirtschaftsraumes vorsieht, in dem der freie Personen-, Kapital-, Dienstleistungs- und Warenverkehr zwischen den Ländern gewährleistet wird. Wie sich jedoch bereits im vergangenen Jahr zeigte, stößt die Verwirklichung dieses Zieles auf erhebliche Hindernisse, da die Länder, die dieses Abkommen unterzeichnet haben, sehr unterschiedliche Interessen verfolgen und es deshalb auch schon zu bewaffneten Konflikten, wie etwa zwischen Armenien und Aserbaidschan gekommen ist beziehungsweise sich neue Konflikte, wie etwa zwischen Georgien und Rußland, abzeichnen. Im Juni ist es zwar zu einem neuerlichen Treffen auf höchster Ebene gekommen, im Rahmen dessen auch ein Gipfeltreffen vorbereitet wurde, doch der ursprüngliche Enthusiasmus, von dem gerade der türkische Staatspräsident Özal beseelt war, ist irgendwie verflogen.

Die Erwartungen der gewendeten Republiken

In der allgemeinen Orientierungslosigkeit, die nach dem Zerfall der Sowjetunion in den gewendeten Republiken vorherrschte, erschien die Türkei in Gestalt ihres wohlbeleibten Staatspräsidenten Turgut Özal vielen als der reiche Onkel aus dem Westen, von dem man sich ganz offensichtlich Wunderdinge erwartete. Özal seinerseits verstand es sehr gut, auf diesem Klavier die dort allgemein erwartete Melodie von der blühenden Zukunft, die der reiche Onkel aus dem Westen mit seiner finanziellen Unterstützung der maroden Volkswirtschaft bringen wird, zu spielen. Teilweise hat er jedoch auch die Rechnung ohne den noch immer mächtigen, wenn auch angeschlagenen Wirt, nämlich Rußland gemacht. In seinem geradezu missionarischen Eifer ist Özal dann auch zu weit gegangen, als er im Konflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien wegen der Enklave Karabach offen mit einer militärischen Intervention der Türkei zugunsten Aserbaidschans drohte und damit unvermeidlich auch mit den Interessen Rußlands, das traditionellerweise Armenien unterstützt, in Konflikt geraten mußte. Seit dem Sturz des Präsidenten Aserbaidschans, Elcibey, der einer der treuesten Verbündeten der Türkei war, und der Wiedereinsetzung des ehemaligen Vorsitzenden der KP Aserbaidschans, Haydar Alijew, als Parlaments- beziehungsweise Staats-

präsident Aserbaidschans, bei der Rußland eine nicht unbedeutende Rolle gespielt hat, gehen die Uhren jedoch wieder anders, und zwar nicht gerade nach Istanbuler Zeit. Und in dem Ausmaße, wie auch in anderen gewendeten Republiken, wie etwa in Turkmenien, wo der ehemalige Parteivorsitzende Safamurat Niyazov bei den Wahlen im Jahre 1992 den Sieg errungen hat, ehemalige Vorsitzende beziehungsweise wichtige Funktionäre der KP wieder in führende Positionen gewählt werden beziehungsweise nach teilweise blutigen Kämpfen an die Macht zurückkehren, schwinden auch die Chancen der Türkei auf eine Durchsetzung ihrer hochgesteckten wirtschaftlichen Ziele. Eines der Hauptziele der Türkei, nämlich die Errichtung einer Pipeline, die Erdöl aus dem Kaukasus in die Türkei befördert, ist deshalb ernstlich gefährdet.

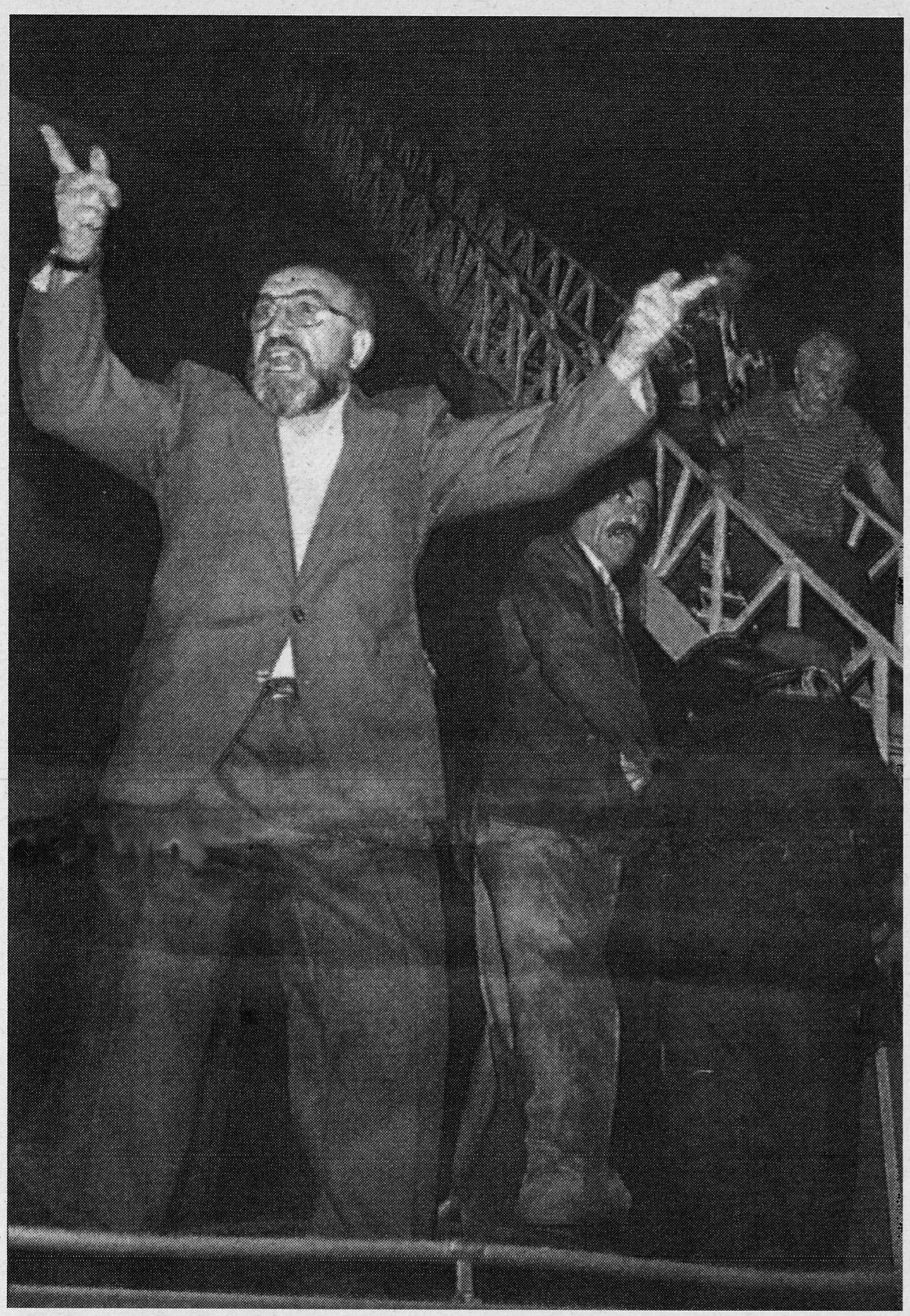


Foto aus »Milliyet«
Die Jagd des Anführers der Fundamentalisten auf Asis Nessin

Die politische Entwicklung der Rechten nach dem Militärputsch

Der Militärputsch am 12. September 1980 war Ausgangspunkt einer Entwicklung, die auch die rechte Parteienlandschaft sehr verändert hat. Gab es vor dem Putsch im wesentlichen nur jeweils eine große und bedeutende Rechtspartei, die sich allenfalls aus wahlarithmetischen Gründen die Unterstützung kleinerer nationalistischer Gruppierungen sichern mußte, so bildeten sich nach dem einige Jahre dauernden Zwischenspiel nach dem Putsch, in dem politische Parteien überhaupt verboten waren, mehrere rechte Parteien mit ähnlichen Programmen, die sich vor allem durch die scharfe Konkurrenz ihrer Parteiführer auszeichnen. Ähnlich wie etwa in Griechenland sind auch die türkischen Rechtsparteien vor allem mehr oder minder lose Interessen- und Wahlgemeinschaften, bei denen im Vordergrund die Beteiligung führender Funktionäre an wichtigen Ämtern steht, über die die Parteiführer infolge der Unterstützung durch führende Bank-, Industrie- und Wirtschaftskreise verfügen und die sie ihren treuen Anhängern sozusagen als Belohnung anbieten können.

Özal und die ANAP

Die erste nach dem Putsch im September 1980 wieder legal zugelassene Partei war die ANAP, die sogenannte Mutterlandspartei, eine Gründung Turgut Özals. Özal hatte schon in verschiedenen Rechtsregierungen vor 1980 eine gewisse Rolle gespielt, als Minister oder Staatssekretär, nicht jedoch als Parteiführer. Da Süleiman Demirel als Führer der größten Rechtspartei, der Gerechtigkeitspartei, von den Militärs genauso wie die Führer der Republikanischen Partei, Ecevit und der Nationalistenpartei, Türkes, ein politisches Betätigungsverbot bekam, schlug nun die große Stunde eines der treuesten Gefolgsmänner Demirels, nämlich Turgut Özals. Er wurde nach einem überwältigenden Wahlsieg, der freilich deutlich nach Wahlfälschung roch, als Führer der stärksten Partei zum Ministerpräsidenten gewählt. Kennzeichen seiner Politik war neben einem rigiden Antikommunismus eine fast schon blinde Amerikahörigkeit, auf die er seine Partei und deren Anhänger eintrimmte. Für die Militärs war er jedoch das demokratische Feigenblatt gegenüber dem Westen, das sie dingend benötigten. Denn mit einer Militärregierung konnte die Türkei, die mit Vehemenz nach Westen drängte und mit allen Mitteln versuchte, Mitglied der EWG zu werden, nicht viel Staat machen. In Zeiten der Medienherrschaft, in denen selbst Morde und Folterungen in den hintersten türkischen Dörfern nicht mehr so einfach zu verbergen sind, ergab sich die

Notwendigkeit zu subtileren Methoden der Unterdrückung von Regimegegnern, zumindestens dann, wenn die Gefahr bestand, daß seitens ausländischer Medien negativ über die Türkei und deren Unterdrückungsmethoden berichtet werden könnte.

Die Beziehung zwischen Özal und Demirel

Aus einer politischen Gefolgschaft zwischen Özal und Demirel entwikkelte sich allmählich eine erbitterte Feindschaft und Konkurrenz, bei der die beiden Politiker einander nichts schenkten. Demirel gründete im Jahre 1986 nach Aufhebung des über ihn verhängten politischen Betätigungsverbotes die Partei des rechten Weges. Bei den letzten Wahlen im Jahre 1992 wurde die Partei Demirels mit etwa 28 Prozent der abgegebenen Stimmen stärkste Partei. Zweitstärkste Partei, die ANAP hingegen, die nach der Wahl Özals zum Staatspräsidenten ihres stärksten Zugpferdes beraubt war beziehungsweise auch wegen der Verwicklung führender Funktionäre dieser Partei in diverse Skandale, konnte nur mehr 13 Prozent der Stimmen erringen.

Die Ziele der ANAP und der Partei des rechten Weges

In ihren Programmen unterscheiden sich beide Parteien nicht wesentlich. Sie sind auf eine Reprivatisierung und Entstaatlichung großer Betriebe der Schwerindustrie und der Banken orientiert, wobei ihnen Margaret Thatcher als großes Vorbild dient. Die Grundeinstellung ist bei beiden Parteien eine nationalistische, im Sinne Atatürks sind jedoch beide Parteien laizistisch orientiert. Daß in der Türkei nur ein Volk lebt und für ein anderes außer dem türkischen überhaupt kein Platz wäre, ist nach wie vor ein Dogma, an dem keine der beiden rechten Parteien zu rütteln bereit ist. Wobei vielleicht anfänglich Demirel größere Flexibilität gegenüber den Kurden gezeigt hat, bald jedoch genauso engstirnig und unerbittlich jedes Anzeichen einer politischen Organisierung der Kurden mit Vehemenz bekämpfte. Ein Umdenken in beiden Parteien ist überhaupt nicht in Sicht, wobei als Vorwand für den verschärften Einsatz des Machtapparates immer wieder Aktionen terroristischer Art herhalten müssen.

Die Wahlkoalition zwischen Fundamentalisten und Faschisten

Zum Schrecken vieler Türken und auch des Westens hat bei den Wahlen mit einer Stimmenanzahl von etwa 18 Prozent der abgegebenen Stimmen eine Wahlkoalition den zweiten Platz errungen, in der die fundamentalistische Wohlstandspartei den Ton angibt. Diese Partei verfolgt einen streng national-religiösen Kurs mit kritischer Distanz zum Iran und äußerst guten Beziehungen zum saudiarabischen Königshaus, von dem sie auch großzügige finanzielle Unterstützung erhält. Ziel der Partei ist die Schaffung eines islamischen Staates, einer islamischen Republik Türkei, wobei sie jedoch dieses Ziel im Gegensatz zu den Fundamentalisten im Iran nicht mit gewaltsamen Mitteln erreichen wollen, sondern mittels Wahlen. Die Wohlstandspartei anerkennt zwar die kemalistischen Errungenschaften, wendet sich allerdings auch gegen die Trennung von Staat und Religion. Die Wohlstandspartei verfolgte eine Art von integriertem Fundamentalismus, wobei freilich nicht außer acht gelassen werden darf, daß sich mit zunehmender Bedeutung der Partei die gesetzten Ziele und die angewendeten Methoden zu deren Erreichung deutlich radikalisiert haben, wobei auch gute Verbindungen zu offen terroristisch auftretenden Organisationen eine Rolle spielen dürften.

Die Partei von Alparslan Türkes

Den kleineren Koalitionspartner bildete die nationale Aufbruchspartei des berühmt-berüchtigten Exobersten und glühenden Verehrers Adolf Hitlers, Alparslan Türkes. Diese extrem nationalistische Partei mit deutlich faschistischen Zügen wurde zwar nur von etwa 3 bis 4 Prozent der Wähler gewählt, verfügt jedoch über ausgezeichnete Beziehungen zu allen rechten Parteien und hat einen nicht unerheblichen Einfluß auf führende Kreise des Militärs. Auch in Europa erlangte diese Partei nicht zuletzt durch das Attentat eines ihrer Mitglieder auf den Papst sowie durch die zahlreichen Morde und Attentate auf Demokraten und linke Politiker, zumeist ausgeführt von der Kampftruppe der Partei, den grauen Wölfen, traurige Berühmtheit. Die Partei und ihr Führer Türkes verfügt auch über gute Kontakte zu nationalistischen Kreisen in Aserbaidschan, so daß sich sogar der türkische Staatspräsident Demirel genötigt sah, bei einer offiziellen Staatsvisite in Aserbaidschan Türkes als Anbahner wichtiger Kontakte mit diesen Kreisen zu benutzen und ihn als Vertrauten bei der Staatsvisite mitzunehmen. Doch darin erscheint Demirel überhaupt Meister zu sein, denn er hat sich eigentlich nie gescheut, auf die Dienste dieser extremistischen Kreise zurückzugreifen, soferne dies seinen Zielen diente.

Die politische Situation nach dem Tode Özals

Der plötzliche Tod des türkischen Staatspräsidenten Özal im April kam den verschiedenen Flügeln in der Partei des rechten Weges beziehungsweise der ANAP, die sich auch bisher schon vehement bekämpften, ziemlich ungelegen, und ein neuer Streit um das wichtigste Amt im Staate brach aus. Am meisten ungelegen kam der Tod Özals jedoch Demirel, der in den letzten Monaten dank der Hilfe des Parlaments erfolgreich an der Beschneidung der Macht des Staatspräsidenten gearbeitet hatte und sich nun in die ungeliebte Rolle des Kronprinzen gedrängt sah. Verschiedene Namen als Repräsentanten der diversen rechten Flügel, wie etwa der Parlamentspräsident Cindoruk oder der ehemalige Außenminister Mesut Yilmaz von der ANAP wurden als ernst zu nehmende Kandidaten genannt. Das Rennen machte jedoch, und zwar als einziger Kandidat im zweiten Wahlgang, unangefochten Demirel.

Der Aufstieg Tansu Çillers

Nach der Bestellung Demirels zum Staatspräsidenten entbrannte schließlich ein um so heftiger Kampf um die Führung in der Regierungspartei und das Amt des Ministerpräsidenten. Das Rennen machte nicht einer der gestandenen Politiker mit Hausmacht, sondern die politische Newcomerin und ehemalige Ökonomieprofessorin an der Bosforus-Universität, Tansu Çiller. Ihr Aufstieg ist allerdings überraschend, da sie nicht einmal drei Jahre lang in der Politik tätig ist. Außer an der Bosforus-Universität war sie auch einige Jahre in den USA als Managerin und Immobilienmaklerin tätig, wobei sie sich ein Vermögen von mehreren hundert Millionen Schilling erwirtschaftet haben soll. Çiller ist si-

cherlich eine überaus intelligente und gewandte Vertreterin einer neuen Art von türkischen Politikern, die meistens, bevor sie Politiker wurden, wichtige Posten in der Wirtschaft innehatten. Auch die Tatsache, daß zum ersten Mal in der Geschichte der Türkei eine Frau dieses wichtige Amt einnimmt, in einem noch immer sehr stark patriarchalisch orientierten Land, mag von gewisser Bedeutung sein.

Dennoch hat sich schon nach kurzer Zeit, in Zusammenhang mit der Bekämpfung der PKK beziehungsweise mit den Ereignissen in Sivas gezeigt, daß Çiller auch nur eine getriebene Politikerin ist, die das Spiel der Rechten und der verstärkt wieder in Erscheinung tretenden Militärs spielt.

Die Ereignisse von Sivas

In der osttürkischen Stadt Sivas, die hauptsächlich von Alewiten bewohnt wird, fand im Juni ein Kongreß zu Ehren des berühmten Alewi-Dichters Pir Sultan Abdal statt, den der türkische Sultan Süleiman der Prächtige im 16. Jahrhundert verbrennen ließ. An diesem Kongreß nahmen führende Vertreter der türkischen Literatur teil, unter ihnen auch der berühmte Dichter und Satiriker Asis Nesin. Gerade gegen ihn, der die Satanischen Verse des Salman Rushdie ins Türkische übersetzt hat, traten fundamentalistische Kreise mit Vehemenz auf. Unbehelligt von der Polizei konnten sie vor dem Hotel, in dem die Tagungsteilnehmer versammelt waren, demonstrieren. Nicht einmal der sonst übliche Sicherheitskordon wurde vor dem Hotel aufgezogen. Die stundenlang andauernden Demonstrationen eskalierten schließlich und als die ersten Molotowcocktails geworfen wurden, war es bereits zu spät, da sich das Feuer infolge der zahlreichen, leicht brennbaren Materialien im Hotel in Sekundenschnelle ausbreitete. Die herbeieilenden Feuerwehrmänner wurden von den fanatischen Demonstranten daran gehindert, den im Hotel eingeschlossenen Kongreßteilnehmern zu Hilfe zu kommen, das Hotel brannte schließlich gänzlich aus. Es gab 37 Todesopfer. Eine besondere Pikanterie ist ein von einem Pressefotografen aufgenommenes und in fast allen türkischen Zeitungen veröffentlichtes Foto, das den Fraktionsvorsitzenden der nationalreligiösen Wohlstandspartei im Stadtrat von Sivas zeigt, wie er gerade schreiend und auf Asis Nezin einschlagend einen Feuerwehrmann daran hindern möchte, Nezin aus den Flammen zu retten. Asis Nezin hatte unwahrscheinliches Glück, da es dem erwähnten Fanatiker gelang, ihn vom Feuerwehrwagen hinunterzustoßen. Bereits blutüberströmt und mit schweren Verletzungen an Armen und Beinen gelang es der Polizei im letzten Augenblick, ihn in ein Spital zu transportieren und ihn so vor der Lynchjustiz des Mobs zu retten.

Die Urheber des Brandanschlages

Aufgrund von Zeitungsrecherchen konnte eindeutig festgestellt werden, daß der Brandanschlag eine von langer Hand vorbereitete Aktion war. Sowohl der Provinzgouverneur als auch die verantwortlichen Polizeioffiziere wußten seit Monaten, daß seitens fundamentalistischer Kreise eine Provokation geplant war. Auf Flugblättern wurde offen zur Ermordung Asis Nezins und der anderen Kongreßteilnehmer aufgerufen, ohne daß sich etwa ein Staatsanwalt oder die Polizei darum kümmerte. Daß dann der verantwortliche Provinzgouverneur und einige höhere Polizeifunktionäre zurücktraten, ändert nichts an der ganzen Ungeheuerlichkeit, was da unter Duldung, ja Mittäterschaft des Machtapparates geschehen ist. Traurig und absurd nur der Kommentar Cillers und einiger anderer Politiker vom Schlage eines Inönü, die sinngemäß meinten, dem Volk sei ohnehin nichts passiert, man könne wieder zur Tagesordnung übergehen.

Die politischen Folgen von Sivas

Beim Begräbnis der Opfer nahmen mehr als 250.000 Menschen teil, auch in Istanbul und in Izmir kam es zu Demonstrationen mit mehreren hunderttausend Teilnehmern. Die empörte Menge pfiff die teilnehmenden Regierungsvertreter aus und gab der Regierung schuld am Tode der Schriftsteller. Alewitische Organisationen riefen zur Bewaffnung und zur Belagerung von Sivas auf, was im letzten Moment seitens besonnener Kräfte verhindert werden konnte, die ein Einschreiten der Armee und damit weitere Todesopfer verhindern wollten. Was die ganze Situation so gefährlich macht ist der hinter dem Konflikt schwelende Streit zwischen verschiedenen religiösen Strömungen. Denn die Alewiten sind eine den Schiiten verwandte Glaubensgemeinschaft, die in ihrer Mehrheit demokratisch orientiert sind und traditionell Parteigänger der Linken, wogegen die verschiedenen islamistischen, fundamentalistischen Strömungen so wie die Mehrheit der türkischen Bevölkerung Sunniten sind, die politisch zu den rechten Parteien, wie eben zur Wohlstandspartei und der Partei Türkes tendieren.

Auch die Kurden sind mehrheitlich Alewiten beziehungsweise Schiiten, so daß sich zusätzlich zu den seit jeher bestehenden nationalen Gegensätzen mit ihnen auch noch religiöse Divergenzen ergeben.

Die Perspektiven der Türkei

Die derzeitige politische Situation der Türkei ist eine äußerst kritische. Trotz eines von der PKK anläßlich des Todes von Staatspräsident Özal einseitig ausgerufenen Waffenstillstandes zeigte die türkische Regierung und auch Staatspräsident Demirel keinerlei Anzeichen einer Gesprächsbereitschaft mit der PKK beziehungsweise mit anderen kurdischen Widerstandsorganisationen. Die Militäraktionen gegen die PKK wurden vielmehr intensiviert, offensichtlich in der Erwartung, daß die PKK nun total vernichtet werden könnte. Der Waffenstillstand endete schließlich mit dem Angriff auf einen Militärbus, bei dem 32 Soldaten getötet wurden. Angeblich soll dieser Anschlag von einer Splittergruppe der PKK ausgegangen sein, die mit dem Kurs des Führers der PKK, Abdullah Özalan, hinsichtlich des einseitigen Waffenstillstandes nicht mehr einverstanden war. Dagegen spricht, daß eine solche Aktion überhaupt nicht im Interesse der PKK, sondern vielmehr ausschließlich im Interesse der Regierung lag, die damit wieder einen neuen Anlaß für Aktionen gegen die PKK hatte. Weitere Attentate gab es in Antalya und in Kusadasi, zwei bekannten Badeorten, die auch von zahlreichen ausländischen Touristen frequentiert werden.

Auch dafür sind die Urheber nicht eindeutig festzustellen, obwohl Özalan gegenüber einigen westeuropäischen Zeitungen vor einigen Monaten Attentate gegen Touristenzentren angekündigt hatte, wurde die Verantwortung dafür seitens der PKK, und zwar entgegen der in solchen Fällen üblichen Praxis, nicht übernommen. Ein gehöriges Maß an Skepsis, was

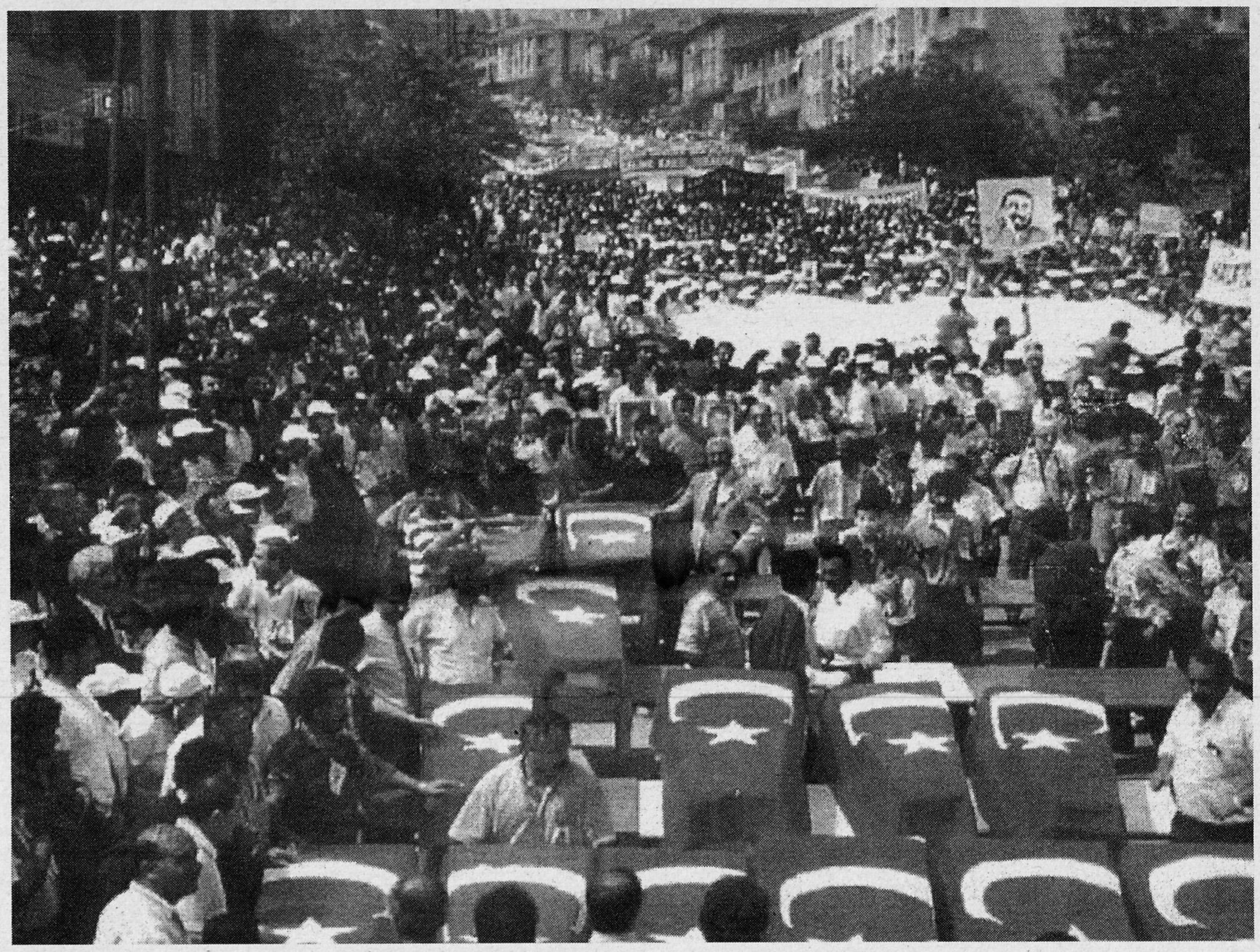


Foto aus «Hürriyet«. Begräbnis der 37 Opfer von Sivas

die Schuldzuweisung betrifft, scheint daher angebracht zu sein und es ist nicht auszuschließen, daß hinter einigen dieser blutigen Aktionen die von den Machthabern geförderten Contragueriallaes stehen.

Seitens des Obersten Gerichtshofes wurde die einzige legale Kurdenpartei, die HEP, wegen ihrer angeblichen Unterstützung der PKK als verfassungsfeindlich verboten und ihrer 16 Parlamentsmandate für verlustig erklärt. Wie sich daraus zeigt, ist in der heutigen Türkei nicht einmal mehr die legale Organisierung von Kurden geduldet, soferne diese zu einer Versöhnung zwischen Kurden und Türken beziehungsweise zu einem friedlichen Dialog mit der PKK auffordern.

Die Lebensumstände der Kurden in den Großstädten

Eine besondere Gefährlichkeit der innenpolitischen Lage ergibt sich dadurch, daß fast 40 Prozent der kurdischen Bevölkerung aus ihrer angestammten Heimat im Südosten der Türkei vertrieben wurde und gezwungen war, sich im Westen in Großstädten wie Istanbul, Ankara und Izmir niederzulassen, wo mittlerweile schon insgesamt etwa 8 Millionen Kurden in ghettoähnlichen Behausungen, den Gecekondos, leben. Der Haß gegen die Kurden wird systematisch von Regierung und Massenmedien geschürt, so daß die Gefahr eines Massakers an Kurden von seiten türkischer Extremisten fundamentalistischer oder faschistischer Richtung konkret gegeben ist.

Auch der Koalitionspartner der Partei des rechten Weges, die sozialdemokratische Partei unter Inönü, hat sich völlig diskreditiert, da sie gegenüber den Kurden eine ähnlich chauvinistische und intransingente Politik wie ihr größerer Regierungspartner verfolgt.

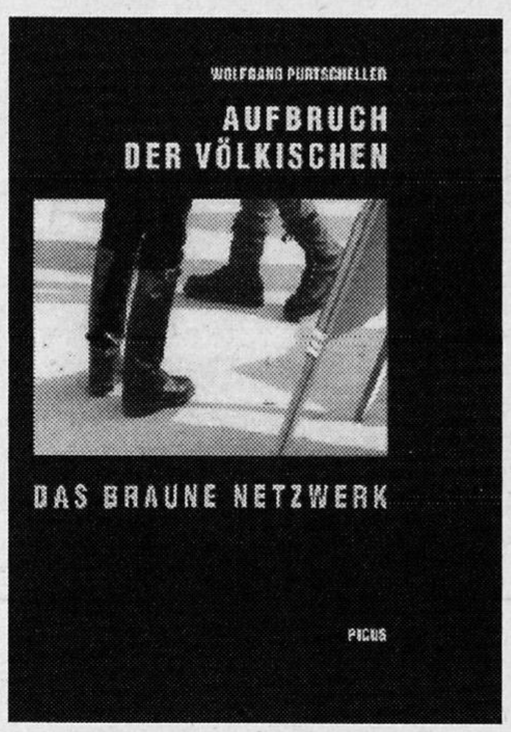
Wenn auch die Berechtigung zu bewaffneten Aktionen gegen den bewaffneten Machtapparat zumindest im Südosten der Türkei, wo es durch Militär und Polizei zu einer beispiellosen Unterdrückung und Drangsalierung der kurdischen Bevölkerung gekommen ist, gegeben ist, verkennt die PKK ganz offensichtlich die wahren Machtverhältnisse. Dies sollte ihr, nachdem sie im letzten Jahr durch den Verrat und das Zusammenspiel der Barzani-Gruppe mit der türkischen Regierung nur knapp und dank der Hilfe des irakischen Kurdenführers Talabani der vollständigen Vernichtung entgangen ist, allmählich klar werden. Nicht mit nationalistischen Parolen können die Probleme der Türkei gelöst werden, sondern durch den gemeinsamen Kampf der Türken und Kurden um eine wirkliche Demokratisierung der Türkei. Parallel dazu müssen international die Aktionen gegen die türkischen Machthaber zur Verhinderung weiterer Massaker an den Kurden verstärkt werden. ■

Dr. Günter KLODNER ist Jurist. Er befaßt sich seit Jahren eingehend mit der türkischen Innen- und Außenpolitik.

Wenn Zecken beißen

Wolfgang Purtscheller, Aufbruch der Völkischen. Das braune Netzwerk, Picus-Verlag, Wien 1993, 448 Seiten, 360 Schilling.

„Zecken" nennen Nazis die lästigen AntifaschistInnen, insbesondere aus dem autonomen Spektrum. Eine derartige, „geeichte Zecke" (Selbstbezeichnung) ist Wolfgang Purtscheller, freier Journalist und profunder Kenner der Naziszene in Österreich und der BRD. Er hat die Ergebnisse jahrelanger Recherchen nun in Buchform zusammengefaßt: „Aufbruch der Völkischen" ist ein Buch über den „*subjektiven* Charakter der Rechtswende" (S. 15) und demnach kein weiterer Beitrag zur boomenden Ursachenforschung in Sachen Rechtsextremismus. Diese beschäftigt ja mittlerweile Kompanien von WissenschaftlerInnen, welche Rechtsextremismus in marginalisierten Jugendlichen festmachen und an sozialtechnologischen Rezepten zur Wiederherstellung einer gesellschaftlichen Normalität arbeiten. Aber genau dieser Normalität der kapitalistischen Gesellschaft, „die Krieg und Faschismus so naturgesetzmäßig in sich trägt wie die Wolke den Regen" (S. 20), ist der Kampf anzusagen. Rechtsradikalismus ist keine entfremdete Form von Protest von sogenannten ModernisierungsverliererInnen, kein Randphänomen, sondern „vorrangig eine ziemlich rabiate Methode, die Auswirkungen des Kapitalismus bis zu ihrer äußersten Konsequenz zu steigern" (S. 15).
Purtschellers Buch soll also einerseits verdeutlichen, inwieweit „rechtsextremistische Denkmuster zur ‚ostmärkischen' Normalität gehören" (S. 15) und daß „Neonazis als bewaffneter Arm der Stammtische" (S. 386) zu begreifen sind. Andererseits steht dahinter die Absicht „gängige neonazistische Mythen in ihrer unerträglichen Verlogenheit und schrankenlosen Bigotterie zu entlarven" (S. 14). Der Autor bietet daher keine „Einsichten in die Psyche der Agitationsobjekte" (S. 16), sondern in die Ideengebäude und Organisationsstrukturen der Nazi-Kader. Dem Falter- und Standard-Journalisten Purtscheller gelang mit „Aufbruch der Völkischen" eine umfassende Darstellung der österreichischen Naziszene seit 1945, nicht ohne deren zahlreichen Verbindungen ins Ausland an zentraler Stelle zu behandeln. Entgegen jener vorherrschenden Tendenz, die rechtsextremen Aktivitäten als Ausflüsse unorganisierter Wirrköpfe abzutun, zeichnet er akribisch die Fäden im braunen Netzwerk nach. So versteht sich das Buch auch „als Polemik – vorrangig gegen jene, die das Problem herunterspielen, verharmlosen, ignorieren" (S. 14).
Die Geschichte des österreichischen Neonazismus begegenet dem/der gebannten LeserIn hier als eine Geschichte des staatsbürgerlichen und juristischen Hinwegsehens über die *Anfänge,* denen zu wehren bei jeder Gelegenheit gelobt wird.
Aber es ist auch die Geschichte des militanten antifaschistischen Widerstandes, der mit diesem Buch zu seinem Recht kommt.
Purtscheller beginnt seinen Einstieg ins Gruselkabinett alter Kameraden und geschlitzter Burschenschafter, neurechter TheoretikerInnen und wehrsportgeübter Schläger 1945, als sich das ganze Land selbst „entnazifizierte", als jenes unrühmliche Buhlen um die Nazis einsetzte, bei dem nicht einmal die KPÖ abseits stehen wollte und daher „Ehemalige" in ihrer „Nationalen Liga" sammelte. In diese Zeit fallen auch die Reorganisationsversuche des „Dritten Lagers": Fluchthilfe für Kriegsverbrecher, erste terroristische Gehversuche, Etablierung einer Wahlpartei zunächst in Form der VdU (Vereinigung der Unabhängigen) usw. Ebenfalls damals begann die Karriere einer der wichtigsten Persönlichkeiten des heimischen Rechtsextremismus, Norbert Burger. Im Verlauf der Lektüre trifft mensch immer wieder auf den Burschenschafter, RFS-Funktionär, Südtirolterroristen, NDP-Gründer und Präsidentschaftskandidaten Burger, der sich die Integration des braunen Lagers zum Ziel setzte. Anhand des Auffliegens der Terrorgruppe rund um Ekkehard Weil, die 1981/1982 mit Anschlägen von sich reden machte, beschreibt Purtscheller die Zäsur im heimischen Neonazismus: Burger, der die Behörden auf die richtige Spur brachte, hat sich damals staatstragend ins out manövriert. In den Startlöchern warteten schon seine Nachfolger Honsik, Küssel und Co., die von nun an in der rechtsextremen Szene das Sagen hatten. Ab jetzt wurde weniger versucht, eine einheitliche, braune Wahlpartei zu etablieren, als – den Zeichen der Zeit entsprechend – „Bewegungen" mit Initiativencharakter. Abgesehen von vereinzelten, ziemlich erfolglosen Kandidaturen wie die der „Ausländer-Halt-Bewegung", setzten sie vermehrt auf „inhaltliche Arbeit", wobei der Revisionismus (vor allem in



Ochensbergers »Sieg« und Honsiks »Halt«) und der „Kampf" gegen eine „Umvolkung" (sozialdemagogisch geführt vor allem in den »Fakten«) im Vordergrund stand und steht.
Im „intellektuellen" Nazi-Blatt »Kritische Studentenzeitung« war im Dezember 1991 zu lesen: „Zur politischen Strategie vertreten wir den grundsätzlichen Standpunkt, daß es wenig Sinn macht, kleine radikale Gruppen die gegen die Überfremdung ankämpfen bei Wahlen zu unterstützen. Die dafür abgegebenen Stimmen sind – wie auch die jüngsten Erfahrungen zeigen – verlorene! Besser und taktisch klüger ist es, die Gegenargumente in die bestehenden Parteien hineinzutragen und so einen allmählichen Umdenkprozeß zu erzwingen." (»Kritische Studentenzeitung«, Nr. 33, S. 3)
Die Anfang der achtziger Jahre einsetzende „Zersplitterung" der Naziszene wird von Purtscheller zu Recht als „Stategie" bewertet.
Trotz der heftigen Machtkämpfe und der Eifersüchteleien innerhalb des organisierten Neonazismus, ist diese „Zersplitterung" mehr die Antwort auf verstärktes Interesse der Exekutive und eine gezielte Diversifikation* des rechten Angebots. Die deutsche „Nationalistische Front" (NF) bzw. die „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF) haben die Parole für die rechte Zukunft ausgegeben: Infiltration, Tanz auf allen braunen Hochzeiten ...
Auch in Österreich gelang es, „die NF-inspirierte Linie überaus elastisch und effektiv umzusetzen: das rechtsextreme Spektrum ist scheinbar zersplittert und doch geeint, äußert sich militant und/oder moderat, publiziert legal (»Fakten«, »Aula«, »Identität«, »Der Hobel«, »Kritische Studentenzeitung«, »Nation«, »Kommentare zum Zeitgeschehen«, »Neue Richtung«) und/oder illegal (»Sieg«, »Halt«, »VAPO-Sturmfahne«), organisiert und infiltriert nach Herzenslust, unterstützt FPÖ-Volksbegehren und Anti-Verbotsgesetz-Bürgerinitiativen, vernetzt und zerstreitet sich, um anderntags unter neuem Firmenlogo wieder vereint dem alten Trott nachzugehen, delegiert Ehefrauen und (andere) alte Kameraden in Landtage, wirft sündteure Bücher über billige Emotionen zu

* Diversifikation: Abwechslung, Mannigfaltigkeit; in der Wirtschaft: Ausweitung des Tätigkeitsbereiches eines Unternehmens auf neue Produkte, Märkte, usw.)

Staffelpreisen (‚Warnung vor EG-Europa', ‚Fremde in Österreich') auf den Markt, hält ‚Gästewochen' und ‚Politische Akademien' ab, besucht oder meidet Wiederbetätigungsprozesse, Kameradschaftsabende, Wehrsportübungen, Julfeiern und Begräbnisse verdienter Kameraden" (S. 366).
Auch wenn „die Botschaft, daß Jörg Haider ein Rechtsextremist sei, bloß am Rande aufgewärmt wird" (S. 14) und die FPÖ nicht zentraler Gegenstand des Buches ist, verortet sie Purtscheller gemäß ihrer ideologischen Funktion und den zahlreichen personellen Verbindungen im braunen Netzwerk. Insbesondere am Beispiel des rassistischen Traumes von einem „Ausländervolksbegehren", den schon NDP und ANR-Nazis träumten, und den die FPÖ Wirklichkeit werden ließ, wird deutlich, wie sehr rechtsextremes Gedankengut heute gesellschaftlich etabliert ist – umsomehr, wenn mensch die Reaktionen von VertreterInnen der Regierungsparteien auf „Österreich zuerst" bedenkt.
Wolfgang Purtscheller gelang mit „Aufbruch der Völkischen" ein packendes Buch, das sich streckenweise wie ein Thriller liest. Es besticht mit einer Fülle von gewissenhaft recherchierten Fakten und gewährt darüber hinaus Einblicke in die krude Gedankenwelt alter und neuer Nazis. Der Autor liefert ein Stück aktueller Zeitgeschichte für ein breites Publikum. Ein umfassendes Personen- und Organisationsregister macht es gleichzeitig zum unverzichtbaren Nachschlagwerk für all jene, die in antifaschistischen Kämpfen stehen.
Purtscheller ist weder Wissenschafter noch Sozialpädagoge. Er ist Journalist und vor allem Antifaschist: das Resultat ist ein grandios-menschliches Buch, geschrieben „mit Genauigkeit, aber auch mit Zorn" (S. 15).
Daß dabei auch beißender Spott nicht zu kurz kommt, macht „Aufbruch der Völkischen" zusätzlich lesenswert. ■

Herbert Schiedl

„Der Zivilcourage gewidmet"

Michael Schmidt, Heute gehört uns die Straße. Der Inside-Report aus der Neonazi-Szene. Mit einer Einleitung von Ralph Giordano, Econ-Verlag, Düsseldorf 1993, 398 Seiten, 311 Schilling.

Der Zivilcourage widmet Michael Schmidt sein Buch, – der Zivilcourage, die ja „in Deutschland – dem Land der Unterwerfungslust – ein Fremdwort geblieben und keine Eigenschaft des Sozialcharakters geworden ist" (Wilfried Gottschalch). Umso mehr Zivilcourage hat der Autor bewiesen, der in bester Wallraff-Tradition einzigartige journalistische Recherche geleistet hat.
„Da hat sich einer buchstäblich in die Höhle des Löwen gewagt, hat körperliche Unversehrtheit und seelisches Gleichgewicht aufs Spiel gesetzt und – ist fündig geworden: Michael Schmidt hat ein Buch über den deutschen Rechtsextremismus geschrieben, von dem ich überzeugt bin, daß es lange nachhallen wird", (S. 9) meint der jüdische Schriftsteller Ralf Giordano, der im vergangenen Herbst Morddrohungen aus rechtsextremen Kreisen ausgesetzt war, in seiner Einleitung zum Buch.
Michael Schmidt, Anfang dreißig, aufgewachsen in Berlin, hat sich nie besonders für Politik interessiert. Er arbeitete als freier Filmjournalist, machte seine „gut bezahlten Werbefilmchen", schrieb an Drehbüchern mit, und „er habe früher schon mal die CDU gewählt – ‚wegen der Finanzpolitik'". (Zit. nach Bernhard Pörksen: „Hallo Kamerad Schmidt. Heil Hitler!", Reportage in »Freitag«, 7. 5. 1993)
Ein politisches Erweckungserlebnis sollte sein Bewußtsein, sein Leben von Grund auf ändern: „Neonazis: Im Herbst 1988 begann ich ganz zaghaft, mich für dieses Thema zu interessieren. Ein halbes Jahr später gab es kein anderes Thema mehr für mich." (S. 27) Durch Zufall bekommt der Autor den Hetzfilm über die Pogrome, die „Reichskristallnacht", „Der ewige Jude" zu sehen, in dem Juden als Ratten dargestellt werden, die ausgerottet werden müssen.
Schmidt ist erschüttert und beschämt. Das Thema läßt ihn nicht mehr los. Nach reichlicher Lektüre über das Dritte Reich und über die aktuelle Rechtsradikalenszene beschließt er, einen Film über die Neonazis zu drehen. Schmidt nimmt Kontakt mit dem mittlerweile an Aids

verstorbenen Michael Kühnen auf, der ihm bereitwillig die Tore zur Neonazi-Szene öffnet. Schmidt recherchiert und filmt zweieinhalb Jahre lang. Er lebt als einer von ihnen; obwohl sich nicht hundertprozentig sicher, erliegen die „Führerpersönlichkeiten" alle ihrer Wunschvorstellung, Schmidt sei ein Sympathisant – und welcher Neonazi kann sich eine solche Chance der Publicity entgehen lassen. So gelang es dem Journalisten, bislang ungehörte „Geständnisse" ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen, die die Neonazis mit erstaunlicher Offenheit und neuerwachtem Selbstbewußtsein preisgeben.
1991 entsteht der Film „Wahrheit macht frei", den vorerst keine deutsche Fernsehanstalt produzieren und senden will. „Langweilig, nichts Neues", lautet der Kommentar. Erst über die Chefredakteurin des schwedischen Fernsehens gelingt die Verarbeitung des Films, der mittlerweile in 16 Ländern gezeigt wurde – in Deutschland erst nach langem Zögern und bisher nur auf regionalen Sendeplätzen im Spätabendprogramm.
Als Reaktion darauf meldet sich ein französischer Verlag bei Michael Schmidt mit dem Vorschlag, doch ein Buch zu schreiben. Obwohl – körperlich und seelich erschöpft und völlig ausgelaugt – er am liebsten die ganze Sache ad acta legen wollte, nimmt er sich dieser Aufgabe an. Im Ausland, im Untergrund versteckt – in Deutschland trachten noch mehr Rächer als sonstwo nach seinem Leben – entsteht vorliegendes Buch, das vor ein paar Monaten in fünf europäischen Ländern und in den USA erschienen ist. In weiteren Ländern wird die Publikation vorbereitet.
Der Autor betont, „daß dieses Buch keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann und will. Es handelt sich um einige Fäden in einem riesigen Netzwerk; niemand hat ‚alles' gesehen. Was ich gesehen habe, reicht mir allerdings, um gelegentlich aus Alpträumen hochzuschrecken." (S. 27)
Im ersten der drei Teile des Buches „In der Szene" wird diese dargestellt. Da Schmidt einen Großteil der zweieinhalb Jahre, die seine Recherche dauerte, immer wieder mit denselben Neonazis verbrachte, gelang es ihm, nicht nur deren politischen Zielsetzungen auf den Grund zu gehen, sondern er schildert auch sehr anschaulich, die psychische, die menschliche Seite seiner Feinde.
Vom rechtsextremen Fußvolk über die neuen, jungen „Führer" Kühnen, Küssel, Worch, Sonntag, Hainke bis hin zu den alten Nazis Otto Riehs, Otto-Ernst Remer, der 1944 den Aufstand gegen Hitler niederschlug, Ernst Zündel, den deutsch-kanadischen Propagandaexperten, Thies Christophersen, den Verfasser der „Auschwitz-Lüge" und vielen anderen, reichen Schmidts Kontakte. Was da in der Öffentlichkeit gerne als zerstrittene, in viele kleine Splittergruppen aufgeteilte Neonazi-Szene heruntergespielt wird, entpuppt sich als einzige „große Familie", in der sich auch jung und alt, Skinheads und „seriöse" Altnazis blendend verstehen. „Die Organisa-

tion der Nazis ist und bleibt die NSDAP." Alle anderen Organisationen, Vorfeldorganisationen „existieren doch nur, weil die NDSAP illegal ist und so auf ‚legalem' Weg weiterbetrieben wird." (S. 85) Angestrebt wird die legale Machtergreifung mit anschließender Aushebelung des Grundgesetzes nach Artikel 146. Die nach der Nazi-Diktatur geschaffene Verfassung – wodurch eine Wiederholung der Terrorherrschaft für immer unmöglich gemacht werden sollte – enthält den Artikel 146, der für die Neonazis einen parlamentarischen „Ausweg" bieten könnte. Er wurde ursprünglich für den Fall der Wiedervereinigung geschaffen; man kann ihn aber auch anders interpretieren. Er lautet: „Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die vom deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen wird." (S. 83f.) Für die Neonazis ein Hoffnungsartikel. Vorerst ist neben den zahlreichen Splittergruppen (z. B. Nationale Sammlung, Nationale Liste, Nationale Offensive, Freiheitliche Arbeiterpartei) die NSDAP-AO, kurz AO für Auslands- und Aufbau-Organisation, die wichtigste Organisation; eine illegale Untergrundorganisation mit offiziellem Sitz in Lincoln/Nebraska. „Eine NSDAP-Auslandsorganisation gab es bereits im Dritten Reich, wie Kühnen stolz hinzufügt. (...) Die AO ist in ein ‚Zellensystem' gegliedert. Das bedeutet, daß sich die Mitglieder untereinander zumeist nicht kennen. Wie in einem Geheimbund wird auch der Kontakt zur ‚Zentrale' nach Lincoln gehandhabt." (S. 84)

Bei der ersten großen Neonazi-Versammlung, der der Autor in Bonn 1990 beiwohnte, bei der sich etwa hundert Extremisten – Skinheads wie Altnazigrößen – in trauter Einheit versammelten, hatte Schmidt das Gefühl, „in einer anderen Welt zu sein. In einer Welt, von deren Existenz ich bis vor einem Jahr noch gar nichts wußte. Hier wird Hitler verehrt, und das allen Ernstes. Im geheimen, verschworenen Kreis verfolgt man nur ein Ziel: die Zerstörung der Demokratie und die Wiederaufrichtung der Diktatur. Mit allen Mitteln und mit aller Kraft. Da ist keine verwirrte Romantik, das ist knallharte Überzeugung." (S. 90)

Detail- und hintergrundreich werden nicht nur Zusammenrottungen beschrieben, sondern auch das Agieren nach Außen, die Aufbauarbeit, vor allem in der Ex-DDR, und die Rolle der Polizei – vielfach als Helfershelferin der Neonazis – die der Autor selbst miterlebt hat. Zum Beispiel am 20. Oktober 1990, wenige Tage nach der Wiedervereinigung Deutschlands findet in Dresden der erste neonazistische Aufmarsch im Osten Deutschlands statt. Nachdem Polizeihauptkommissar Klaus Wunsch – der angeblich keine Neonazis und keine Hitlergrüße wahrnehmen will, die direkt vor seinen Augen zu sehen sind – mit Michael Kühnen und Rainer Sonntag den „Versammlungsschutz" bespricht (Wunsch: „Da können Sie Ihre Versammlung abhalten. Dann würden wir Ihnen denselben Weg wieder zurück anbieten. Wenn Sie damit einverstanden sind." S. 120), marschieren fünfhundert Neonazis unter massivem Polizeischutz zur Semper-Oper. „Karsten Wolter marschiert mit seiner Reichsflagge so dicht hinter den Polizisten, daß man den Eindruck hat, die Fahne werde von den grünuniformierten Ordnungshütern selbst geschwenkt. Diese Provokation, bei der sogar Christian Worch Bedenken hat (‚Ich weiß ja nicht, ob das nicht bißchen zu dick ist'), wird von den Ordnungshütern nicht beachtet – vielleicht sogar nicht als solche empfunden." (S. 121)

Parolen wie „Deutschland den Deutschen! Ausländer raus!", „Breslau, Königsberg, Stettin – deutsche Städte wie Berlin!", „Wir wollen keine Judenschweine!" hallen durch Dresden, und die Polizei schützt die Demonstranten vor möglichen Störern. Skinheads scheren aus der Demo aus und gehen „Fidschis klatschen", das heißt sie schlagen wahllos Menschen zusammen die irgendwie asiatisch aussehen.

Aus Rostock gibt es sogar ein Polizeiprotokoll, in dem steht, „daß die Polizei ein Abkommen mit den Störern habe und daß sie sich vor Ort nicht sehen lassen dürfen!" (S. 238) Schlußfolgerung der eingehenden Beobachtung der „Szene" ist ihre Homogenität, ihr internationales Bestorganisiertsein und ihre Konsequenz, mit der sie die Abschaffung der Demokratie und die Wiedererrichtung des Nationalsozialismus verfolgen. Keine Spur von isoliert agierenden Einzeltätern oder sinnlos herumschlägernden Jugendlichen, wie sie in der Öffentlichkeit gerne dargestellt und gesehen werden.

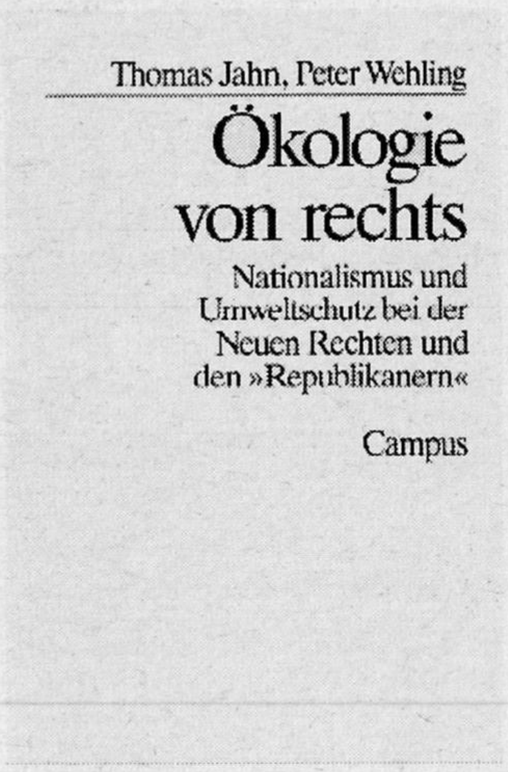
Im zweiten Teil „Zur Lage der Nation" (der deutschen Nation) gibt es eingehende Analysen über die nicht stattgefundene Entnazifizierung nach 1945, über das Kokettieren einzelner gegenwärtiger Politiker mit nationalsozialistischem Gedankengut: über „Zeichen" und „symbolische Akte", mittels denen man sich verständigt, über den „Pakt" zwischen Exekutive und Medien (auch „seriösen" und linksliberalen) einerseits und Rechtsextremen andererseits sowie Anmerkungen zur nationalen Identitätskrise.

All das sind nämlich die *Bedingungen*, ohne die es für die international agierende Neonazi-Szene nicht möglich gewesen wäre, dermaßen stark und selbstbewußt zu werden. Die Jahre Willy Brandts, die unter dem Motto „Mehr Demokratie wagen" standen, waren bald vorüber. Helmut Schmidt, von dem viele Konservative behaupteten, er sei „eben in der falschen Partei", wurde von Helmut Kohl abgelöst, der die „geistig-moralische Erneuerung" in Angriff nahm. Landauf, landab wurde bei jeder sich bietenden Gelegenheit von Politikern, von Wissenschaftlern, von Journalisten öffentlich verkündet, das „Trauma" der NS-Zeit müsse verschwinden, damit die deutsche nationale Identität „gesunden" kann. Zu diesem Behufe wird Geschichte neu geschrieben, revisioniert: das NS-Regime wird mit anderen gleichgesetzt, um es zu relativieren; Kriegsopfer werden gegeneinander aufgerechnet oder rechnerisch auf 74.000 „herunterdividiert"; oder aus Tätern werden Opfer gemacht, wie zum Beispiel beim Staatsakt am Soldatenfriedhof in Bitburg von Kohl und Reagan 1985. Nirgend woanders existiert diese Fähigkeit zur Verlagerung historischer Verantwortlichkeit, sie ist spezifisch deutsch, konstatiert Ralph Giordano (S. 13).

Durch Michael Schmidts akribische Auflistungen in diesem Kapitel werden die ideologischen Wegbereiter des rassistischen und antisemitischen Flächenbrandes, die Wegbereiter der Brandstifter und Schlägertrupps, die „Apostel der Verdrängung", die „deutschen Entsorger vom Dienst" beim Namen genannt: „Da ist zunächst, wenn auch nicht überraschend, Alfred Dregger von der CDU-Stahlhelm-Fraktion, der unverzagt deutschtümelnde Cicerone unreflektierter Geschichtsauffassungen mit lippenbekenntnishaften Ausfällen gegen den Nationalsozialismus, die allesamt aufgehoben werden durch Aussprüche wie: das deutsche Volk sei ‚zwölf Jahre lang einer braunen Diktatur unterworfen gewesen' oder ‚wir müssen endlich aus dem Schatten Hitlers heraustreten' (darin erinnerlicherweise assistiert von dem Übervater der deutschen Verdrängungskünstler, Franz Josef Strauß). Welch ungeheure Infamie hinter den Thesen von Dregger und Strauß steckt, und wie lange sie ‚akademisch' vorbereitet waren, geht aus einem Zitat des Historikers Ernst Nolte hervor – des gleichen Nolte, der 1986 dann einer der Auslöser des ‚Historikerstreits' werden sollte. Schon zwölf Jahre zuvor hatte er in seinem Buch »Deutschland und der Kalte Krieg« abgesondert: ‚In der Tat hat jeder bedeutende Staat der Gegenwart, der sich ein außerordentliches Ziel setzte, seine Hitlerzeit mit ihren Ungeheuerlichkeiten und ihren Opfern gehabt

...' Also ‚Hitler überall' und Auschwitz ein ‚ordentliches Ziel' – fast zwanzig Jahre vorher werden die verantwortlichen Schreibtischtäter für die Brandsätze und Molotowcocktails der neunziger Jahre erkennbar." (Ralph Giordano, S. 17)
Genau beleuchtet wird in diesem Kapitel auch die gängige Praxis der Justiz, Gewalt und Mord von Neonazis mit nicht zu rechtfertigender Milde zu beurteilen bis hin zum Fällen rassistischer Urteile. Eins von zahlreichen Beispielen: Am 12. Feber 1992 hat ein 19jähriger Skinhead in Friedrichshafen am Bodensee einen Angolaner erstochen. Vom Gericht wird als mildernder Umstand angesehen, „daß die Hautfarbe des Opfers wesentlich zu der Tat beigetragen" habe. (S. 234) Die volle Härte des Gesetzes trifft demnach nur, wer „Arier" erschlägt. Fazit: Politiker, Legislative und Exekutive – Polizei, Justiz –, Medien und Wissenschaftler verharmlosen und rechtfertigen in seltener Einmütigkeit. Besonders „verdienstvoll" macht sich »Der Spiegel«, in dem Heft für Heft Jugendforscher und Soziologen Rechtsradikale als orientierungslose, perspektivlose, arbeits- und wohnungslose Opfer in Schutz nehmen. Der Autor konnte „selbst mehrfach erleben, wie sich die Neonazis über derlei Analysen vor Lachen auf die Schenkel geklatscht haben". (S. 215) Kühnen hat den Skinheads eindringlich geraten: „Immer sagen: ‚Ich war besoffen, mir war langweilig. Ich wurde provoziert'. Dann kriegst Du nur die Hälfte!" (S. 234)
Im dritten und letzten Kapitel bereiten die Einblicke ins „Netzwerk", die der Autor als einziger außenstehender Journalist recherchiert hat, den LeserInnen gespenstische Beklemmung. Der Schauplatz ist der „Löwenbräukeller" in München, in dem sich am 21. April 1990 800 Alt- und Neonazis, darunter die internationale „Hautevolee", zu einer sechsstündigen „geschlossenen Privatveranstaltung" versammelten, um sich unter anderem von David Irvings Vortrag „Wahrheit macht frei" von aller Schuld „freisprechen" zu lassen. Zur eingehenden Schilderung des dichtgewobenen „Netzwerkes" stellt Ralph Giordano fest: „... wie verkommen das politische Klima in einem Staat sein muß, in dem eine solche Bande gefährlichster Zeitgenossen legal tagen darf." (S. 22) Die Polizei hat natürlich diese Großveranstaltung geschützt.
Größtes Verdienst dieses Buches ist es wohl, den Hintergründen, der Bedeutung der „Auschwitz-Lüge" auf den Grund zu gehen. Eine politische und journalistische Meisterleistung stellen die Antworten Thies Christophersen – ehemaliger SS-Sonderführer in Auschwitz und Verfasser des Buches „Die Auschwitz-Lüge" – dar, die ihm der Autor entlockt hat. Gerade die, die am liebsten sofort ein zweites Auschwitz errichten wollen, leugnen das historische. Denn „Auschwitz" ist der größte Makel am deutschen und internationalen Rechtsextremismus. Er muß verschwinden, damit Faschismus wieder salonfähig und etablierbar werden kann.
„Heute gehört uns die Straße" ist eine selten gelungene Mischung aus Berichten penibelster Recherche, treffsicheren engagierten Analysen und einem offenen Umgang mit persönlicher Betroffenheit, Entsetzen und Angst um Leib und Leben, die der Autor den LeserInnen nicht vorenthält. Diese „erste richtige journalistische Erfahrung" (S. 68) von Michael Schmidt, der bis vor kurzem kaum politisch interessiert war, beweist die enorme Entwicklungsfähigkeit von politischem Erkennen und Handeln im Sinne von Humanismus und aufrechtem Gang.
In den neunziger Jahren zählt dieses Vermögen zur Ausnahmeerscheinung. ■

Maria Wölflingseder



Thomas Jahn/Peter Wehling, Ökologie von rechts. Nationalismus und Umweltschutz bei der Neuen Rechten und den „Republikanern" (mit Beiträgen von Karola Brede/Alfred Krovoza, Hans-Gerd Jaschke, Konrad Schacht), Campus-Verlag, Frankfurt/Main 1991, 200 Seiten, 265 Schilling.

Aus der Einleitung:
Die Ökologie von rechts ist bisher zu Unrecht als ein Randthema der sozialwissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzung sowohl mit dem Rechtsradikalismus als auch mit dem etablierten ökologischen Krisendiskurs vernachlässigt worden. (...)
In der „ökologischen Krise" und durch sie vermittelt prägen sich ethisch-moralische oder, wie es etwa bei den „Republikanern" heißen wird, „geistig-moralische" Wertvorstellungen aus, die sich in politisch fragwürdigen, anti-demokratischen, nationalistischen oder rassistischen Ordnungsbildern von Gesellschaft niederschlagen können. (...)
Ökologie von rechts ist kein einheitlicher, in sich geschlossener theoretisch-ideologischer Entwurf; es lassen sich jedoch spezifische rechtsökologische Stereotypen ausmachen, die, eingebettet in apokalyptische Untergangs- und Katastrophenszenarien, immer wieder auftauchen. Dazu gehören:
– eine grundlegende Naturalisierung gesellschaftlicher und politischer Zusammenhänge;
– die These vom Verlust „natürlicher Gleichgewichte" in der „ökologischen Krise";
– ein fundamentalistisches Verständnis des „Lebensschutzes", insbesondere in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs;
– die Rede von der „Entfremdung" des Menschen von Heimat, Volk und nationaler Kultur als Ursache ökologischer Zerstörungen;
– der Angriff auf den westlich-liberalistischen oder östlich-kommunistischen „Materialismus";
– der Ruf nach dem „starken Staat" als dem Garanten des (ökologischen) „Gemeinwohls";
– der Verweis auf die „Überbevölkerung" der Bundesrepublik bzw. Deutschlands;
– die Behandlung der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer als „ökologisches Problem". (...)
Die Analyse der Ökologie von rechts kann und will keine umfassende, neue „Theorie des Rechtsextremismus" darstellen. Sie läßt jedoch einige zentrale Defizite und Verkürzungen der gegenwärtigen öffentlichen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus sichtbar werden. Diese lassen sich vor allem an zwei Interpretationsmustern der sozialwissenschaftlichen Rechtsradikalismus-Forschung festmachen: an der stillschweigenden Geltung eines „Kontinuitäts- und Normalitäts-Paradigmas" der industriegesellschaftlichen Entwicklung (These vom Rechtsradikalismus als „normaler Pathologie" in modernen Industriegesellschaften), und an einer komplementären Kulturalisierung und Enthistorisierung der Entstehungsbedingungen und Protestmotive des gegenwärtigen Rechtsradikalismus.
Wir gehen demgegenüber von der – zunächst trivial erscheinenden – These aus, daß es nicht primär die kulturellen Deutungen sind, aus denen die rechtsextremen Potentiale ihre Brisanz und Dynamik beziehen, sondern die gesellschaftlichen Verhältnisse und ihre Strukturbrüche, die auf diese Weise gedeutet werden können. Entsprechend beziehen wir uns vor allem auf das Verhältnis zwischen gesellschaftlichen Krisenerfahrungen und rechtsökologischen Deutungsmustern, zwischen homogenitäts-stiftenden Ordnungsvorstellungen und sozio-kulturellen Ausgrenzungsmechanismen, zwischen ideologischen Traditionsbeständen und neuen Formen von Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus.

Zwischen Volksfront und Volksgemeinschaft

Rußlands Linke

Werner PIRKER

Als im August 1991 die Weltmacht KPdSU in der Versenkung verschwand, ein nach damaliger Gesetzeslage illegales Verbotsdekret widerstandslos hinnehmend bzw. der Aufforderung ihres letzten Generalsekretärs, sich selbst aufzulösen, gehorchend, da schien es, als hätte das „ewige Rußland" der sozialistischen Häresie auf ewig ein Ende bereitet. Nicht weil die Sieger so unwiderstehlich, weil mit der Objektivität der Prozesse verbunden, gewesen wären, sondern weil der Sozialismus sich in den Weiten Rußlands verloren zu haben schien.

Eine Partei, die über sieben Jahrzehnte als „der Verstand, das Herz und das Gewissen der Epoche" (Lenin) firmierte, empfand sich plötzlich selbst als unerträglich, als „totalitäres Monster", ja als Schandfleck der Epoche. Die „Millionen ehrlicher Kommunisten", die Gorbatschow in seiner Abschiedsrede immerhin noch erwähnt hatte, blieben ihrem Schicksal überlassen, während ihr letzter Generalsekretär fortan bei jeder Gelegenheit seine „Rolle in der Geschichte" reklamierte, nämlich die „totalitäre Höllenmaschine" abgestellt zu haben.

Fünf Jahre Gorbatschow-Perestroika hatten die besten Absichten, Systemerneuerung und Nutzung des „gewaltigen Potentials des Sozialismus", in ihr Gegenteil verkehrt. Am Ende ihres Weges lieferte die KPdSU nur mehr die Stichworte zu ihrer eigenen Entmachtung. Als Staatsstruktur obsolet geworden, verstand sie sich nun als die große Gebärerin des Mehrparteiensystems. Als eine Art Supermarkt eher weniger als mehr progressiver Ideen, in dem der Sozialismus als ein Produkt mit abgelaufenem Verbrauchsdatum gehandelt wurde. Anstatt sich auf eine Rolle als linke Oppositionspartei vorzubereiten, hielt sie es dann doch lieber mit der Breschnew-Doktrin von der „Partei des ganzen Volkes", nun dazu berufen, der Gesellschaft den Weg zu einem „zivilisierten" Kapitalismus zu weisen. Ihrem Selbstverständnis als „Partei der Mitte" entsprechend, gab sich die KPdSU ein letztes Parteiprogramm, dessen Wertorientierung sich im allgemein-menschlichen, allgemein-demokratischen, allgemein-gesellschaftlichen, allgemein-nationalen und sonstigen Allgemeinplätzen erschöpfte. Die konkreten Ereignisse nahmen diese allgemeinen Absichten allerdings nicht mehr zur Kenntnis.

Das gesellschaftliche Bewußtsein der postsozialistischen Ära ist desorganisiert wie noch nie. Zwischen gewachsenen Lebenserfahrungen und der propagierten Ankoppelung an die kapitalistische „Zivilisation", gab es so gut wie keine Vermittlung, außer vielleicht der Platitüde, daß es schlimmer nicht mehr werden könne, was sich auch als großer Irrtum herausstellte. Zwar erkannten die einen die Chance, ihre im Sozialismus erworbene Fähigkeit, den Staat zu betrügen, marktwirtschaftlich zu nutzen, noch mehr hofften auf nette Unternehmer, die ihnen eine westliche Lohnarbeiterexistenz bescheren sollten, der überwiegende Rest dachte entweder überhaupt nichts mehr oder sah sich in eine Gegenwart ohne Vergangenheit und Zukunft versetzt.

Den ersten Akt des Widerstandes setzte deshalb die Pietät: die „Gesellschaft zur Verteidigung des Andenken Lenins". Das Land, das sich des Leninismus berauben ließ, läßt sich seinen Lenin nicht nehmen. Nach ihren größten Idolen befragt, nannten Schulkinder in Jekaterinenburg (Swerdlowsk) Lenin und Jelzin. Von den „Babuschkas", den Patriarchinnen der öffentlichen Meinung, gelenkte kindliche Phantasie bringt es zuwege, Jelzin in die Rolle Stalins als Lenin-Schüler zu versetzen.

Zu Beginn der Nach-August-Periode, als die Popen die Wiedergeburt des heiligen Rußland verkündeten, sah alles nach einer breiten Allianz der bürgerlich-restaurativen Kräfte aus, einem Bündnis von anachronistischer und zeitgemäßer Konterrevolution, von altmodischen Kadetten und modischen „Demokraten". Das hätte in der Tat ein hegemoniefähiger Block werden können. Doch die Auseinandersetzung verläuft eben nicht entlang den Frontlinien des russischen Bürgerkrieges, zwischen Roten und Weißen. Der Versuch des russischen Präsidenten, der sich in der Opposition noch als Kämpfer gegen das Imperium stark gemacht hatte, nach seinem Sieg im August großrussisch-imperiale Instinkte anzusprechen, erwies sich als reines Gerede. Nach der von den drei Slawenfürsten vollzogenen Auflösung der UdSSR hatte Jelzin nicht nur die Anhänger der Sowjetordnung gegen sich, sondern auch das russisch-imperiale Spektrum. Denn Großrußland war nicht größer, sondern kleiner geworden.

Daß das explosive Gemisch aus sozialer Erniedrigung und verletztem Großmachtstolz bisher noch nicht hochging, liegt einerseits an der Angst vor neuen Erschütterungen mit ungewissem Ausgang und andererseits daran, daß die vereinigte Opposition der Linken und Rechten außer Pathos wenig anzubieten hat, jedenfalls keine positive Programmatik. So ergibt sich eine Situation, daß die Anti-Jelzin-Front zwar ein gewaltiges Widerstandspotential bündelt – Protagonisten der „sozialistischen Option" gegen die Kapitalisierung, Slawophile gegen das westliche Modell, „Zivilgesellschaftler" gegen die autokratischen Bestrebungen des ehemaligen Moskauer Stadtparteisekretärs, der damals zu gerne Generalsekretär geworden wäre, Pragmatiker gegen völlig unpraktische Theoretiker einer „idealtypischen" Marktwirtschaft -, das Gesetz des Handelns aber nach wie vor auf Seiten des Regimes liegt, welches die Opposition nach Belieben vor sich hertreibt.

Jelzin und die Seinen haben außer dem Machterhalt keine langfristigen Perpektiven, unter Marktwirtschaft verstehen sie vor allem einen großen Selbstbedienungsladen, alleiniges

Mittel zur gesellschaftlichen Integration ist die Korruption, als das einzig Wahre an diesem Regime, denn ohne sie würde alles als gigantischer Schwindel auffliegen. Aber welche Zukunft hat die „Front zur nationalen Rettung“ als reine Negativ-Allianz gegen das „kosmopolitisch-westliche Modell“?

KP der Russischen Föderation

Die russische Gesellschaft ist stark polarisiert, aber sie ist es nicht in links und rechts. Die Hauptwasserscheide, so der sehr patriotisch gestimmte Vorsitzende der aus der russischen Erbmasse der KPdSU hervorgegangenen KP der Russischen Föderation (KPRF), Gennadi Sjuganow, verlaufe zwischen jenen, die „unser Land“ sagen und jenen, die über „dieses Land“ reden. Sjuganow, der als kommunistischer Verbindungsmann zum „nationalpatriotischen“ Spektrum gilt, ist selbst kein „Völkischer“. Sein Patriotismus ist auf die russische Staatlichkeit bezogen. In deren tausendjähriger Geschichte, doziert er bei jeder Gelegenheit, habe sich eine spezifische Struktur herausgebildet, geprägt von einer starken Vertikale, die der Monarch und später der Generalsekretär verkörperte, und einer demokratisch organisierten Horizontale in Gestalt der Dorfgemeinschaft, der Obschina (Gemeinde), von Kosakenversammlungen usw. Die Sowjetform der Volksmacht sei deshalb auch nicht von ungefähr in Rußland entstanden, im Jahr 1905, also noch vor der bürgerlichen Demokratie in Gestalt der Reichsduma. Im Grunde würden ihre Wurzeln sogar bis zur mittelalterlichen Nowgoroder Volksversammlung zurückreichen. Jeder Versuch, die Sowjetmacht zu zerstören, bedeute deshalb die Vernichtung Rußlands und dessen territoriale Zersplitterung. Gelänge es Jelzin, seine autokratische Verfassung durchzudrükken, dann bliebe seine Macht auf das „Moskauer Fürstentum“ beschränkt. In der Tat deutet alles darauf hin.

So widernatürlich der Block der Weißen und der Roten auch sein mag, ergibt sich doch auch eine gewisse innere Logik. Sie liegt in der „nationalen Idee der russischen Staatlichkeit“, die in einen direkten Gegensatz zur wilden Kapitalisierung und zur korrupten Kreml-Herrschaft, welche die Interessen des Kompradorenkapitals vollziehe, gestellt wird. Das ergibt durchaus seinen Sinn und hat nicht allein etwas mit sentimentalen Reminiszenzen hinsichtlich des russischen Sonderweges und seines spezifischen Wertsystems angesichts der mit Brachialgewalt hereinbrechenden „kapitalistischen Moderne“ zu tun. Das verfehlt deshalb auch nicht seine Wirkung auf die Vertreter eines neuen gesellschaftlichen Pragmatismus, welche, die katastrophalen Ergebnisse der Schocktherapie vor Augen, den jeglicher rationalen ökonomischen Strategie entgegenwirkenden Privatisierungsschwung bremsen wollen, auch um der Gesellschaft diesen künstlich aufgezwungenen Klassenkampf, den sie ironischerweise als „neobolschewistisch“ denunzieren, zu ersparen.

Die postkommunistischen Kommunisten agieren durchaus im Einklang mit den dominierenden Strömungen im öffentlichen Bewußtsein. Sie sind nicht alt- und nicht neobolschewistisch. Rußland habe sein Soll an Revolutionen und Bürgerkriegen schon erfüllt, meint Gennadi Sjuganow. Auch mit der Diktatur des Proletariats wolle man gar nicht erst wieder anfangen. Die mit über 600.000 Mitgliedern stärkste der Parteien in Rußland tritt für den Pluralismus und eine Vielzahl von Eigentumsformen ein. Sie sucht ihren Platz im linken Zentrum. Linker Zentrismus, so Sjuganow, sei mit vier Begriffen zu umschreiben: Gerechtigkeit, Volkstüm-

Aus: »Révolution«

lichkeit, Staatlichkeit und Patriotismus. Die Sjuganow-Partei bedient eine Dutzende Millionen zählende Kundschaft, die sich nicht die Butter vom Brot ihrer „ruhmreichen Geschichte“ nehmen lassen will, mit ihrem Bedürnis nach nationaler Identität, die nicht so sehr völkisch definiert ist, sondern sich auf ein bestimmtes Gesellschaftsmodell bezieht, das wiederum als spezifisch russisches verstanden wird. Darin besteht ja das Elend der staatssozialistischen Ideologie, daß sie immer auch eine national-sozialistische ist.

Patriotismus, Staatlichkeit und soziale Gerechtigkeit

Rußlands wertkonservative Kommunisten stecken tiefer im ideologischen Sumpf des Postsozialismus als ihnen bewußt sein dürfte. Nämlich dort, wo die versunkene „sozialistische Menschengemeinschaft“ als Volksgemeinschaft wieder auftaucht. Der aber wiederum war die Aufgabe zugedacht, der kapitalistischen Transformation den Anschein eines, Wohlstand für alle verheißenden, kollektiven Aufbruchs zu verleihen. Anders ist ein über Jahrzehnte kollektivistisch konditioniertes Bewußtsein nicht auf Marktwirtschaftskurs zu bringen. Die Radikalität bei der Verfolgung privatistischer Interessen machte die Gemeinschaft aber von vornherein obsolet. Der Nationalismus wäre allerdings kein Nationalismus, würde er diesen Widerspruch nicht nationalistisch aufzuheben versuchen. Es sind „volksfremde Elemente“, die all diese Widerwärtigkeiten verursachen und der sozialen Gerechtigkeit im Wege stehen.

Verkehrte Welt: Während Boris Jelzin, der Welt gewichtigster Bettler, zum Kosmopolitismus verurteilt ist und sich, vorerst wenigstens, außerstande sieht, den sozialen Protest nationalistisch zu kanalisieren, erhebt sich die Opposition zum beflissenen Anwalt orthodoxer Rechtgläubigkeit.

Als eher rufschädigend für die KPRF erweist sich ihre KPdSU-Vergangenheit. Einer Vergangenheit ohne Perestroika. Jedenfalls nicht der Perestroika, die schnurstracks in Jelzins „Reformen“ landete. Die russische KP im Bestand der KPdSU war ja erst knapp vor dem 28. Parteitag im Juni 1990 konstituiert worden, als eine oppositionelle Parallel-Struktur zur Gorbatschow-Partei. Sjuganow und Genossen, die über die effektivste Organisation im Rahmen der „Unversöhnlichen“ verfügen, halten sich deshalb auch nicht weiter mit der Entwicklung eines neuen Gesellschaftsmodells auf. Ist der Jelzinismus einmal besiegt, die Sowjetmacht wieder intakt, die Lenkbarkeit der monopolisierten Wirtschaft wiederhergestellt, sind die Bande zwischen den Sowjetvölkern neu geknüpft und ist der Kampf zwischen den privatistischen und gesellschaftlichen Interessen zugunsten letzterer entschieden, was wäre das denn sonst als Sozialismus, fragt Gennadi Sjuganow.

Sozialistische Partei der Werktätigen

Die Sozialistische Partei der Werktätigen (SPdW), mit Ludmila Watasarowa als Vorsitzender und dem Dauer-Dissidenten Roi Medwedew als Gallionsfigur, zeichnet ebenfalls ein eher pragmatisches Verhältnis zum Sozialismus aus. Allerdings finden sich hier Haltungen und Positionen wieder, wie sie für die Gorbatschow-KPdSU typisch waren, Positionen eines „demokratischen, humanen Sozialismus“, der sich im Allgemeinen verliert und als „soziale Marktwirtschaft“ wieder auftaucht. Die SPdW versteht sich als europäischer als die KP, weniger verhaftet im russischen „Tausendjährigen Reich“ samt Staatssozialismus. Sie hat sich mit dem Umsturz weder identifiziert, noch verteidigt sie besonders engagiert das Andenken Lenins. Ihre Kader sind vom Typ jener „aufgeklärten“ KPdSU-Funktionäre, welche den Übergang vom „Totalitarismus“ zu einer „zivilen Gesellschaft westlichen Typs“ nicht den antikommunistischen Systemgegnern überlassen wollten. Peinlich darauf bedacht, nicht den rabiaten Verlierern zugerechnet zu werden, finden sich in ihr Intellektuelle, progressive Technokraten, gebildete Beamte und halbgebildete Arbeiter. Unterstützung findet sie auch in jenen kommerziellen Strukturen, die der Parteiapparat vor seiner Auflösung in die freie Marktwirtschaft entlassen hatte.

Partei der Arbeit

Historisch am wenigsten belastet ist die Partei der Arbeit (PdA), ein Zusammenschluß von Linkssozialisten, Anarchosyndikalisten und eines Teils der ehemaligen Marxistischen Plattform in der KPdSU. „Wir sind nicht linker und nicht rechter als die Kommunisten“, versuchte sich ihr Sprecher, Boris Kargalitzki, in einer Art Standortbestimmung: „Wir sind moderner als sie.“ Der SPdW wiederum wirft er vor, sich zu weit rechts von ihrer Vergangenheit ansiedeln zu wollen, dort wo die Sozialdemokratie beginnt. Die PdA ist die einzige Partei, für die die Gewerkschaften überhaupt ein Thema sind. Kagarlitzky: „Uns ist gelungen, was bisher noch nirgendwo gelang, eine Allianz von linksradikalen Intellektuellen und Teilen der Gewerkschaftsbürokratie.“

Dem ideologisch heterogenen Lager der „Staatler“, das von Anhängern der sowjetischen Ordnung über Leute, die sich an die traditionale russische Gesellschaft klammern, bis zu den Pragmatikern staatskapitalistischer Orientierung reicht, steht Rußlands „Neue Linke“ eher reserviert gegenüber. Ihre Formel lautet: Weder mehr noch weniger Staat. Den Hauptunterschied zu den „Etatisten“ sieht Kagarlitzy in der künftigen Organisation des staatlichen Sektors, nämlich nicht zentralistisch und technokratisch, sondern auf Mibestimmung und Selbstverwaltung beruhend. Sicher, der Sozialismus sei ohne Staat nicht zu bekommen, ebenso seien soziale und Entwicklungsfragen außerhalb der staatlichen Sphäre nicht positiv zu beantworten. Ebenso illusionär wäre es aber auch, zum Staatssozialismus zurückkehren zu wollen, nicht nur technisch, sondern auch philosophisch. Denn das jetzige Regime sei „genetisch“ aus dem Breschnewschen „entwickelten Sozialismus“ hervorgegangen, als dessen drastischere Variante.

Der vereinigten Links-Rechts-Opposition gibt Kagarlitzky keine Zukunft, zumindest keine linke. Denn die rückwärtsgerichteten Elemente im russischen Denken, wie Staatskult, Nationalismus und Wertkonservativismus, die der Sozialismus jahrzehntelang mitgeschleppt hatte, würden in einer solchen Vereinigung erst recht dominant sein. Das bündnispolitische Problem bestünde aber nun darin, daß im Zentrum ein Vakuum herrsche, in das nun die rechtsliberalen Kräfte innerhalb des Systemlagers vorstoßen wollen. Vordringlichste Aufgabe sei es daher, ein linkes Zentrum aufzubauen. Eine Allianz ähnlich der „Bürgerunion“, aber linker. Diese wiederum müsse sich breitere Bündnisse zum Ziel setzen: „Mit der Bürgerunion, vielleicht auch mit einem Teil des kleinen Unternehmer-

tums, mit allen proparlamentarischen Kräften, die objektiv gegen den Jelzinismus sind. Nennen wir das Volksfront."

Auch wenn es in der Mitte ein beängstigendes Gedränge zu geben scheint, weil der Zentrismus nun einmal „Bürgerfrieden" und Vernunftsstatt Gewaltlösungen verheißt, und deshalb auch das gesellschaftliche Bewußtsein maßgeblich prägt, spielt sich zwischen den Fronten im Grunde nur wenig ab. Die Gesellschaft ist polarisiert, die Kreml-Politik des Entweder-Oder läßt zentristischen Positionen keinen Spielraum. „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns und hat sein Recht auf eine standesgemäße Datscha verwirkt", lautet die unmißverständliche Drohung. Industriellen-Chef Wolski entschied sich für sein Sommerhaus, Ruzkoj wurden sämtliche Statussymbole eines Vizepräsidenten aberkannt. Da aber die völlig entkräftete Gesellschaft weder Jelzins Reformkurs weiter folgen kann, noch sich auf das Experiment einer sozialistischen Hurra-Revolution einlassen dürfte, wären gerade die zentristischen Kräfte zum Handeln aufgefordert.

Union der zivilen Kräfte

Als starker Fels in der Brandung, als die personifizierte Mitte versucht sich schon seit geraumer Zeit der kräftig gebaute Vizepräsident zu placieren. Er ist Chef der Bürgerunion und mittlerweile auch Initiator der breiter angelegten, linke und nationalpatriotische Gruppierungen einschließenden Union der zivilen Kräfte. Als Afghanistan-Kriegsheld ins Parlament gewählt, wo er als Hinterbänkler der Stahlhelm-Fraktion anhing, um danach in Kumpanei mit Jelzin die kommunistische Parlamentsgruppe zu spalten, gehörte Ruzkoj zu den strahlenden August-Siegern, bis er mehr und mehr in Distanz zur „Kreml-Mafia" ging. Ruzkoj ist ein ideologischer Allesfresser. Patriotisches kommt ihm ebenso leicht über die Lippen, wie Zivilgesellschaftliches. Er beschwört die Harmonisierung der sozialen Interessen und fordert, wenn ihm der Unordnung zu viel wird, auch schon mal die Wiederherstellung des staatlichen Planungs- und Leitungssystems. In seiner „Volkspartei des freien Rußlands", nach dem Putsch Zufluchtsort für gestrandete KPdSU-Existenzen, dominiert der Wunsch nach einer sozial verträglichen Reformpolitik. Gar nicht so sehr Ruzkoj selbst als seine „linken Berater", Pjotr Fedossow und Andrej Wodolassow, zeigen sich unversöhnlich gegenüber der „unversöhnlichen Opposition", die sie der Destabilisierung und einer latenten Gewaltbereitschaft bezichtigen. Besonders Wodolassow orientiert auf die Schaffung eines die festgefahrenen Blöcke übergreifenden „demokratischen Raumes", um den „Extremismus auf beiden Seiten" zu isolieren, wobei er die größte Gefahr in der „totalitaristischen Revanche" sieht.

Russische Kommunistische Arbeiterpartei

Auf die Anwendung revolutionärer Gewalt jederzeit vorbereitet zu sein, wird von den Straßenkämpfern der Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei (RKAP) gar nicht erst geleugnet. Die Gewaltfrage werde schließlich vom Regime gestellt, da anders der Übergang zum Kapitalismus nicht zu vollziehen sei, meinte RKAP-Vorsitzender Viktor Anpilow, der es wissen muß. Ein KGB-Greiftrupp hatte ihn am 8. Mai entführt und schwer mißhandelt. Angesichts der Breite der Opposition, „von genuin kommunistischen Kräften bis zu Monarchisten, die einen für die Sowjetunion, die anderen für das Imperium in den Grenzen der Sowjetunion, die einen für die Diktatur des Proletariats, die anderen für den Zaren", bestünde zwar die Chance auf einen friedlichen Ausweg, doch müßte auch die andere Möglichkeit in Betracht gezogen werden.

Die RKAP ist aus der „Vereinigten Front der Werktätigen" hervorgegangen, die als erste die markwirtschaftliche, auf einen Umsturz der Eigentumsverhältnisse zielende Kehrtwendung der Perestroika voll attackiert hatte, nachdem gerade sie die egalitären, die Macht den Arbeitskollektiven verheißenden Impulse der frühen Perestroika auf radikale Weise aufgegriffen hatte. Obwohl die Ursprünge der Deformationen nicht im Stalin-Regime, sondern bei Chruschtschow und Breschnew ortend, ist die RKAP nicht wirklich stalinistisch, sondern eher „rätekommunistisch", Überbleibsel eines genuinen Arbeiterbewegung-Sozialismus, vor allem aber Auffangbecken der Deklassierten und Verelendeten, die sich mit ihrer Lage nicht abfinden wollen. Die Sowjets, so der ehemalige Rundfunkjournalist Anpilow, müßten die Grundstruktur der Gesellschaft bilden. Allgegenwärtig in den Betrieben und Kolchosen, in wissenschaftlichen Instituten und Krankenhäusern. Sie sollten die Verwaltungen einsetzen und deren Gehaltsschema festlegen. So ist sie, die Diktatur des Proletariats.

Links-Rechts-Opposition

Gegenwärtig allerdings bilden die Sowjets eher die letzte Verteidigungslinie der bürgerlichen Demokratie gegen Jelzins Drang nach der Selbstherrschaft. Nachdem die antikommunistischen Kräfte über die Eroberung der Sowjets zur Macht gelangt waren, ließen sie diese recht bald spüren, daß sie eine bolschewistische Altlast seien. Jelzin bezeichnete auf der Verfassungsberatung die Sowjets als seit 1918 illegitim, wofür er sich später entschuldigen mußte. 1991 war es schließlich das ihm ergebene „Weiße Haus", das heißt der Oberste Sowjet der Russischen Föderation, der die russische Staatlichkeit der sowjetischen entgegenstellte und so die Union gegenstandslos machte. Aufmerksame Beobachter erinnern sich auch noch gut an die Zeiten, als Jelzin und der selige Sacharow unter der bolschewistischen Parole „Alle Macht den Sowjets" gegen die „Partokratie" zu Felde zogen.

Den neuen Kreml-Herrschaften geht es sicher nicht nur um konterrevolutionäre Symbolik, wenn sie nun die Losung „Keine Macht den Sowjets" ausgeben, auch wenn diese keineswegs mit jenen revolutionären Organen vergleichbar sind, die 1917 die bürgerliche Republik aus den Angeln hoben. Jelzin und die Seinen sind schlicht antiparlamentarisch, weil sich dieses Regime innerhalb des parlamentarischen Rahmens nicht stabilisieren läßt.

Und so will es die Ironie der Geschichte, daß sich heute Monarchisten und Kadetten, bürgerliche Demokraten und aggressive Völkische, demokratische Linke und Kämpfer für die „Diktatur des Proletariats" bei der Verteidigung der „Sowjetmacht" vorübergehend einig sind. Bleibt nur noch die Frage, ob die Linke in einer solchen Volksgemeinschaft ihr Gesicht wahren kann. ■

Werner PIRKER ist Journalist, ehemaliger Sowjetunion-Korrespondent der »Volkstimme« und des »Salto«.

Neue Weltordnung oder Befreiungstradition beleben?*

Die achtziger Jahre: Ein verlorenes Jahrzehnt für Afrika?

Walter SAUER

Für viele Arme in der Welt seien die achtziger Jahre ein „verlorenes Jahrzehnt" gewesen „– in der Tat eine Katastrophe". Niemand geringerer schrieb dies als die sicherlich unverdächtige Weltbank (Weltentwicklungsbericht 1990, S. 5).

Natürlich hat es auch Gewinner gegeben in den achtziger Jahren. Nicht nur ist der Lebensstandard in den Industrieländern generell gestiegen, sondern auch die Anzahl der Reichen und das Ausmaß von Reichtum haben sich im Zeichen von monetaristischer Ressourcenumverteilung und zeitgeistiger Individualbezogenheit spektakulär erhöht. Hoffnungsvolle Ansätze des Nord-Süd-Dialogs der siebziger Jahre wie die Vorschläge der Brandt-Kommission oder Kreiskys Marshallplan-Idee für die Dritte Welt wurden ad acta gelegt – mit von der Weltbank beschriebenen Folgen. Insbesondere Afrika zählt zu den Verlierern: „In den meisten afrikanischen Ländern südlich der Sahara ist der Lebensstandard auf ein Niveau gesunken, das zuletzt in den sechziger Jahren erreicht worden war" (ebd.).

Makroökonomische Indikatoren

Zur Veranschaulichung (wiederum aufgrund von Weltbank-Daten) einige makroökonomische Indikatoren: Im Vergleich zum Jahrzehnt vorher hat sich das Wachstum des Bruttosozialprodukts Afrikas südlich der Sahara in den achtziger Jahren (auf 2,1 Prozent) halbiert, ist das Wachstum der Industrie – trotz Lagos Plan of Action – auf ein Viertel, jenes des Dienstleistungssektors auf die Hälfte zurückgegangen. Nimmt man ein Bevölkerungswachstum von jährlich 3,1 Prozent an, so bedeutet das ein reales Minuswachstum in allen genannten Bereichen. Das subsaharische Afrika ist heute der größte Nahrungsmittelimporteur der Erde (industrielle Importe hingegen sind auch aufgrund der Konditionen des Internationalen Währungsfonds dramatisch gesunken), die gesamten Auslandsschulden sind zwischen 1980 und 1990 von 87 Prozent der Exporte auf 324 Prozent gestiegen, oder von 28,5 Prozent des Bruttosozialprodukts auf 109,4 Prozent. Das Ausmaß des Nettotransfers vom Süden in den Norden hat für einige Länder erhebliche Ausmaße angenommen: aus Algerien etwa flossen 2,6 Mrd Dollar ab, aus Nigeria 1,6 Mrd Dollar (1990). Im Verhältnis zu den anderen Kontinenten weist Afrika heute die schlechteste Versorgung mit Ärzten auf, die höchste Säuglingssterblichkeitsrate, das niedrigste Kalorienangebot pro Kopf und die niedrigste Einschulungsrate.

Die achtziger Jahre: Nicht nur ein verlorenes Jahrzehnt für Afrika, sondern ein entwicklungspolitisches Desaster. Im Rahmen der angepeilten neuen Weltordnung hat Afrika seinen Platz draußen vor der Tür gefunden.

Beispiel Kenya

Der Rohstoffpreisverfall der achtziger Jahre hat wie viele andere Länder auch Kenya beträchtlich getroffen: Sinkende Erzeugerpreise für Kaffee und Tee ließen ein beträchtliches Handelsbilanzdefizit entstehen, zu dessen Finanzierung Kredite aufgenommen wurden. 1989 betrug die Verschuldung allein der öffentlichen Hand im Ausland fast 72 Prozent des Bruttosozialprodukts. Zeit für den Währungsfonds, ein Stabilisierungsprogramm in Gang zu setzen: Preise wurden liberalisiert und dadurch die Inlandsnachfrage eingedämmt (die Inflation stieg auf 20 Prozent), die realen Minimallöhne fielen zwischen 1980 und 1989 um zirka 45 Prozent, weil die regierungsgesteuerte Lohnpolitik die Inflation nicht berücksichtigte, Lohnverhandlungen im öffentlichen Dienst nur alle zwei Jahre gestattete und im allgemeinen die Kampfkraft der Gewerkschaften schwächte. Während der informelle Sektor wuchs, wurden verstaatliche Industrien zu privatisieren versucht und das Budget durch drastische Senkungen der Sozialausgaben „saniert": die Anteile der Ausgaben für Gesundheit und Wohnen am staatlichen Haushalt stieg in der angegebenen Zeit um jeweils ein Drittel, während sich die Kosten für Verteidigung auf das Doppelte erhöhten. Für die früher kostenlose Gesundheitsversorgung wurden nun Gebühren eingehoben, im Schulwesen ein System des „cost sharing" durchgesetzt, in dessen Rahmen die Eltern zur Finanzierung der Schulkosten (etwa für Reparaturen der Schulgebäude) herangezogen werden.

Die Folgen ließen nicht auf sich warten: in den Schulen stieg die Drop-out-Rate, der Ausbau der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur verlangsamte sich, was wiederum zur Verstärkung regionaler Disparitäten und dadurch hervorgerufener tribalistischer Emotionen Anlaß gab. Kleinbauern, Hirten, Landlose, städtische Arbeitslose gelten als die am meisten betroffenen Bevölkerungsgruppen, und in all diesen Gruppen wiederum Frauen und Kinder.

Gescheitert an der „Zweiten Befreiung"

Tatsachen wie diese sprechen gegen die sozialromantische Vorstellung, die Wirtschaftskrise treffe ja ohnehin nur die „weltmarktintegrierten Sektoren" der Dritten Welt, ja sei sogar nützlich, um der Mehrheit der Bevölkerung „Abkoppelung" und die „Wiederentdeckung indigener Lebensweisen" zu ermöglichen. Den Menschen auf dem Lande sei es doch

* Diesem Artikel liegt ein Referat zugrunde, das der Autor auf der Arbeitstagung „Afrika" des Dr.-Karl-Renner-Instituts am 15. Mai 1993 in Wien gehalten hat.

egal, wie hoch die Verschuldung sei ... Nur als Unwissenheit oder Verhöhnung der Betroffenen können Aussagen wie diese gewertet werden. In gewisser Weise war es die historische Leistung des Kolonialismus, größte Teile der Bevölkerung in Marktbeziehungen, in monetäre Ökonomie ein- oder sie zumindest an solche anzubinden. Der Zusammenbruch der sozialen Grundversorgung ist auch in den entlegenen Gebieten Afrikas zu spüren, der Verfall der Infrastruktur behindert Versorgung mit und Verkauf von Produkten. Massenentlassungen schlagen infolge des häufig üblichen Migrationssystems auf den Subsistenzsektor durch, ebenso wie der Verdrängungswettbewerb im informellen Sektor der Städte. In vielen Gebieten findet ein Rückfall in die Naturalwirtschaft wie in den dreißiger Jahren statt, und das Ergebnis ähnelt eher einer Hungerkrise als der harmonischen abgekoppelten „Ur-Gesellschaft". Die Schattenwirtschaft mit all ihren problematischen Folgen (steigende Prostitution und Kinderarbeit, Aids) wächst, Verteilungskämpfe, Xenophobie und Fundamentalismus steigen, durch regionalistische und Stammeskonflikte erweisen sich staatliche Einheiten als zunehmend gefährdet (Somalia als aktuelles Beispiel).

Afrika hat erfolgreich die Entkolonisierung, die Herausforderung der nationalen Revolution gemeistert. An der ökonomischen Dekolonisation, an der Aufgabe einer „Zweiten Befreiung", ist Afrika – bislang – gescheitert.

Die schmerzvolle Suche nach den Ursachen

Ja, es waren die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die als Ursachen dafür herangezogen werden müssen: die kolonial angelegten Monokulturen, die fortdauernde Rohstoffabhängigkeit, die geringe Diversifizierung der Wirtschaft usw.

Ja, es war auch die hartnäckige Aufrechterhaltung kolonialer Ansprüche, der Würgegriff des Imperialismus, der Afrikas Kräfte gebunden und viele Chancen eigenständiger Entwicklung nicht realisierbar gemacht hat: die mit beträchtlicher westlicher Unterstützung und NATO-Macht erfolgte Behauptung der portugiesischen Kolonien, die teilweise bis heute anhaltende Existenz von Apartheid-Regimen im südlichen Afrika, der stille Neo-Kolonialismus internationaler Agenturen (wie der Internationalen Atomenergie-Agentur) nicht nur in Sachen Know-how- und Technologietransfer.

Ja, es war auch das intellektuelle Desinteresse im Europa der achtziger Jahre, das den Blick („aus dem Bauch heraus") zu sehr auf das eigene Ich richtete und die Elendsgebiete der Dritten Welt, wenn überhaupt, nur als fotogene Kulisse für die Verwirklichung der je eigenen Bedürfnisse wahrnahm (was sich etwa an gängigen entwicklungspolitischen Magazinen auch heimischer Provenienz illustrieren läßt).

Aber recht hatte auch der unvergessene Befreiungsführer von Guinea-Bissao, Amilcar Cabral, der schon frühzeitig – und gerade vor dem Hintergrund der Benachteiligung Afrikas bei Ausbildung und Qualifikation – vor der Gefahr der kleinbürgerlichen Elitenbildung, der Abhebung der Staatsklassen von der breiten Bevölkerung warnte. Und hier, in der Wiederentdeckung von Traditionen der Befreiung, müßte meiner Ansicht nach eine schmerzvolle Suche nach Ursachen einsetzen und nicht in utopischen Phantasien, welchen Beitrag Afrika zur Neuen Weltordnung leisten könnte.

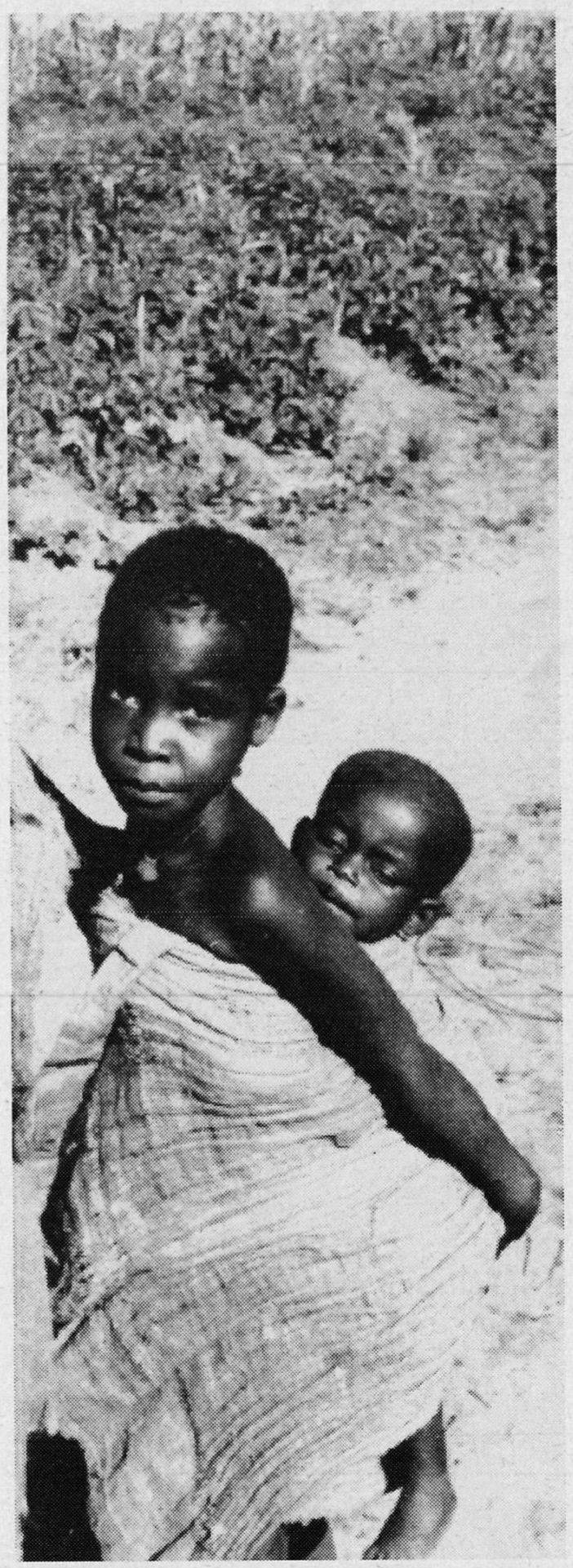


Foto: Joel Chiziane
Mosambikanisches Mädchen

Strukturanpassungsprogramme sind keine Lösung

Das überall verkündete Heilrezept, die Strukturanpassungsprogramme des Weltwährungsfonds, bieten hier zweifellos keine Afrikas Interessen dienliche Lösung. Das umfassende Projekt der wirtschaftlichen und politischen Deregulierung mag für einige Zeit wohl dazu dienen, die Wachstumskrise der Industrieländer und ihrer Wirtschaften zu überwinden und Versuche von Entwicklungsländern, den ständigen Ressourcenabfluß durch eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung zu verhindern, abzublocken. Im Zeichen dessen ist die vielgepriesene Demokratisierungswelle Afrikas wohl eher als systematische Einschränkung des wirtschaftspolitischen Spielraums der Regierungen zu bewerten, denn als tatsächliche Realisierung von Mitsprachemöglichkeiten und Freiheit.

Weniger denn je werden die Regierungen Afrikas in den neunziger Jahren imstande sein, multinationalen Konzernen Schranken zu setzen, Rohstoffkartelle zu bilden oder illegitime Zinszahlungen zu verweigern. An die Stelle der nationalen Souveränität der jungen, im Kampf gegen den europäischen Kolonialismus entstandenen Staaten tritt noch stärker als bisher die Souveränität des Marktes. Und dessen Interesse an Afrika ist, wie die Entwicklung zeigt, schwindend.

Ist dies – frei nach Fukuyama – das Ende der Geschichte Afrikas?

Wo liegen, jenseits des Populismus, Zukunftsvisionen?

Und welche Rolle, wenn überhaupt eine, kann internationale Solidarität spielen? ■

Univ.-Doz. Dr. Walter SAUER lehrt am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Wien.

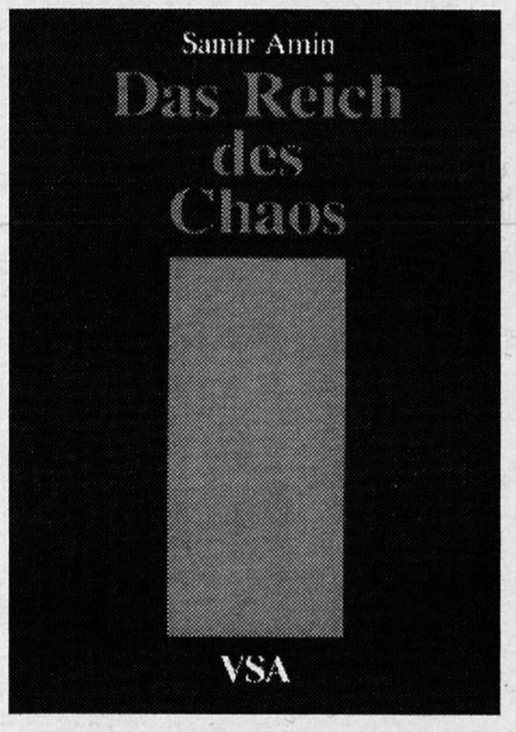
Perspektive eines Weltsozialismus eröffnen!

Samir Amin, Das Reich des Chaos. Der neue Vormarsch der Ersten Welt, VSA-Verlag, Hamburg 1992, 158 Seiten, 194 Schilling.

Das kapitalistische Weltsystem befindet sich seit mehr als zwei Jahrzehnten in einer sich von Rezession zu Rezession entfaltenden Krise. Zu Beginn der neunziger Jahre trat als augenfälligstes Ergebnis dieser Krise der Zusammenbruch des Mythos nachholender nationalstaatlicher Entwicklung zutage. In den Ländern der Dritten Welt waren die Hoffnungen auf „Entwicklung" bis auf weiteres bereits in den achtziger Jahren durch die Verschuldungskrise und die erzwungene Abkoppelung bestimmter Gebiete („Vierte Welt") zunichte gemacht worden. Am Ende der Dekade war schließlich auch das Scheitern der von der Sowjetunion und ihren Satelliten betriebenen realsozialistischen Variante nachholender Entwicklung zur Tatsache geworden. Der hegemoniale neoliberale Diskurs (dem sich auch beträchtliche Teile der Linken der westlichen Länder angeschlossen haben) interpretiert diese Phänomene nicht als Erscheinungsformen der Krise des kapitalistischen Weltsystems, sondern als Sieg des westlich-marktwirtschaftlichen Modells, das es nach dem Niedergang der diversen Irrwege mit erneutem Elan weltweit durchzusetzen gelte. Der so gerechtfertigte, im Namen von Markt und Demokratie stattfindende neue Vormarsch der Ersten Welt gegen die Peripherien mit dem erklärten Ziel der Errichtung einer neuen Weltordnung droht – so Samir Amin in seiner jüngsten Buchpublikation – zu einem Reich des Chaos und der Barbarei zu führen (drastisches Beispiel: der Golfkrieg).

Der ägyptische Ökonom Amin, heute Leiter des Afrika-Büros des Dritte-Welt-Forums in Dakar, ist einer der wichtigsten und einflußreichsten Entwicklungstheoretiker der vergangenen dreißig Jahre. Mit seinen Entwürfen zu einer Theorie des peripheren Kapitalismus und der daraus abgeleiteten Strategie der autozentrierten Entwicklung sowie seinen Veröffentlichungen zur Akkumulation im Weltmaßstab und zum ungleichen Tausch lieferte er wesentliche Beiträge zum in den siebziger Jahren die kritische Diskussion dominierenden (heute an den Rand gedrängten) abhängigkeitsorientierten Paradigma.

„Das Reich des Chaos" stellt einen Versuch dar, dem



Mainstreamdiskurs, der keine Alternative zur Anpassung an die geänderten weltwirtschaftlichen und geopolitischen Verhältnisse sieht, eine andere Analyse und vor allem auch Perspektive des Handelns gegenüberzustellen.

Bei seiner Analyse geht Amin vom „real exisitierenden Kapitalismus" als Weltsystem aus, dessen charakterisierendes Merkmal die weltweite Polarisierung von Zentren und Peripherien ist. Diese Polarisierung bestimmt die sozialen Kämpfe auf den lokalen Schauplätzen, die zwischenstaatlichen Konflikte in den Zentren und die Modalitäten der Differenzierung innerhalb der Peripherie. Den realen Kapitalismus unterscheidet er vom abstrakten idealtypischen „Modellkapitalismus" als Produktionsweise, von dessen weltweiter Ausbreitung sowohl seine Apologeten als auch seine sozialistischen Kritiker ausgingen.

Die gegenwärtige Krise ist für Amin eine lange Phase eines konjunkturellen Abschwunges (Phase B des langen Zyklus), deren Hauptelement eine verstärkte Transnationalisierung der Ökonomie (Mundialisierung) ist. Weitere wichtige Dimensionen des krisenhaften Transformationsprozesses sind der Zusammenbruch der wirtschaftlichen und politischen Systeme Osteuropas sowie die gegensätzliche Entwicklung der verschiedenen Regionen der Dritten Welt. Das Chaos wird durch die aus der Mundialisierung resultierende Nichtdeckung des politischen Raumes (Nationalstaat) und des ökonomischen Raumes (Weltwirtschaft) verursacht. Es manifestiert sich in verschärften Konflikten zwischen den Zentren, in den Peripherien sowie zwischen Zentren und Peripherien. Diese Konflikte sind in ihrer Tragweite von unterschiedlicher Bedeutung. Die Konflikte zwischen den Zentren schätzt Amin als nicht dramatisch ein. Sie werden voraussichtlich zu einer Umstufung in der hierarchischen Ordnung führen, ohne die innere Ordnung in Frage zu stellen.

Auch von den ethnischen oder zwischenstaatlichen Konflikten in den Peripherien geht keine Bedrohung für das System aus. Anders aber die sich im Zuge der „liberalen" Neuordnung verschärfende Polarisierung zwischen den Zentren und den Peripherien (zu denen künftig auch die ehemaligen realsozialistischen Länder zählen werden) – hier verortet Amin die entscheidende Problematik der gegenwärtigen Situation.

„Die Zukunft der Menschheit wird davon abhängen, welche Antworten darauf de facto gegeben werden. Entweder eine Ordnung, die wilder ist als je und die Barbarei des Kapitalismus unterstreicht, oder eine Ordnung die den unerträglichen Konflikt Zentren – Peripherien abschwächt und damit humane Perspektiven für die kommenden Generationen und – warum nicht? – die Perspektive eines Weltsozialismus eröffnet." (S. 16)

Vorerst zeichnet sich der erste Weg ab und die Völker der Peripherien werden im Zuge der sich verschärfenden Polarisierung gleichsam in sich gewaltsam äußernde politische Bewegungen getrieben, die – falls sie wie im Falle des Golfkrieges die imperialistische Weltordnung bedrohen – wiederum gewaltsam niedergeschlagen werden.

Angesichts der Tatsache, daß die dem realen Kapitalismus eigene Zentralisierung des Überschusses zum Hindernis für den Fortschritt von drei Vierteln der Menscheit geworden ist, sieht Amin nur eine Möglichkeit: „Die Rekonstruktion eines vereinten Weltsystems, das die kapitalistische Polarisierung überwindet, muß daher die Auflösung des kapitalistischen Systems der Zentralisierung des Überschusses durchlaufen (die „Entkoppelung")." (S. 154)

Eine derartige Rekonstruktion des Weltsystems kann – so Amin – nur vermittels eines Sozialismus vollzogen werden, der aus der Transnationalisierung des Kapitals und der Geschichte des sowjetischen Systems gelernt hat. Ein solcher müßte für Amin drei Bedingungen erfüllen: „a) der Dimension des ‚Andersmachen' den Vorrang geben, statt dem ‚Aufholen um jeden Preis'. b) Anerkennen, daß die weltweite Polarisierung ‚Entkoppelung' unumgänglich macht, auch wenn ihre Modalitäten unablässig der allgemeinen Evolution entsprechend überprüft werden müssen. c) systematisch auf die Rekonstruktion einer polyzentrischen Welt hinwirken, die dem Fortschritt der Völker Autonomie-Räume eröffnet." (S. 153)

Amin hält damit trotz der niederschmetternden Befunde an der Möglichkeit national eigenständiger Entwicklung fest und setzt weiterhin auf „die prinzipielle Entscheidung, die Rationalitätskriterien der inneren ökonomischen Entscheidungen von denen zu entkoppeln, die das Weltsystem regieren, das heißt sich vom Zwang des mundialisierten Werts dadurch zu befreien, daß

man statt seiner ein Wertgesetz von national-populärer Tragweite wirken läßt."(S. 75) Diese Option kann er allerdings nur auf dem Weg einer verkürzenden, auf der Ebene richtiger und falscher politischer Entscheidungen verharrender Analyse des Scheiterns des realen Sozialismus und der Krise der Dritten Welt aufrechterhalten. ■

Franz Delapina

Verstaatlichte und Gemeinwirtschaft im Überblick

Verband der Öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs (Hrsg.), Öffentliche Wirtschaft und Gemeinwirtschaft in Österreich. Grundlagen – Entwicklungen – Dimensionen. Das Handbuch, Verlag Manz. Wien 1992, 564 Seiten, 780 Schilling.

Mit der Herausgabe dieses interessanten Nachschlagewerkes feierte der „Verband der Öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft" im vorigen Jahr zugleich sein 40jähriges Bestandsjubiläum. Während die Vereinigung Österreichischer Industrieller (VÖI) vorgibt, die Gesamtheit der in Österreich tätigen Industrieunternehmen zu vertreten, versteht sich diese Vereinigung, ursprünglich als „Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Gemeinwirtschaft" gegründet, als Zusammenfassung und Interessensvertretung aller österreichischen gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen. 1952, als „die Gemeinwirtschaft in der gegebenen Situation zum wichtigsten Instrument einer Wirtschaftskoordinierung und Stabilität" in Österreich geworden war, wie der Innsbrucker Universitätsprofessor DDr. Hans Bayer damals feststellte, schien es angebracht, für diesen Wirtschaftssektor einen eigenen institutionellen Rahmen zu schaffen. Heute, da sich der Verein nach eigener Definition „an der Realität" zu orientieren hat, scheint es so, als wäre die Ideologisierung der Gemeinwirtschafts- und Verstaatlichtendebatte durch die Konservativen bereits abgemachte Sache, auch für die Spitzenvertreter dieses Wirtschaftsbereiches: „Der Verband nimmt folgerichtig eine wertende Haltung nur dahingehend ein, daß er einerseits im öffentlichen Interesse die Beibehaltung der Mehrheit des öffentlichen Eigentums in strategischen Wirtschaftszweigen vertritt, wie etwa in der Elektrizitätswirtschaft. Ansonsten läßt die Dynamik des Wirtschaftsgeschehens keine Beharrung auf einem bestimmten Besitzstand oder Anteilsverhältnis zu." (S. 179) Richtiger wäre wohl gewesen, zu sagen „die Dynamik der Privatisierung und des Ausverkaufs ...", denn daß dem „Wirtschaftsgeschehen" an sich eine Dynamik innewohnt, die infolge keine Festschreibung von Eigentumsverhältnissen erlauben würde, ist ja wohl gar weit aus der Anschauung von der unbegrenzten „Freiheit des Marktes" hergeholt.

In die Darstellung der Wiederherstellung von Wirtschaftsstrukturen nach dem zweiten Weltkrieg findet sich ein Fauxpas, der auf die in der Wolle gefärbten „Sozialpartner" in der Autorenschaft schließen läßt. „All dies wurde getragen und angeleitet von den demokratischen Parteien und Interessenvertretungen – deren Kontinuität zwischen 1934 und 1945 gewaltsam unterbrochen war –" (S. 176); ganz so, als wäre die KPÖ nicht schon 1933 verboten worden, und als wäre das Verbot der SPÖ und der Gewerkschaften gleichzusetzen mit dem Zusammenschluß christlicher Parteien und Verbände in der austrofaschistischen Vaterländischen Front. Gemessen an diesem Geschichtsbild wird auch einsichtiger, warum sich das hochkarätige Autorenkollektiv rund um Verbund-Generaldirektor Walter Fremuth nur sehr zurückhaltend zur Privatisierung und zu den drohenden Gefahren für die Gemeinwirtschaft äußert.

In der Darstellung der öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen in Österreich bietet dieser Band seriöse und umfassende Information. Kein Bereich wurde ausgelassen, egal ob es sich um verstaatlichte Betriebe, Banken, Genossenschaften, kommunale Einrichtungen, Versorgungsunternehmen, oder andere Einrichtungen oder Betriebe handelt, die zum öffentlichen Sektor zu zählen sind. Aus der Gesamtdarstellung wird ersichtlich, wie bedeutend die Gemeinwirtschaft im österreichischen Wirtschaftsgefüge ist: Im Jahr 1990 waren 500.000 Unselbständige direkt in Unternehmen der Gemeinwirtschaft beschäftigt (S. 56). Zieht man noch zusätzlich in Betracht, welche Rolle diese Unternehmen als Auftraggeber gegenüber privaten Betrieben spielen, wird deutlich, daß entgegen allen anderslautenden Meinungen von Privatisierungsideologen die Gemeinwirtschaft nach wie vor das Rückgrat der österreichischen Volkswirtschaft darstellt.

Sehr aufschlußreich ist der Beitrag von Gabriel Obermann über die wirtschaftlichen Auswirkungen der angestrebten EG-Integration Österreichs auf die öffentliche Unternehmenstätigkeit. In der EG wird ein „zunehmend restriktiver Kurs gegenüber staatlichen Beihilfen an öffentliche Unternehmen" gefahren. „Zur Sicherung der Kontrolle durch die Kommission werden Mitgliedsstaaten zur Vorlage von Jahresberichten und zu einer umfassenden Meldung aller beihilferelevanten Zuwendungen an öffentliche Unternehmen mit mehr als 250 Millionen ECU Umsatz verpflichtet." (S. 163)

„Der Sektor Gemeinwirtschaft ist die Summe des Verhaltens wirtschaftlicher Einheiten, deren Wirtschaften nicht vom Ziel der individuellen Gewinn- oder Vermögensmaximierung bestimmt ist", definiert Walter Fremuth (S. 22). Ausgehend von einer solchen Definition kommt bzw. käme der Gemeinwirtschaft enorme Verantwortung und Bedeutung bei, ob dies bei der Lösung anstehender Probleme (Stichworte wie Wohnungsnot oder Regionalentwicklung, Verkehr, Infrastruktur) oder bei der Sicherung eines entsprechend großen österreichischen Anteils an der Industrie ist. Solche Aufgaben sind aber zugegebenermaßen nur sehr schwer bewerkstelligbar mit einem Eigentümer (hier vor allem der Bundesregierung), der auf dem gemeinwirtschaftlichen Sektor wahllos herumtrampelt. Die Gemeinwirtschaft wird heute in Österreich nicht gleich behandelt wie die Privatwirtschaft, sondern eindeutig schlechter. Allein die ständigen öffentlichen Debatten über Verstaatlichte, ÖBB, Post, Wohnungsgenossenschaften und andere wirken sich alles andere als produktiv auf diesen Sektor aus.

Der vorherrschenden Politik geht es heute, wie der niederösterreichische Arbeiterkammerrat des GLB, Richard Ramsner, einmal sehr treffend feststellte, um eine „Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste". Eine kluge Regierung – die nicht a priori die Interessen des in- und ausländischen Privat- und Finanzkapitals wahrzunehmen hat – könnte unter Zuhilfenahme des öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Sektors viel zum Besseren wenden, und das braucht keine Regierung zu sein, die das Ziel einer sozialistischen Gesellschaftsordnung verfolgt ...

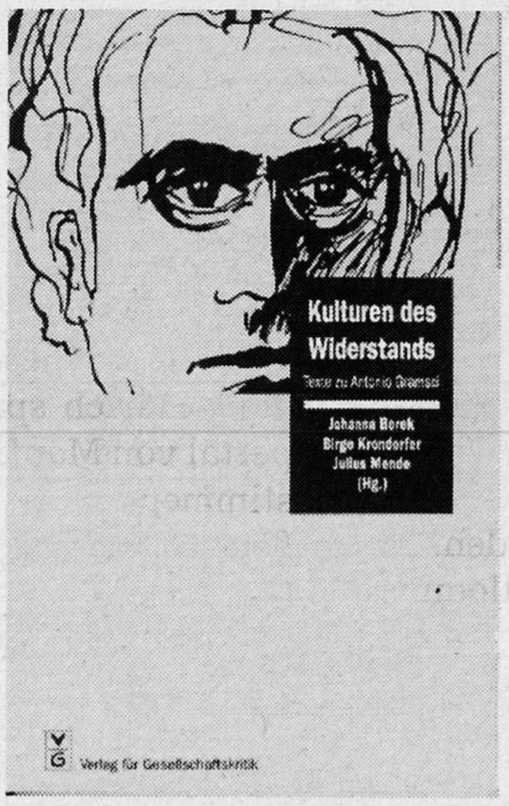
Wer sich dafür interessiert, welche Bedeutung öffentliches Wirtschaften in Österreich (noch) hat, der/dem sei dieses Buch wärmstens empfohlen. ■

Otto Bruckner

So blöd waren wir

Johanna Borek / Birge Krondorfer / Julius Mende (Hrsg.), Kulturen des Widerstands. Texte zu Antonio Gramsci, Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1993, 223 Seiten, 200 Schilling.

Es ist noch gar nicht lange her, als Ernst Wimmer das Werk von Antonio Gramsci in dieser Zeitschrift mehr oder weniger vernichtend beurteilt hat. In einer Folge von Artikeln, die später – nicht wegen der großen Nachfrage, sondern wegen der unterstellten ideologischen Bedeutung – als eigene Broschüre erschienen ist, versuchte er nachzuweisen, daß alles, was bei Gramsci wertvoll sei, bereits bei Lenin stehe, und alles, was über Lenin hinausgehe, entbehrlich sei.
Ich konnte mich schon damals dieser Ansicht nicht anschließen. Aus Werkausgaben sowie aus Büchern über das Werk und die Person des ehemaligen Chefs der PCI hatte ich den Hauch einer Ahnung von seiner „Philosphie der Praxis“ und vom Wert seines Beitrags zum besseren Verständnis (und Unverständnis) der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Dennoch machte ich nicht die geringste Anstrengung, Ernst Wimmer entgegenzutreten. Mit mir hat keine andere Genossin, kein anderer Genosse daran gedacht, diesen High Noon des Dogmatismus zu kritisieren oder zu unterbinden. Zu sehr waren wir alle daran gewöhnt, das Denken „den Pferden“ zu überlassen. In der KPÖ fuhr man seinerzeit nicht schlecht, wenn man das eigene Hirn an der Garderobe der Partei abgab. Die „Führung“ glaubte in ihrer maßlosen Selbstüberschätzung sowieso zu wissen, wo es lang ging. Und im Zweifelsfall räumte man Ernst Wimmer das Denk-Monpol ein. Weshalb sollte man unter diesen Umständen die eigenen Ganglien in Bewegung setzen.
Kommt man diesbezüglich aus der Übung, tut man sich allerdings besonders schwer, Denken im allgemeinen und Nachdenklichkeit im besonderen wieder zu praktizieren. Das rächt sich heute, wo wir KPÖ-Mitglieder mittlerweile jeden Anlaß haben, uns in diese Kunst einzuüben, weil wir jede Menge Nachholbedarf auf diesem Sektor haben. Aber auch hier bewahrheitet sich der alte Gemeinplatz, daß, falls der Geist willig sein sollte, jedenfalls das Fleisch schwach ist.
Mit massiver finanzieller Unterstützung der Partei fand im April 1992 im WUK in Wien-Alsergrund ein international hervorragend besetztes Symposion zum Ausklang des 100. Geburtstages von Antonio Gramsci statt. Unter dem interessierten Publikum fanden sich allerdings äußerst wenige – sowohl ehemalige als auch verbliebene – GenossInnen. Das dürfte ein Grund dafür sein, weshalb die Partei finanziell dazu beigetragen hat, daß ein Großteil der Vorträge, die damals gehalten wurden, nun in Buchform erscheinen konnte und damit dieser Hauptzielgruppe zugänglich ist. Hiermit fordere ich daher alle Parteimitglieder auf, die diese Zeilen zu Gesicht bekommen, sich den Band zu besorgen, ihn gründlich zu lesen und eifrig für ihn Werbung zu machen. Motive für diese Maßnahme werden im weiteren Verlauf dieser Rezension angeführt.
Das vorliegende Buch reproduziert schon allein durch die Zusammenstellung der Beiträge die Farbigkeit und Fruchtbarkeit des Symposions. Nicht reproduzierbar waren das Rundherum der Veranstaltung: Die Diskussionen im Anschluß an die Vorträge und die Pausengespräche über „Gott und die Welt“, die bekanntlich oft noch mehr hergeben als das gedrechseltste Referat. Alle jene Register werden in den Beiträgen gezogen, um die Gramsci die Polyphonie der von Marx inspirierte Gesellschaftstheorie bereichert hat: Volkskultur und organische Intellektuelle, Zivilgesellschaft und Hegemonie, Bewegungs- und Stellungskrieg, Bestehen auf Vorläufigkeit aller Denkergebnisse. Überdies werden – meines Erachtens ganz im Sinne Gramscis – die Defizite des Autors der „Gefängnishefte“, die übrigens laut Joseph A. Buttigieg bereits vor ihrer vollständigen Herausgabe zur Weltliteratur wurden und über die einzelne Autoren ohne genauere Quellenkenntnisse Abhandlungen geschrieben haben, speziell von linksfeministischen Autorinnen gnadenlos aufgezeigt. Beispielsweise macht Alice Pechriggl geltend, daß das auch Gramsci anzulastende Versäumnis, die Geschlechterdifferenz zu thematisieren und zu durchdenken, zur Unzulänglichkeit seiner Gesellschaftstheorie beiträgt.



Wörtlich heißt es etwa zum unaufgelösten Widerspruch zwischen oben und unten innerhalb der eigenen Klasse wörtlich: „So ist die von den Eliten der gegnerischen Klasse ausgeübte Herrschaft Heteronomie als Zwang oder Hegemonie. Dagegen wird die von den Eliten der eigenen Klasse ausgeübte Hegemonie – oder gar der Zwang – Führung genannt und als Autonomie verkauft, handelt es sich doch um das kollektive Selbst (autos) der Klasse, die nur erst zu ihrem selbstbewußten Fürsichsein gelangen muß, das dann für alle gelten kann. Die Frauen der Arbeiter stellen hierbei wohl die unterste Retogarde (den Hintern?) der Klasse dar, die der ganz und gar platonisch konzipierte capo (Haupt) – sprich Philosphenfürst – anführt.“
Dieser Schuß vor den Bug ist insofern nützlich, als damit klargestellt wird, daß Gramsci keineswegs ein Verkünder ewiger Wahrheiten ist. Vielmehr muß er als großer Anreger verstanden werden, der GesellschaftswissenschafterInnen fast aller Sparten auf vielfältige Weise durch sein unorthodoxes Denken inspiriert hat. Es ist genau das, was auch der KPÖ in ihrem gegenwärtigen Zustand guttun würde. Zu diesem Zweck ist jedoch Nachdenklichkeit erforderlich und eine gesundes Skepsis auch allen bisher in eigenen Angelegenheiten selbständig beschrittenen Wegen gegenüber. Bisher hat es noch nicht einmal dazu gereicht, die traditionelle und selbstverständlich auch heute aktuelle Kernfrage der KPÖ-Politik, die des staatlichen Eigentums an Wirtschaftsbetrieben, unvoreingenommen zu durchdenken.
Zum Abschluß ein Zitat aus dem Beitrag von Birgit Wagner „Die Methode ist ein Politikum“: „Allerdings: die ‚Philosophie in ihrer Geschichtlichkeit begreifen‘, sagt Gramsci an anderer Stelle, ‚ist als Denkvorgang ein wenig mühsam und schwierig‘. Unterzieht man sich aber dieser Mühe, werden ewige Wahrheiten zu historischen und ahistorische Systeme zu Produkten gewisser Wissenskonfigurationen. Die Philosophie in ihrer Geschichtlichkeit begreifen, heißt, sie in Bewegung zu sehen und sie in Bewegung zu bringen, als ein offenes, nicht abgeschlossenes, das heißt auch entwicklungsbedürftiges und entwicklungsfähiges Denken. Dies widerspricht dem Alltagsverstand, der auf dem Weg des geringsten Widerstands nach autorisierten Gewißheiten Ausschau hält.“ – Aber genau die – und das sollten Marxisten und meinetwegen auch Leninisten spätestens jetzt begriffen haben – gibt es nicht! ■

Lutz Holzinger

Zum abermalten Nietzsche

Brief zur Buchbesprechung von Reinhard Pitsch: Wolfgang Harich, Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit, in »Weg und Ziel« Nr. 3/1993.

1. Weil Wolfgang Harich in den Versuchen, Nietzsche spätstalinistisch aufzuwerten, ein Störenfried gewesen wäre, wurde er zu dem Wuppertaler Colloquium nicht eingeladen. Dieses Colloquium sei von der DKP organisiert worden. Es wird der Eindruck erweckt, dies sei auf Wunsch der SED geschehen.

2. Die Warnungen eines beherzten Theologie-Professors – gemeint ist Hanfried Müller – die Nietzsche-Aufwertung könne den humanistischen Konsens zwischen Marxisten und Christen stören, habe diese DKP-Konferenz verursacht.

3. Indem die DKP Lukács zur Unperson gemacht habe, sei das antifaschistische Gewissen der „Parteiintelligentsia" geschwächt worden.

4. Das Wuppertaler Colloquium habe vor allem den Zweck gehabt, Nietzsche von dem Odium zu befreien, Schöpfer der faschistischen Ideologie gewesen zu sein.

5. Ein von ihm, Wolfgang Harich, verfaßtes Manuskript, das diesen Versuchen entgegenwirke, sei weder vor noch nach der Wende von der DKP veröffentlicht worden.

Und nun der Reihe nach die Widerlegung:

1. Wolfgang Harich firmiert die Marx-Engels-Stiftung, Wuppertal (sie war die Organisatorin des Colloquiums, nicht die DKP), zur DKP um. Der Grund ist wohl, daß die Stiftung der DKP freundlich verbunden war und ist. Freilich müßte er dies mit dem gleichen Recht mit dem Kulturbund machen. Der aber hat Harichs Position veröffentlicht. Wir hätten also den logischen Widerspruch, daß dieselbe DKP Harichs Position sowohl ablehnt als auch teilt.

Überdies wurde Harichs Position auch noch in das Wuppertaler Colloquium mehrere Male eingeführt: von Holz, Metscher, von mir. Und Thomas Metscher trat entschieden Stefan Hermlins Attacke auf Wolfgang Harich entgegen.

Wir hatten eigene, innere Gründe für dieses Symposium. Ich verwies darauf während des Colloquiums in meinen Beiträgen: Im eigenen Land und – unter der Wirkung des sogenannten Eurokommunismus – war es in Italien, Frankreich und Spanien zu einer Rehabilitierung Nietzsches, Heideggers, Carl Schmitts, auch Ernst Jüngers (Rolf Hochhuth machte lange Interviews mit ihm) gekommen; Einflüsse dessen waren auch im Wuppertaler Colloquium zu spüren, etwa bei Lars Lambrecht, aber nicht nur bei ihm.

Darum habe ich, als damaliges Mitglied des Vorstands der Marx-Engels-Stiftung auf ein solches Colloquium gedrungen.

Übrigens: Wäre dies Colloquium auf Wunsch und unter Einfluß der SED organisiert worden, so hätte es gewiß nicht merkliche Unterschiede etwa in den Positionen Metschers, Steigerwalds und anderer zu gewissen Vorgehensweisen in der DDR gegeben. Immerhin fand das Colloquium im April 1988 statt.

2. Der Theologe, von dem Wolfgang Harich sprach, wurde in Wuppertal von Manfred Buhr zwei Mal zustimmend zitiert, sogar gewissermaßen als Schlußwort. Keine Rede davon, daß wir seines (guten) Anstoßes bedurft hätten. Harich schmeißt einfach alles in einen Topf, was in dieser oder jener Hinsicht nicht seiner Meinung ist, Aufwerter Nietzsches (die es gab und gibt) und Gegner dieser Aufwertung. So entsteht der Eindruck, es gebe ein ganzes Heer spätstalinistischer Nietzsche-Aufwerter, dem nur der beherzte Theologe und Wolfgang Harich mutig die Stirn boten und bieten.

3. Ja, ich habe Lukács kritisiert, auch Bloch und Kofler (mit dem ich dennoch befreundet bin), so wie ich auch Harich kritisieren würde, hätte ich zu ihm zu schreiben. Aber Lukács' (und Blochs) Antifaschismus hat niemand von uns in Zweifel gezogen, sein Buch über die „Zerstörung der Vernunft" haben wir stets für eine unentbehrliche Waffe im Kampf gegen Faschismus und Irrationalismus gehalten. Daran änderte auch Kritik nichts, etwa daran, daß Lukács unterschiedslos den gesamten Irrationalismus in die Vorgeschichte des Faschismus einreihte, obwohl es auch ehrliche Linke, vom Faschismus ermordete Irrationalisten gab, zum Beispiel Th. Th. Lessing. So spielte denn auch Lukács' Position in Wuppertal eine positive Rolle, nur ein Nicht-Mitglied der DKP griff sie an, ihm wurde aber widersprochen.

4. Wuppertal habe Nietzsche vom Odium des Wegbereiters des Faschismus freisprechen und ihn aufwerten wollen? Das ist – und ein anderes Wort ist hier nicht zulässig! – eine Infamie! Ich könnte hier vieles aus dem Protokoll zitieren. Nur ein paar Beispiele seien genannt:

Ich sagte zum Beispiel:„Es gibt Dinge, die ... zu unserer Rüstkammer gehören. Dazu gehört Nietzsche nach meiner festen Überzeugung nicht. Ich will die Formulierung von Wolfgang Harich nicht überbewerten, aber in diesem Sinne würde ich sagen, er (Nietzsche) gehört in den Orkus." (Protokoll. S. 151). Ich qualifizierte die Versuche, Nietzsche aufzuwerten, als „Zurücknahme im Bereich des ganzen Rationalismus, der Zurücknahme von Gesellschaftswissenschaft" (S. 149), als Versuch der Bourgeoisie, in ihren reaktionärsten Ausprägungen „unsere Quellen zu zerstören" (ebd.), sagte, daß niemand, der einmal auf Nietzsches Position gestanden haben mag, nach links gehen konnte oder könne, der nicht wirklich mit ihm gebrochen habe (ebd.) usw. usf. Sieht so eine Aufwertung Nietzsches oder seine Reinwaschung vom Odium des Wegbereiters des Faschismus aus? Hatte ich nicht außerdem in Wuppertal gesagt, Nietzsche sei der Stammvater allen spätbürgerlichen dekadenten Denkens und insofern eben auch des Faschismus. Nur, und dabei bleibe ich, hatte und hat der Faschismus eine gegenüber der Nietzsche-Zeit weiter „entwickelte" sozialökonomische Grundlage (innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsformation), so daß die einfache und umstandlose Gleichsetzung Nietzsche = Faschismus unhistorisch ist. Das bedeutet nicht, Nietzsche reinzuwaschen, den Kampf gegen ihn zu beenden und dergleichen Unsinn. Es bedeutet nur, nicht zu übersehen, daß in den Faschismus noch andere „geistige" Quellen eingeströmt sind, gegen die eben auch anzukämpfen ist.

In diesem Zusammenhang kritisierte ich übrigens auch bestimmte Versuche der SED, manche Persönlichkeiten unserer Nationalgeschichte in das progressive Erbe aufzunehmen: es war dies die Zeit solcher Versuche etwa gegenüber Friedrich II. von Preußen, um nur ein Beispiel zu nennen. Hätte die SED hinter unserer Wuppertaler Diskussion gestanden, so wäre dies – im Zeichen des „Spätstalinismus" – doch wohl undenkbar gewesen. Oder hat Wolfgang Harich vom „Spätstalinismus" gar die Vor-

stellung, in ihm sei es recht „liberal“ zugegangen?!

Allen Anwesenden in Wuppertal war natürlich bekannt, daß ich – zum Zeitpunkt der Wuppertaler Diskussion – Mitglied des Parteivorstands der DKP, Chefredakteur der „Marxistischen Blätter“ war, jahrelang für dessen Ideologie-Arbeit verantwortlich, also eine gewisse Autorität (wie ich annehme, nicht nur „von Amts wegen“) besaß.

5. Was schließlich Wolfgang Harichs Buchmanuskript angeht, so haben wir es tatsächlich nicht veröffentlicht – er hat es uns nämlich nie vorgelegt. Ich kann das mit aller Bestimmtheit sagen, denn ich war zu diesem Zeitpunkt Leiter des Verlags, der es hätte veröffentlichen können. Das allerdings verschweigt Wolfgang Harich den Lesern von »Weg und Ziel«! Warum eigentlich?

Es gibt dazu eine kleine Vorgeschichte, die in Briefen festgehalten ist. Nach dem Colloquium teilte mir Wolfgang Harich mit, er arbeite an einem Buch zur Nietzsche-Kritik, in welchem er sich auch mit einigen Positionen des Wuppertaler Colloquiums befasse. Gegen meine Position habe er keine großen Einwände, am schärfsten kritisiere er Hans Heinz Holz.

Nun, ich sprach schon zum Zeitpunkt des Colloquiums im April 1988 von einer eingetretenen „Wende“. Vor diesem Hintergrund antwortete ich Wolfgang Harich: Jetzt haben wir Bedingungen, wo wir alle Kleinkrämerei und alle Verletztheiten früherer Zeiten zwischen uns zurückstellen und gemeinsam gegen den wirklichen Gegner angehen müssen.

Ich muß dazu sagen, daß ich – so weit ich weiß – der einzige war, der öffentlich (in den „Marxistischen Blättern“) vor langer Zeit gegen Hans Heinz Holz (meinen Freund und Genossen aus gemeinsamer Studienzeit) polemisiert hatte (er konnte selbstverständlich antworten!). Das waren und sind für mich vergessene Schlachten, es geht längst um Wichtigeres. Ich meinte und meine, jetzt gehe es um eine Gesamtheit der Aktion gegen die konservative und reaktionäre Wende und nicht um Primadonnagehabe!

Wolfgang Harich hatte außerdem gemeint, er wolle erst versuchen, sein Manuskript bei einem anderen Verlag unterzubringen.

Das war alles, was zwischen uns wegen seines Manuskripts stattgefunden hat. Als ich ihn später wegen Mitarbeit in den „Marxistischen Blättern“ ansprach, lehnte er ab mit der Bemerkung, er wolle sich seine Freundschaft zur PDS, insbesondere zu Gregor Gysi und Wolfgang Gehrcke nicht verderben!

Und noch eine letzte Bemerkung dazu: Wir können schon seit geraumer Zeit Bücher nicht mehr drucken, uns fehlt dazu das Geld. Hans Heinz Holz' im Neue-Impulse-Verlag erschienenes Buch konnte nur herauskommen, weil er uns materielle Hilfe hierfür besorgte. Die Schriftenreihe der „Marx-Engels-Stiftung“ bringt keine Monografien außer solchen, die sich unmittelbar mit der Erforschung der Biografie oder des Werkes von Marx befassen, ansonsten veröffentlicht sie nur Protokolle von Symposien oder Colloquien der Stiftung.

Robert Steigerwald, Eschborn

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Z.

Nr. 12, Dezember '92:
Zusammenbruch des Realsozialismus: Annäherungen (I)
Nr. 13, März '93:
Alte Grenzen – neue Ufer: Gewerkschaftsfragen Zusammenbruch des Realsozialismus: Annäherungen (II)
Nr. 14, Juni '93:
Zusammenbruch des Realsozialismus: Annäherungen (III) Nationalismus Linke
Nr. 15, September '93:
Macht und Herrschaft im Metropolenkapitalismus heute
Nr. 16, Dezember '93:
Sozialismus: Erfahrungen – Konzeptionen – Diskussionen. Erste Zwischenbilanz nach dem Crash
Nr. 17, März '94:
Anthropologische Lücke im Marxismus?

176-256 S., Einzelpreis: 15 DM
Abonnement: 45 DM (4 Hefte/Jahr)
Bezug: Buchhandel (ISSN 0940-0648)
oder direkt
Z-Vertrieb, Kölner Str. 66, 60327
Frankfurt/M. 1, Tel. (069)7392934

Austauschinserat

Spät aber doch!

Einige Kollegen aus der WUZ-Redaktion haben sich in »Weg und Ziel« 5/1992 harsch an Hans Heinz Holz gerieben. Eine flammende kritische Reaktion auf diesen Text durch Thomas Metscher ging auf freudschen Wegen verloren.

Wenn schon so ungehobelt gehobelt wurde, soll auch noch ein Span nachgereicht werden.

J. M.

Werte Redaktion!

Betrifft: Reinhard Pitsch: Nietzsche in »Weg und Ziel« 5/1992

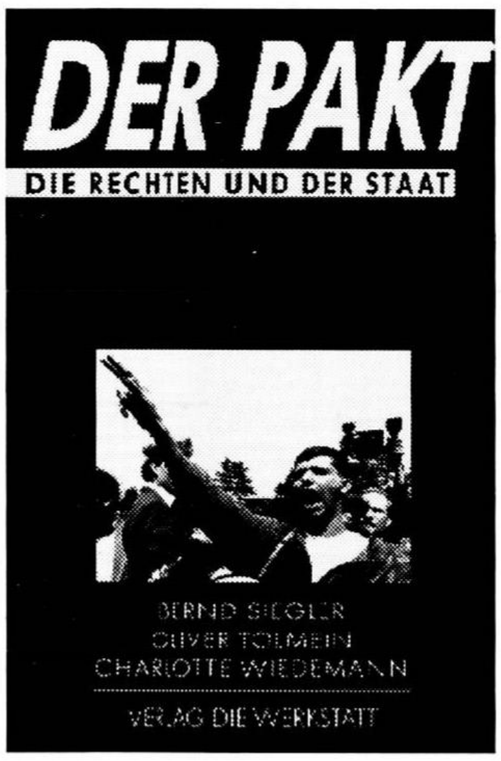
In dem Nietzsche-Essay von R. Pitsch in »Weg und Ziel« 5/1992 finde ich eine Bemerkung zu Hans Heinz Holz, die selbst in den Zeitläufen pathologischer Selbstzerstörung, in denen wir leben, an Unverfrorenheit ihresgleichen sucht.

Hans Heinz Holz, einer der scharfsinnigsten Marxisten, die heute schreiben, vielleicht der bedeutendste lebende Philosoph in materialistisch-dialektischer Tradition, Verfasser von *Dialektik und Widerspiegelung*, kluger und weitreichender Studien zu Sartre, Gramsci, Benjamin und vielen mehr, hochangesehener Leibniz-Forscher und engagierter Kommunist wird dort ohne jede weitere Erläuterung flapsig-dumm als "Nietzscheaner" und "gekaufter Propagandist des Faschismus" beleidigt, denunziert – als Schwein beschimpft. Kann so etwas sein? Ist »Weg und Ziel« noch bei Troste, so etwas abzudrucken? Ist niemand dem amoklaufenden Pitsch in den Arm gefallen?

Ist Euch klar, daß so etwas nur auf Euch zurückfällt – auf die kommunistische Linke in Österreich. Pathologie der linken Selbstzerfleischung. Pathologisch auch deshalb, weil die Äußerung in einem wichtigen und in vielem richtigen Artikel steht – den der Verfasser damit unlesbar macht. Wieder einmal trifft der geworfene Stein das Haupt dessen, der da geworfen hat. Die Rechte reibt sich die Hände beim Anblick unserer Selbstverstümmelung.

Zu Grüßen oder Wünschen ist diesmal kein Anlaß gegeben.

Thomas Metscher, Bremen, 1. März 1993



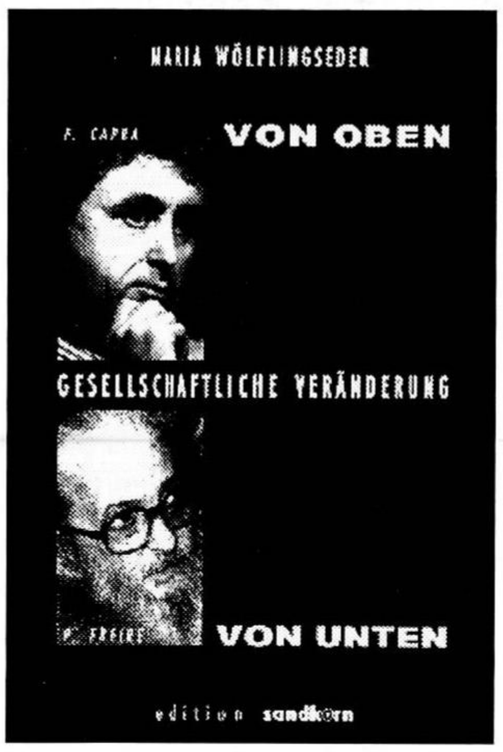
DER PAKT
DIE RECHTEN UND DER STAAT
BERND SIEGLER/OLIVER TOLMEIN/CHARLOTTE WIEDEMANN
VERLAG DIE WERKSTATT, 1993, 156 Seiten, 219 Schilling

„Zwischen den staatstragenden Parteien der Bundesrepublik und der rechtsradikalen Gesinnung gibt es zuviel Gemeinsames und zuwenig Trennendes, um einen schroffen Bruch zuzulassen. Von der SPD bis zu den militanten Neofaschisten zieht sich ein gemeinsames Band, das sich am kürzesten mit der Republikaner-Parole ‚Deutschland zuerst!' ausdrücken läßt."
Drei JournalistInnen betrachten das oft irritierende Verhalten von Staatsapparat, Parteien und Medien gegenüber dem rechten Mob. Sie analysieren die nach wie vor moderaten Polizeieinsätze und Gerichtsurteile gegen Neonazis; sie stöbern Elemente rechtsradikaler Gesinnung bei den staatstragenden Parteien auf und untersuchen die oft fragwürdige Berichterstattung in den Medien über den Rassismus.
Ihr Fazit: Es gibt Verständnis, Nachsicht und Entschuldigungen für die Täter, es gibt ideologische Berührungspunkte, es gibt einen in stiller, formloser Übereinkunft geschlossenen Pakt, der zumindest ein Ergebnis gebracht hat: die Aushöhlung des Asylrechts.

Aus dem Inhalt:
DER APPARAT UND DIE RECHTEN
Bernd Siegler über den Umgang staatlicher Ordnungshüter mit Rassismus und Neofaschismus
DIE PARTEIEN UND DIE RECHTEN
Charlotte Wiedemann über das Wechselspiel zwischen Bonner Parteien und dem Rechtsradikalismus
DIE MEDIEN UND DIE RECHTEN
Oliver Tolmein über die Medien und ihre Perspektive auf das rassistische Klima in Deutschland

(R)AUSLÄNDER AUS
ARGUMENTE GEGEN RECHTSEXTREMISMUS UND RASSISMUS
MANFRED HENLE/MOBY DICK-ARBEITSGRUPPE/STADTJUGENDRING AUGSBURG
PAPYROSSA Verlag, 1993, 144 Seiten, 116 Schilling

Das Buch ist aus der Arbeit mit einer gemischt-nationalen Jugendgruppe im Stadtjugendring Augsburg entstanden. In 19 Rubriken wird dokumentiert und analysiert, was Rechtsextremisten vor allem aus Deutschland, Österreich und Frankreich zu Krieg und Frieden, nationaler Selbstbehauptung und Identität, Ausländern, Nationalstolz, Vaterland, Europa, Frauen u.a. zu sagen haben. Überzeugend wird nachgewiesen, daß rechtsextreme Politik und Ideologie alles Mögliche will: Starken Staat, starke Nation, starkes Militär, starke Männer - nur eins nicht: Das Glück der Menschen.



GESELLSCHAFTLICHE VERÄNDERUNG – VON OBEN ODER VON UNTEN?
GESELLSCHAFTLICHE VERÄNDERUNG AUS DER SICHT PAULO FREIRES UND FRITJOF CAPRAS UNTER BERÜCKSICHTIGUNG GEGENWÄRTIGER NEW-AGE-STRÖMUNGEN
MARIA WÖLFLINGSEDER
EDITION SANDKORN,1992, 235 Seiten, 240 Schilling

Die New-Age-Kritiker Gugenberger und Schweidlenka bezeichnen Fritjof Capra als „politisch-emanzipativen Vertreter" der Esoterikbewegung, der „auf dem Boden der Realität" bleibt. Wölflingseder kommt in ihrer ausführlichen Analyse der Ideologie Capras zu einem ganz anderen Ergebnis.
Capra, Vertreter des „neuen ganzheitlichen, spirituellen Weltbildes", appelliert an die Moral der Oberen – Manager, Politiker und Wissenschafler –sie sollten doch endlich ihr Bewußtsein ändern. Die Unterdrückten, die Mehrheit der Menschen, kommen bei Capra nicht vor. Für Freire, brasilianischer Vertreter eines emanzipatorisch-kritischen Ansatzes – er war in den siebziger Jahren auch im deutschsprachigen Raum hinlänglich bekannt –, kann politische Veränderung nur von unten, von den Unterdrückten ausgehen.
Im vorliegenden Buch werden beide Veränderungsstrategieansätze anhand der Sicht von der Welt, der Sicht vom Menschen und der Sicht von gesellschaftlicher Veränderung gegenübergestellt.
Die Autorin geht auch der Frage nach, warum es heute „normal ist, daß eine so ungeheuere Mehrheit es sich gefallen läßt, Verdammte dieser Erde zu sein" (Ernst Bloch); warum so viele ehemals kritische engagierte Menschen sich zurückgezogen haben und nunmehr politische Veränderung ausschließlich durch „inneres Heil" erreichen wollen.

„Die Autorin sieht ihr Buch als bescheidenen Beitrag zur Wiederentdeckung der Vernunft. Möge das Buch seine LeserInnen finden, in einer Zeit, in der die Aufklärung auch von vielen Linken als ‚gescheitertes Projekt' von der Tagesordnung gestrichen wird!"
Gerald Grüneklee, »Contraste«, Heidelberg

„Durch das Nachzeichnen der Diskussionen der zwanziger und dreißiger Jahre wird aufgezeigt, daß die zentralen Ideologeme des New Age weder neu noch harmlos sind, sondern in einigen Ausläufern wie Biologismus oder der aus der ‚Ganzheitlichkeit' gerechtfertigten Forderung nach totaler Unterwerfung unter einen (kosmischen oder göttlichen) Willen in die Nähe faschistoider Einstellungen geraten."
Franz Embacher, »Salto«

EINLADUNG

zum

»Weg-und-Ziel«-LeserInnenforum

zum Thema

Dritte Welt im Abseits – Entwicklungstheorien im Jenseits?

Zur Debatte stehen die Artikel des Schwerpunkts der Nummer 3.
Einleitend Statements von ArtikelautorInnen und VertreterInnen der Dritte-Welt-Bewegung:
Franz Delapina, Christof Parnreiter,
Brigid Weinzinger, ÖIE, Dilek Çinar, IHS (angefragt)

Dienstag, 5. Oktober 1993, um 19 Uhr

Amerlinghaus/Galerie, Stiftgasse 8, 1070 Wien
Eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Marxistischen Zentrum/Trattnerhof

Ein Ersuchen des Verlags an den Briefträger:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Adresse mit.

_____

_____
Straße/Gasse Hausnummer/Stiege/Stock/Tür

_____
Postleitzahl Ort

Besten Dank

P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1020 Wien